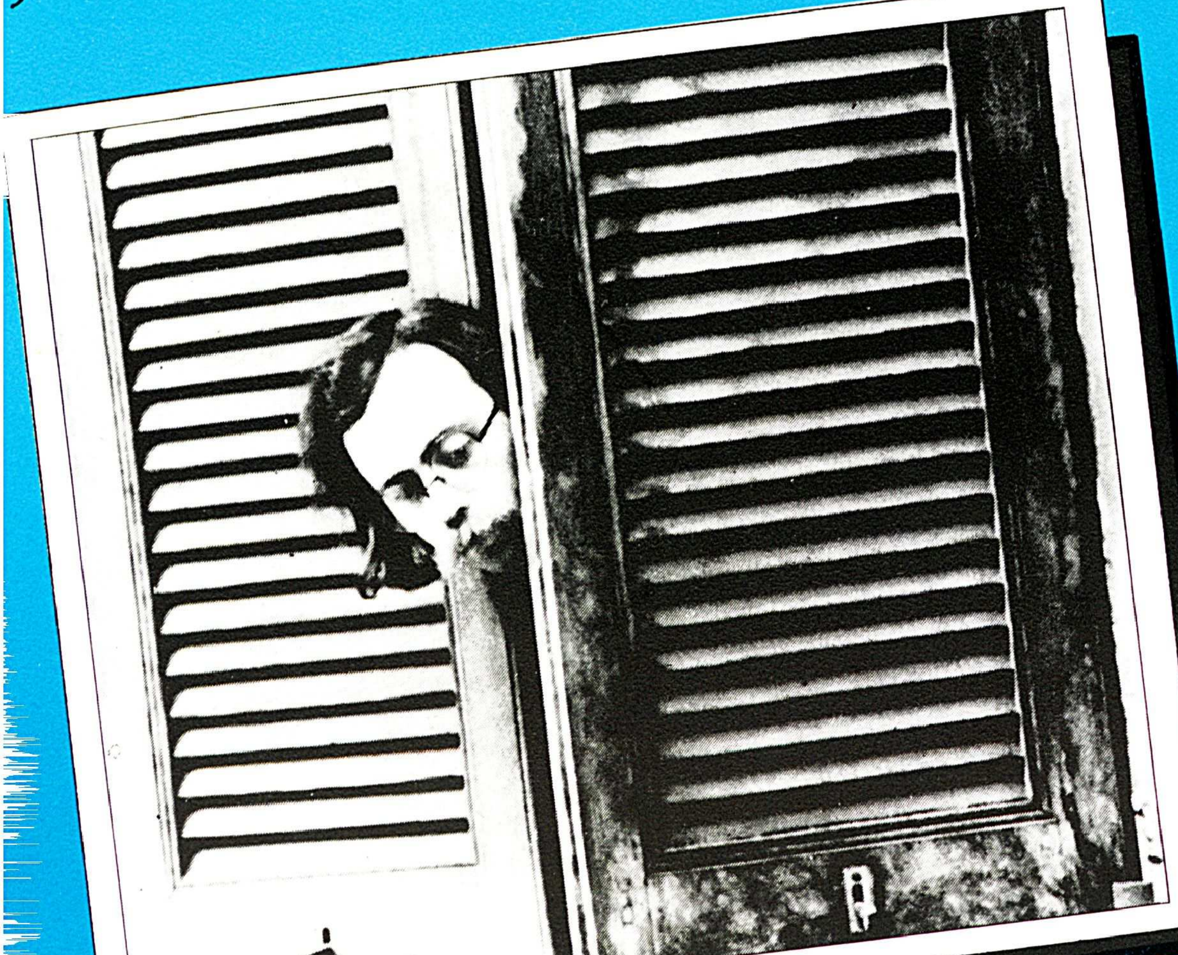
NR. 17 1/85 4.–DM

schwarzer FADEN

ARCHISTISCHE VIERTELJAHRESSCHRIFT



INDUSTRIALISMUS-KRITIK

OLIBERALISMUS - ANARCHISMUS

RVIEW MIT ANTIMILITARISTEN

NOMIE - DISKUSSION

Murray Bookchin,
Für ein umfassendes Naturverständnis



INHALT



(Tettigonia viridissima)

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: FLI – Forum für libertäre Informationen
V.i.S.d.P.:Horst Blume, Schleusenweg 10, 4700 Hamm; namentlich gezeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der Verfasser und geben nicht die Meinung der Herausgeber oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder. Eingesandte Artikel werden diskutiert; über einen Abdruck entscheidet die Redaktion der jeweiligen Nummer; ein Anspruch auf Abdruck besteht nicht; Nachdrucke sind gegen Quellenangabe und Belegexemplare ausdrücklich erwünscht, Abdrucke erfolgen honorarfrei. KNAST-FREIEXEMPLARE bleiben solange Eigentum des Verlags, solange sie nicht dem Gefangenen ausgehändigt sind. Eine Zur-Habe-Nahme ist keine Aushändigung!
Auflage: 2000 Exemplare; Satz: Trotzdem-Verlag, Grafenau-1; Druck: Druckcooperative Karlsruhe; Weiterverarbeitung: Libellus-Verlag, Stuttgart; Erscheinungsweise: vierteljährlich; **Abonnementsgebühren: 15.-DM für 4 Nummern** *(Bezahlung im voraus; automatische Verlängerung nach Ablauf des Abo-Zeitraums, d.h. bitte gebt uns schriftlich Bescheid, wenn ihr den SF nicht mehr beziehen könnt oder wollt.)* **Anzeigenpreise**: *1 Spalte: 100.-DM + MWST; 1/2 Seite: 150.-DM; 1 Seite: 500.-DM. SF-Konto: F.Kamann - PSK Stuttgart - Ktonr. 574 63 – 703; Anarchistische und alternative Kleinverlage erhalten 20% Rabatt, FLI-Mitglieder 50%.* **Neue Redaktionsanschrift:** *SCHWARZER FADEN – REDAKTION, Postfach, 7031 Grafenau-1; Tel. 07031/ ...; ISSN: 0722 – 8988.*

4 Nummern: 15.-DM
8 Nummern: 30.-DM
Bitte vor der 1. Lieferung, bzw. bei Verlängerung des ABOS nach der letzten Nummer des alten Zeitraums.

★ Grußadresse!

Wir grüßen unsere Genossen Erik, Gotti, Alfred, Peter, Dieter, Thomas, Reiner, Alfred, Jens, Josef, Willy die in den Knästen Moabit, Werl, Straubing, Diez, Moabit, Münster, Werl, Butzbach, Hamburg, Diez und Rom eingesperrt sind.
Sie sind gefangen in einem Teil dieser Gesellschaft, der ein Ausdruck des ganzen inhumanen Systems ist. Wir wünschen ihnen die Kraft, die sie brauchen um im Gefängnis überleben zu können.
Für eine Gesellschaft ohne Knäste!
Unterstützt die Gefangenen!

★ SPENDENLISTE: 26.- B.S., Tübingen; 100.- N.H., Nürnberg; 5.- B.F., Aachen; 10.- R.L., Münster; 15.- P., Becherbach; 25.- H.B., Reutlingen; 5.- H.B., Bonn; 10.- A.B., München; 16.- K.N., Euskirchen; 15.- O.V., Trittau; 5.- H.L., Düsseldorf; 10.- T.B., Neuwied; 5.- U.R., Wunsiedel; 5.- tzp; 4.- L.H., Regensburg; 40.- A., Bern; 4,50 C.T., Basel. 5.- A.K., Würselen; 5.- I.W., Berlin; 5.- J.B., Berlin.
Die Spenden sind sehr wichtiger Bestandteil für die Kostendeckung des SF. Wir bedanken uns deshalb recht herzlich dafür und fragen, ob es außer dem Nürnberger Genossen (Extragruß!) nicht noch mehr gibt, die einen regelmäßigen monatlichen Überweisungsauftrag gewähren können.
Für den ersten Direktkredit über 1000.-DM zur Vorfinanzierung der Sondernummern danken wir , Reutlingen.

Redaktionsschluß Nr.18 (Kulturnummer): 1.05.85
Redaktionsschluß Nr.19 : 15.8.85

EDITORIAL

In Stichpunkten

Mit der vorliegenden Nummer haben wir erstmals unser Redaktionsprinzip, die Beiträge zu »mischen«, leichter Verdauliches neben schwerer zu Verstehendes zu setzen, unterbrochen. Diese Ausgabe des *Schwarzen Fadens* ist sehr »theorielastig« geworden; weil wir als nächstes Heft die »Kulturnummer« vorbereiten und dazu passende Beiträge diesmal nicht aufgenommen haben. Mit der Nummer 19 werden wir jedoch das bisherige Konzept weiterverfolgen und hoffen, daß unsere diesmalige Entscheidung nicht mißverstanden wird; – wir wollen keineswegs in »geistige Sphären abheben«!

Wenn wir in dieser Nummer »Toffler's Thesen« vorstellen und in Nummer 15 z.B. das Interview mit André Gorz unkommentiert abgedruckt haben, dann hoffen wir auf eine rege Leserdiskussion, der wir nicht mit vorschnellen Redaktionskommentaren besserwisserisch die Richtung weisen wollen. Da diese Diskussion nur schleppend in Gang kommt, weisen wir nun ausdrücklich daraufhin, daß wir – die Redaktion des *Schwarzen Fadens und das FLI* – uns nicht mit den vorgestellten Positionen identifizieren, sondern mit ihnen *»arbeiten«* wollen, wobei uns die Einbeziehung möglichst vieler Lesermeinungen willkommen wäre (Vgl. auch die *Zeitschriftenschau*).

Lange gezögert haben wir, ob wir eher philosophische Texte, wie den *Bookchins* überhaupt vorstellen sollen; – zumal solche Texte an die Grenze unserer Übersetzerfähigkeiten gehen; Profis aber nicht bezahlt werden können. Wir haben uns dennoch für eine gekürzte Wiedergabe entschieden, weil Bookchin an einer Weiterentwicklung einer anarchistischen *Ethik* arbeitet, die uns durchaus als Grundlage für ein Natur- und Evolutionsverständnis dienen kann.

In der taz und auch einigen anderen Blättern der bundesdeutschen Presse fand sich nun die Bestätigung, daß der *»spanische Olivenölskandal«* (vgl. SF-Nr.5) nichts mit Olivenöl, sondern mit *Phosporsäureestern* zu tun habe, die u.a. in dem Bayer-Produkt *Nemacur* enthalten sind. Wir hatten bereits darauf hingewiesen, daß wir einen Zusammenhang mit *Giftgas* (das ja ebenfalls Phosphorsäureester enthält) vermuten, das bei einer Explosion auf dem benachbarten US-Stützpunkt Torrejon entwichen sein könnte. Auch die jetzigen »Ergebnisse« scheinen uns noch nicht alle Fragen zu beantworten. Die wichtigste: Warum konnten – wie man jetzt erfährt – die verseuchten/vergifteten US-Soldaten, die ins US-Hospital Wiesbaden geflogen wurden, erfolgreich behandelt werden, während über 500 Spanier sterben mußten, weil die Ursache noch nicht erforscht war und Gegenmittel zu spät kamen? Liegt nicht die Vermutung nahe, daß die US-Militärärzte schon damals wußten, was jetzt eine US-Wissenschaftlergruppe herausfand, nämlich daß Phosphorsäureester mit im Spiel waren? Wenn sie es wußten und ihre erfolgreiche und geheimgehaltene Behandlung legt es nahe, hätten sie bereits damals den »Verursacher« gekannt und aus politischen Gründen (Spaniens NATO-Beitritt) verschwiegen.

a-SZENE

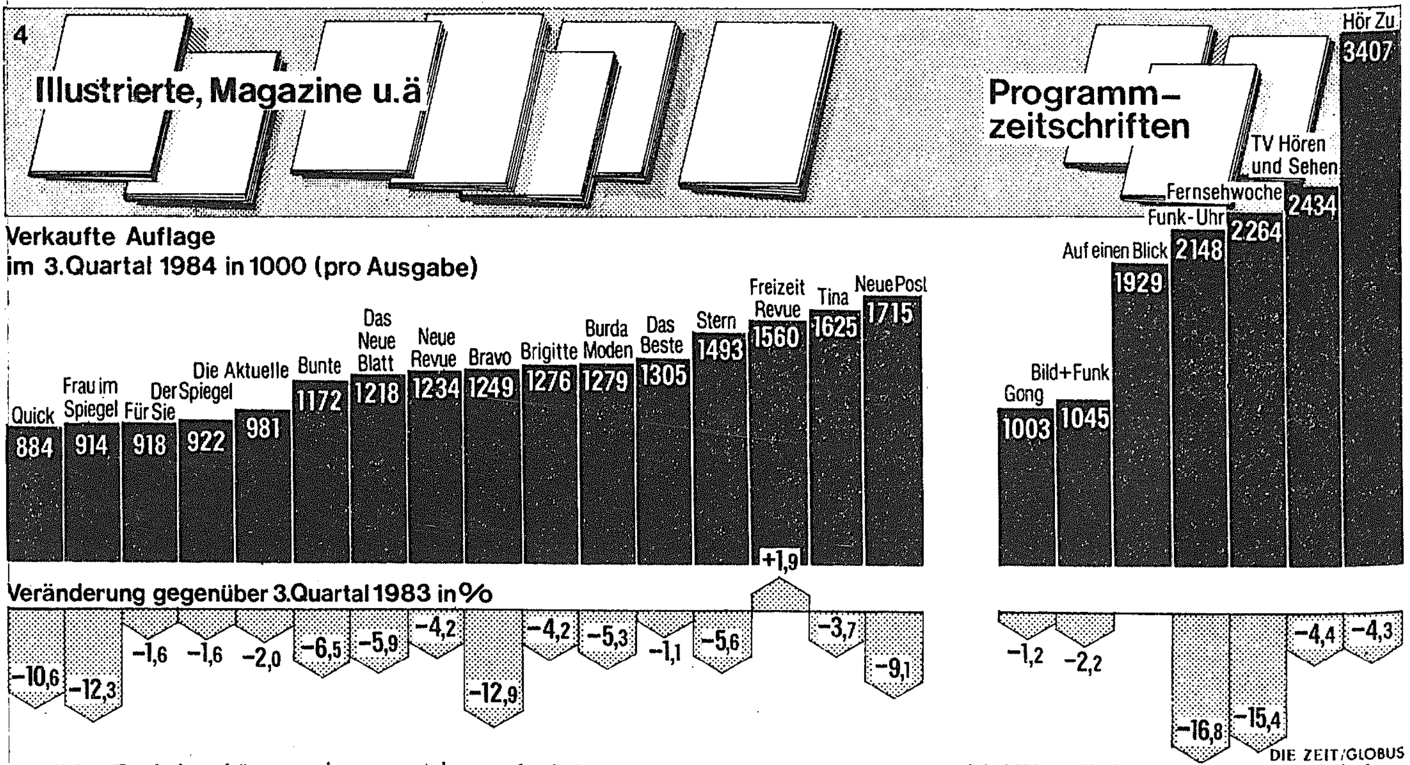
Zuletzt noch kurz zu unserer eigenen »Szene« einige vorläufige Anmerkungen: wir halten nichts von Tendenzen einiger Genossen, die sich aus eigener Theorie-und Perspektivlosigkeit an die »Volksfront« aus BWK und KPD'ML anhängen. Ihre gutgemeinten Slogans »Raus aus dem linken Ghetto« oder »Zusammenarbeit aller revolutionären Kräfte« verkennen, daß es gerade die Leute um die »Volksfront« sind, die aus ihrer eigenen Geschichte im linken K-Gruppen-Ghetto nichts gelernt haben. Deren »Öffnung« für anarchistische Positionen halten wir lediglich für einen Versuch antiautoritäre Menschen auf diesem Umweg für ihre jeweilige Organisation zu »rekrutieren«. Hauptinhalt dieser Zusammenarbeit scheint das »revolutionäre Element« in Abgrenzung zum Reformismus der »GRÜNEN« zu sein. Wir können uns nicht vorstellen, wie eine solche gemeinsame »Basis« aus dem »Ghetto« kommen will, wenn sie noch nicht einmal nach autoritären und antiautoritären Denkweisen unterscheiden will, nicht fragt, wie eine »Revolution« aussehen soll, welche Rolle darin ein Staat, eine Avantgardepartei etc. spielen soll... Die gemeinsam produzierte »Beilage« der »Volksfront« für alle Zeitungen der Mitgliedergruppen, zeigt uns, daß der BWK mit seinen marxistisch-leninistischen Anschauungen dominiert. Angesichts der Geschichte der letzten 12 Jahre verbietet sich ein solcher Versuch gemeinsamer Politik eigentlich von selbst und wir denken, daß die beteiligten Genossen dies selbst sehr schnell begreifen werden. Sie würden sich bei dem nun anvisierten Weg, sehr schnell im eigentlichen Ghetto wiederfinden, – nämlich getrennt von allen sozialen Bewegungen, als anarchistischer (Partei-)Flügel der Volksfront, der die Bewegungen genauso funktionalisieren würde, wie wir es jahrelang den K-Gruppen vorgeworfen haben, denen es nie um die jeweilige Sache sondern immer nur um die Verwertung dieser Sache für ihre »revolutionären Organisationen« ging. Ein solches Denken hat mit Anarchismus ungefähr soviel gemeinsam wie der Papst mit freier Liebe.

Als eines der Ergebnisse eines wohl unbefriedigend verlaufenen Berliner Anarchistentreffens sucht Ralf G. Landmesser *»fluchend den Überblick ... im Blättchenwald der Sponti- und Anarcho-Presse... und (fordert) als Perspektive eine überregionale libertäre Wochenzeitung wie z.B. in Frankreich mit »Le Monde Libertaire« und in Italien mit »Umanita Nova« eine existiert.* Nun könnte man – zumindest bei der sehr traditionalistischen »Le Monde Libertaire« fragen, was denn dann gewonnen sein soll? Inhaltlich bestimmt nichts! Aber das zielt am eigentlichen Punkt und an Ralfs Anliegen vorbei.

Wir produzieren 64 Seiten, d.h. z.B. einer setzt einen Monat lang, 10 Tage Lay Out mit Diskussion, 1 Woche Druck, 4 Tage Vertrieb.

D.h. die vierteljährliche Erscheinungsweise ist bei unserer geringen Personalstärke (3 Redakteure und ca.10 feste Mitarbeiter, die regelmäßige Beiträge, Übersetzungen etc. erstellen und uns zuschicken) gerade durchhaltbar. Streßsituationen sind dabei allerdings bereits an der Tagesordnung, denn da gibt es auch solche Dinge wie Kartei, tägliche Briefe, Adressenänderungen, Mahnungen, Bestellungen zwischendurch, Artikel schreiben, Material besorgen, usw. Eine Umstellung auf mo-





natliches Erscheinen könnten wir uns vorstellen, wenn sich verbindlich weitere 7 Menschen als Redakteure unentgeldlich, verantwortlich, langfristig bereitfinden würden, die sich untereinander auch noch sympathisch finden, damit sie eine solche Zeitschrift »nebenher« machen können; d.h. ihre »Freizeit« vollständig dafür »auszugeben«; und oft andere aktuelle politische Aktivitäten zurückzustellen. Für »mehr«, bräuchte es unserer Meinung nach das vielkritisierte Profitum der »taz«, d.h. zumindest Entlohnungen, und anstelle einer zentralisierten Redaktion eine Vielzahl an aufeinander abgestimmten und dezentral aufgestellten Geräten, eine Aufteilung der Arbeiten, einen Vertriebsapparat, der nicht mehr nur auf die linken Buchläden und wiederverkaufenden Genossen zurückgreift, sondern die »kapitalistischen Vertriebswege« zu deren Preisen mitbenutzt etc. – oder eben einen adäquaten eigenen schafft. Und das ist nur die technische Seite: Hinzukäme die Frage, woher käme die organisatorische Basis (den die FAF bzw. FAI für die zwei genannten Zeitungen bietet) und von wem das notwendige Startgeld? So sehr wir den Wunschtraum verstehen, so wenig *gewachsene organisatorische Strukturen* sehen wir; – und selbst die potentiellen Leser sehen wir nicht! Wer soll eine wohl notwendige Mindestauflage von 10 000 Exemplaren kaufen? Wären diese Interessierten vorhanden, würde beispielsweise der SF mit seinen läppischen 15.-DM im Jahr nicht bei einer 2000er Auflage stehen, andere bei 1500, 1000 oder bei 500 Exemplaren. Wir sollten Wunschträume auch als solche kenntlich machen, überzogene Ansprüche erzeugen mehr Frustration als Lust zum Anfangen... In diesem Sinne wünschen wir uns allen mehr Realitätssinn und mehr Ausdauer – auch wenn's schwerfällt.



Der schlafende Löwe



wacht auf



und erhebt sich brüllend

FLI – Kurzbericht zur Sowjetunion-Arbeitsgruppe

Aus unserem kollektiven Interesse, eine aktuelle anarchistische Kritik an der SU und ihrer Apologeten zu erbringen, haben wir im Rahmen des FLI eine SU-Arbeitsgruppe gebildet, die sich in Waldeck zum ersten Male traf.

Diskussionspunkte waren: Die Ideologie des »Realen Sozialismus« und ihre gesellschaftliche und machtpolitische Dimension. Die Situation der Arbeiter/innen in der SU, Momente ihrer Unzufriedenheit. Außerdem versuchten wir uns einen Überblick über die Funktionsweise des Partei-, Staatsapparates zu verschaffen.

Die Diskussionen in Waldeck ließen sich noch nicht in konkreten Ergebnissen und Thesen formulieren, weil die SU für die meisten von uns immer noch ein *»blinder Fleck«* ist und unsere vielfältigen, partiellen Eindrücke zu vielen Fragen offen ließen. Um bessere Ausgangsbedingungen für weitere Diskussionen (In Nürnberg vom **15.5. bis 19.5**, Anmeldung bei Günter Hartmann, c/o Antiquariat, Oranienstr. 39, 1000 Berlin-36) zu schaffen, sollten wir unsere Kontakte intensivieren, uns verstärkt miteinander austauschen. Vorbereitungs-Vorschläge für das nächste FLI-Treffen:

- Die Arbeiterklasse in der SU und die freien Gewerkschaften; Lit.: K. Schlögel »Der renitente Held«, Junius Verlag
- Untersuchung der sowjetischen Außenpolitik, proletarischer Internationalismus oder praktische Unterdrückung?
- Verhältnis SU-Linke hier, Auseinandersetzung mit linken Positionen zur SU.

Alle die Interesse haben, bitte ich um weitere Vorschläge und Ideen. Liebe Grüße!
Kontakt: FLI-Arbeitsgruppe Sowjetunion, Uli Mamat, Keplerstr.7a. 6000 Frankfurt a.M.

Als Ergänzung: Leider etwas zu spät wurde dem SF von der Edition Tiamat ein Vorabdruck aus einem Buch angeboten, das im April '85 erscheinen soll: *»Das unterirdische Feuer – Texte der russischen Gewerkschaftsopposition SMOT«*. Diese Organisation wurde 1978 gegründet und wird seitdem hart verfolgt. Ihre Mitglieder werden in Zwangsarbeitslager und Psychiatrien gesteckt. Der uns angebotene Text von Michail W. Zotow schildert einen Aufstand in den Arbeitslagern von Togliatti, dessen Entwicklung und Niederschlagung der Autor 1970 als Augenzeuge erlebte. (Verlag Klaus Bittermann, Edition Tiamat, Grimmstr.26, 1000 Berlin-61)

Industrialismus – Kritik, Teil 1

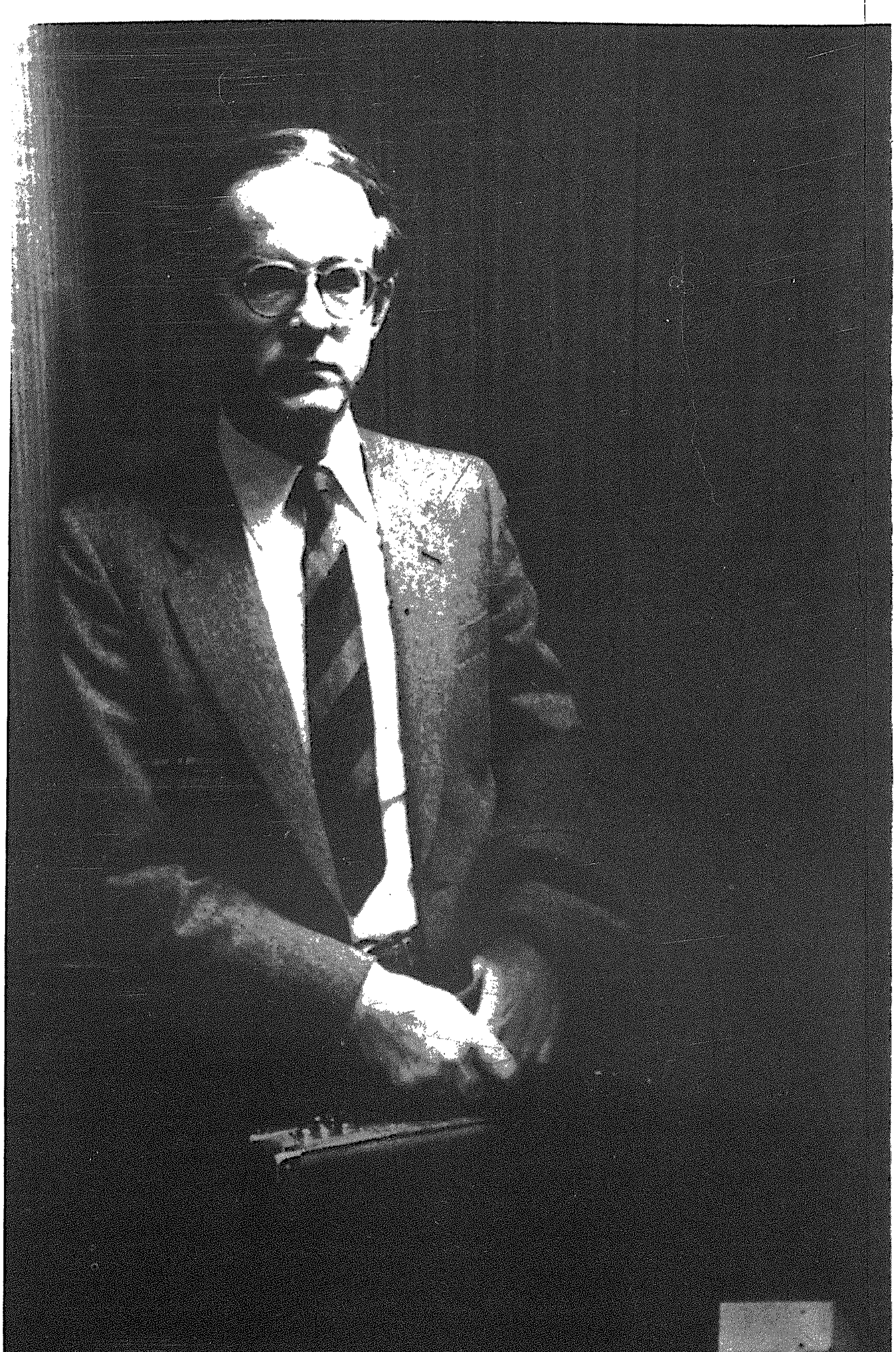
Versuch einer Zusammenfassung des Buches ›Die dritte Welle/ Zukunftschance‹ von Alvin Toffler

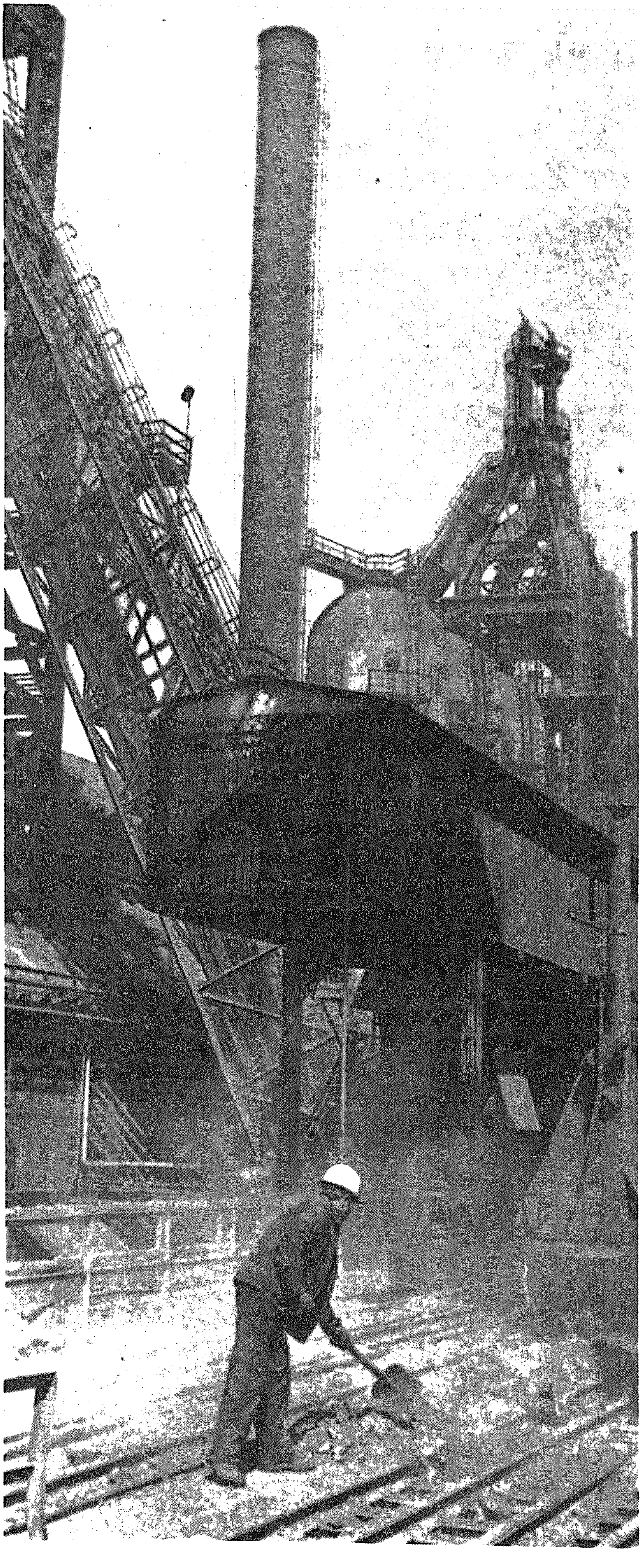
von Günter Hartmann

Mit der folgenden von *Günter Hartmann* ausgearbeiteten Zusammenfassung von Alvin Tofflers *»Die dritte Welle – Zukunftschance«* leiten wir die Diskussion um die »Arbeit« über zu grundsätzlicherer Gesellschaftskritik. Wir haben die Erfahrung – zuletzt bei den Diskussionen auf den FLI-Treffen und in Venedig – gemacht, daß von zu unterschiedlichen Voraussetzungen aus argumentiert wird. Wenn wir nun *Toffler* als Grundlage der Diskussion nehmen, wollen wir vorausschicken, daß er alles andere als ein anarchistischer Theoretiker ist. Toffler (1928 in New York geboren) ist so etwas wie ein »industrieller Planungsmanager«. Um seinen politischen Standort klarzumachen, sei hier ein Zitat aus seinem 1970 erschienenen Buch »Der Zukunftsschock« vorangestellt: »Parallel dazu entsteht im politischen Bereich eine seltsame Koalition von Rechtsradikalen und Angehörigen der Neuen Linken: Sie alle nehmen eine Laissez-faire-Haltung gegenüber der Zukunft ein und rufen immer mehr nach ›Anti-Planung‹ oder ›Nichtplanung‹, einem Ding, das zuweilen auch euphorisch als ›organisches Wachstum‹ bezeichnet wird. Bei manchen Radikalen nimmt die neue Modeströmung anarchistische Färbung an. Man betrachtet langfristige Pläne für die Zukunft der Institution oder der Gesellschaft, die man revolutionieren will, nicht nur als unnötig oder unklug, sondern weigert sich bereits, die Tagesordnung einer Sitzung zu planen. . .« (S.322)

Toffler ist also so etwas wie ein »Theoretiker des progressiven Technokratentums«, eine Kritik an ihm wird also unumgänglich sein und soll in den nächsten Nummern des SF erfolgen. Toffler erscheint uns auch gerade deshalb als geeignetes »Vehikel«, weil er die vorherrschenden Tendenzen unserer Gesellschaft – aus seiner Sicht – verständlich darstellt und nachvollziehbar macht. Sicherlich wird jedes Detail unseren Leserinnen/Lesern irgendwo schon begegnet sein, wird z.T. eigener Erfahrung bzw. Einsicht entsprechen – dennoch dürfte die gegenseitige Bedingtheit der erlebten Erscheinungen einen neuen Zugang ermöglichen, der auch die Diskussionen klarer/ bewußter werden läßt. Toffler beschreibt und schlägt Modelle vor, seine Beschreibung liefert uns Material, seine Modelle müssen kritisiert und zum größten Teil verworfen werden, – weil sie letztlich das herkömmliche (kapitalistische bzw. staatskapitalistische) System auf eine neue Grundlage stellen und nicht wirklich beseitigen. Wir hoffen auf eine lebhafte Beteiligung an der Diskussion. . .

Wolfgang Haug





Toffler versucht einen globalen Überblick über die menschliche Zivilisation zu geben, indem er sie in drei »Wellen« einteilt.
Die erste Welle der menschlichen Zivilisation war im wesentlichen landwirtschaftlich orientiert. Sie reicht bei Toffler bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts.
Die zweite Welle war bzw. ist orientiert an der Industrialisierung. Sie beginnt im 18. Jahrhundert und dauert noch an. Die gegenwärtige Situation ist jedoch bereits von ihrem Niedergang und vom Aufkommen der *dritten Welle* geprägt.
Die dritte Welle könnte demnach als Postindustrialismus charakterisiert werden. Auf ihre wesentlichen Momente, soweit sie bereits jetzt abzusehen sind, wird später eingegangen.

Wesentliches Moment dieses Denkansatzes ist dabei, daß die jeweiligen Wellen sich überlappen und die jeweils folgende sich in der vorherrschenden bereits abzeichnet. Das qualitativ neue an der momentanen Umstrukturierung gegenüber den ersten beiden Wellen ist die Geschwindigkeit mit der die neuen Tendenzen sich durchsetzen. Während die erste Welle einige tausend Jahre der Menschheitsgeschichte ausmacht, dauerte die zweite gerade schlappe 3-400 Jahre. Dabei wird berücksichtigt, daß Geschichte weder eine Rolltreppe noch eine einfache Aufeinanderfolge von Wellen ist, sondern daß diese Wellen durch menschliches Handeln geprägt sind.

Die erste Welle wird von Toffler nur gestreift, da die noch vorhandenen Reste dieser Ära von untergeordneter Bedeutung erscheinen. Die zweite Welle dagegen wird von ihm unter verschiedenen Aspekten beleuchtet. (Da ich nicht das ganze Buch nacherzählen will, werde ich mich auf einige wenige mir wesentlich erscheinende Punkte beziehen).

1. Nicht Kapitalismus, nicht Sozialismus sondern Industrialismus!

Toffler bezieht seine Beschreibung der zweiten Welle grundsätzlich auf die beiden bekannten ökonomischen (auch gesellschaftlichen?) Systeme. Jedoch lediglich in knappen Hinweisen wie: ›sowohl in den westlichen und den sozialistischen Ländern‹; wieweit der Begriff des ›Industrialismus‹ tatsächlich für beide Systeme gelten kann sei dahingestellt. Wichtig ist, diesen Begriff näher zu erläutern: Industrialismus umfaßt bei Toffler nicht nur die Produktionssphäre sondern stellt: »...ein reiches, vielseitiges soziales System dar, das keinen Aspekt des menschlichen Lebens unberührt ließ« (S.33; im folgenden immer nur die Seitenzahl)

Unter diesem Gesichtspunkt ist sicher auch die Gleichstellung von Sozialismus und Kapitalismus zu verstehen, denn die fortschreitende Industrialisierung veränderte in den sozialistischen Ländern eben auch grundlegend alle menschlichen Bedingungen die bis dahin das Zusammenleben regulierten.

Kernpunkt des Industrialismus war und ist *nicht*, daß in dieser Ära auf allen Gebieten der Produktion, der Wissenschaft und der Technologie riesige Fortschritte gemacht wurden, sondern, daß das Netz miteinander verbunden wurde. Ein Netz, das bis in die tiefsten Winkel des sozialen Zusammenlebens reichte und alles den Erfordernissen des Industrialismus unterwarf.

Grundlage jeder Zivilisation ist die Bereitsstellung von Energie. Während noch in der ersten Welle fast ausschließlich erneuerbare Energiequellen genutzt wurden (menschliche und tierische Muskelkraft, Sonne, Wasser, Wind etc.) wurden in der zweiten Welle die fossilen Brennstoffe entdeckt und zum alleinigen Energieträger. Die Technologie reproduzierte sich bald quasi selbst und war sogar in der Lage, Maschinen in endloser Reihe ›in die Welt zu setzen‹. Neben dem Konsumgütersektor entstand der Investitionsgütersektor. Ein Bereich, in dem Maschinen Maschinen produzierten. Die neue Ebene der Technologie machte es möglich, Millionen identischer Produkte herzustellen. Die Massenproduktion war geboren. Die neue Technologie und das neue Energiesystem waren die tragenden Pfeiler der zweiten Welle.

Hier setzt meines Erachtens auch ein, was wir heute die ›Wegwerfgesellschaft‹ nennen. Während in der 1. Welle z.B. erneuerbare Energie verwandt wurde, wurden nun nichterneuerbare Energieträger genutzt. Eine gigantische Verschwendung begann. In der Produktionssphäre wurden nun erstmals riesige Ressourcen vernichtet, bevor Güter entstanden (und dann auch noch welche von sehr zweifelhaftem Wert). Die Technologie der zweiten Welle war und ist also zweiseitig: sie vernichtete um zu erschaffen. Die Verschwendung scheint wesentlicher Bestandteil der (Ir-)Rationalität der zweiten Welle zu sein. Die Massenproduktion erforderte ein differenzierteres Verteilungssystem als in der ersten Welle. Kennzeichen sind die Eisenbahn, riesige Straßen, Kanäle etc. – genauso wie das Aufkommen von Handelsketten, Kaufhäusern usw.

Diese drei Bereiche sind in jeder Gesellschaftsform, sei sie nun agrarisch oder industrialistisch zu finden und eng miteinander verbunden. Sie stellen dar, was Toffler die *Technosphäre* nennt. Die revolutionäre Umwälzung der Technosphäre zog die Umwälzung der anderen Bereiche des menschlichen Zusammenlebens (nach Toffler) nach sich.

Die *Soziosphäre*, deren drei Hauptinstanzen die Familie, die Schule und auf ökonomischem Gebiet der Konzern sind, wurde unter den Erfordernissen des Industrialismus diesem fast direkt nachgebildet. (Ich fasse mich in diesem Teil kurz, da vieles als bekannt vorauszusetzen ist!). Die entstandene Kern- oder Kleinfamilie entsprach der geforderten Mobilität, die Schulen glichen Fabriken – in ihnen wurden massenweise ›identische‹ Menschen herangezüchtet und deren wesentliches Element war nicht die Vermittlung von Wissen zum individuellen Gebrauch, sondern ein sattsam bekannter Lehrplan:

»Er bestand – und besteht heute noch in den meisten Industrienationen – aus drei ›Fächern‹: Pünktlichkeit, Gehorsam und eintönigem Arbeitsrhythmus« (40). Der Konzern löste in allen Industrienationen das private oder partnerschaftliche Eigentumsverhältnis ab. D.h. die ökonomischen Zentren waren *nicht mehr Personengebunden*, sondern überdauerten nun Generationen. Ihre Besitzverhältnisse regelten sich über das Kapital und nicht über das Wissen und die Fähigkeiten von Besitzern. Die genannten drei Institutionen nennt Toffler ›die Hauptmerkmale‹ des Industrialismus bzw. der zweiten Welle:

»Um überall in der Welt, wo die zweite Welle herrschte, in Japan ebenso wie in der Schweiz, in England, Polen, den USA und der Sowjetunion, verlief das Leben der Menschen auf einer vorgezeichneten Bahn: In der Kernfamilie geboren, wurden sie en masse durch fabrikartige Schulen geschleust und traten dann in den Dienst eines großen privaten oder öffentlichen Konzerns. Jede Phase des Lebens wurde von einer Schlüsselinstitution der zweiten Welle dominiert.«(42)

Am Beispiel der Musikgeschichte macht Toffler dann deutlich, wie sehr die Soziosphäre der zweiten Welle mit ihren drei Kerninstanzen beispielgebend für alle anderen Bereiche des Zusammenlebens und der menschlichen Organisation waren und nachfolgende Organisationen sich an den Bedürfnissen und dem Stil der Technosphäre orientierten. Mir scheint, daß ein hervorragendes Beispiel die Geschichte der Kommunistischen Parteien ist! (Sorry, aber ich kann's nicht lassen. Die Kommis müssen mal wieder herhalten!).

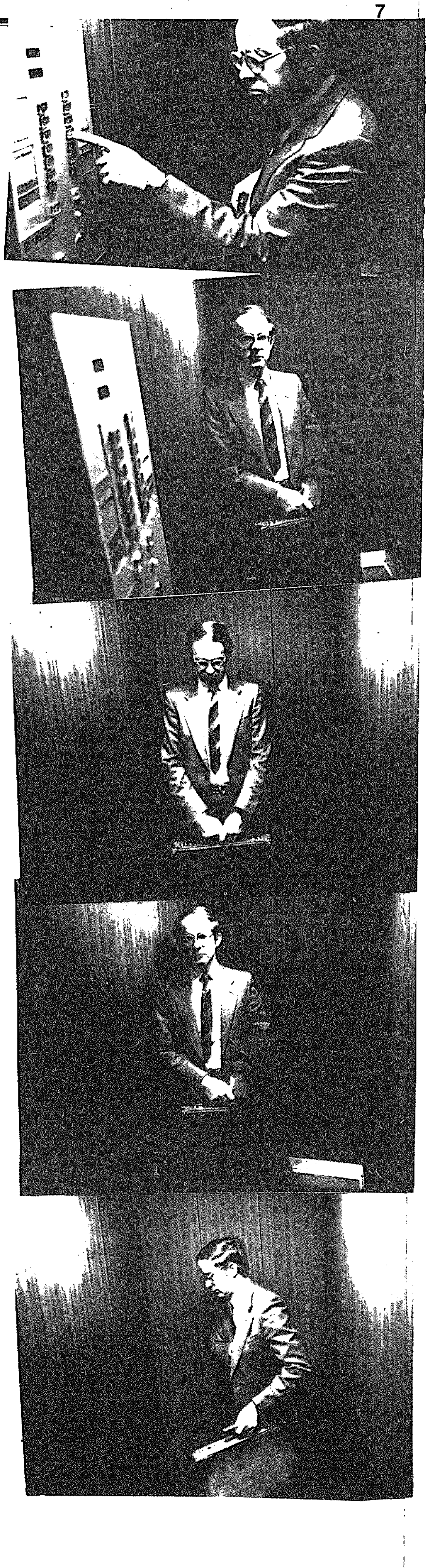
Innerhalb der einzelnen Sphären und zwischen den einzelnen Spähren fließt ein dichter Strom von Informationen. Während noch in der ersten Welle die Informationen hauptsächlich zwischen der herrschenden Oberschicht ausgetauscht wurden und nur eine quasi Einweginformation von oben nach unten stattfand, benötigte jetzt die zweite Welle ein weitverzweigtes Infosystem. Einerseits um die innerhalb der Technosphäre anfallenden Infos schneller und weiter zu verbreiten, andererseits um die *»Wirtschaftsproduktion und das private Verhalten der Menschen aufeinander abzustimmen«*(44f)

In den Massenmedien ist das Grundmuster der Fabrik wiederzufinden, *»sie hämmern identische Informationen in Millionen Gehirne, so wie die Fabrik identische Produkte für Millionen herstellt«*(46). Die *Infosphäre* ist der Vermittler zwischen den verschiedenen Sphären. Es gibt nach Toffler ein Grundmuster nach dem all diese Sphären aufgebaut sind und funktionieren. Diese Grundmuster nennt Toffler den **Code der Industriegesellschaft**. Die Industriezivilisation bezieht ihren Code aus sechs miteinander verknüpften Prinzipien, die sich überall durchgesetzt haben und *»das Verhalten von Millionen programmiert haben«*(58). Die sechs Prinzipien sind:

- Standardisierung
- Spezialisierung
- Synchronisierung
- Konzentration
- Maximierung
- und Zentralisierung

Erläuterungen:

Standardisierung ist nicht nur in bezug auf die produzierten Güter zu sehen, sondern auch auf die Art der Produktion – Taylorismus –, Auswahlverfahren für Arbeiter – Tests –, Lehrpläne an den Schulen, es gab und gibt standardisierte Umgangssprachen (Beispiele: das Hochdeutsch, englisch als Weltsprache...), die ganze Bilder und Symbolwelt wurde standardisiert, (Beispiel die Werbung in den Massenmedien – Millionen sehen die gleichen Bilder, lesen die gleichen Texte usw. usw. Standard wurde zum Maßstab. In der Architektur genauso wie in Einrichtungsgegenständen. Regionale Besonderheiten wurden egalisiert und eingeebnet.



Spezialisierung – hier setze ich die Kenntnis der Arbeitsteilung voraus; wesentlich scheint mir jedoch der Hinweis, daß durch die oben beschriebene Einebnung der kulturellen Vielfalt die Spezialisierung einem Bedürfnis nach Differenzierung und Individualisierung entgegenkam. Somit wäre die Spezialisierung eine Art Kompensation für die verloren gegangene kulturelle und regionale Identität.

Synchronisierung – der Tagesablauf der Menschen unter den Bedingungen der ersten Innovationswelle bestimmte sich weitgehend nach den regionalen und natürlichen Erfordernissen und Bedingungen. Wenn ein Bauer auf den Acker ging, war es unerheblich, ob das um 7 Uhr oder um 8 Uhr geschah. – Nun aber unter den Bedingungen der zweiten Welle mußte der Tagesablauf für Millionen von Menschen synchronisiert werden. Die Richtschnur hierfür lieferten die Maschinen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt ein und ausgeschaltet wurden. Millionen standen nun rund um die Welt zur gleichen Zeit auf, fraßen, schissen und gingen zur gleichen Zeit zur Arbeit und ins Bett. Die Uhr wurde zum wichtigsten Instrument.

Konzentration – damit ist sowohl die Konzentration an bestimmten Orten (Vorkommen von bestimmten Rohstoffen usw.), wie auch die Konzentration von Energieerzeugung, Städte, Konzerne, Monopole bis hin zu den Massenbewegungen gemeint.
Auch die Schulen waren ein Ort der Konzentration.

Maximierung –mit den Möglichkeiten der Massenproduktion schien auch alles andere dem Fetisch des Wachstums und der Superlative untergeordnet werden zu können. – Sichtbarer Ausdruck dieser Makrophilie ist die Maßeinheit des Wohlstandes, das Bruttosozialprodukt. Es galt, diese Größe auf jeden Fall zu steigern, denn je größer das BSP, desto höher der Wohlstand.
Zentralisierung – sichtbarster Ausdruck sind die Nationalstaaten mit starken Zentralregierungen.

Diese sechs Grundprinzipien verliehen der Industriegesellschaftihre charakteristischen Züge, und sie sind in der Tat in kapitalistischen wie in sozialistischen Gesellschaften zu entdecken.

Ähnlich der Umwälzung im ökonomischen und sozialen Bereich vollzog sich auch im politischen Bereich eine Umwälzung, die den Erfordernissen des Industrialismus mehr entsprach. Nach Toffler ist die *Mechano-Manie*, – der Drang alle Organisationen und Gruppierungen oder gar die menschliche Gesellschaft insgesamt als eine gigantische Maschine zu betrachten und alles nach mechanischen Abläufen zu regeln, – Grundlage der Industriezivilisation. So sind zum Beispiel alle Gesellschaften mehr oder weniger nach dem Repräsentativsystem regiert. Die Repräsentanten haben eine mehr oder weniger »universale Volksvertreterausstattung« und verfügen über eine »globale Gesetzesfabrik«, halten »Beruhigungsrituale« (Wahlen, Versammlungen etc.) ab und das alles, um die Gesamtmaschine »Gesellschaft« möglichst reibungslos am laufen zu halten. Ihre Handlanger und Helfershelfer sind nach Toffler die »Integratoren«, die »Techniker der Macht«, die »Eliten« und die »Supereliten«. Alles austauschbare Figuren, die jedoch die »heimlichen« oder »unheimlichen« Machthaber darstellen.



2. Indust-Realität

Konstituierendes Moment der Indust-Realität ist nach Toffler das »Zerbrechen der Einheit von Konsument und Produzent« (49). Jedes Individuum ist beides zugleich aber zu unterschiedlichen Zeiten, an unterschiedlichen Orten usw. Vermittelnde Instanz ist nach Toffler der Markt (das unsichtbare Wesen). Hier wird sehr stark mit dem marxschen Begriff der »Entfremdung« operiert. Der Markt schob sich nicht nur zwischen den Produzenten und den Konsumenten in Bezug auf den Warentausch, sondern zwischen jede Form menschlicher Beziehungen. In einer Gesellschaft, in der sich das »geheimnisvolle Ding« Markt einmal konstituiert hat (und damit die intrapersonelle Spaltung in Produzent und Konsument) »*...werden, gleichgültig wie ihre politische Struktur aussieht, nicht nur Produkte gekauft und verkauft, gehandelt oder getauscht, sondern auch Arbeit, Ideen, Kunst und Seelen.*« (53)

Von nun an mußte jedes Individuum auf mindestens zwei Rollen angesprochen werden, eben als Produzent und Konsument. Jede dieser Rollen erforderte jedoch unterschiedliche, zum Teil diametral entgegengesetzte Verhaltensweisen (das schizoide Individuum war geboren!). – Als Produzent mußte jedes Individuum pünktlich, fleißig und diszipliniert sein, sich kontrollieren lassen, Vergnügungen entsagen, sich unterordnen und gehorsam sein; als Konsument jedoch sollte das gleiche Individuum eher zu hedonistischer als zu abwägender Lebensweise, eher zu Disziplinlosigkeit und zur Verschwendung und zu möglichst individueller Lebensweise angehalten werden. Der Zusammenhang zwischen den zuvor genannten Prinzipien und der Aufspaltung des Individuums macht die Dimension der »Realitätsveränderung« deutlich, der die Menschen der zweiten Welle unterworfen waren. *»Der Zusammenprall der ersten beiden Wellen schuf nicht nur für Millionen Menschen eine neue Realität, sondern veränderte auch ihr Realitätsbewußtsein«* (110) Dieses neue Realitätsbewußtsein nennt Toffler »Indust-Realität«. *Indust-Realität – das war das übergreifende Meinungs- und Ideenkollektiv, das man den Kindern des Industrialismus in der Schule eintrichterte, um ihnen ein spezielles Weltverständnis zu vermitteln. Es war ein Sammelsurium von axiomatischen Grundsätzen der Industriegesellschaft und ihrer Wissenschaftler, Wirtschaftsführer, Staatsmänner und Philosophen und Propagandisten.«* (110)

welle in keinem der sechs Bereiche eine Norm wird durchsetzen können.

Ausflug in die Welt der Dualwirtschaft – die Prosumtion, der Prosument

Der unsichtbare Keil, der während der zweiten Welle das Individuum in zwei Teile zerlegte, wird in der dritten Welle zurückgedrängt. Aus den beiden Teilen des Individuums – Konsument und Produzent – wird wieder eine Einheit, der *Prosument*. Damit verliert der Markt (das unsichtbare Wesen) seine Bedeutung. Unter dieser neuen Zusammensetzung ist jedoch nicht nur zu verstehen, daß wieder mehr Menschen ihr Brot selber backen oder sich selbst ein Regal »Made by Ikea« zimmern, sondern wesentlich sind damit die Selbsthilfegruppen gemeint. Denn gerade im Bereich der sozialen Interaktion hat sich ja die Spaltung des Individuums am zerstörerischsten ausgewirkt. Mit der Delegation des Erwerbs von Gütern an den Markt wurde auch alles andere an den Markt delegiert. Bei Ärzten z.B. wurde die »Gesundheit« nachgefragt, so als ob dies eine Ware wäre und nicht ein Zustand, der herstellbar ist durch Veränderung von Lebensbedingungen usw.... (das ist sehr mager dargestellt, aber ich will vermeiden ein neues Buch zu schreiben). Nach Toffler gibt es und wird es zunehmend geben, zwei Sektoren in denen produziert wird. Der Sektor A ist der ersten Welle am nächsten, alles was in ihm hergestellt wird, verbraucht der Produzent selbst. Der Sektor B stellt den Markt dar, der während der zweiten Welle dominierte. Waren und Dienstleistungen wurden für »den Markt« produziert. Während der zweiten Welle dominierte klar die Produktion für den Sektor B. Mit zunehmender Veränderung in der Arbeitszeit und der Technologie wird der Sektor A wieder stärker in den Vordergrund treten.

Der Markt, der weltweit über mehr als dreihundert Jahre hinweg aufgebaut wurde, wird als »Institution« bestehen bleiben, obwohl das Ende der »Vermarktung« gekommen ist. Unter Vermarktung versteht Toffler den Aufbau des weltweiten Marktes. Und nicht wie sonst üblich den »Verkauf« eines Produktes.

Am Ende dieser »Vermarktungsära« steht eine Gesellschaft, die Toffler »Transmarkt-Zivilisation« nennt: »*...das ist eine Gesellschaft, die zwar nach wie vor vom Markt abhängig ist, aber nicht mehr unter dem Druck steht, diese Struktur aufbauen, ausdehnen, verfeinern und integrieren zu müssen.*« (292) Deshalb kann sich diese Gesellschaft »eine neue Tagesordnung« geben. Wie die aussehen wird, ist zur Zeit noch nicht abzusehen.

Jenseits der Indust-Realität

Mit all den beschriebenen Veränderungen, Umbrüchen und Neuerungen geht nun auch zwangsläufig ein neues Realitätsverständnis und -bewußtsein einher.

Das Feindbild Natur wird revidiert. Die Umweltschutzbewegungen, die in den letzten Jahren stark zugenommen haben, zwingen uns dazu ein neues (altes) Naturverständnis zu entwickeln. Statt in Feindschaft und auf Ausbeutung angelegt, geht der Trend eher zu einem auf Harmonie und Symbiose aufbauenden Naturverständnis hin.

Das Darwinsche **Evolutions**verständnis wird durch neuere Forschungen immer stärker erschüttert. »*... Phänomenen, denen früher Gesetzescharakter zugemessen wurde, (sind) in Wirklichkeit ... Spezialfälle...*« (296) Das heißt, daß die Evolution nicht mehr länger als ein bruchloser, kontinuierlicher Prozeß zu sehen ist, sondern daß die »Lücken« und »Sprünge« in den evolutionären Entwicklungen von entscheidenderer Bedeutung sind. Eine solche »Lücke« oder ein solcher »Sprung« könnte nun, aufgrund der Gen-Technologie vom Menschen direkt erzeugt werden. Ein weiterer Grundbaustein der Indust-Realität geht damit in die Brüche.

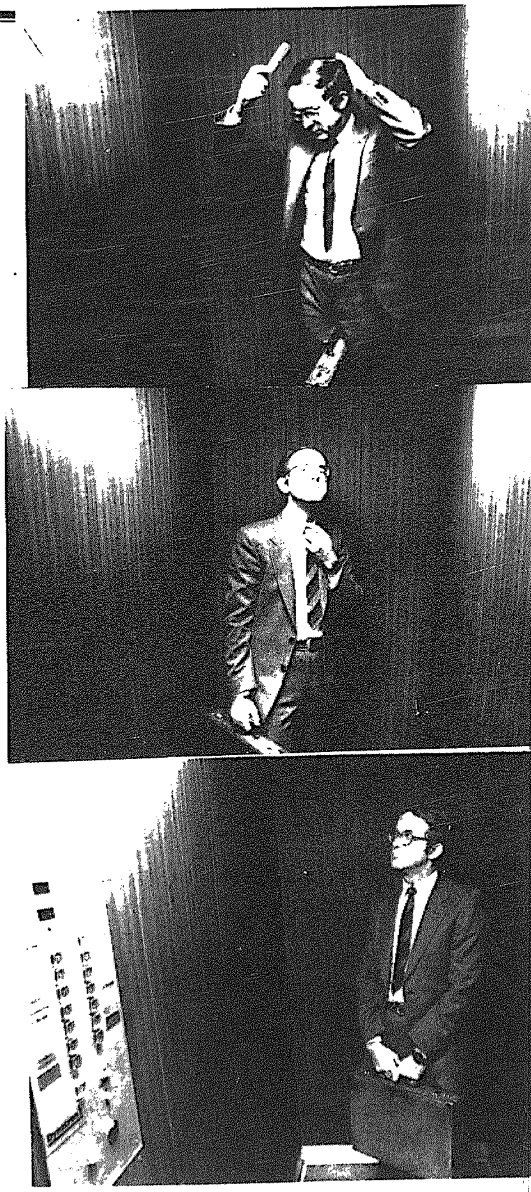
Nagen am Baum der Erkenntnis, oder wie der Fortschrittsbaum gefleddert wird

»*Rapide gewinnt heute überall in der Welt die Erkenntnis an Boden, daß Fortschritt nicht mehr ausschließlich am technischen Entwicklungsstand oder am Lebensstandard gemessen werden kann, daß eine Gesellschaft, die moralisch, ästhetisch und politisch korrupt ist und deren natürliche Umwelt vor die Hunde geht, nicht »fortschrittlich« genannt werden kann, ganz egal, auf welchem Niveau sich ihre Technologie und ihr Lebensstandard befinden.*« (299) Fortschritt wird in der dritten Welle definiert werden, »*an der Vielfalt und dem Reichtum der menschlichen Kulturen*« (300)

So wie in der zweiten Welle das neue Realitätsverständnis tieferliegende Schichten erfasste und veränderte, wird auch die dritte Welle die Begriffe von **Raum und Zeit** grundlegend verändern und neu definieren. Das wesentliche Element des Denkens der zweiten Welle war, das Auseinandernehmen von Ganzheiten und die Einzelheiten isoliert von einander zu betrachten. Die Kultur der dritten Welle dagegen wird mehr Wert auf die Betonung von Zusammenhängen, Verwandtschften und Ganzheiten legen. Die neue Denkweise ist das »Systemdenken«. Die Systemtheorie »... *attackiert die Annahme, daß ein Ganzes nur dann verstanden werden kann, wenn man seine Einzelteile isoliert voneinander untersucht.*« (307)

Dem mechanistischen Kausalitätsbegriff nach Newton war der Begriff »Zufall« fremd. Man konnte Entwicklungen (so glaubte man) aufgrund ihres Anfangsstadiums in ihrem Verlauf und ihrem Ergebnis voraussehen. Für bestimmte mechanisch determinierte Phänomene gilt dies immer noch. Aber gerade die Veränderungen in nicht-mechanischen Systemen waren so nicht zu erklären. In neuen Theorien herrschen Begriffe wie »Zufall« und »Chaos« vor. Der neue Kausalitätsbegriff verneint die Gesetze strikter Kausalität und setzt an ihre Stelle die Beschreibung von Wandel, Sprüngen und sogenannte *dissipative Strukturen* (letzteres sind neu entstandene Strukturen aus alten zusammengebrochenen, die ein komplexeres differenzierteres und aktiveres System darstellen), d.h. daß das direkte Ursache-Wirkungsverhältnis aufgegeben wird.

Die letzte Bastion des Industrialismus, **der Nationalstaat**, erlebt gleichfalls seine Demontierung. Toffler sieht den Nationalstaat zum einen von der Basis her bedroht und führt dafür die separatistischen oder zentrifugalen Bestrebungen rund um die Welt an. Zum anderen sieht er den Nationalstaat aber auch von »oben« her bedroht und illustriert das mit trans- oder multinationalen Zusammenschlüssen, die immer mehr Entscheidungsbefugnisse erhalten. Ein weiteres Beispiel für das Zerfallen der Nationen (Toffler spricht in diesem Zusammenhang nur von den industrialisierten Ländern) sind die Transnationalen Konzerne, die teilweise bereits mehr Macht und Einfluß haben als die politischen Institutionen. Aber auch die zunehmende Verflechtung über die Wirtschaft, die Kommunikationssysteme usw. nehmen den Nationalstaaten ihre relative Unabhängigkeit und Souveränität. Am Ende kommt bei Toffler ein »... *strukturelles Netz, das verschiedenartige Organisationen mit den Interessen der Allgemeinheit verbindet.*« (330) heraus. Die dritte Innovationswelle läßt Gruppen entstehen, deren Interessen über den Nationalstaat hinausreichen und formuliert werden. Diesen Gruppen unterstellt Toffler ein »planetarisches Bewußtsein«.



Ausflug in die »dritte Welt« oder die erste und die dritte Innovationswelle haben ein Verwandtschaftsverhältnis ersten Grades!

Am Beispiel der Entwicklungshilfe macht Toffler die Unfähigkeit des Industrialismus deutlich die Lebensbedingungen in den Ländern der »dritten Welt« positiv zu verändern. Bei Toffler stellt sich heraus, daß »... *die Zivilisation der Dritten Welt viele Merkmale besitzt, die sich ähnlich auch in Gesellschaften finden, die noch von der ersten Innovations-*

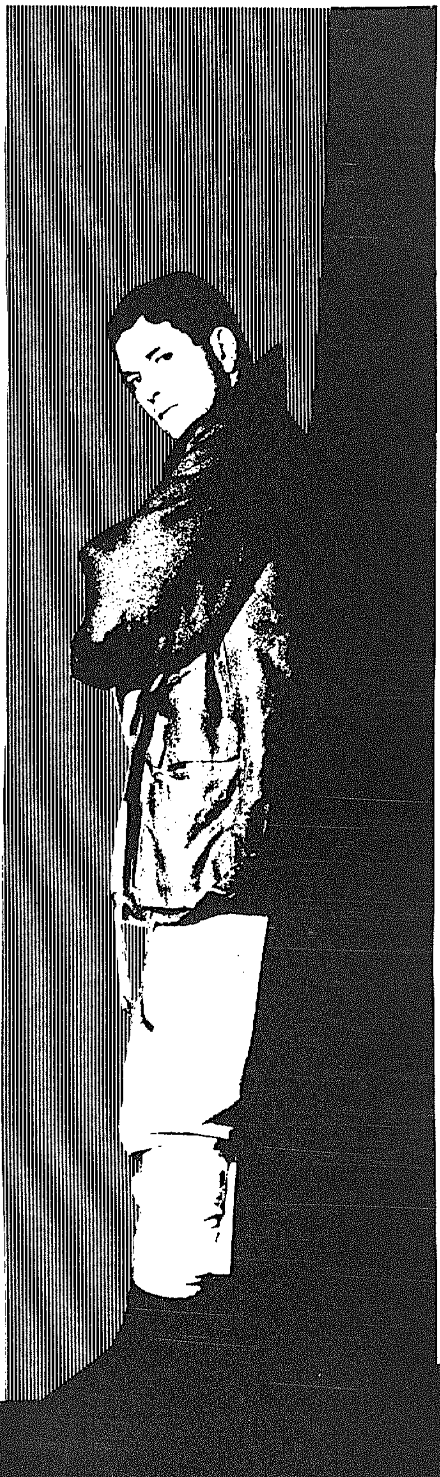
welle geprägt sind. Dazu gehören... dezentralisierte Produktionsweisen, angemessene Größenordnungen, erneuerbare Energien, Stadtflucht, Heimarbeit und ein hoher Prosumanteil.« (339) Somit sind die technologischen Errungenschaften der dritten Welle wesentlich besser geeignet in den sogenannten Entwicklungsländern eingesetzt zu werden. Die Möglichkeiten der Elektroindustrie lassen sich leicht in die sozialen Strukturen der Länder der Dritten Welt integrieren. Anstatt ersteinmal (wie in der zweiten Welle) die Bevölkerung in Städten zu konzentrieren, könnten die neuen Herstellungstechniken in kleinen Einheiten auf dem Land angesiedelt werden.

Die Gestalt der Zukunft
oder
Phönix aus der Asche!

Aus der Beschreibung der zweiten Welle konnten wir entnehmen, daß eine handvoll Hauptmerkmale die aus der Techno-Sphäre entstammten (Standardisierung, Spezialisierung etc.) sich in allen gesellschaftlichen und zwischenmenschlichen Bereichen durchgesetzt haben, obwohl sie für diese völlig unbrauchbar waren. Und dies nur zu dem einen Zweck, den Menschen völlig den Bedingungen des Industrialismus zu unterwerfen. Das mechanistische Weltbild sah den Menschen auch als bloße Maschine und seine soziale Umwelt ebenfalls. Jeder war ein »Rädchen« im Getriebe der großen Weltmaschine. Und alle Institutionen (insb. Familie, Schule) waren darauf ausgerichtet, das »Rädchen« so zurecht zu schleifen, daß es möglichst reibungslos in die gigantische Maschine – Industrialismus – eingepaßt werden konnte. Aus dieser Eindimensionalität des Denkens und Handelns entsprangen die vielfältige Probleme (Umweltzerstörung etc.) die den Industrialismus kennzeichnen.

Unsere Vorstellungen von der Zukunft entspringen zumeist dem, in der zweiten Welle, vorherrschenden mechanistischen Kausalitätsdenken. Die Zukunft ist für uns meistens eine geradlinige Fortführung der Gegenwart; mit allen uns bekannten Implikationen wie: Zentralismus, Konzentration, Wachstum etc. etc.... Beispiele dafür finden sich in Science-Fiction-Stories en masse und es sind nicht immer die Schund-SF, die diese geradlinige Fortführung betreiben. Es ist Kernpunkt unseres Denkens und resultiert aus dem linearen Zeit-Denken, das die zweite Welle so entscheidend geprägt hatte.

Jetzt am Beginn des Niedergangs der zweiten Welle, wo auch viel deutlicher deren Implikationen und Determinanten ausfindig gemacht werden können, werden durch Wissenschaft und Technik viele unserer Denk-Grundlagen auf den Kopf (oder besser auf die Füße!) gestellt. Vieles von dem was »Neu« erscheint ist eigentlich uralt. Speziell das Denken in Ganzheiten usw. Insgesamt stellt Toffler fest, bewirkt die dritte Welle nichts mehr und nichts weniger als eine vollständige Transformation unserer Zivilisation. Wobei bemerkenswert ist, daß im Gegensatz zu der Transformation der zweiten Welle, die jede Bedingung der ersten Welle zerstörte, die jetzige eine tendenzielle Hinwendung zu Bedingungen der ersten Welle beinhaltet. Wenn es auch anmutet wie eine Aufzählung aus dem Supermarkt, so ist doch zu erkennen, daß die Zivilisation der dritten Welle sich wesentlich aus folgenden Elementen zusammensetzen wird:



– **Dezentralisation**: überschaubare kleine Produktionseinheiten; tendenzielle Aufhebung von Wohn- und Arbeitsplatz, regionale statt nationale Interessenwahrnehmung (dabei jedoch mit quasi ›transnationalem Touch‹)
– **Diversifikation**: Im Energiebereich (erneuerbare Energien) genauso wie im Produktionsbereich (Fabriken und Heimarbeit), individuellere Güter statt Massenprodukte, Individualisierung der Massenmedien etc. , keine zentralistischen Regierungen sondern ein Netz transnationaler Organisationen, speziell in der Sozio-Sphäre wird die Diversifikation eine Rolle spielen – statt einer zentralen Sozialisationsinstanz (wie es z.B. die Kernfamilie war) verschiedene Lebensformen, die u. U. je nach Alter und Arbeitssituation individualgeschichtlich mehrmals verändert werden.

Schon die Benennung von Dezentralisation und Diversifikation als »Hauptströmungen« zeigen, daß es eigentlich (in keinem Bereich der neuen Zivilisation) eine Hauptströmung geben wird!

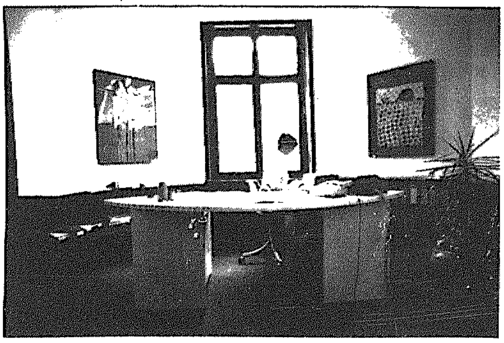
Schlußfolgerungen –
oder
die Transformation der Persönlichkeit und der Politik

Bisher wurde lediglich die »äußere Form« der neuen Zivilisation beschrieben. Wie wirkt sich nun diese Veränderung auf die Menschen der dritten Welle aus?

Ausgehend von der Ist-Situation, die gekennzeichnet ist von einem globalen Zusammenbruch der psychischen Konstellation der Menschen der zweiten Welle, versucht Toffler eine neue Psycho-Spähre zu beschreiben. Er macht den Zusammenbruch fest, am Zusammenbrechen der bis heute bestehenden Institutionen, die den Menschen der zweiten Welle drei Grundsbedürfnisse – nämlich Gemeinschaft, Struktur und Sinn – befriedigt haben. Das Zusammenbrechen oder Versagen dieser Institutionen macht Toffler fest an den bereits vorhandenen Umstrukturierungen.

Die verstärkte Individualisierung der Gesellschaft verstärkt gleichzeitig die Einsamkeit der Individuen (dies nur als Beispiel). Die Menschen der dritten Welle werden stärker gefordert sein, die genannten drei psychischen Grundbedürfnisse selbst zu befriedigen. Das dürfte – speziell in der Übergangsphase – sehr schwierig sein, da ja gerade ein spezifisches Moment des Industrialismus quasi ein »Anti-Individualismus« oder »Pseudo-Individualismus« war. Auf was die Veränderung abzielt, nennt Toffler in Anlehnung an Fromm den »sozialen Charakter«.

Er geht davon aus, daß bestimmte, in der zweiten Welle ausgebildete Spezialitäten, wie Kindheit, Jugend, Arbeitsethik usw. so stark verändert werden müssen, daß sich neue Charakterzüge formen, die dann wieder den sozialen Charakter darstellen. Speziell das An-



wachsen der Prosumtion scheint dabei eine Hauptrolle zu spielen. Da im Prosumtionssektor Fähigkeiten ausgebildet werden, die eine Definition des Menschen über seine Produktionsfunktion hinaus ermöglichen.

Der Info-Sphäre wird ebenfalls eine entscheidende Rolle bei der Herausbildung des Menschen der dritten Welle zugemessen. Die Abkehr von standardisierter Massenberieselung, wird entscheidend zur »lebbaren« Individualisierung beitragen.

»Wir erleben heute nicht die Krise dieser oder jener Regierung, sondern die Krise der repräsentativen Demokratie an sich.« (391) Nachdem Toffler dies konstatiert, fährt er fort mit einer Aufzählung von uns allen sattsam bekannten Korruptions- und Unfähigkeitsbeweisen. Er beleuchtet die aufkommende hektische Suche nach dem messianischen Führer, der uns aller Sorgen entheben würde und kommt zu dem Schluß, daß »Führerpersönlichkeiten« höchstens noch als Relikte der zweiten Welle gelten können und anachronistischer sind als das repräsentative Demokratiesystem. Zumal sie heute, aufgrund des technologischen Fortschritts allemal gefährlicher wären als je zuvor. Toffler führt vier Bedingungen an, die er für die Ursachen hält, warum die repräsentative Demokratie in Agonie liegt.

– Das Vermittlungsproblem besteht darin, daß die Regierungsapparate, getreu der zweiten Welle, nach sauber voneinander getrennten Problembereichen organisiert sind. Die wachsende Komplexität, die immer deutlicher werdende Verbundenheit der Probleme untereinander, machen es jedoch notwendig, daß ressortübergreifend gedacht und gehandelt wird. Dazu jedoch sind die Strukturen nicht imstande.

– Die Beschleunigung des Entscheidungsprozesses hat enorme Ausmaße angenommen. Aufgrund der neuen (auch schon während der zweiten Welle vorhandenen) schnellen Nachrichtenübermittlung müssen Regierungen weitaus schneller auf weitaus mehr und vielfältigere Probleme reagieren als noch zu Beginn der zweiten Welle, als die noch vorherrschende Regierungsform institutionalisiert wurde. Niemanden würde es einfallen mit einem Operationsbesteck des 19. Jahrhunderts eine Herzoperation auszuführen, aber die immer komplexeren Probleme der heutigen Zeit werden mit institutionellen Mitteln von vor hundert Jahren zu lösen versucht.

– Das Zerbrechen des Konsenses ist letztendlich lediglich Ausdruck der bereits weitfortgeschrittenen Individualisierung der Gesellschaft. Einen gemeinsamen Grundkonsens, mit dem sich in der Vergangenheit Mehrheiten bilden ließen, gibt es so nicht mehr. Nach Toffler lassen sich allenfalls noch temporäre oder themenbezogene Mehrheiten finden, die sich jedoch anders und viel differenzierter zusammensetzen. Und in keinem Fall mehr eine Grundlage für eine längere Regierungszeit bilden können.

– Der vierte und letzte Grund ist schließlich die Implosion des Entscheidungsprozesses. Hiermit ist nichts anderes gemeint, als daß *»zu viele und zu schnelle Entscheidungen über zu viele fremde und ungewohnte Probleme...«* (409) zu einer Inkompetenz der politischen Entscheidungsträger geführt haben. Aufgrund seiner Trägheit und seiner langen und zeitintensiven Entscheidungsprozesse ist *»das Entscheidungssystem selbst ... zu einer Bedrohung geworden«* (412)

Die zukünftige »Demokratie« sieht nach Toffler etwa folgendermaßen aus: Anstelle des Mehrheitsprinzips tritt ein Minoritätsprinzip, das der »konfigurativen« Gesellschaft der dritten Welle wesentlich mehr entspricht. (Ich erspare mir die verschiedenen Lösungsvorschläge im einzelnen darzustellen)

Anstelle der Repäsentation tritt eine »Semidirekte Demokratie«, die sich mithilfe der neuen Informationstechnologien, trotz gewachsener Komplexität der Entscheidungen







und Probleme, wahrscheinlich besser praktizieren läßt als noch zu Beginn der zweiten Welle, wo ja auch der Begriff der direkten Demokratie keine unbekannte Größe war. Gegner derselben bauen im wesentlichen auf zwei Argumenten auf: direkte Demokratie gestatte keine Überprüfung und gegebenenfalls Revision von Entscheidungen aufgrund temporärer oder emotionaler Reaktionen;
die Kommunikationsmöglichkeiten seien den Anforderungen nicht gewachsen.

Beide Argumente lassen sich nach Toffler heute leicht entkräften, da bei ersterem diverse Stationen eingebaut werden könnten, die eine »Abkühlung« bewirken würden und bei letzterem steht die neue Technologie bereit. Diese macht es sogar möglich, zu ganz speziellen Problemen den Wissenstand auf ein Niveau zu heben, das heute nicht einmal die Entscheidungsträger in den üblichen Institutionen erreichen.

Die dritte unumgängliche Veränderung in der politischen Sphäre ist die Entscheidungsteilung. Toffler hebt hervor, daß diese auf zwei Ebenen stattzufinden habe und zwar einmal »nach unten«, also mehr Entscheidungsbefugnisse in die Regionen, Gemeinden usw. und hin zu minoritären Gruppierungen. Zum anderen »nach oben« und zwar auf die Ebene transnationaler Gruppierungen, Organisationen und eventuell noch speziell zu schaffender Gremien.

Wobei letzteres keine stärkere Zentralisierung bedeutet, da die zur Entscheidung anstehenden Probleme nach ihrer Ursache delegiert werden. Speziell die letztere Ebene der Entscheidungsverlagerung verdient einige Aufmerksamkeit. Toffler geht von einem (in Ansätzen bereits vorhandenen) sich entwickelnden transnationalen Netz aus, in dem Organisationen, einzelne Bewegungen, Transnationale Konzerne mehr miteinander zu tun





haben als z.B. die nationalen Regierungen (auch schon zur Zeit) über transnationale Gremien. Da dem so ist, muß die zukünftige politische Struktur dem Rechnung tragen, wenn sie effizienter werden soll. Dabei steht auf keinen Fall eine Science-Fiction-hafte Weltregierung Pate, sondern eher der Gedanke, daß es auch eine Dezentralisierung »nach oben« geben kann.

Noch ein wesentlicher Punkt für den Zwang, die politischen Institutionen der zweiten Welle weitgehend zu erneuern, ist für Toffler die sogenannte Entscheidungslast. Diese definiert sich folgendermaßen: *Je mehr und häufiger Entscheidungen unterschiedlicher Art zu treffen sind, desto schwerer wird die ›Entscheidungslast‹.«* (432) Dabei ist *»Das demokratische Niveau einer Gesellschaft (...) weitgehend davon abhängig, von wem diese ›Entscheidungslast‹ mitgetragen wird.«* Die immer drückender werdende Entscheidungslast, überfordert die alten Eliten und Supereliten und zwingt sie neue Aufsteiger zu etablieren. D.h. die Eliten und Supereliten vergrößern sich ständig und bleiben trotzdem gewissermaßen begrenzt. Da die ›Entscheidungslast‹ im Zuge der dritten Welle implosionsartig anschwillt, eröffnen sich nach Toffler *»...erregende Aussichten auf eine radikale Erweiterung der politischen Mitbestimmung.«* (433)

Gegenwärtig tobt ein gewaltiger Superkampf in zwei Schlachten: *Erstens das herkömmliche Gerangel zwischen konkurrierenden Gruppen der zweiten Welle, die sich um kurzfristige Profite balgen; und zweitens die Auseinandersetzung zwischen einer K o a l i t i o n aus all diesen Gruppen und den neuen politischen Kräften der dritten Welle.«* (434) Zwar sind die Trennungslinien zwischen den »reaktionären Kräften«, die der zweiten Welle verpflichtet sind und den »revolutionären Kräften«, die der dritten Welle zugeordnet werden können noch nicht klar und jeder fühlt sich mehr oder weniger hin und her gezogen und wechselt (bewußt oder unbewußt) immer mal wieder die Fronten, dennoch gibt es sichere Indizien für die eine, wie für die andere Gruppierung. Demgemäß lassen sich die Vorreiter der dritten Welle an folgenden herausragenden Eigenschaften erkennen: Sie setzen sich *»...für eine Demokratie der Minderheiten ein; sind bereit zu Experimenten in direkter Demokratie; sie sind sowohl für Transnationalismus wie für eine fundamentale Entzerrung der Macht. Sie verlangen den Abbau der Bürokratien. Sie fordern ein auf erneuerbaren Quellen beruhendes, dezentralisiertes Energiesystem. Sie wollen Alternativen zur Kernfamilie legitimieren. Sie kämpfen für weniger Standardisierung und stärkere Individualisierung in den Schulen. Sie messen ökologischen Problemen höchste Priorität bei. Sie erkennen die Notwendigkeit, daß die Weltwirtschaft auf einer gerechteren Basis neu aufgebaut werden muß.*

Vor allem aber sind die Vertreter der dritten Welle mißtrauisch gegenüber allen – selbst neuen – politischen Kandidaten und Parteien und spüren, daß lebenswichtige Entscheidungen im gegenwärtigen politischen Rahmen nicht getroffen werden können, solange die Vertreter der zweiten Welle nach wie vor ihr konventionelles politisches Süppchen kochen.« (435)

In den Industriegesellschaften bildeten sich zwei ideologische Hauptströmungen heraus, die Linke und die Rechte; beide hatten jedoch eine gemeinsame Grundlage: den Bezug auf den Industrialismus und die daraus resultierende »Super-Ideologie«, daß die Gesellschaft der zweiten Welle die beste aller Gesellschaften sei. Besonders deutlich wird dies am Auftreten beider ideologischer Strömungen in der dritten Welt. Das industrielle Weltbild beruhte auf drei Axiomen:

1. Die Natur ist ein Objekt, das ausgebeutet werden muß.
2. Der Mensch ist (vorläufiger) Höhepunkt eines langen Evolutionsprozesses;

– dieser von Darwin wissenschaftlich untermauerte Glaubenssatz wurde von den Sozialdarwinisten auf die menschliche Gesellschaft übertragen und dann in gerader Linie weitergeführt und auf ganze Gesellschaften bzw. gesellschaftliche Entwicklungen übertragen, demnach lautet die zweite Hälfte des Axioms:
der Industrialismus ist die allen anderen Kulturen überlegene.

– dies war gleichzeitig die rationale Begründung für den Imperialismus.

3. Das Fortschrittsprinzip verband diese beiden ersten Axiome, indem davon ausgegangen wurde, daß die Geschichte sich mit unwiderstehlicher Dynamik auf eine bessere, menschlichere Gesellschaft zubewegt. Und also jede Kultur zwangsläufig das Stadium des Industrialismus durchlaufen muß! Dieses Fortschrittsprinzip findet sich explizit auch bei Marx jedoch verbunden mit Vorstellungen wie die Subjekte handelnd in diesen Fortschritt eingreifen können oder sollen. Letzteres fehlt bei Toffler.

Die Indust-Realität formte aber auch noch andere, tiefer liegende Vorstellungen von der Wirklichkeit um. Die elementarsten Grundsätze menschlicher Erfahrung wie Zeit, Raum, das Funktionieren der Natur und die letzte aller Fragen, das große »Warum?« wurden durch die Indust-Realität neu oder umdefiniert.

Um die zuvor beschriebene Synchronisierung überhaupt Wirklichkeit werden zu lassen, bedurfte es einer Umdefinition des Begriffes »**Zeit**«.

Während sich noch in der agrarisch strukturierten Gesellschaft der Zeitbegriff eng an die zu verrichtende Arbeit anlehnte und in großen Zeiträumen gedacht wurde (wie von der Saat bis zur Ernte) und kleinere Zeiträume sich meistens an üblichen Verrichtungen messen ließen, wurden präzisere Zeitangaben für den Industrialismus unumgänglich.

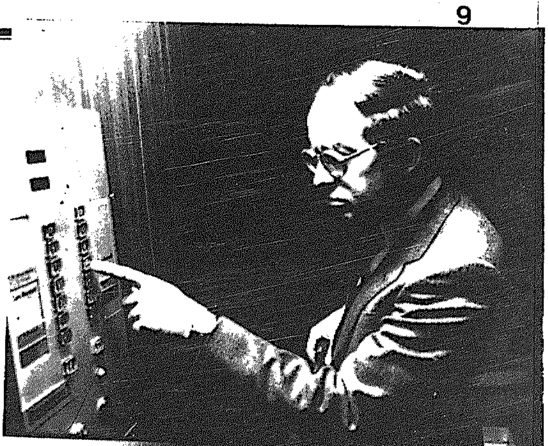
Auch die Frage der Evolution und des Fortschritts (wie zuvor beschrieben) ließen sich mit unterschiedlichen Zeitbegriffen nicht klären. Der in vielen Kulturen vorherrschende Begriff, daß die Zeit zyklisch sei (der auch bis ins Mittelalter in Europa mit dem linearen Zeitbegriff konkurrierte) war für die Belange des Industrialismus unbrauchbar. Der lineare Zeitbegriff setzte sich durch. *»Die Zeit war nun wie eine Fernstraße, die eine weit zurückliegende Vergangenheit durch die Gegenwart hindurch mit der Zukunft verband...«*(117). Das lineare Zeit-Denken ist sicher nicht unerheblich für unsere Beziehung zu Vergangenheit und Zukunft. Da einmal Durchlaufenes unwiderruflich vorbei ist und an seine Stelle nur Neues bisher Unbekanntes treten kann. Das ist m.E. auch die Grundlage für die typische Technikgläubigkeit.

Auch der von Menschen genutzte und bewohnte *Raum* erfuhr eine Neudefinition bzw. Neustrukturierung. Neben den Normungen für Flächen und Raummaßen (das metrische System war vor der industriellen Revolution eines unter vielen) veränderte sich die Flächennutzung radikal. In der ersten Welle lebten die Menschen »flächenintensiv«, d.h. daß weite Reisen und eine große Mobilität nicht an der Tagesordnung waren. Viele Menschen kamen Zeit ihres Lebens aus der dörflichen Gemeinschaft nicht heraus. Mit der Industrialisierung wurde »flächenextensiv« gelebt. Waren, Rohstoffe etc. wurden über weite Strecken transportiert und der Transport bedurfte nun zielgerecht angelegter Straßen. Während sich davor Handelswege an den Naturgegebenheiten orientierten, wurden nun fast geradlinig verlaufende Verkehrswege gebaut. Eisenbahnlinien und Kanäle verdeutlichen dies. Der Raum erfuhr eine Einteilung, die sich streng an den Erfordernissen der Industrialisierung orientierte. Städte wuchsen nicht mehr urwüchsig, sondern waren je nach Funktion geplant. Die Perversion unserer heutigen Städte mit den genormten Einheitsfassaden und Wohnklos scheint ein Spitzenprodukt des »neuen« indust-realen Raum-Begriffs zu sein.

Die neuen Zeit- und Raumbegriffe prägten sehr stark das Alltagsverhalten der in der zweiten Welle aufgewachsenen Menschen. Eine dritte wesentliche Neudefinition galt der *Materie*: das Analysieren, das Zerlegen stand im Vordergrund! – War in früheren Epochen weitgehend von einheitlichen Strukturen oder von Ganzheiten die Rede, in denen ein mehr oder weniger geschlossener Kreislauf stattfand; so herrschte jetzt die Auffassung vor, daß alles aus immer kleineren Partikeln bestand. Ein atomistischer Wirklichkeitsbegriff setzte sich durch. Um so rascher, als er auch auf soziale und politische Veränderungen eine rationale Antwort geben konnte. Die atomisierte Auffassungsweise war die rationale Begründung für die, durch den Industrialismus erzwungene, Auflösung der Großfamilie oder der dörflichen Gemeinschaften. Die Vereinzelung (denn Individualismus war dies [noch] nicht) der Menschen konnte so ideologisch aufgefangen werden. Bestand nichts aus nicht immer kleiner zerlegbaren Einheiten, wieso sollte dann der Mensch nicht erstmal einzeln leben und arbeiten bzw. wieso sollte er nicht auch innerhalb der Arbeit noch in kleinere Einheiten zerlegt werden können? Das schaffte der Taylorismus.

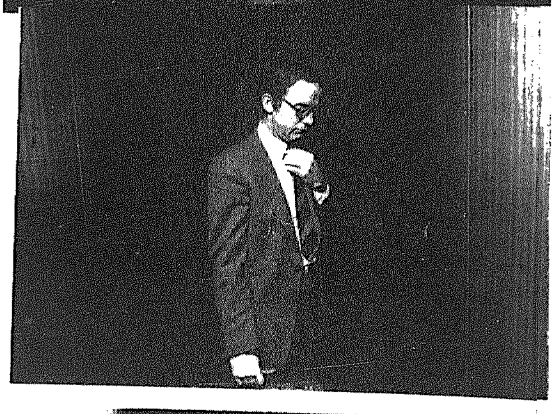
Der Industrialismus schuf gewaltsam die äußere Form jener Individualität (und zwar als Pseudo-Individualität), die philosophisch zwar längst diskutiert wurde, aber im konkreten Leben wenig Niederschlag gefunden hatte (Aufklärung).

Das große Band, das dies alles miteinander verband und auch eine Antwort auf das letzte, große »Warum?« lieferte, ist für Toffler der Newtonsche Erklärungssatz für Ursache und Wirkung. Diese von Newton begründete mechanistische Kausalität *»...die mit der Ausbreitung der Industriellen Revolution allgemeine Anerkennung fand, war dann auch der Faktor, der die Indust-Realität zu einem herme-*





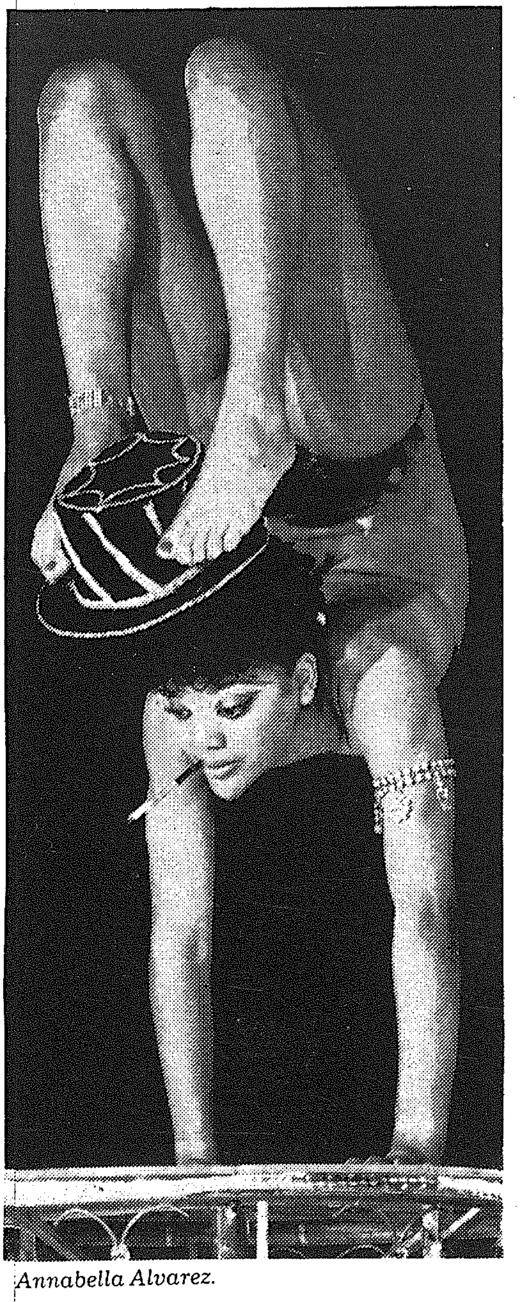






tisch-verschlossenen ›Paket‹ zusammenschnürte.« (125)

Kurz gesagt waren für Newton Ursachen, »...die Kräfte, die auf Körper ausgeübt wurden um Bewegung zu erzeugen.« (125) Diese Grundlagen wurden nun überall angewandt. Man brauchte nur (egal ob auf technischen, wissenschaftlichen, sozialen oder politischen Gebieten) die jeweiligen Kräfte zu entdecken, deren Einwirkung auf die jeweiligen Körper zu richten und alles bewegte sich in vorausberechenbaren, kalkulierbaren und steuerbaren Prozessen. Ein einheitliches, rationales Weltbild war vorhanden. Fast allen nachfolgenden gesellschaftlichen Theorien lag dieses Ursache - Wirkungs- Denken zu grunde. [Es scheint mir interessant, kommunistische und anarchistische Gesellschaftstheorien und Kritiken auf diesem Hintergrund neu zu lesen. Um durch Veränderung dieser Voraussetzungen, sobald sie sich finden lassen, die Bedingungen für heutiges linkes Denken besser aufzudecken].



Annabella Alvarez.

Bis hier ist versucht worden, die technischen und geistigen Bedingungen der zweiten Welle zu erläutern, wobei die zweiten von der ersten determiniert wurden. Wissentlich vernachlässigt wurden von Toffler alle in dieser Zeit entstandenen entgegengesetzten Theorien, Entwürfe und Philosophien. Toffler versuchte lediglich den, wie er es nennt, geistigen Hauptstrom ausfindig zu machen. Welche Verstärker, wann und wie eingriffen, durch welche repressiven Maßnahmen fortschrittliche Vorstellungen unterdrückt wurden und unter welchen Bedingungen und zu welchen Zeiten eine »Umkehr« möglich und eine Neuansatz denkbar gewesen wäre, läßt Toffler genauso außer acht wie alle sozialen Bewegungen usw.

Die zur Zeit vorhandene multidimensionale Krise ist bei Toffler hervorgerufen durch die Agonie der zweiten Welle, deren Hauptstützpfeiler: Energie, Rohstoffe, Ausbeutung der Natur und die Integration der Menschen in den mechanistischen Ablauf ins Wanken geraten sind. Einerseits durch Überanspruchung, andererseits durch die Kenntnisse und Erkenntnisse, die die zweite Welle mit sich brachte und die jetzt verstärkt nach Umsetzung drängen. Neben der technischern Innovation die bereits begonnen hat, steht jetzt (schneller als in der zweiten Welle) die menschliche Innovation, die Veränderung der Persönlichkeit, verstärkt an. D.h. nicht, daß immer weniger unterschwellige Anpassungsmechanismen die Menschenmassen in die neue, dritte Innovationswelle pressen, sondern daß die Veränderungen von den Individuen schneller erfaßt und qualifiziert werden. Hier liegt, glaube ich, die Chance, in die Gestaltung der postindustriellen Gesellschaft einzugreifen und gegebenenfalls die Technosphäre der Soziosphäre anzupassen, – anstatt wie in der zweiten Welle – diesen Ablauf umgekehrt stattfinden zu lassen. Diese Gedanken, die es noch zu erweitern gilt, finden sich allerdings bei Toffler nicht. Wie wir sehen werden, prägt bei ihm die Technologie auch in der dritten Welle die sozialen Bedingungen entscheidend.

Die dritte Welle

Eines der ersten Anzeichen für das Auftauchen der dritten Innovationswelle ist für Toffler die »sogenannte Energiekrise«. Für ihn ist sie jedoch nicht nur bedingt durch die Ölpreiserhöhungen (wie das allgemein verbreitet wurde) sondern eher durch die Erkenntnis, daß die fossilen Energieträger eben nicht unerschöpflich sind sondern zur Neige gehen. Die neue Energiebasis wird weniger eindimensional sein. Toffler sieht die Möglichkeiten, daß verstärkt erneuerbare Energien eingesetzt werden und zwar vorwiegend nach regionalen Möglichkeiten. Bisher war die Hauptfrage bei der Energieversorgung die nach der Quantität. Das Problem hat sich verlagert: *»...Energie muß auch in unterschiedlichen Formen, an verschiedenen (und wechselnden) Orten, zu unterschiedlichen Tages-, Nacht- und Jahreszeiten und für Zwecke, von denen wir uns zur Zeit noch nichts träumen lassen, zur Verfügung stehen.«* (148)

Die Stichworte für die neuen Energieträger und für die -erzeugung sind: erneuerbar, diversifiziert, flexibel, dezentralisiert und mit neuen Technologien der Speicherung kombiniert.

Die elektronische und Computer-Industrie entwickelte sich bereits soweit, daß sie in den späten achtziger Jahren die viertgrößte Branche der Welt sein wird. Wichtigste Implikationen dieser neuen Technologie: sie wird um vieles energiesparender sein als ihre Vorgänger. Ein Beispiel: *»Die Telefonsysteme der zweiten Welle...erforderten die Verlegung ganzer Kupferminen unter die Straßen unserer Städte...«* (154). Ein Umsteigen auf »faseroptische Systeme« würde nur ein Tausendstel der Energie benötigen. *»Mit der gleichen Tonne Kohle, die für 135 Kilometer Kupferdraht erforderlich ist, lassen sich 120 000 Kilometer Glasfaser herstellen!«* (154)

Die Raumfahrtindustrie bildet die zweite Gruppe der neuen Technosphäre (ich verzichte auf die Aufzählung von Beispielen).

Die Tiefseeforschungen bilden das Spiegelbild der Raumfahrtindustrie. Wobei hier jedoch der Schwerpunkt auf der Gewinnung neuer Rohstoffe oder Nahrungsmittel liegt.

Die vierte Gruppe bildet schließlich die **Gen-Industrie** und hier liegt der Schwerpunkt ebenfalls auf der Nahrungsmittelherstellung und im pharmazeutischen Bereich (jedenfalls für Toffler).

Bei Toffler liest sich das alles sehr positiv. Höchstens in der Gen-Industrie sieht er Gefahren, die jedoch nicht dadurch abzuwenden sind, daß auf die eine oder andere Technologie verzichtet werden kann, sondern dadurch, daß eine »Demokratisierung« der Kontrolle usw. stattfindet. Ansätze dafür findet Toffler in den sogenannten *Techno-Rebellen*.

Unter diesem Begriff subsumiert er die in den vergangenen Jahren entstandene weltweite Bewegung gegen so gut wie jede technische Neuerung (Anti-AKW, Gen-Technologie, Verkabelung etc.). Er vergleicht diese Bewegung mit den sogenannten Maschinenstürmern und Ludditen, kommt jedoch zu dem Schluß, daß die *»...heutige Rebellion gegen eine Technologie, die drauf und dran ist, außer Kontrolle zu geraten, (etwas anderes ist)«* (163)

Da die neuen Technologien noch weitgehend dem bisherigen »gedankenlosen Technologieverständnis« unterworfen sind, aber in ihrer Potenz (speziell der der Zerstörung) alles bisher dagewesene übertreffen, bedarf es für eine Kontrolle eines anderen Gesellschaftsverständnisses. Und hier sind für Toffler die Ansätze der Techno-Rebellen verwertbar. *»Sie sind es, die – ohne es zu wissen – die Sache der dritten Welle vertreten. Ihr Protest setzt nicht bei der Technologie an, sondern beginnt mit harten Fragen darüber, was für eine Gesellschaft wir in Zukunft haben wollen. Sie erkennen, daß wir nicht mehr alle technischen Möglichkeiten, die wir gegenwärtig haben, finanzieren, weiterentwickeln und ausnützen können. Daher, so argumentieren sie, müssen wir eine sorgfältige Auswahl treffen und uns dann für diejenigen Technologien entscheiden, die langfristigen sozialen und ökologischen Zielen dienen. Anstatt sich die Ziele von der Technologie vorschreiben zu lassen, möchten sie die gesellschaftliche Kontrolle über die Hauptentwicklungslinien des technologischen Fortschritts gewährleistet sehen.«* (165)

Wenn auch, so Toffler, noch kein klar umrissenes Programm der Techno-Rebellen vorliegt (durch die Heteronomie dieser Bewegung auch gar nicht vorliegen kann) so lassen sich doch schon Grundmuster erkennen, die international sich durchsetzen.

Eine Prämisse ist die Erkenntnis, daß *die Biosphäre* der Erde so verletzlich ist, daß durch die Größenordnung der neuen Technologien irreparable Schäden hervorgerufen werden können. So daß eine Hauptforderung lautet, alle neuen Technologien ersteinmal auf schädliche Nebeneffekte zu überprüfen und dann erst zu entscheiden, ob sie eingesetzt werden oder nicht. Eine andere Prämisse ist, daß *die Monopolisierung von Wissenschaft und Technik* durch die industrialisierten Länder eingeebnet werden muß. Ein weiterer Gedanke ist, daß das alte Produktionssystem des Industrialismus, das auf Verschwendung und Zerstörung der Umwelt aufgebaut war einem »metabolischeren« Produktionssystem weichen muß. D.h., daß die Produkte und Nebenprodukte eines Produktionsprozesses bereits die Grundlagen und Rohstoffe des nächsten bilden. Also mehr oder weniger geschlossene Kreisläufe.

Die Techno-Rebellen stehen in ihrer Auseinandersetzung in einem »Zweifronten-Krieg«: auf der einen Seite die Ideologen des Wachstums und Fortschritts auf der Basis der zweiten Welle und auf der anderen Seite die »romantischen Extremisten«, die *»...alles außer den einfachsten Technologien des Agrarzeitalters ablehnen.«* (164) Für Toffler sind sie jedoch die Vorreiter der dritten Welle, die aufgrund ihres Engagements die Grundlage für eine »vernünftige« Handhabung der neuen Technologien legen.

Individualisierung der Massenmedien (Infosphäre)

Die Zeit der Massenmedien ist vorbei. Was Toffler individualisierte Medien nennt wird erstmal deutlich am Beispiel der Tageszeitungen und der Magazine. Diese ältesten Formen der Massenmedien der zweiten Welle verlieren ständig an Auflagenhöhe. Stattdessen erlebt z.B. die USA eine Explosion von Mini-Magazinen und Zeitungen. Diese sind weitgehend regional oder speziellen Gruppen angepaßt. Vom Sporttaucher bis zum Skateboardfahrer gibt es spezielle Blättchen (ob das so besonders gut ist?). Aber auch die unterschiedlichsten politischen, religiösen oder ethnischen Gruppierungen drucken ihre eigene Zeitung oder ihr eigenes Magazin. Ähnliches geschieht auf dem Rundfunk- und dem Fernsehsektor. Neue akustische Medien wie Minitonbandgeräte, Citzenfunk u.ä. individualisieren und diversifizieren die Medienlandschaft. Das Kabelfernsehen ist bei Toffler ein Triumph der Individualisierung des stärksten Mediums der zweiten Welle. Speziell die Möglichkeit durch Kabelfernsehen miteinander zu kommunizieren, reißt Toffler förmlich vom Hocker.

Die so beschriebene Individualisierung der Massenmedien individualisiert nach Toffler auch unser Bewußtsein, denn: *»Die kontinuierliche Berieselung durch die standardisierten Bilder der Massenmedien führte im Verlauf der zweiten Innovationswelle zur Entstehung eines ›Massenbewußtseins‹...* (177) Die Zersplitterung des Massenbewußtseins führt zur Aufkündigung des allgemeinen Konsens. Die technischen Möglichkeiten der Computerisierung verhelfen – wie Toffler es ausdrückt – zu einer »intelligenten Umwelt«. *»Schon jetzt werden diese cleveren Maschinen (gemeint sind die Minicomputer) zu den verschiedensten Aufgaben herangezogen. Sie arbeiten private Steuererklärungen aus und überwachen den Energieverbrauch des Hauses.« (181) Das soll als Beispiel genügen, was Toffler unter einer »intelligenten Umwelt« versteht. Er wirft im folgenden die Fragen auf, ob der große Bruder durch ein Computersystem tatsächlich jede Bewegung der Individuen kontrollieren kann, oder ob Maschinen die Macht übernehmen usw. Toffler kommt zu dem Schluß, daß eine intelligentere Umwelt, die darüberhinaus dezentralisiert ist die Gefahr des Totalitarismus eher verringert als vergrößert und führt zur Illustration Brunners »Schockwellenreiter« an. Für Toffler ist eine Computerisierung eher die Möglichkeit, uns von Banalitäten des Alltags zu befreien um die »...Intelligenz- und Phanatsiereserven, die wir bisher noch nicht einmal andeutungsweise genutzt haben«* (184) freizusetzen.

– Weiter biete sich die Möglichkeit, daß das Aufwachsen in einer »intelligenten Umwelt« evolutionär unser Gehirn verändert und damit die Intelligenz erweitert. – Toffler sieht auch eine enorme Transformation unseres »sozialen Gedächtnisses«. Während noch in der ersten Welle das »soziale Gedächtnis« begrenzt auf die mündliche Überlieferung und dazu noch regional unterschiedlich war, erweiterte die zweite Welle dies enorm. Durch die globale Einführung von Lesen und schreiben und damit durch den Zugang zu Büchern, Büchereien für jeden verlagerte sich das »soziale Gedächtnis« außerhalb des Gehirns. Die dritte Welle wird das »soziale Gedächtnis« auf einer neuen Stufe erweitern. Da Computer Daten und Fakten auch unorthodox verarbeiten und kombinieren können, können sie *»...von uns aufgefordert werden, ›das Undenkbare‹ und bislang ›Ungedachte‹ zu denken. Sie ermöglichen eine Flut neuer Theorien, Ideen, Ideologien, künstlerischer Erkenntnisse, technischer Fortschritte sowie wirtschaftlicher und politischer Innovationen, die in des Wortes eigenster Bedeutung bisher »undenkbar« oder unvorstellbar waren. Auf diese Weise beschleunigt er den historischen Wandel und treibt den für die dritte Welle charakteristischen Trend zu sozialer Vielfalt weiter voran.«* (189)

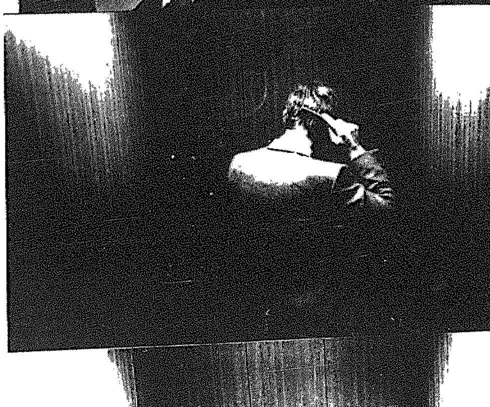
Durch die Veränderungen in der Techno- und der Info-Sphäre, wird die bisherige Produktionsweise total verändert. Und zwar von der *Massenproduktion hin zur Individualanfertigung*. Das Charkteristische daran ist, daß mithilfe der Computerisierung der Konsument direkt in den Produktionsprozeß eingeifen kann. D.h. die Bestellung eines Produktes über die Anfertigung bis zur Auslieferung kann vom Kunden direkt gesteuert werden.

Mit dieser Veränderung geht auch eine Verlagerung des Arbeitsplatzes einher. Für Toffler geht der Trend eindeutig in Richtung Heimarbeit. Hierdurch wird auch die gesamte Familienstruktur wie wir sie bisher kannten aufgelöst und verändert. Die Veränderungen in der Techno- und der Info-Sphäre, die letztlich zu einer Veränderung in der Produktionsweise führen werden, bringen uns dazu, auch unsere Soziosphäre zu verändern.

Heiße Beziehungen statt Kernfamilie (Soziosphäre)

Die standardisierte Form des familiären Lebens in der zweiten Welle, die Kernfamilie, wird verschwinden und welche Form an ihre Stelle tritt, hängt nach Toffler *»...von den Entscheidungen ab, die wir in Bezug auf Arbeit*






und Technologie treffen.« (225)

Wobei er deutlich macht, daß wahrscheinlich keine bestimmte Form dominieren wird, genauso wie auch im Produktionsbereich und in der Technologie und im Info-Bereich eine Formenvielfalt existieren wird.

Auf den zweiten Kernbereich der Sozio-Sphäre, die Schule, geht Toffler nicht ein. Aber es scheint klar zu sein, daß sich auch in diesem Bereich vieles grundlegend verändern wird. Einen Großteil seiner Betrachtungen widmet Toffler stattdessen dem dritten Bereich, **dem Konzern**

Der befindet sich nach Toffler in einer »Identitätskrise«. Der Trend zu stärkerer Individualisierung in der Gesellschaft fordert von den Konzernen ein Umdenken in Bezug auf die bisher vorherrschende Produktionsweise. Insbesondere die Ausrichtung auf Massenproduktion wird in Frage gestellt. Im Konzern wirkt sich aus, was sich bereits in den vorgelagerten Sozialisationsinstanzen Familie und Schule abzeichnet. Aus diesen kommen nicht mehr die »Massenmenschen« wie sie der Konzern benötigt. Regionale Interessen wirken sich genauso aus wie die von ethnischen Minderheiten usw. Die Konzerne geraten auch mehr ins Feuer der Kritik, wobei sich die Inhalte der Kritik deutlich verlagern. Während der zweiten Welle sahen sich Konzerne weitgehend ökonomischer Kritik ausgesetzt. Die Schwerpunkte verlagern sich zunehmend auf die gesamte Bandbreite gesellschaftlicher Wertvorstellungen, deren Veränderungen der Konzern nicht in Rechnung stellt. Hinter der Veränderung der Kritik steht die Forderung nach einer völlig anders gearteten Institution. *»...nach einer Korporation, die nicht länger lediglich dazu da ist, Profite zu machen und Güter zu produzieren, sondern die gleichzeitig einen Beitrag zur Lösung extrem komplizierter ökologischer, moralischer, politischer, rassischer, sexueller und sozialer Probleme leistet.«* (242) Der Drang zu einer Neudefinition der Aufgaben und des Selbstverständnisses des Konzerns resultiert nach Toffler aus folgenden Zwängen:

- den Fragen der Umwelt (die Konzerne als Hauptverursacher der Umweltverschmutzung)
- der veränderten Kräfteverteilung der Gesellschaft (Gewerkschaften, Verbänden, Bürgerinitiativen etc.)
- der veränderten Info-Sphäre (mehr Informationen als je zuvor sind mehr Menschen zugänglich)
- der Veränderung des Wertesystems der Gesellschaft (moralischer Druck)

Aus dem Konzern wird eine Vielzweck-Institution, die *»...große nicht-ökonomische oder transökonomische Aufgaben...«* (246) wahrzunehmen hat. (Brrrr...)

Entschlüsselung des neuen Codes

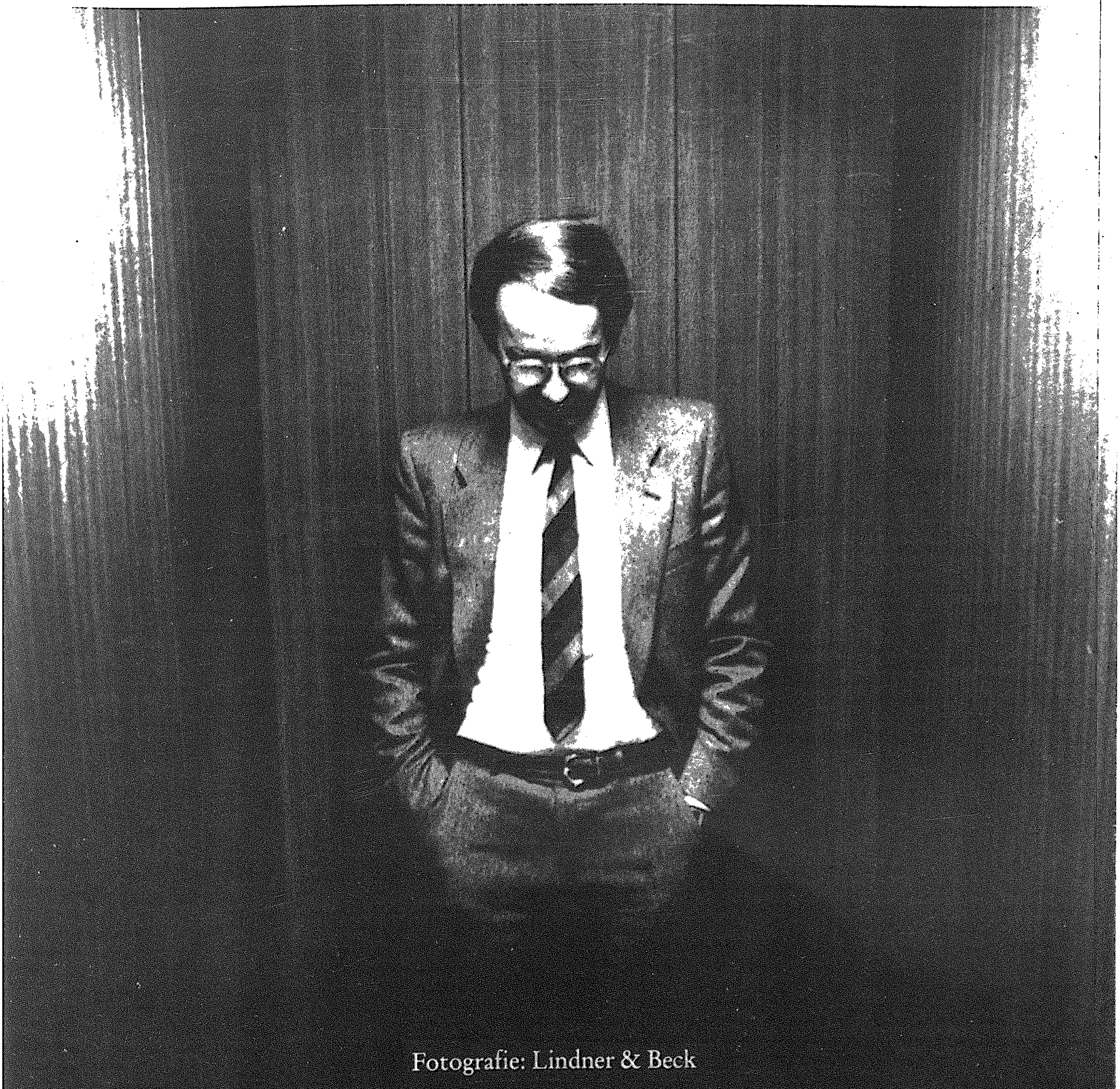
Alle Veränderungen, die bis jetzt auszumachen sind und sich als Grundlagen der dritten Welle identifizieren lassen, liegt, genau wie in der zweiten Welle ein besonderer Code zu Grunde; diesen versucht Toffler zu entziffern. Er geht die sechs Merkmale der zweiten Welle durch und beschreibt deren Veränderung bzw. Auflösung. Es geht dabei im wesentlichen um die Zertrümmerung der Hauptrichtungen und am Ende bleibt ein »sowohl-als-auch«, d.h. daß sich entgegen der zweiten Innovations-

Und was diesen ›heldenhaften Recken‹ und mutigen Vorkämpfer für die dritte Welle so außerordentlich sympathisch macht, ist, daß er/sie nicht deutlich auszumachen oder gar einer bestimmten Klasse, Rasse oder sozialen Schichtung entspringt, nein dieser glorreiche Kreuzritter und die nicht weniger glorreiche -ritterin ist ein Subjekt, das jeder sozialen Schichtung entstammen kann.

Dieser Jungsiegfried der neuen Welt ist ein heterogenes Bewegungssubjekt, das auftaucht und verschwindet, an anderer Stelle neu sein junges Haupt erhebt, den Reaktionären in die Suppe spuckt und während sie sich ihre Magenverstimmung auskurieren wollen, hat er schon die Pflanzen und Kräutersäfte gemixt und siehe da wieder ist einer/eine überzeugte/r Vorkämpfer/in !!!!!

Mit diesem Heldenepos (das leider noch nicht von einem Computer erdacht und geschrieben wurde – weshalb ja noch so viele archaisch anmutende Bilder und Metaphern verwandt wurden) klingt »Die Dritte Welle/ Zukunftschance« von Alvin Toffler aus. Ein PS sei noch gestattet:
»Wie die Generation der toten Revolutionäre haben auch wir die Aufgabe, unser Geschick zu formen.« (441)

Bleibt mir nur noch anzumerken, daß ich dem geneigten Publikum und Leser/in eine eigene und subjektiv verfasste Kritik nicht ersparen werde und ebensolche für die übernächste SF-Nummer (die nächste wird die Kulturnummer) erwarte.



Fotografie: Lindner & Beck

Marktanarchie contra Sozialstaat?

– Zum anarchistischen Umgang mit zwei falschen Alternativen



von Horst Blume

Die Diskussion um den Sozialstaat ist in Bewegung geraten. Während sich die Wendepolitiker an den Abbau des Sozialstaats heranmachen, wird in den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen heftig darüber gestritten, wie auf diese Herausforderung zu reagieren sei. Allein die sozialdemokratischen Konzepte bleiben bei ihrer Verteidigung des klassischen Sozialstaats. Die Grünen diskutieren die Möglichkeit seines Umbaus und fordern eine ökologische Sozialpolitik. Einige Graswurzler plädieren für eine sozialistische Marktwirtschaft, Gesellanhänger für eine zins- und staatsfreie Wirtschaft.

Bis in die 70er Jahre hinein konnte der Unterbeschäftigung relativ erfolgreich mit keynesianisch-sozialdemokratischen Konzepten begegnet werden. Bei abnehmender Produktion und Beschäftigung konnte mit Sicherheit damit gerechnet werden, daß durch kreditfinanzierte Anregung der Produktion wieder Arbeitsplätze geschaffen wurden. Heute dagegen hat Wirtschaftswachstum immer weniger mit Beschäftigungswachstum zu tun, da immer mehr Aufgaben von Maschinen und Computern übernommen werden. Das Arbeitslosengeld war in der Vergangenheit als kurzfristige Überbrückungshilfe gedacht, damit der Arbeitslose nach einer konjunkturell bedingten Flaute umstandsloser wieder in ein Arbeitsverhältnis eingegliedert werden konnte.

Diese Reintegration der Arbeitslosen stößt heute nicht mehr so sehr an konjunkturelle Schranken, sondern wird in erster Linie durch die arbeitskrafteinsparende technologische Entwicklung begrenzt. Arbeitslosigkeit wird für einen immer größeren Teil der Bevölkerung zum Dauerzustand, zusätzlich stehen immer weniger Menschen in einem festen, ganztägigen Arbeitsverhältnis.

Die beschäftigungspolitische Situation befindet sich in einem grundlegenden Umbruch, der von den verschiedenen Gruppen zum Anlaß genommen wird, alte Konzepte in neuer Verpackung anzubieten. Antistaatliche Stimmungen, Bürokratiekritik und die Propagierung von Marktwirtschaft, Selbsthilfe und Eigenarbeit findet man zunehmend bei politischen Gruppierungen, die sich bisher in unterschiedlichsten ideologischen Lagern gegenüberstanden. Hier werden offensichtlich gleichlautende Begriffe benutzt, die aus unterschiedlichen Motivationen heraus in die Diskussion eingebracht werden. Die Folge ist eine heillose Wortakrobatik, bei der am Ende mehr Verwirrung herrscht als Klarheit. Als Beispiel sei hier ein Leitartikel vom 19.10.1984 aus der *»ZEIT«* zitiert:

»Dieser furchtbaren Lust, alles zu regeln, alles ›in den Griff‹ zu kriegen, jeden scheinbar anarchistischen Versuch der Selbstbehauptung zu ahnden, wohnt das utopische, aber auch unmenschliche, entwürdigende, menschenverachtende Verlangen nach einem Dasein ohne Risiko inne. Mit jedem Versuch, Gefahren aus der Welt zu schaffen, ist eine Erniedrigung des Menschen verbunden; denn man bestreitet ihm die Verantwortung für sich selbst, mißachtet sein Bedürfnis nach persönlicher Entscheidung, das natürliche Recht auf Risiko.«

In einer Situation, wo oberflächlich gesehen, gleiche Wertorientierungen von verschiedenen politischen Interessengruppen benutzt werden, ist es unsere Aufgabe den anderen politischen und moralischen Gehalt unserer bisher recht allgemein gehaltenen Prinzipien stärker herauszuarbeiten. Das heißt jedoch nicht, daß die Notwendigkeit einer in sich geschlossenen Wirtschaftsphilosophie besteht, für das dann lediglich noch die hierfür notwendigen politischen Anwendungsbedingungen zu schaffen wären.

Die wirtschaftspolitische Debatte darf ebenfalls nicht allein auf der Ebene gegenüberstehender Begriffe wie »Markt-Plan« oder »Sozialstaat-Eigenhilfe« abgehandelt werden, da ein solches zweipoliges Modelldenken von starren Systemgrenzen ausgeht, die fernab jeglicher gesellschaftlicher Realität liegen. Ein Austausch scheinsicherer Formeln würde sich bei dem Versuch der Präzisierung unserer Ziele sicherlich als unfruchtbar erweisen und zu einer theorie-ökonomischen Verkürzung der Diskussion führen: Läge eine andere Theorie vor, wäre eine andere politische Wirklichkeit möglich.

Um unsere libertären Ansätze entwicklungsfähig zu halten, gilt es die keynesianische Fixierung auf staatliche Politik weiterhin zu kritisieren und gleichzeitig die verengende Orientierung auf eine rein monetäre und marktbestimmte Steuerung der Wirtschaft zu überwinden. Das Letztere ist bisher zu kurz gekommen und hat deswegen zu Mißverständnissen geführt.

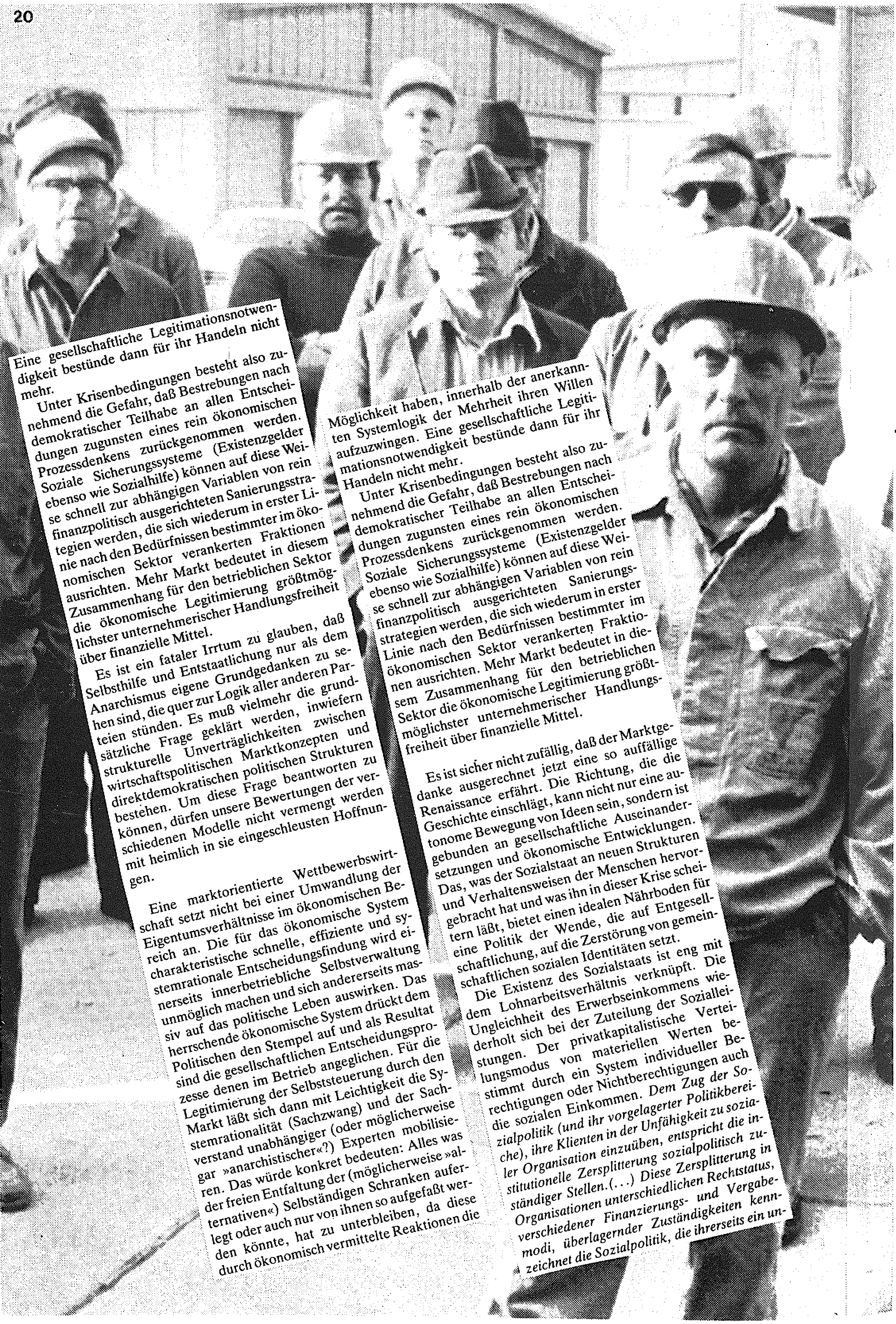
Eine marktorientierte Wirtschaftspolitik kann nicht ohne weiteres aus »rechten« Anwenderhänden übernommen und in eine »richtige« anarchistische Marktwirtschaft umgewandelt werden. Die Logik des Marktes, die die Arbeitskraft des Menschen den Gesetzen des Warenverkehrs unterwirft, besteht auch in diesem Fall weiter. Tun wir doch nicht so, als ob in diesem System eine Person mit anarchistischer Weltanschauung plötzlich den libertären Gehalt einer Marktwirtschaft ausmachen könnte! Wir sollten uns darüber im Klaren sein, daß selbst eine theoretisch umfassend begründete Parteinahme für eine gesamtgesellschaftliche Planung oder eine Marktwirtschaft sich tendenziell immer in der Gefahr befindet, von CDU/CSU/FDP oder SPD vereinnahmt zu werden, da zwischen beiden Parteien(-gruppen) – freilich auf anderer Ebene – ein ähnlicher Widerstreit zu finden ist. Im Gegensatz hierzu kann unsere theoretische Beschäftigung mit wirtschaftspolitischen Fragen nur als Hilfe für unsere konkreten Vorhaben einen Sinn ergeben. Und diese stehen heute in direktem Zusammenhang mit den sozialen Problemen einer immer größer werdenden Zahl von Arbeitslosen und Teilzeitbeschäftigten.

Wenn an Silvio Gesell orientierte Anarchisten oder gar ›Ökolibertäre‹ bei den Grünen den »Konkurrenzkampf zum milden Wettbewerb und den Konsumterror zur Bedarfsbefriedigung« (883, Nr.90, S.22) umwandeln wollen, so müßten sie auch ein gesellschaftliches Prinzip und soziale Gruppen als umsetzungsfähige Träger angeben können, welche die von ihnen nicht gewollte Manchesterlogik außer Kraft setzen könnten.

Es ist ein fataler Irrtum zu galuben, daß Selbsthilfe und Entstaatlichung nur als dem Anarchismus eigene Grundgedanken zu sehen sind, die quer zur Logik aller anderen Parteien stünden. Es muß vielmehr die grundsätzliche Frage geklärt werden, inwiefern strukturelle Unverträglichkeiten zwischen wirtschaftspolitischen Marktkonzepten und direktdemokratischen politischen Strukturen bestehen. Um diese Frage beantworten zu können, dürfen unsere Bewertungen der verschiedenen Modelle nicht vermengt werden mit heimlich in sie eingeschleusten Hoffnungen.

Eine marktorientierte Wettbewerbswirtschaft setzt nicht bei einer Umwandlung der Eigentumsverhältnisse im ökonomischen Bereich an. Die für das ökonomische System charakteristische schnelle, effiziente und systemrationale Entscheidungsfindung wird einerseits innerbetriebliche Selbstverwaltung unmöglich machen und sich andererseits massiv auf das politische Leben auswirken. Das herrschende ökonomische System drückt dem Politischen den Stempel auf und als Resultat sind die gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse denen im Betrieb angeglichen. Für die Legitimierung der Selbststeuerung durch den Markt läßt sich dann mit Leichtigkeit die Systemrationalität (Sachzwang) und der Sachverstand unabhängiger (oder möglicherweise gar »anarchistischer«?) Experten mobilisieren. Das würde konkret bedeuten: Alles was der freien Entfaltung der (möglicherweise »alternativen«) Selbständigen Schranken auferlegt oder auch nur von ihnen so aufgefaßt werden könnte, hat zu unterbleiben, da diese durch ökonomisch vermittelte Reaktionen die Möglichkeit haben, innerhalb der anerkannten Systemlogik der Mehrheit ihren Willen aufzuzwingen.





Eine gesellschaftliche Legitimationsnotwendigkeit bestünde dann für ihr Handeln nicht mehr.

Unter Krisenbedingungen besteht also zunehmend die Gefahr, daß Bestrebungen nach demokratischer Teilhabe an allen Entscheidungen zugunsten eines rein ökonomischen Prozessdenkens zurückgenommen werden. Soziale Sicherungssysteme (Existenzgelder ebenso wie Sozialhilfe) können auf diese Weise schnell zur abhängigen Variablen von rein finanzpolitisch ausgerichteten Sanierungsstrategien werden, die sich wiederum in erster Linie nach den Bedürfnissen bestimmter im ökonomischen Sektor verankerten Fraktionen ausrichten. Mehr Markt bedeutet in diesem Zusammenhang für den betrieblichen Sektor die ökonomische Legitimierung größtmöglichster unternehmerischer Handlungsfreiheit über finanzielle Mittel.

Es ist ein fataler Irrtum zu glauben, daß Selbsthilfe und Entstaatlichung nur als dem Anarchismus eigene Grundgedanken zu sehen sind, die quer zur Logik aller anderen Parteien stünden. Es muß vielmehr die grundsätzliche Frage geklärt werden, inwiefern strukturelle Unverträglichkeiten zwischen wirtschaftspolitischen Marktkonzepten und direktdemokratischen politischen Strukturen bestehen. Um diese Frage beantworten zu können, dürfen unsere Bewertungen der verschiedenen Modelle nicht vermengt werden mit heimlich in sie eingeschleusten Hoffnungen.

Eine marktorientierte Wettbewerbswirtschaft setzt nicht bei einer Umwandlung der Eigentumsverhältnisse im ökonomischen Bereich an. Die für das ökonomische System charakteristische schnelle, effiziente und systemrationale Entscheidungsfindung wird einerseits innerbetriebliche Selbstverwaltung unmöglich machen und sich andererseits massiv auf das politische Leben auswirken. Das herrschende ökonomische System drückt dem Politischen den Stempel auf und als Resultat sind die gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse denen im Betrieb angeglichen. Für die Legitimierung der Selbststeuerung durch den Markt läßt sich dann mit Leichtigkeit die Systemrationalität (Sachzwang) und der Sachverstand unabhängiger (oder möglicherweise »anarchistischer«?) Experten mobilisieren. Das würde konkret bedeuten: Alles was der freien Entfaltung der (möglicherweise »alternativen«) Selbständigen Schranken auferlegt oder auch nur von ihnen so aufgefaßt werden könnte, hat zu unterbleiben, da diese durch ökonomisch vermittelte Reaktionen die Möglichkeit haben, innerhalb der anerkannten Systemlogik der Mehrheit ihren Willen aufzuzwingen. Eine gesellschaftliche Legitimationsnotwendigkeit bestünde dann für ihr Handeln nicht mehr.

Unter Krisenbedingungen besteht also zunehmend die Gefahr, daß Bestrebungen nach demokratischer Teilhabe an allen Entscheidungen zugunsten eines rein ökonomischen Prozessdenkens zurückgenommen werden. Soziale Sicherungssysteme (Existenzgelder ebenso wie Sozialhilfe) können auf diese Weise schnell zur abhängigen Variablen von rein finanzpolitisch ausgerichteten Sanierungsstrategien werden, die sich wiederum in erster Linie nach den Bedürfnissen bestimmter im ökonomischen Sektor verankerten Fraktionen ausrichten. Mehr Markt bedeutet in diesem Zusammenhang für den betrieblichen Sektor die ökonomische Legitimierung größtmöglichster unternehmerischer Handlungsfreiheit über finanzielle Mittel.

Es ist sicher nicht zufällig, daß der Marktgedanke ausgerechnet jetzt eine so auffällige Renaissance erfährt. Die Richtung, die die Geschichte einschlägt, kann nicht nur eine autonome Bewegung von Ideen sein, sondern ist gebunden an gesellschaftliche Auseinandersetzungen und ökonomische Entwicklungen. Das, was der Sozialstaat an neuen Strukturen und Verhaltensweisen der Menschen hervorgebracht hat und was ihn in dieser Krise scheitern läßt, bietet einen idealen Nährboden für eine Politik der Wende, die auf Entgesellschaftlichung, auf die Zerstörung von gemeinschaftlichen sozialen Identitäten setzt.

Die Existenz des Sozialstaats ist eng mit dem Lohnarbeitsverhältnis verknüpft. Die Ungleichheit des Erwerbseinkommens wiederholt sich bei der Zuteilung der Sozialleistungen. Der privatkapitalistische Verteilungsmodus von materiellen Werten bestimmt durch ein System individueller Berechtigungen oder Nichtberechtigungen auch die sozialen Einkommen. *Dem Zug der Sozialpolitik (und ihr vorgelagerter Politikbereiche), ihre Klienten in der Unfähigkeit zu sozialer Organisation einzuüben, entspricht die institutionelle Zersplitterung sozialpolitisch zuständiger Stellen.(...) Diese Zersplitterung in Organisationen unterschiedlichen Rechtsstatus, verschiedener Finanzierungs- und Vergabemodi, überlagernder Zuständigkeiten kennzeichnet die Sozialpolitik, die ihrerseits ein un-*

einheitliches, in sich sehr wenig ausgewogenes Feld darstellt. (...) Zusammengehörige Bereiche lassen sich in dieser Art auseinandertrennen.« (Wolf-Dieter Narr, in: *»Widersprüche«*, Heft 12, S.23)

Während die Kernbereiche der Arbeitsplatzinhaber durch die Gewerkschaften eine noch relativ starke Interessenvertretung besitzen (wenn auch nicht von unten kontrolliert), stehen die Sozialhilfeempfänger und Empfänger sozialer Einkommen isoliert und vereinzelt der staatlichen Bürokratie gegenüber. Die Gewerkschaften interessieren sich vornehmlich nur für die Hebung des Lebensstandards ihrer Mitglieder und bemühen sich nicht so sehr darum, mit den Arbeitslosenselbsthilfegruppen zusammenzuarbeiten, um mit ihnen eine gemeinsame Perspektive zu entwikkeln. Die vorwiegende Orientierung der Gewerkschaften auf materielle Besserstellung der Arbeitsplatzinhaber richtet sich gegen die materiellen Interessen der Arbeitslosen und Jobber und trägt dazu bei, die Spaltung der Gesellschaft zu vertiefen. Eine solchermaßen abgekapselte gewerkschaftliche Politik hat einer neoliberalen Strategie wenig entgegenzusetzen, da der Kreis der gewerkschaftlich Organisierten genauso schrumpfen wird, wie die Zahl der Arbeitsplatzinhaber. Für die Zukunft ist jedenfalls keine massive Gegenbewegung in Sicht, die sich der mit einer Marktrenaissance einhergehenden »innenpolitischen Sammlung« der Rechten wirkungsvoll entgegenstellen könnte. Und diese Rechte ist mit allen Wassern gewaschen. Unterschiede, die aufgrund verschiedener Beschäftigungs- und Einkommenslagen beruhen, werden von ihnen aufgegriffen, in ihr Moralsystem von Schuldzuweisungen oder Belohnungen für den Tüchtigen aufgenommen und so für ihren marktliberalen und ordnungskonservativen Politikansatz nutzbar gemacht.

Der mögliche Handlungsspielraum für emanzipatorische Entwicklungen wird wohl unter Krisenbedingungen eng gesteckt bleiben, da die bestehenden Herrschaftsverhältnisse weder durch eine wie auch immer zusammengesetzte »Bewegung« noch durch eine im technologischen Bereich liegende Umstrukturierung in nächster Zeit ernsthaft gefährdet sind.

Es kann jetzt nur darauf ankommen, eine stärkere Veränderung gesellschaftlicher Normen und Werte auf allen erreichbaren Ebenen zu bewirken. Denn nur durch eine Zurückdrängung autoritärer und elitärer Verhaltensweisen ist eine auf Selbstbestimmung und Kooperation ausgerichtetes Wirtschaftssystem überhaupt möglich. Einem Politikansatz, der die Funktionsmechanismen einer marktwirtschaftlichen Ökonomie im wesentlichen zum Inhalt hat und der in allen Dingen des Lebens vorwiegend käufliche oder unverkäufliche Güter glaubt sehen zu müssen, fehlt es folgerichtig an der notwendigen Sensibilität für diesen emanzipatorischen Aspekt. Sieht man sich die marktliberalen Politikvorstellungen daraufhin an, was sie zu dem Problem zu sagen haben, wie in sozialpolitischer Hinsicht der Übergang zu ihrem Modell aussehen soll, so erfährt man darüber nicht viel. Will man sich nicht in abstrakte Modellbasteleinen versteigen, die auch als Argumente für die Zerschlagung kollektiver Vertrags- und Schutzrechte gebraucht werden können, dann muß ja wohl darüber nachgedacht werden, wie eine nichtstaatliche soziale Sicherung die Aufgabe erfüllen kann, allen in Not geratenen Bevölkerungsgruppen zu helfen. Verweise auf ein irgendwie und irgendwann entstehendes Netz von solidarischen Kommunen reichen nicht aus, denn was ist mit denjenigen, die nicht rechtzeitig ein »soziales Netz« abbekommen haben?

Wir werden nicht daran vorbeikommen, daß Bestandteile der alten sozialen Sicherungen für eine bestimmte Zeit aufrecht erhalten werden müssen, um nicht in die zeitliche Lükke zwischen zu langsamem Aufbau von alternativen und zu schnellem Abbau der bestehenden Sozialsysteme zu fallen. Es ist in diesem Zusammenhang wichtig, von den an Beschäftigungsverhältnissen gebundenen, zwischen Gewerkschaften und Staat/Unternehmern ausgehandelten sozialen Massengaben wegzukommen, damit die von finanziellen Zuteilungen Betroffenen stärker durch politische Interventionen die Möglichkeit der aktiven Einflußnahme erhalten. Als erster Schritt in diese Richtung müßte die Entscheidungskompetenz und Macht verstärkt auf vorhandene Selbstverwaltungsinstitutionen und Träger sozialer Dienstleistungen verlagert werden. Die Orientierung auf die Verteidigung und den Ausbau ihrer Handlungsfähigkeit bietet ebenfalls die Gewähr dafür, daß die politische Auseinandersetzung mit folgenden von der CDU bereits in Angriff genommenen Vorhaben nicht zu kurz kommt: *»Der Staat reduziert drastisch die Planstellen für Lehrer und Sozialarbeiter, in der Krankenversorgung und in den sozialwissenschaftlichen Studiengängen – und bietet den davon Betroffenen ihren eigenen, gerade brachgelegten Beschäftigungssektor als Tummelplatz für Hilfsbereitschaft, Engagement und Qualifikationsbewährung an.«* (*»Express*, Nr.10/84, S.3).

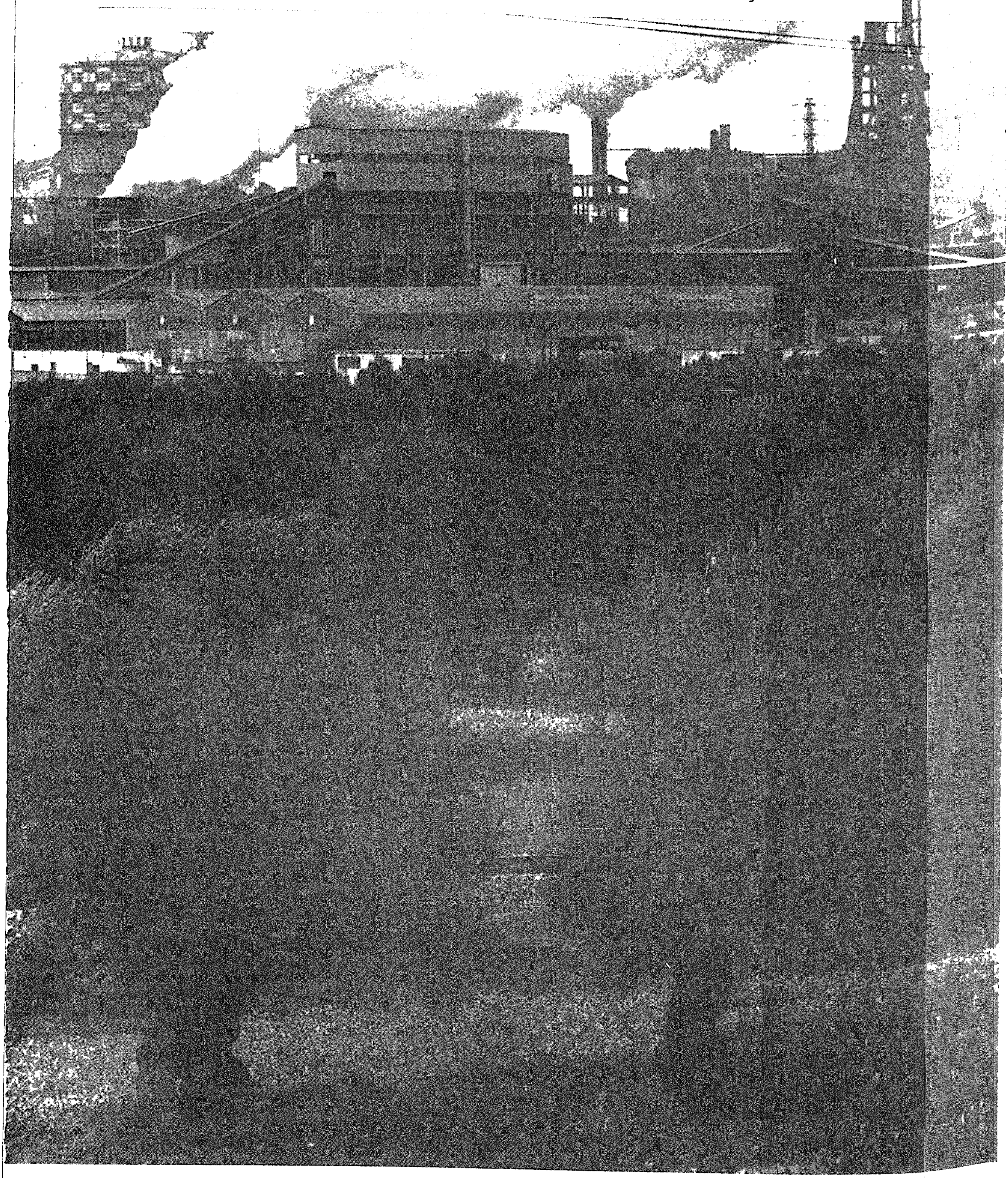
Der Anwendung der Gesetze der Marktwirtschaft auf die Sozialpolitik setzen wir entgegen, daß sich Einkommen generell an einem gesellschaftlich definierten Bedarf für ein auskömmliches Leben orientieren muß und politisch durch basisdemokratische Entscheidungen beeinflußbar ist. Auf diese Weise ist noch am ehesten gesichert, daß unerwünschte Auswirkungen bestimmter Konzepte von den Betroffenen selbst permanent korrigiert werden können.

Es ging also in diesem Beitrag nicht darum, die Logik des Marktes durch eine andere ausgefeilte wirtschaftliche Logik vollständig ersetzen zu wollen, sondern um eine Kritik an der mangelnden Sorgfalt einiger anarchistischer »Wirtschaftstheoretiker«, die die sozialpolitischen Konsequenzen ihrer Theorien meiner Meinung nach unzureichend durchdacht haben.



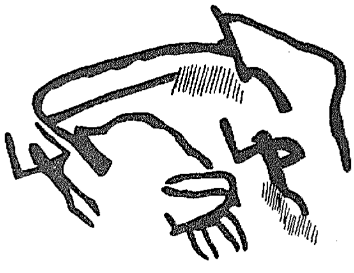
Die Radikalisierung der Natur – Zur Ethik eines radikalen Naturverständnisses

von Murray Bookchin



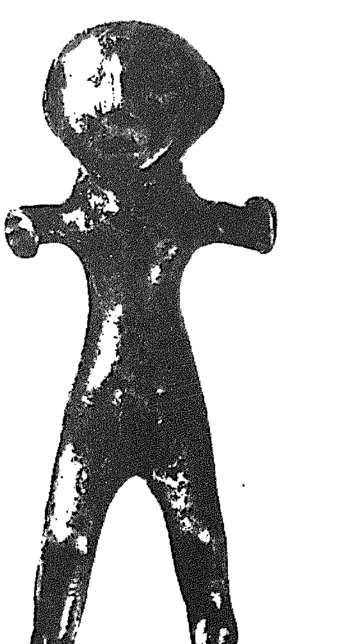
Vortrag auf dem Kongreß in Venedig. In unserer Fassung besonders im ersten Teil um schwer verständliche philosophische Passagen gekürzt.

(Aus dem Englischen von Bernhard Arracher)



Die radikale Sozialökologie versucht den dunklen Schleier des Dualismus und der Metaphysik zu durchbrechen, der die Menschheit von der Natur trennt: sie versucht die Natur zu »radikalisieren« , oder genauer gesagt unser grundlegendes Verständnis der natürlichen Welt. Sie fordert die tradierte, westliche Auffassung von Natur offen heraus, deren besorgte Erben wir sind.

Seit mehr als zwei Jahrtausenden hat die westliche Gesellschaft beinahe ohne Unterlaß ein Abbild von der natürlichen Welt geschaffen, das äußerst reaktionär ist. Natur in dieser Vorstellung ist »blind«, »sprachlos«, grausam« und »dürftig« – oder nehmen wir Marx' Ausdruck vom »Reich der Notwendigkeit, welches sich unablässig dem eifrigen Streben des Menschen nach Selbstverwirklichung und Freiheit entgegensetzt. Hier steht der Mensch einer feindlichen »Andersartigkeit« gegenüber, die mit tyrannischem Zwang auf ihn einwirkt, der er seine Mühe und List entgegenstellen muß. (...) Es hat in dieser Tradition des bitteren Konflikts zwischen Mensch und Natur seinen Ursprung, daß sich *Wirtschaft* als Wissenschaft der »knappen Güter« gegen »grenzenlose Bedürfnisse« definiert hat; *Psychologie* als Disziplin zur Kontrolle der widerspenstigen »inneren Natur der Menschheit, durch Rationalität und die Gebote der »Zivilisation«; *Sozialtheorie* als Erklärung für den Aufstieg des Menschen von »roher Animalität« ins strahlende Licht von Kultur und Vernunft. Alle *Klassentheorien* der gesellschaftlichen Entwicklung wurzelten seit nahezu zwei Jahrhunderten in dem Glauben, daß die »Herrschaft des Menschen über die Natur« dem Bedürfnis entspringt, die Natur zu beherrschen, als Voraussetzung für die Emanzipation der Menschheit als Ganzes.



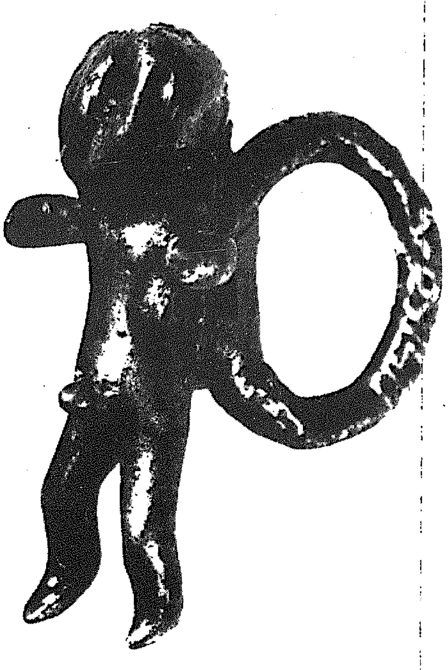
Diese Betrachtungsweise der Geschichte, die schon in den politischen Schriften Aristoteles' zum Ausdruck kommt, hat sich in den Händen von Marx den Status einer »sozialistischen Wissenschaft« angeeignet und liefert seither eine hinterhältige Rechtfertigung für Hierarchie und Herrschaft im Namen von Gleichheit und Befreiung. (...)

Im Unterschied dazu hat die radikale *Sozialökologie* eine fundamental andere Sicht der Natur und ihrer Entwicklung. Entgegen dem herkömmlichen Image als »sprachlos« usw. wird die natürliche Welt alles in allem für kreativ gehalten, – für mutualistisch, fruchtbar und als Grundlage für eine Ethik der Freiheit betrachtet. Von diesem Standpunkt aus sind biologische Zusammenhänge weniger stark durch »Rivalität« und »Wettbewerb« geprägt, – Eigenschaften, die ihr durch die darwinistische Orthodoxie zugeschrieben wurden, – als durch mutualistische Eigenschaften, die von einer wachsenden Anzahl moderner Ökologen betont werden; – eine Sichtweise, die von Peter Kropotkin als erstem vertreten wurde, der aber dafür nicht die ihm gebührende Anerkennung in der Literatur erfährt. Tatsächlich hinterfragt die radikale Sozialökologie die grundlegenden Voraussetzungen der »Gesundheit«, die eine so entscheidende Rolle im darwinistischen Drama des evolutionären Überlebens spielen. Wie *William Trager* in seinem verständlichen Werk über Symbiose betont: »Der Konflikt in der Natur, zwischen verschiedenen Organismen wurde allgemein mit Ausdrücken wie »Existenzkampf« und »survival of the fittest« (Überleben des Stärkeren) belegt. Jedoch erkennen einige Leute, daß »gegenseitige Hilfe« (mutual cooperation) zwischen verschiedenen Organismen – Symbiose – genau so wichtig ist, und daß der Gesündeste der ist, der anderen am meisten beim Überleben hilft.

Dieses gehaltvolle und höchst erleuchtende Urteil hat vielleicht sogar eine weitere Tragweite als Trager vermutet. Daß es für die Definition unseres Ökosystems relevant ist, ist offensichtlich: das Band der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Arten – Pflanze und Tier, offenkundig sich ergänzende Symbionten, sogar Räuber und Gejagter – formen die Geometrie einer ökologischen Gemeinschaft. Wie unsere Studien zeigen, ist die Komplexität dieser Beziehungen, ihre Verschiedenartigkeit und Kompliziertheit, eine entscheidende Determinante der Stabilität eines Ökosystems. Im Unterschied zu biologisch komplexen Temperaturzonen sind unsere relativ einfachen Wüsten- und Arktikökosysteme äußerst anfällig und brechen mit dem Verlust oder der zahlenmäßigen Abnahme von nur wenigen Arten zusammen. Der Schub der biotischen Evolution über große Zeitabschnitte organischer Entwicklung war die anwachsende Veränderung von Arten und ihren Verknüpfungen zu hochkomplexen, grundlegend mutualistischen Beziehungen, ohne die die ausgedehnte Kolonisierung der Pflanze durch das Leben, nur schwer möglich gewesen wäre. Einheit in Verschiedenartigkeit ist eine Determinante nicht nur für die Stabilität einer ökologischen Gemeinschaft; es ist eine Quelle für seine Fruchtbarkeit, für sein evolutionäres Potential um noch mehr und komplexere Lebensformen und biotische Wechselbeziehungen zu schaffen, – sogar in den unwirtlichen Gebieten des Planeten. Gemeinschaft – die ökologische Gemeinschaft – ist der Kern der organischen Evolution. (...)

Evolutionstheorie, von Darwin bis heute, krankt an der höchst atomistischen Auffassung, die das anglo-amerikanische Denken, – seit den frühesten Tagen seines empiristischen Erbes in John Lockes Werk geprägt hat. Lokkes Erfahrungstheorie, die in den drei Jahrhunderten nach seinem Tod so einflußreich war, strukturiert Ereignisse um »einfache Ideen«, als Informationen über Farbe, Dichte, Geruch, Geräusche und ähnliches. Diese Informationen werden durch unsere Sinnesapparate aufgenommen und auf das »leere Blatt« oder die Tabula Rasa unseres Geistes eingeschrieben.

Nach Locke setzt der Geist (wohlgemerkt) diese Sinnesatome in komplexe Ideen um und öffnet sie dadurch der Abstraktion, dem Vergleich und der Anschauung. (...) Diese Atomisierung der Realität in vielerlei Hinsicht ist ein Produkt des hemmungslosen Ego, dessen Souveränität und Unabhängigkeit Kern der anglo-amerikanischen politischen Theorie ist, und auch unseren Begriff von der organischen Entwicklung beeinflußt. Das Ergebnis der Evolutionstheorie sind *Arten* – mit all der Spezifizierung und Isolation, die das Wort selbst ausdrückt. Wir sind beispielsweise nur zu vertraut mit der Entwicklung des *Eohippus (Urpferd)*, dem kleinen vierzehigen Säugetier des Eozän, zum modernen Pferd des späten Pleistozän, besonders seinem Überbleibsel, dem Eprzewalski in Asien. Bildhafte Berichte über dieses Beispiel intraspezifischer Entwicklung bilden den Standardgehalt unserer Grundlagentexte über die Evolution.





Aber behandelt eine so hilflose Erklärung, die sich (in sich geschlossen) auf den »Ursprung der Arten« und ihre Entwicklung beschränkt, die Realität organischer Entwicklung erschöpfend? Gibt uns diese Überführung der »einfachen Qualitäten« Lockes in einzelne »einfache Arten«, die in der geballten Faust des Biologen mechanisch zusammengedrückt werden, die korrekte Erklärung der Evolution als eine wahrhaft organische, nicht eine nur mechanistische Vorstellung von Evolution, mit ihrem Reichtum an zusammenhängender Veränderung, Aufeinanderfolge etc.? – Ich glaube es gehört mehr zur organischen Evolution als eine Sammlung intraspezifischer Stränge, von denen sich jeder einzelne für sich durch eine selektive Interaktion von »Rivalen« und »abiotischen« Kräften, die die »Gesunden« von den Kranken ausscheiden, entfalten.

Was uns fehlt zum »Ursprung der Arten« ist eine zusammenhängende Konzeption der Entwicklung der Tiere und Pflanzen, eine die über die simple Idee des »Ursprungs« als ein plötzlicher Sprung der Arten in die Existenz hinausgeht. Evolution, in ihrem tiefschürfendsten Sinn, ist die Geschichte der Entwicklung des Ökosystems, nicht nur die Entwicklung einer einzelnen oder mehrerer Arten in all ihrer Locke'schen Einzigartigkeit und Isolation. Das Bild des *Eohippus*, der als »Vorfahre« des behuften Pferdes, das sich aus einem kleinen vierzehigen Säugetier entwickelt hat, wird zur Fiktion, wenn alle Biota und das Ökosystem, das sie ausmachen, vom Konto der Evolution abgebucht werden. Die Arten, die sich als Teil der Entwicklung einer ökologischen Gemeinschaft entwickelt haben, das heißt, korrelativ mit den ökologischen Beziehungen, die ihnen eine Bedeutung und Definition in der evolutionären Entwicklung als Ganzes geben. Auf jeder Stufe seiner Entwicklung war der Eohippus mehr als eine Art; er hatte eine sehr komplexe Staatsbürgerschaft innerhalb einer biotischen Gemeinschaft, die sich als Ganzes entwickelte. Hätte sich der Eohippus nicht mit dieser Gemeinschaft verändert, und hätte er nicht das gleiche evolutionäre Schicksal mit ihr geteilt, wäre er ausgestorben wie soviele andere Arten, die auf der Strecke blieben. (...)

Arten entwickeln sich nicht nur gemeinsam und symbiotisch: das Ökosystem *als Ganzes* entwickelt sich in gemeinsamer Synchronität mit den Arten, die es ausmachen, und es spielt hauptsächlich die Rolle eines Ganzen in Beziehung zu seinen Teilen. Genauer gesagt, es ist nicht nur die gemeinsame Artenentwicklung, die uns ein authentisches Bild des evolutionären Wandels gibt, sondern man muß auch Struktur, Bau und Kompliziertheit der Beziehungen zwischen den Arten berücksichtigen. Die »Geometrie« sich entwickelnder Ökosysteme zu noch größerer Kompliziertheit und Mannigfaltigkeit muß ganz klar in den Vordergrund des evolutionären Bildes gestellt werden, wenn wir die Entwicklung der Arten – die Öko-Evolution – richtig verstehen wollen. (...)

Es gibt einen fast metaphysischen Sinn in welchem größere Vielfalt und Kompliziertheit das soziale Analogon zu unserem modernen Begriff von Freiheit darstellt. Freiheit in seiner aufkeimenden Form ist schon vorhanden in der Selbststeuerung des Lebens als solchem, besonders in dem aktiven Bemühen jeden Organismus' *sich selbst* zu sein und sich allen äußeren Einflüssen zu widersetzen, die versuchen seine Identität zu verändern. Innerhalb dieses Selbststeuerungsprozesses von Bewegungsfähigkeit und Erregbarkeit liegen die Anfangsstadien der Sinneswahrnehmung, die Entwicklung eines Nervensystems, rudimentäre Subjektivität und die Intellektualisierung, die das Denken hervorbringt, Bewußtsein und selbstreflektierender Wille. (...)

So betrachtet ist die Freiheit in ihrer ursprünglichsten Form auch eine Funktion von Vielfalt und Komplexität; (...) sie bedeutet nichts, wenn sie nicht pluralistisch ist in den Aussichten, die sie dem Leben bietet, – ja wenn sie nicht verschiedene Entwicklungsrichtungen offen läßt. (...)

Denn mit wachsender Vielfalt und Kompliziertheit werden Lebensformen »eigensinniger« (willful) in dem Sinn, daß es nicht nur mehr zu »wählen« gibt, und mehr »ausgewählt« wird, sondern auch daß das Wort »müssen« als ein Ausdruck von Zwang weniger wird und die Aktivität des Lebens und seine »Hartnäckigkeit« entsprechend erhöht werden. (...)

Das Alltagsleben und die binären Zahlen der Kybernetik führen uns dagegen in Versuchung Bedeutungen zu verkürzen, die Schattierungen und Feinheiten abzuschwächen, die im Fluß der Realität existieren. Daher sprechen wir in steigendem Maße von »Wandel« anstatt von »Wachstum« (...). Schlechte Gewohnheiten schließen uns die Realität aus und bringen uns von den Pfaden der Einsicht und Differenzierung ab. Diese Barbarisierung des menschlichen »Selbst«, mit ihrer Verleugnung einer »Eigenheit« und Subjektivität die »nicht-menschlich« ist, fordert ihr Opfer in unserer Fähigkeit fließende Abstufungen der Entwicklung zu unterscheiden und zu einem zusammenhängenden einheitlichen Ganzen zu vereinigen.

Wir werden gewohnheitsmäßig reduktionistisch und simplizistisch in unserer »entweder-oder«-Mentalität getrennter Kategorisierung –...

Rudimentärer (nicht voll ausgebildeter) »Wille«, rudimentäre »Auswahl« und »Freiheit« sind sicher nicht menschlicher »Wille«, »Auswahl« und »Freiheit«. Miteinander gepaart werden sie durch die Fähigkeit der Menschheit, Beziehungen zu symbolisieren, zu verbalisieren und zu institutionalisieren – und sie werden letztlich zu dem gemacht, was wir »Gesellschaft« nennen, die sich durch Arbeitskraft und Gehirntätigkeit von spontan gebildeten biotischen Gemeinschaften unterscheidet. Aber genauso wie jeder werdende menschliche Embryo uns daran erinnert, daß unsere Art nicht vollausgebildet auf die Welt kommt und Geschichte hinter jedem Anfang wie auch jedem Ende liegt, so trägt sogar das »Selbst« des Bourgeois, der sein Ego auf den Bürgersteigen unserer großen Städte zur Schau trägt, noch den »Schleim« der Naturgeschichte an seinen Schuhen. Damit soll nicht gesagt werden, daß soziale Begriffe auf Kategorien der Natur zurückzuführen sind – nur, daß sie evolutionäre Ergebnisse sind, deren Ursprünge genauso in der Natur wie auch im Menschen zu suchen sind. Die »Fakten des Lebens« sind in Wirklichkeit Prozesse, und sie sind nicht weniger frei von Organischem, wie der menschliche Körper frei von Zellen ist. (...)

Zur Vermeidung neuer Fehler: Für Sartre, der der westlichen Auffassung folgte, daß die Natur von einem unbeugsamen Gesetz regiert wird, bedeutet Organismus (organicity) Notwendigkeit – ich habe schon in der »Ecology of Freedom« (Palo Alto: Cheshire Books 1982) gesagt, daß es präzise ausgedrückt, eine fruchtbare Natur ist, die heute unter den Zwängen einer bestialisch anti-ökologischen Gesellschaft steht. (...)

Daß die Menschen die Natur »blind« etc. erscheinen lassen können, wird durch die Geschichte der natürlichen Welt in der Obhut des menschlichen Geistes demonstriert – nicht zu sprechen von ihrem Schicksal in menschlichen Händen. Der marxistische dialektische Materialismus mit seinem eigenen blinden Begriff organischer »Gesetzmäßigkeit«, der auf die Gesellschaft übertragen, Stalin und seinesgleichen den Freibrief gab, die abscheulichsten Verbrechen »im höheren Interesse der Geschichte« zu begehen – oder Hitlers »Blut- und Bodenethos«, der brutal zehn Millonen Leben an den Fronten und in den KZ gefordert hat – alles das trägt dazu bei, Klugheit, Bedachtsamkeit und Distanz im Hinblick auf jede streng naturalistische Ethik zu fördern. (...)

Aber Naturphilosophie zeichnet sich streng gesprochen zum einen durch Archaismus zum andern durch mechanistische Wissenschaftlichkeit aus, und sie sollte deshalb nicht mit *Ökophilosophie* verwechselt werden. Naturphilosophie tendiert dazu moralischen Zwang und eine »Einheit« mit der natürlichen Welt zu betonen, die durch eine strenge Bindung an den Begriff des »Naturgesetzes« zementiert wird...

Grundlage für eine neue Ethik

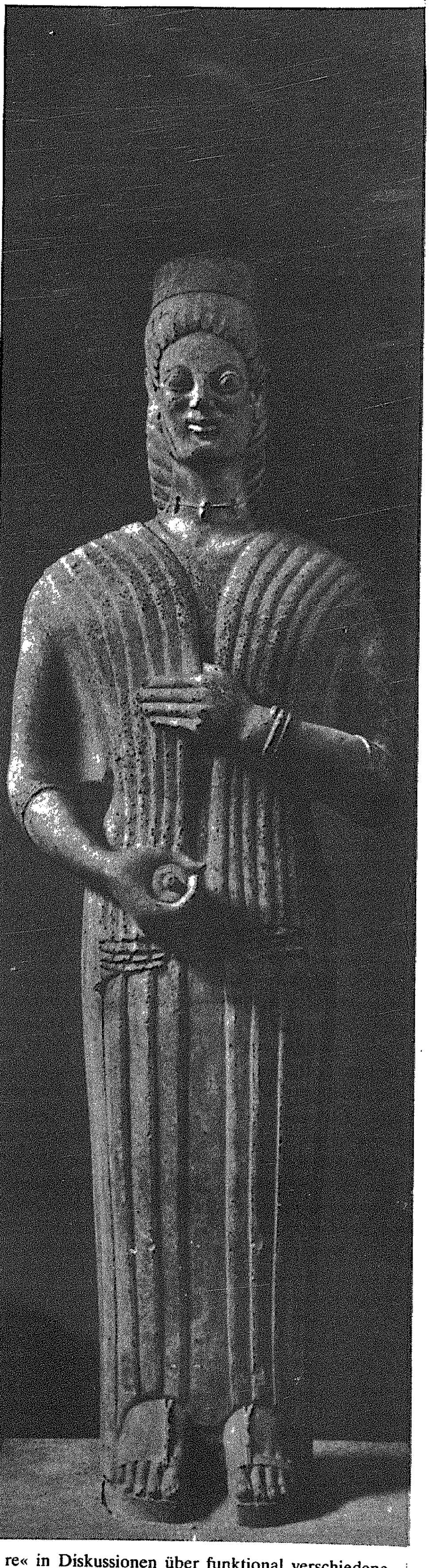
Ökophilosophie entwickelt sich aus dem reichen Nährstoff der Freiheit: der Spontaneität, Verschiedenartigkeit, Fruchtbarkeit und Schöpfungskraft der Natur. Traditionelle Naturphilosophie war fast immer imperialistisch: ihre Botschaft von Gesamtheit stellt Gesellschaft und Natur unter die Herrschaft des »Einen« oder des Terminus' eines »Absoluten« zu dem sich alle historischen Stränge endgültig vereinen. – Die Ökophilosophie kat kein geschlossenes, viel weniger ein vorherbestimmtes Ende; sie betont eine Dialektik der Abstufungen, die die Geschichtsphasen miteinander verbinden, aber sie nicht in einen alles absorbierenden Geist, Gott oder Logos verfeinern (...)

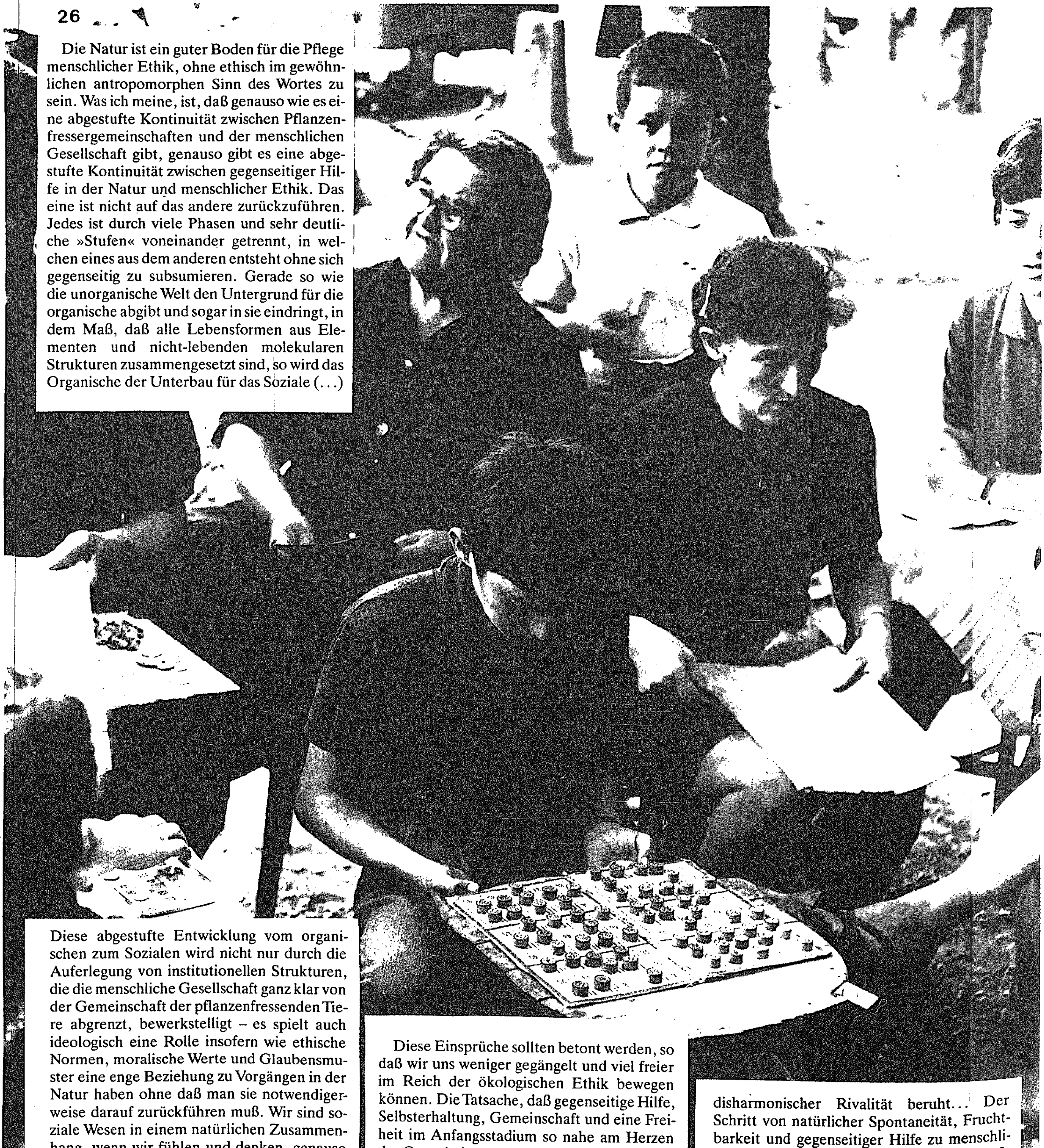
Und es kommt von diesem Image eines Naturprozesses mit seinen vereinheitlichenden Begriffen von Kreativität und Mutualismus und einer Freiheit, die durch die Selbststeuerung des Lebens vermehrt wird, daß die Grundlage für eine objektive Ethik formuliert werden kann. Was nicht heißt, daß die Natur »ethisch« im menschlichen Sinn ist, daß sie bewußt selbstreflektiv oder selbstbewertend wäre. Natur ist weder »grausam« noch »freundlich«, »tugendhaft« noch »böse«, »gutmütig« oder »hart«. Noch ist sie »hierarchisch« oder »egalitär«, »bestimmend« oder »demokratisch«, »ausbeutend« oder »mildtätig«. Diese antropomorphen Auslegungen eines Naturethos sind im besten Fall romantisch oder stellen einen mythischen Begriff von Natur in den Dienst totalitärer politischer Ideologien im schlechtesten Falle. Wir sind schon durch den Mythos überlastet, die Natur habe eine »Ökonomie«, die alles – von Laissez-faire bis zur sozialistischen Planung – mit ihren zugehörigen Ideologien des Sozialdarwinismus und des dialektischen Materialismus beinhaltet.

Tatsächlich ist die Gesellschaft genaugenommen ein menschliches Phänomen und nicht eines der Natur. Menschliches Sozialleben ist ein Komplex von klar definierbaren Institutionen, für welche es keine Parallelen in der Natur gibt – Monarchien, Republiken, Demokratien, gesetzgebende Körperschaften, Gerichte, Polizei- und Militäreinrichtungen und ähnliches, unterscheiden sich von Naturgemeinschaften nicht nur durch ihre scheinbare Kompliziertheit, sondern durch ihre auffällige Absichtlichkeit. Diese Institutionen sind Produkte des menschlichen Willens, der menschlichen Absichtlichkeit und die Produkte sehr bestimmter Ziele, deren Ergebnisse quasi-biologischen Formen – wie die menschliche Familie und sexuelles Rollenverhalten – noch hinzugefügt werden. Wenn physische Überlegenheit oder sogar geistige Schärfe (wie *Jane Godall-Lawick*) uns in ihrer Studie über die »Hierarchie« bei Schimpansen glauben machen möchte) die Ursache für eine Art Rangsystem in der Tierwelt sind, bräuchten wir noch immer dringend ein anderes Wort für »Hierarchie« , um Rangsysteme in der menschlichen Welt zu erklären.

Nur die menschliche Gesellschaft konnte einem Verrückten wie Caligula an die Spitze des Römischen Imperiums oder einen geistlosen Narren wie Ludwig XVI auf den Thron von Frankreich, eine arglose Ränkeschmiedin an den Hof von Schottland und einen Massenmörder wie Stalin in den russischen Kreml stellen. Diese unermeßlich mächtigen Individuen waren nicht Produkte irgendwelcher besonderer Gaben – physisch oder geistig – die ihnen zu diesen dominanten Positionen verholfen hätten; sie waren Geschöpfe von Institutionen, von absichtlich geplanten, von Menschenhand geschaffenen Strukturen, die wir abwechselnd als politisch, ökonomisch oder sozial bezeichnen können – aber keinesfalls als organisch. Sie erlangten Macht, oft von sehr bedrückender Art, nicht aufgrund irgendwelcher sichtbarer Fähigkeiten, sondern eher durch die Wirkung gänzlich künstlicher Mechanismen oder Institutionen, die auf menschliche soziale Beziehungen beschränkt bleiben. D.h. während jede Gesellschaft – ein künstliches Menschenprodukt mit all seinen hierarchischen Fußangeln – eine Gemeinschaft sein muß, muß nicht notwendigerweise jede Gemeinschaft eine Gesellschaft sein.

Der Gebrauch von Worten wie »Tiergesellschaften« oder »Sozialinsekten« ist in höchstem Grade irreführend, wenn wir nicht den institutionellen Charakter menschlicher Gesellschaften aus den Augen verlieren wollen. Tiere mögen biotische Gemeinschaften bilden und sogar innerhalb dieser funktionale Rollen entwickeln – das ist aber weit entfernt von den Bürokratien und Militärkräften, welche die meisten menschlichen Einrichtungen abstützen; – aber sogar Ausdrücke wie »Hierarchie«, »Dominanz« und »Unterwerfung« sind grob irreführend. Solche Ausdrücke sind sozial. Sie bezeichnen die Art und Weise in welcher Menschen wirtschaftlich ausgebeutet und politisch kontrolliert werden, – und nicht Beziehungen, sagen wir, in welchen Männer bevorzugten Zugang zu Frauen oder besonders wünschenswerten Gebieten haben. Überdies erhöht die wahllose Benutzung dieser Ausdrücke (z.B. »Rangordnung« für die Mechanismen in Bienenstöcken und für die rein opportunistischen Beziehungen wie in Löwenrudeln) die Verwirrung, die sich schon unter Tierethologen und besonders Sozialbiologen eingebürgert hat. Diese Verwirrung wird zur Absurdität, wenn Ausdrücke wie »Bienenkönigin« und »König der Tiere« in Diskussionen über funktional verschiedene »Hierarchien« gebraucht werden, die sich nur durch den menschlichen Vergleich und deutlich absichtliche menschliche Domination ähneln.





Die Natur ist ein guter Boden für die Pflege menschlicher Ethik, ohne ethisch im gewöhnlichen antropomorphen Sinn des Wortes zu sein. Was ich meine, ist, daß genauso wie es eine abgestufte Kontinuität zwischen Pflanzenfressergemeinschaften und der menschlichen Gesellschaft gibt, genauso gibt es eine abgestufte Kontinuität zwischen gegenseitiger Hilfe in der Natur und menschlicher Ethik. Das eine ist nicht auf das andere zurückzuführen. Jedes ist durch viele Phasen und sehr deutliche »Stufen« voneinander getrennt, in welchen eines aus dem anderen entsteht ohne sich gegenseitig zu subsumieren. Gerade so wie die unorganische Welt den Untergrund für die organische abgibt und sogar in sie eindringt, in dem Maß, daß alle Lebensformen aus Elementen und nicht-lebenden molekularen Strukturen zusammengesetzt sind, so wird das Organische der Unterbau für das Soziale (...)

Diese abgestufte Entwicklung vom organischen zum Sozialen wird nicht nur durch die Auferlegung von institutionellen Strukturen, die die menschliche Gesellschaft ganz klar von der Gemeinschaft der pflanzenfressenden Tiere abgrenzt, bewerkstelligt – es spielt auch ideologisch eine Rolle insofern wie ethische Normen, moralische Werte und Glaubensmuster eine enge Beziehung zu Vorgängen in der Natur haben ohne daß man sie notwendigerweise darauf zurückführen muß. Wir sind soziale Wesen in einem natürlichen Zusammenhang, wenn wir fühlen und denken, genauso wie wir auch ungewöhnlich ›elterliche‹ Geschöpfe sind, in der Art wie wir unsere Kinder ernähren und für sie sorgen. Keines kann im anderen aufgelöst werden und jedes hat eine eigene Integrität. (...) In diesem Sinne ist Natur immer Grundlage für Gesellschaft – genauso in ihren Geboten zum Zusammenschluß (alle Institutionen mal beiseite gelassen), wie in ihren Anstössen, Impulsen und Streben nach Intellektualisierung und Bewußtsein.

Diese Einsprüche sollten betont werden, so daß wir uns weniger gegängelt und viel freier im Reich der ökologischen Ethik bewegen können. Die Tatsache, daß gegenseitige Hilfe, Selbsterhaltung, Gemeinschaft und eine Freiheit im Anfangsstadium so nahe am Herzen des Organischen und Evolutionären in der Natur liegen, und daß Natur, mit all unseren Warnungen versehen so nahe am Herzen des Sozialen liegt, ist eine Wirklichkeit, die zu zwingend ist, um sie zu ignorieren. Ich habe das Bild einer immer rastlosen und sich ständig weiterentwickelnden Natur entworfen, mit einem Drang nach Mannigfaltigkeit, nach Ganzheitsgraden, und mutualistischem Charakter, der im Streit liegt mit einer höchst imperialistischen westlichen Tradition, die auf disharmonischer Rivalität beruht... Der Schritt von natürlicher Spontaneität, Fruchtbarkeit und gegenseitiger Hilfe zu menschlicher Absichtlichkeit, Kreativität und bewußter Zusammenarbeit, ist qualitativ entscheidend um der Menschheit auch ihr Recht zu geben. Aber diesen Verhaltensformen und den geistigen Fähigkeiten der Menschheit zur Intellektualisierung fehlt es nicht an Keimfähigkeit.... Wir tun ihnen Gewalt an, wenn wir das Soziale gänzlich auf die Natur zurückführen, da ihre Aufhellung eher der Genetik als der Ökologie angehört (vgl. etwa E.O. Wilson: »Moral der Gene«).

Übertreibung tendiert dazu, jede Reaktion auf die westliche Tradition des Dualismus in die Zwangsjacke einer genauso extremen Einseitigkeit der Erwiderung zu stecken, so daß die »Unmoral« der Natur (sprich:Grausamkeit) durch eine »genetische Moral« stärker hervorgehoben werden muß und so eine falsche Antwort mit einer ebenso falschen abgleicht. Radikale Sozialökologie bietet eine Erklärung für die Möglichkeit, daß die Natur wieder revisioniert werden kann, auf eine Art und Weise, die den Unterschied anerkennt, ohne die Kontinuität zu verleugnen, – die auf Übertreibung mit Ausgleich reagiert, die sich einer genetischen Ethik widersetzt, ohne eine organische (organismic) Ethik abzulehnen. Diese terminologischen Unterscheidungen sind nicht bloße Nuancen. Sie werfen wichtige Fragen auf in bezug auf unsere sehr problematische Art die Zusammenhänge zwischen Natur und Gesellschaft zu erfassen. Viele gutmeinende Sozialökologen stimmen immer noch dem westlichen Mythos zu, daß Hierarchie einfach ein Weg ist, Ordnung in die Gesellschaft zu bringen, d.h. daß ohne Rangordnung oder Über- Unterordnungsbeziehung in einer Tiergemeinschaft, – angefangen bei einem Schwarm Hühner bis zu einer Pavianherde –, ein fürchterliches Chaos ausbrechen würde. Vielleicht – aber es ist ein sehr zweifelhaftes »vielleicht«, wenn man diese Pavianherdenqualität so verallgemeinert, daß man damit menschliches Verhalten erklären will, selbst wenn man nur eine frühe Stufe meint. Wenn man die moderne »Zivilisation« als einen Führer durch die anthropologische Vergangenheit betrachtet, könnte sie als weitreichendes Argument gegen die Werte der Hierarchie ausgelegt werden, welche heute mehr denn je als in früheren historischen Abschnitten, unsere Art an den Rand der Ausrottung bringt.

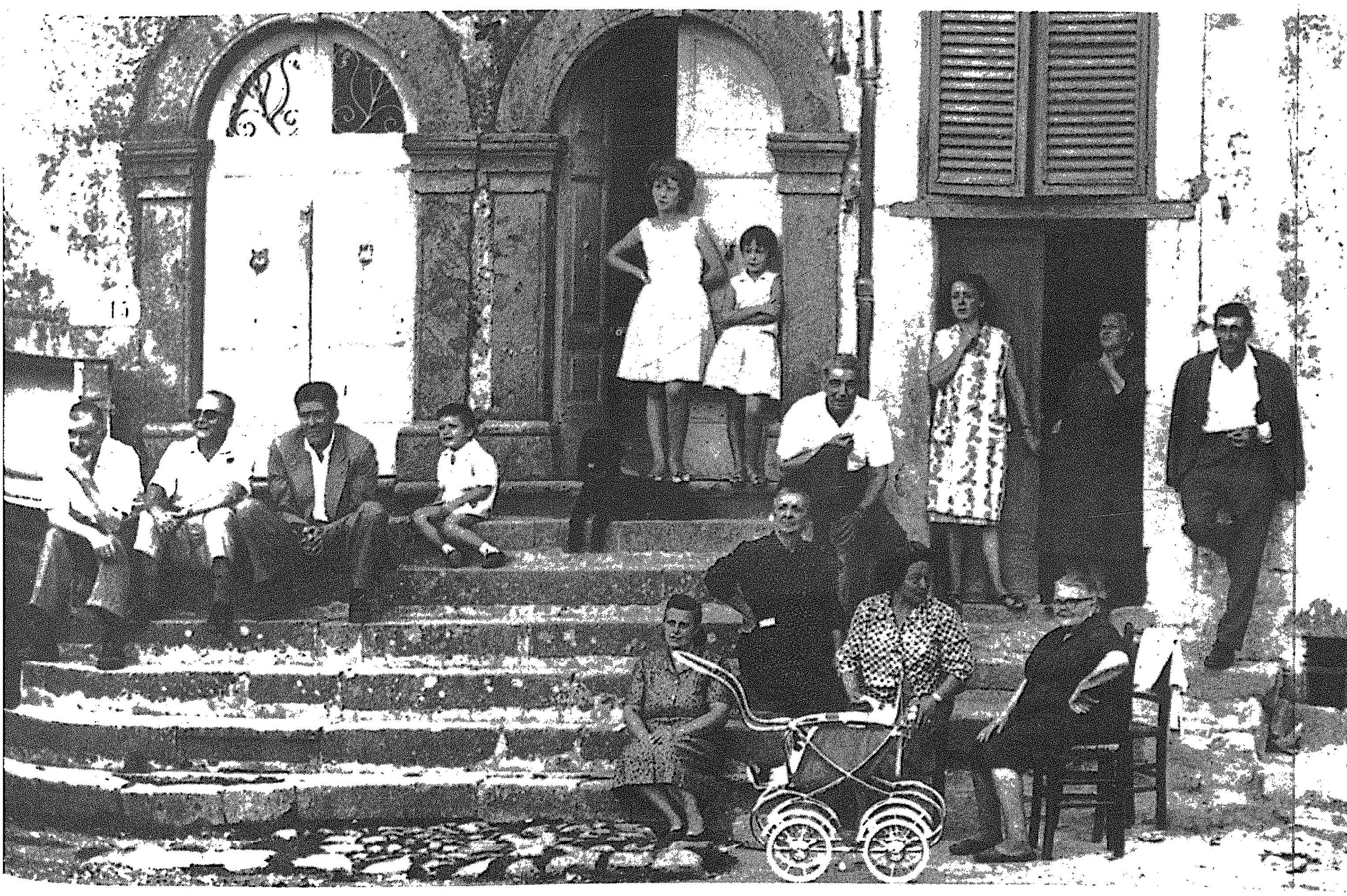
Was aber besorgniserregender ist, ist die Oberflächlichkeit dieser »Pavianherden«-ethologie, wenn sie für die Menschheitsgeschichte einem kritischen und prüfenden Blick unterworfen wird. Der prahlerisch dominierende Mann der viktorianischen Kultur wäre möglicherweise eine sozial spaltende Kraft in Gruppen- und frühen Stammesgemeinschaften gewesen. Und es gilt in der Tat aufzuzeigen, daß – wo immer er auftrat und die sehr egalitären Übereinkünfte verletzte –, er systematisch ausgemerzt wurde. Die Hopi-Indianer, die Ilhalmiut-Eskimos und viele dieser Gruppen- und Stammesvölker betonten die Werte zurückhaltenden Benehmens, Verminderung des Wettstreits und einer sanften Bescheidenheit im Umgang miteinander. Als Kulturen, die *Machtverteilung* begünstigten, fanden sie übermäßig mißtrauische, sehr egoistische und sich angeberisch feinmachende, hausbackene größenwahnsinnige Individuen unerträglich.

Farley Mowatts Bericht über einen Ihalmiutschamanen, der durch viel Kontakt mit Weißen verdorben worden war, und Dinge und vermutlich auch die Frauen anderer männlicher Mitglieder seiner Gesellschaft für sich beanspruchte, wurde einfach umgebracht, als alle Bemühungen sein Verhalten zu ändern nichts gefruchtet hatten. Diese Geschichte ist nicht nur ein Argument gegen die Vorurteile der »Pavianherden«-ethologie, sondern stellt die Identifikation von Hierarchie mit sozialer Stabilität sehr in Frage...

Die Ursprünge dieser Identifikation finden sich bereits in den Anfängen der hierarchischen Gesellschaft und am sichtbarsten in der victorianischen Ära; ein Familienvater hatte ein verbrieftes Interesse daran seine Befehlsposition als »Ordnung« und Herrschaft des »Gesetzes« zu legitimieren. Wir sind bis heute die unbewußten Erben einer hierarchischen Mentalität, die nicht nur in den politischen und häuslichen Bereich reicht, sondern in die Art, die Wirklichkeit zu erfahren und ›einzurichten‹ in eine »Ordnung von eins bis zehn«, usw. Aristoteles war viel ehrlicher in diesem Punkt als spätere Ideologen als er im »Buch eins« über »Die Politik« erklärte, daß die patriarchalische Familie das Reich der Gesetzlosigkeit, des blinden Befehlens und Gehorchens und der Gewalt ist.

Zu beanspruchen, daß radikale Sozialökologie die Natur radikalisieren will, ist keine ideologische Metapher. Es ist ein Versuch, nicht nur die Natur zu radikalisieren – oder, wenigstens unsere Auffassung von Natur, – sondern die noch unverdorbenen ökologischen Anschauungen zu radikalisieren, die nicht ganz gegen die westliche Tradition aufkommen.

Diese Tradition fordert auf heimtückische Weise ihre Opfer unter vielen ihrer Kritiker.

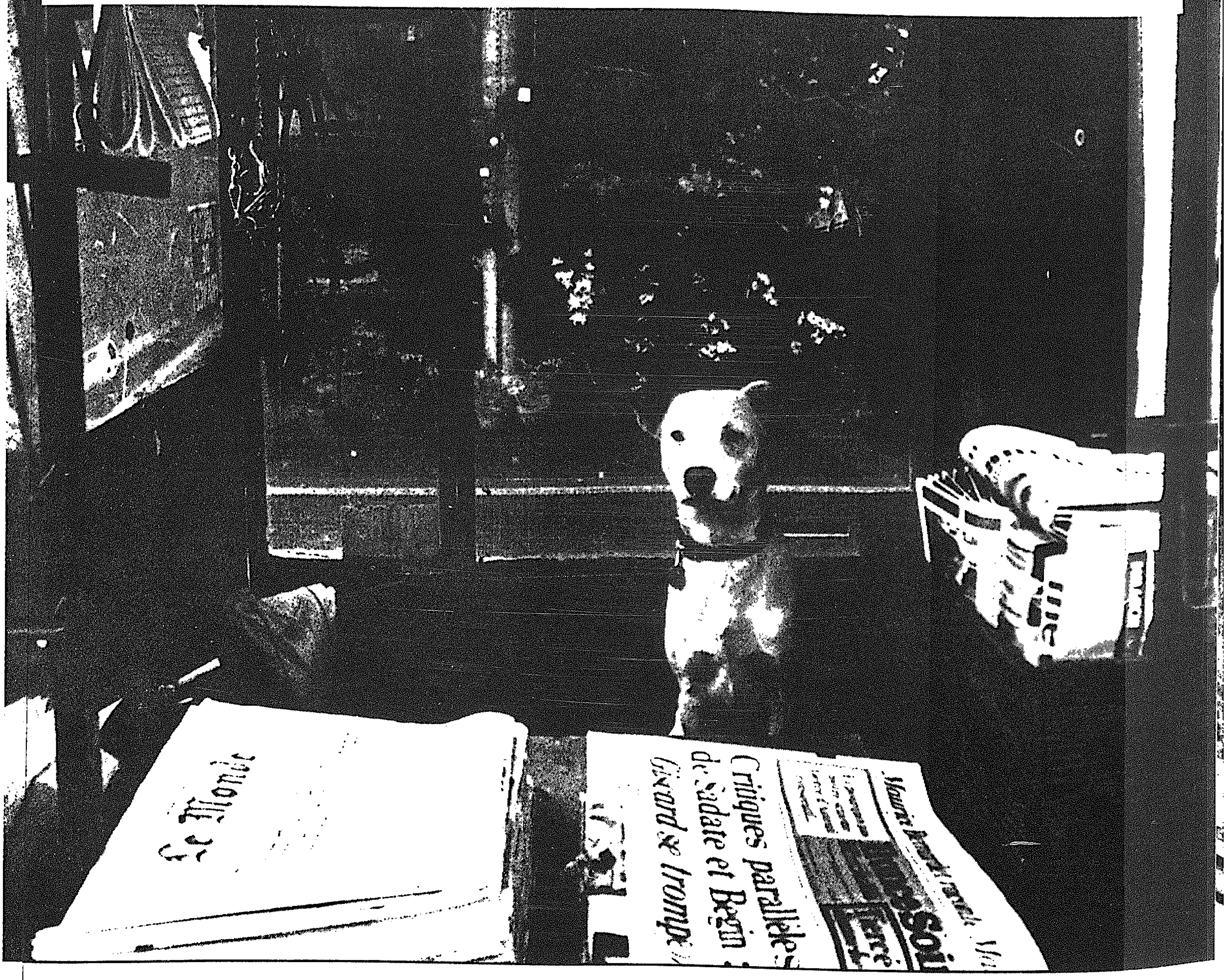


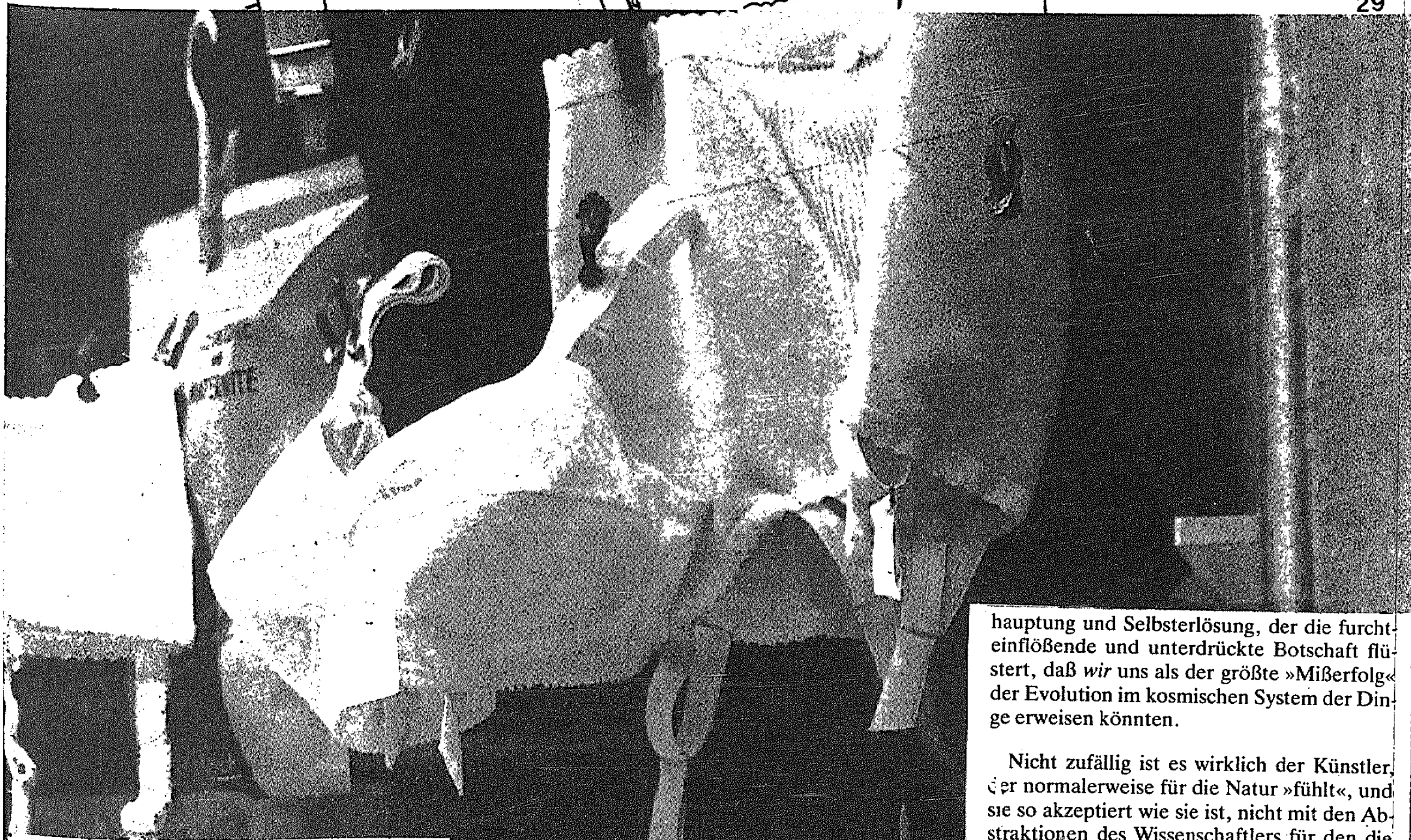
Hierarchie wird noch immer als selbstverständlich betrachtet und die »Pavianherden«-ethologie wird noch immer auf frühes menschliches Verhalten angewandt, selbst wenn ihr oft durch anthropologische Fakten widersprochewn wird. (...) Anthropologinnen haben auf den wichtigen Punkt hingewiesen , daß die Gesellschaft sich nie ohne die Erziehung durch die Frauen und die hinausgezögerte Reifung der Jungen entwickelt hätte. Lovelocl und Margulis haben diese mutualistische Beziehung in die »Bausteine« unserer physischen Entwicklung hineingetragen. Andere von Kropotkin bis Trager haben den Mutualismus zu einem führenden Prinzip in der Evolution gemacht.

Was für die Einschränkungen verantwortlich sein könnte, die unsere neueren ökologischen und evolutionären Theorien belasten, ist präzise gesagt die Tatsache, daß sie Theorien sind – nicht Sensibilität. Wir mögen die Natur »achten«, sie »lieben«, ihre Rolle zur Grundlage unseres Lebens machen, aber wir tun das intellektuell – an sich nichts falsches – *ohne die Sensibilität*, die diese Einstellungen organisch macht. Einfach gesagt: wir besitzen eine organische Theorie ohne die organische Einstellung, die ihr Lebensfähigkeit verleiht. Ein Aspekt unserer fehlerhaften Einstellung fällt einem leicht ein: unser Bild der Natur ist eine Abstraktion, vielleicht sogar als eine ›Berufung‹ aber nicht notwendigerweise als ›Geistesverfassung‹. Diese abstrahierte Konzeptualisierung von Natur fällt besonders in unserer entschieden eingeschränkten Sicht der organischen Individualität auf (...)

Unsere Kultur lehrt uns den Umgang mit nichtmenschlichen Lebensformen so als ob sie für *uns* nur reine Objekte wären, die wir »Arten«, »Gene« etc. nennen. Dieser Prozeß der Objektivierung schmeichelt uns selbst, – d.h. er schmeichelt uns bis zu dem Punkt, wo wir erkennen, daß *wir* die eigentlichen Opfer dieses Verrats sind und genauso objektiviert wurden wie nichtmenschliche Lebewesen. Jacob Burckhardts Protest gegen die Abstraktion des Selbst, vom konkreten Individuum zu einer vagen, unpersönlichen, historischen Kategorie, ist ein wütender Einspruch gegen eine transzendente Geschichtlichkeit, die die Vergangenheit und ihre Leiden nur als Basis für unsere Gegenwart mit all ihrer Egozentrik und Selbsterhöhung zeigt. »Jedermann betrachtet seine eigene Zeit nicht als eine der vielen vorbeiziehenden Wellen, sondern als Erfüllung von Zeit überhaupt...« erklärt er. Das Leben der Menschheit, jedoch ist ein Ganzes; seine zeitlichen und lokalen Wechsel erscheinen als auf und ab, als Glück und Unglück, nur für die Schwäche unserer Einsicht. In diesem Sinn würde ich hinzufügen, schulden wir *allen* vergangenen Generationen etwas für ihre schrecklichen Leiden und Ängste, deren Leben wir so leichtfertig und überheblich der Erhöhung unseres eigenen Glücks untergeordnet haben. Es gibt keinen »höheren Zweck« in der Geschichte oder der Gesellschaft, die ihre Marter und unsere selbstgefällige Zufriedenheit als die »Spitze« der sozialen Entwicklung rechtfertigen.

Stammesmenschen sind weiser und feinfühliger für die Verletzungen des Lebens als wir, – in der Vergangenheit wie in der Gegenwart. Die Qual des Lebens wird nicht in das kollektive Schicksal einer Art oder Gattung überführt. Es ist der Schmerz *eines* Bibers, *eines* Bären oder *eines* Rehs. Unter diesen »Primitiven« ist die innere Natur des Lebens in all seiner Vielfalt sehr subjektiviert... Nicht »Tier«gattungen sondern das Tierindividuum be-





sitzt eine Art »Persönlichkeit«, die Respekt und faire Behandlung hervorrufen. Folglich ist es nicht idiosynkratisch (überempfindlich), wenn man von der Subjektivität der Natur in dieser »primitiven« Welt spricht; es ist gerade die Substanz dieser frühen Tradition und ihrer Sensibilität – tatsächlich die Art, in welcher der »Andere« und die »Andersartigkeit« als ganzes innerhalb des gesamten Gebiets der Realität erfahren wird. Natur ist mehr als ein physio-chemisches Phänomen; sie lebt und ist dicht »bevölkert«, nicht nur von einzelnen menschlichen Lebewesen, sondern auch noch durch individuelle nichtmenschliche Lebensformen.

Wo die westliche Tradition auf krasser Respektlosigkeit vor dem Leben aufgebaut ist, ja man kann sagen, auf dem Haß darauf, ist die »primitive« Tradition nicht nur dem Begriff nach offen für die harten »Fakten des Lebens« sondern auch existentiell.

Unser Mißbrauch der Natur hat tiefe psychische Wurzeln – und kommt schließlich aus einem giftigen Haß auf die persönlichen Ansprüche anderer Menschen an das Leben. Wegen ihrer hierarchischen und patriarchalischen Ursprünge fehlt der westlichen Tradition Einfühlungsvermögen nicht nur für nichtmenschliche Lebewesen, sondern auch für den Menschen selbst. Das Kontobuch seiner Geschichte ist ein Trümmerhaufen, in welchem der Abfall von Städten mit zertrümmerten Maschinen und Körperteilen vermischt ist, verstreuter Unrat in einer weiten Ruine, die den wirklichen »Tempel« dieser »Zivilisation« darstellt. Tieren wird, milde ausgedrückt, keine Aufmerksamkeit, als Teil dieser Ruine geschenkt. Wir betrachten sie hauptsächlich *als* »Blindgänger« der Evolution, wogegen wir ganz davon überzeugt sind, deren Krönung zu sein, *als* Abfall des »Fortschritts«, der nur existiert um für unsere belanglosesten Zwecke mißbraucht zu werden. Oft mit abscheulicher Grausamkeit. Die Herrschaft der Natur ist mehr als ein utilitaristisches Projekt, das dazu bestimmt ist, uns vom »Abschaum der Geschichte zu befreien«. Es ist ein verborgener Ruf, ein Akt menschlicher Selbstbehauptung und Selbsterlösung, der die furchteinflößende und unterdrückte Botschaft flüstert, daß *wir* uns als der größte »Mißerfolg« der Evolution im kosmischen System der Dinge erweisen könnten.

Nicht zufällig ist es wirklich der Künstler, der normalerweise für die Natur »fühlt«, und sie so akzeptiert wie sie ist, nicht mit den Abstraktionen des Wissenschaftlers für den die Natur nur ein Wetzstein zur Schärfung seiner Eleganz ist. In der Kunst zeigt sich die Natur wie sie wirklich ist – sehr konkret, explosiv in ihrem Reichtum an unterschiedlichen Formen und Farben, identifizierbar in ihrer Vielfalt an existentiellen Phänomenen und ihren Ansprüchen auf individuelle Anerkennung. Hier in den Gemälden eines Turner und den Romanen eines Tolstoi trifft sich die Kunst endlich mit einer ökologischen Sensibilität um nicht nur eine Ethik der Güte, sondern auch eine Ethik der Schönheit zu schaffen. Das griechische Ideal, daß Tugend durch ihre eigene ästhetische Erhabenheit im uralten Sinn von Harmonie realisiert wird, aus der alle großen Ziele der Menschheit ihre Inspiration und ihren Sinn beziehen.



Anmerkungen:
William Trager: Symbiosis (New York/ van Nostrand Reinhold Co. 1970) p. vii
Farley Mowatt: The People of the Deer (New York: Pyramid Publications, 1968) p. 183
Jacob Burckhardt: Über das Studium der Geschichte (Stuttgart: Kröner Verlag, 1905) S. 295



Was gehen uns die Menschenrechte an?

von Wilfried Gaum

Thesen über die Entstehung und Entwicklung der Menschenrechte

1. Propaganda in Ost und West

Verfolgt man den Weg, den die Menschenrechte in den letzten jahren in der Propaganda der herrschenden politischen Kreise in Ost und West genommen haben, dann ist die Frage eindeutig zu beantworten: diese Art von Menschenrechtspolitik geht uns nichts an!

Sehen wir uns die Menschenrechtspolitik der letzten Jahre an: Nach der Verabschiedung der Schlußdokumente der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 1975 eröffneten zunächst die staatsbürokratischen Regimes im Osten ihren Feldzug. Nahezu jede Fernsehsendung, jede Anklage gegen das kapitalistische System enthielt einen Hinweis auf den Verstoß des Westens gegen die KSZE-Schlußakte. Diese enthielt eine ganze Reihe von demokratischen und sozialen Rechten. Das Propagandafeuer wurde allerdings deutlich abgeschwächt und verschwand fast vollständig, als 1976 Jimmy Carter Präsident der Vereinigten Staaten wurde. Dieser hatte seinen Wahlkampf zu einem Gutteil unter der Thematik der Menschenrechte geführt. Nach seinem Wahlsieg wurden für die US-Außenpolitik Richtlinien ausgegeben, die die Vergabe von finanzieller und militärischer Hilfe an Dritte Welt-Länder von deren Beachtung der Menschenrechte abhängig machten. Dem Kongreß müssen nunmehr jährlich Berichte über diese Entwicklung auf diesem Gebiet vorgelegt werden. Eine Auswirkung dieser Politik war eine verbale Kritik an der Praxis des Pinochet-Regimes in Chile, sowie ein medienwirksamer Druck auf die anderen, durchaus weiter gesponserten lateinamerikanischen Militärdiktaturen. Der Osten geriet so unter wachsenden ideologischen Druck, dies gerade angesichts seiner Unterstützung von Massenmördern wie Pol Pot in Kambodscha in den Jahren nach 1975. Wie ehrlich die Cartersche Menschenrechtskampagne gemeint war, enthüllt sich, wenn man sich die ökonomischen Ost-West-Beziehungen in dieser Zeit ansieht. Charles Levinson, Sekretär der Internationalen Föderation der Chemie- und Energiearbeiter hat 1981 in einem Interview dazu gesagt:

»Mein Buch (›Wodka-Cola‹) enthält die Einzelheiten der Geschichte, wie der öffentlich in Russenfeindschaft machende Nixon im Jahre 1971 den Abschluß des Tauschgeschäfts (Wodka gegen Cola-Lizenzen) ankündigte im Namen seines Mentors und Föderers, des Pepsi-Vorsitzenden Keddall, eines begeisterten Anhängers von Breschnjew und dem Sowjetsystem. Beim Abgang von Nixon ging ein neuer Wodka-Cola-Stern auf. Carter erhob das banner von Coca-Cola noch höher als das von Pepsi. Das Hauptquartier von Coca-Cola befindet sich in Atlanta im Staat Georgia, aus dem Gouverneur Carter kam – mit voller Unterstützung der Rockefeller-Coca-Cola-Clique, die in ihm für den Fall eines demokratischen Wahlsieges einen Ersatz für Gerald Ford erblickten und sich dadurch bei jedem Wahlausgang die siegreiche Seite sicherten.... Die Mehrzahl der Leute, de er (Carter) für seine neue Regierung ausgewählt hatte, gehörten zu den großen Multinationalen mit Osthandelsbeziehungen oder zu den Vereinen und Stiftungen, in denen die Bürger der elititistischen ›Überwelt‹ die Politik festlegen, wie die trilateral Commission, Council of Foreign Relations und die Rockefeller Stiftung. Die Pepsico-Leute verschwanden mit der Nixon-Regierung uind wurden ersetzt urch weitere vier von Coca-Cola, darunter der Attorney General (Justizminister), dem gestattet wurde, 14 Millionen Coca-Aktien zu behalten.«

Man kann Levinson daher nur zustimmen, wenn er weiter feststellt:

»Die Trennung der Ideologie von den Tatsachen ist bei den Herrschern im Osten ebenso

groß, wenn nicht sogar größer als bei den Waffenschmieden des Westens, die heuchlerisch vorgeben, ›den Kommunismus zu bekämpfen‹, dabei aber in großem Stil im ›feindlichen‹ Hauptstaat investieren.«

Die Berufung auf Menschenrechte wird angesichts dieser Sachlage ein Spiel, in dem die Rollen des Anklägers und des Angeklagten immer nur zwischen dunklen, verbrecherischen Mächten wechseln. Der Zugang zu den Menschenrechten erscheint von einer libertären, sozialistischen Poistion aus versperrt. Und so lesen wir in der November-Ausgabe 1984 des gerkschaftlichen Jugendmagazins »SOLIDARITÄT«:

»Historisch sind die Menschenrechte ein Kampfbegriff des Bürgertums gegen die politischen Privilegien des Absolutismus, sie kennzeichnen die bürgerliche Revolution als ökonomischen und politischen Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus: Recht auf Leben, Freiheit, Unverletzlichkeit der Person, Gleichheit, Glaubens-, Gewissens- und Meinungsfreiheit, Widerstandsrecht – sie können als liberale Schutzrechte bezeichnet werden.«

Trotzdem verteidigt der marxistisch orientierte Verfasser jenes Artikels die Menschenrechte gegen die starken innergewerkschaftlichen Kräfte, die mit dem Hinweis auf den bürgerlichen Charakter des Menschenrechtsbegriffs meinen, die Solidarität mit der polnischen Solidarnosc, mit DDR-Kriegsdienstverweigerern und östlichen unabhängigen Friedensinitiativen verweigern zu dürfen.

2. Menschenrechte gegen die Entweder-Oder-Logik

Ich halte die theoretische Einordnung der Menschenrechte als bürgerlichen Kampfbegriff, als ideologischen Reflex der Bourgeoisie in ihren revolutionären Zeiten für eine schwerwiegende Fehleinschätzung. Ich möchte dagegen die These formulieren, daß eine libertäre Politik heute ohne einen ausgearbeiteten Menschenrechtsbegriff nicht auskommen kann.

Die relative Stabilität der monopol-und staatskapitalistischen Systeme in Ost und West hatte und hat eine ihrer wichtigsten ideologischen Stützen in der fatalen Freund-Feind-Logik. jede Kritik am eigenen System wurde mit dem Hinweis plattgewalzt, dies diene wahlweise dem »Kommunismus« oder dem »Kapitalismus«.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und mit Beginn des Kalten Kieges wurde die hiesige nicht-kommunistische Linke durch dieses »Entweder-Oder« zerrieben bzw. gelähmt. Man darf z.B. nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie nach 1945 durchaus radikalere Forderungen und Programmatiken anbot als eine in Demokratie machende Kommunistische Partei, so paradox das scheinen mag. Unter dem Druck des Ost-West-Konflikts entschieden sich schließlich die z.T. ehemals links der Kommunistischen Partei stehenden und in die Sozialdemokratie eingeströmten Kräfte für »den Westen«. Richard Löwenthal, Widerstandskämpfer und Mitarbeiter der revolutionären Gruppe »Neu Beginnen«, heute »Chefideologe« der rechten Sozialdemokratie, schrieb dazu 1977:

»Die Behauptung ihrer (der Sozialdemokraten) Selbständigkeit und ihrer Zukunftschancen war nicht als dritte Kraft (zwischen Ost und West), sondern nur als linker Flügel einer von den Vereinigten Staaten geführten Gegenfront des Westens möglich.«



Dieser Entscheidungszwang ergriff nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die Reste des libertären Lagers, unter ihnen Rudolf Rocker und Helmut Rüdiger, die sich in ihren Nachkriegsschriften positiv auf die in Westeuropa errungenen demokratischen Rechte bezogen. Diese »Entweder-Oder«-Automatik hat sich über Jahre hinweg bewährt, aber nun beginnt sie sich abzunutzen. Der Nutzen des westlichen Kapitalismus und östlicher Bürokratie wird spätestens seit der Schüler-und Studentenbewegung manifest bezweifelt. Die Überbauideologen von »freiheitlicher Demokratie« und »wissenschaftlichem Sozialismus« verblassen und neue Kräfte sind entstanden, die hinter den salbungsvollen Reden der hohen Politik das schmutzige Geschäft hervorzerren, und zwar in Ost und West. Die Ideologen des Kapitalismus gewinnen ihre Kraft nur noch aus dem offenbaren Mißbrauch sozialistischer Versatzstücke für die totalitäre Praxis der östlichen Bürokratien.

Diese grobgeschnittene Beschreibung soll nur andeuten, daß sich für eine libertäre Politik heute eine echte Chance ergibt, wenn es uns gelingt, eine konsequente Praxis auf der Grundlage eines freiheitlich-sozialistischen Menschenrechtsbegriffs zu entfalten. Dies würde bedeuten, daß die Ideale des Sozialismus wieder an Kraft gewinnen könnten, daß unter veränderten Bedingungen die Worte aus den »Allgemeinen Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation« von 1864 über unsere Kreise hinaus an Leben gewännen – wo es heißt:

»In Erwägung, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muß, daß der Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse kein Kampf für Klassenvorrechte und Monopole ist, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Vernichtung aller Klassenherrschaft, ... aus diesen Gründen ist die Internationale Arbeiter-Assoziation gestiftet worden.«

3. Menschenrechte sind Erinnerungen an die Zukunft

Ist es also möglich, daß Libertäre Menschenrechtspolitik betreiben? Dazu bedarf es zunächst der Widerlegung des eingangs zitierten Vor-Urteils, Menschenrechte seien ein Kampfbegriff des Bürgertums. Deshalb will ich zwei Komplexe in der Entwicklung der Menschenrechte anreissen: einen geistesgeschichtlichen und einen historischen.

Die positive Erwähnung und Ausformulierung von Menschenrechten geschieht erst in der Amerikanischen und Französischen Revolution. Dort heißt es z.B. in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung vom 4.7.1711176:

»Wir erachten diese wahrheiten als selbstverständlich: Daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie vom Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt sind, so mit Leben, Freiheit und dem Streben nach Glück; daß ferner zur Sicherung dieser Rechte unter den Menschen Regierungen eingesetzt sind, die ihre gerechten Befugnisse von der Einwilligung der Regierten ableiten, und daß, falls irgendeine Regierungsform diesen Zwecken gefährlich wird, das Volk das Recht hat, sie zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen, die sich auf Prinzipien gründet und deren Macht derat geregelt ist, daß dem



Volk Sicherheit und Glück am ehesten verbürgt erscheinen.«
Aus diesen Worten kann auf die philosophischen Wurzeln der Menschenrechte geschlossen werden. Zunächst enthalten sie einen naturrechtlichen Aspekt. Die Lehre vom Naturrecht knüpft an der Beobachtung an, daß der Mensch sozusagen zwei Reichen der Wirklichkeit angehört. In dem einen herrschen moralische und ethische Grundsätze, ein Gefühl oder Empfinden für Recht und Unrecht, kurz die Regeln der Vernunft. In dem anderen aber herrschen Leidenschaften, Affekte, Egoismus, Haß und Neid. dadurch wird der Mensch von der ursprünglichen, vernünftigen Ordnung der Dinge losgerissen. Recht, Staat und Gesellschaft hatten nach dieser Auffassung eigentlich die Aufgabe, einen Zustand der Harmonie und Stabilität herzustellen. Gerade aber weil sich der Mensch von seinen Ursprüngen entfernt hatte, konnten geltendes Recht, der aktuell vorhandene Staat und der Zustand der gesellschaft diese Aufgabe nicht erfüllen. So naiv sich dieses Theorem anhört, in den Mythen vom Paradies, dem Goldenen Zeitalter und dem Begriff der Entfremdung lebt es weiter. Es ist m.E. Grundlage libertärer Pädagogik, die mit Tolstoi vom »unschuldigen« Zustand der Kindheit ausgeht und hier unzweifelhaft freiheitliche Vorstellungen gefördert hat. Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung enthält diese nicht weiter begründbaren, daher auch selbstverständlichen Wahrheiten.

Dann kann diese Erklärung nicht verstanden werden, wenn nicht die »Gründungsväter« schon einen Begriff von *dem* Menschen zugrundegelegt hätten. Bis ins Spätmittelalter war der Mensch als Einzelwesen, als »Eigener« weitgehend unbekannt.
Der schweizer Historiker Jacob Burkhardt hat die Entwicklung dieses Individualismus in der Renaissance beobachtet:
»Im Mittelalter lagen die beiden Seiten des Bewußtseins – nach der Welt hin und nach dem inneren des Menschen selbst – wie unter einem gemeinsamen Schleier träumend oder halbwach. Der Schleier war gewoben aus Glauben, Kindesbefangeneheit und Wahn; durch ihn hindurchgesehen erschienen Welt und Geschichte wundersam gefärbt, der Mensch aber erkannte sich nur als rasse, Volk, Partei, Korporation, familie oder sonst in irgendeiner Form des Allgemeinen. In ganz Italien zuerst verweht dieser Schleier in die Lüfte; es erwacht eine objektive Betrachtung und Behandlung des Staates und sämtlichen Dingen dieser Welt überhaupt; daneben aber erhebt sich mit voller Macht das Subjektive, der Mensch wird geistiges Indivuduum und erkennt sich als solches.«
Die mittelalterliche Stadt ist also der Ort, an dem nur der Gedanke des individuellen Privatrechts, die Forderung nach demokratischer Beteiligung eines jeden Individuums entstanden ist. Dieser Gedanke ist – wie z.B. später bei Kant – auch stark mit der Entwicklung von Formen individuellen Eigentums in Waren und geld verknüpft. Aber desungeachtet erschöpft sich der Wert eines Individuums nicht mehr in den Leistungen, die es als Angehöriger einer Rasse, Klasse, eines Staates, in seiner Eigenschaft als Bürger, Bauer, Leibeigener, Fürst erbringt. Thomas Paine sagt zum wahren und letzten Ursprung des Menschen, daß, wenn man zurückgeht in der Geschichte, *»dann werden wir zu der zeit kommen, da der Mensch aus der Hand seines Schöpfers hervorkam. Was war er damals? Mensch. Mensch war sein hoher und einziger Titel, und ein höhrerer kann ihm nicht verliehen werden.«*

Dies bedeutet aber für die Formulierung der Menschenrechte, daß alle Menschen gleich beschaffen sind – wie es die Unabhängigkeitserklärung ausdrückt. Schließlich ist dieses Dokument auch aus einer rationalistischen Quelle gespeist. Die Freisetzung des Individuums aus den Bindungen und der Ordnung des Mittelalters erzeugten ein Bedürfnis nach Erforschung und Ordnung der Welt. Das dieses nicht mithilfe der alten religiösen Setzungen zu befriedigen war, liegt auf der Hand. An die Stelle des Glaubens, der nur in einer statischen und geordneten Welt die notwendige Sicherungsfunktion für das Individuum erfüllt, trat die nach Vernunftprinzipien zu begründende Wissenschaft, die dem Bedürfnis der Menschen nach einer berechenbaren und erfaßbaren Welt zu genügen hatte. Das dieses rationale Prinzip nicht auf die Naturwissenschaften beschränkt blieb, sondern auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst Anwendung fand, ergibt sich aus dem Anspruch des Rationalismus auf universelle Geltung. Es lag daher nahe, auch die Institutionen, die in der amerikanischen Revolution geschaffen wurden, streng rational auf die Erfüllung bestimmter, individualisierter Werte zu verpflichten. Aus alledem läßt sich schließen, daß die Menschenrechte geboren wurden, als die Welt des Mittelalters unterging, als die kooperativen Bindungen der Bürger und Bauern sich aufzulösen begannen. Dieser historische Zusammenhang scheint mir sehr wichtig zu sein. Wenn man ihn nämlich ausreichend beachtet, dann kann man zu dem Ergebnis kommen, daß die Formulierung der Menschenrechte ein theoretischer Ersatz für die durch den Auflösungsprozeß der mittelalterlichen Gesellschaft beseitigten sozialen und politischen Verhältnisse darstellen. Das aber hätte zur Folge, daß die Menschenrechte von ihrer Entstehung her eben nicht der bürgerlichen Klasse zugeschlagen werden kön-

nen. Der Kampf um die Menschenrechte würde also von Erinnerungen an eine bessere Zeit, also für uns Erinnerungen an die Zukunft, gespeist.

Ich greife deshalb auf die Arbeiten von Peter Kropotkin und des Rätesozialisten Henry Jacoby zurück, die die Antwort auf die Fragen nach den Ursachen für die Auflösung der mittelalterlichen Ordnung in dem Sieg des modernen Staatsprinzips bzw. der Bürokratisierung der Welt suchen. Kropotkin hat in seinem Buch »Gegenseitige Hilfe in der Tier-und Menschenwelt« ausführlich dargelegt, daß die mittelalterliche Stadt im wesentlichen ein ausgeglichener sozialer Organismus war. In seinem Aufsatz »Die historische Rolle des Staates« von 1896 sagt er:

»Kurzum, es ist durch eine Unmasse von Urkunden erwiesen, daß die Menschheit niemals, weder zuvor noch nachher, eine Periode gekannt hat, wo ein vergleichsweiser Wohlstand Allen so wohl gesichert war wie in den Städten des Mittelalters. Das Elend, die Unsicherheit und die Überarbeit von heute waren dort absolut unbekannt.«

Ihre innere föderative Ordnung, die Verpflichtungen zu gegenseitiger Hilfe und Beistand, hat nach Kropotkin maßgeblich dazu beigetragen, daß die Dynamik der europäischen Zivilisation erhalten blieb:

»Die mittelalterlichen Städte haben ohne Zweifel der europäischen Zivilisation einen außerordentlichen Dienst erwiesen. Sie haben sie davor bewahrt, den Theokratien und despotischen Staaten der Vorzeit zu verfallen; sie haben ihr die Mannigfaltigkeit, das Selbstvertrauen, die Macht der Initiative und die ungeheuren gesitigen und materiellen Kräfte gegeben, die sie jetzt besitzt und die die beste Bürgschaft sind, daß sie imstande ist, jedem neuen Vordringen des Orients zu widerstehen.«

Den Untergang der mittelalterlichen Kommune führt er auf die einseitige Ausbildung von Handel und Gewerbe gegenüber der Landwirtschaft, überhaupt auf die egoistische Ausrichtung der Kommunen gegenüber den unterjochten Bauern zurück. So konnte es den Kriegsherren, die sich als Könige oder Fürsten bezeichneten, gelingen, die verschiedenen Glieder der gesellschaftlichen Ordnung zu spalten und gegeneinander aufgebracht, eines nach dem anderen zu unterwerfen. Jacoby schreibt zur Formierung des modernen Staates:

»Der Prozeß der fortschreitenden Auflösung aller eigenständigen Machtbereiche in der Gesellschaft hatte einen kontinuierlichen Vorgang der Zentralisierung gesellschaftlichen Handelns in der Staatsspitze zur Folge. In diesem Prozeß gaben die vielen kleinen Autonomien, übersehbare Lebensräume, aus denen die feudale Welt sich zusammensetzte, Funktionen an einen seinen Machtbereich ständig ausdehnenden Staatsapparat ab. Die Befugnisse vieler, nach Gebieten oder Interessen zusammengefaßten Gruppierungen gingen auf eine sich allen Lebensgebieten überordnende Zentrale über.«

Jacoby siedelt diesen Prozeß etwa mit dem frühen 13. Jahrhundert beginnend an. Wie wir gesehen haben, entwickeln sich die dem Menschenrechtsgedanken zugrundeliegenden Ideen genau in dieser Zeit. Dann aber ist die Menschenrechtsidee von ihrem Kern her gegen die aufkommende Bürokratie, gegen den zunächst absolutistischen Staat gerichtet. Dies allein würde es rechtfertigen, sie zu einem zentralen Bestandteil libertärer Theorie zu erheben. Es ging aber darum, auch den sozialen Kern der Menschenrechtsideen als einen nicht-bürgerlichen darzustellen. Und dieser läßt sich wieder mit Kropotkin entwickeln:

»Man befrage die Urkunden, die es uns ermöglichen, die Höhe des Arbeitslohnes im Vergleich zur Höhe der Lebensmittelpreise festzustellen – Rogers hat es für England getan, zahlreiche deutsche Schriftsteller taten es für Deutschland – und man wird sehen, daß die Arbeit des Handwerkers und sogar jene des einfachen Tagelöhners in einer Höhe entlohnt wurde, die in unseren Tagen nicht einmal für die Elite der Arbeiterschaft auch nur erreicht wird.«

An anderer Stelle – übrigens in Übereinstimmung mit der marxschen Darstellung im »Kapital« – ist bezüglich der Arbeitszeit festgehalten, daß ab Sonnabend Mittag bis Montag Muße herrschte. Wenn das alles richtig ist, dann hat die Arbeiterbewegung erst in diesem Jahrhundert etwas von den Partizipationsmöglichkeiten und sozialen Rechten wiedererlangt, die in den Kommunen des Mittelalters bis zu ihrer Unterwerfung unter die absoluten Fürsten die Regel waren. Und ohne diese Erinnerung an bessere vergangene Zeiten wäre es einem mit Menschenrechten argumentierenden Bürgertum nie gelungen, in der Bauern- und Arbeiterschaft den Enthusiasmus zu erzeugen, der z.B. in der französischen Revolution notwendig war, um den Feudaladel durch Enteignung und Landbesetzung zu entmachten und politisch durch die permanente Mobilisierung der städtischen Sektionen in Schach zu halten. Wenn also Bourgeoisideologen von Menschenrechten sprechen, so kann durchaus davon ausgegangen werden, daß die Arbeiter und Bauern darunter die noch erinnerlichen sozialen und politischen Rechte ihrer Klassen in den mittelalterlichen Kommunen verstanden. Und nur vor diesem Hintergrund ist es auch verständlich, daß die frühen sozialistischen Bewegungen, die Internationale und selbst die spanischen Anarcho-Syndikalisten den Gedanken der Menschenrechte aufgriffen. Und so wird verständlich, weshalb es im Gründungsprogramm der CNT vom Herbst 1910 heißt:

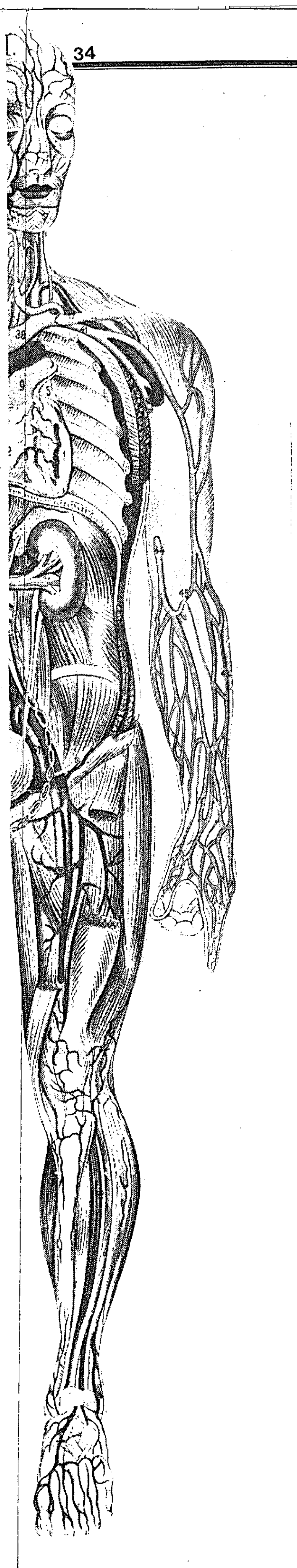
»Die Emanzipation (der Arbeiter) ist das unmittelbare Ergebnis der moralischen Emanzipation; erstere wird nicht erlangen, wer weiterhin moralisch Sklave eines anderen ist. Und Sklave ist, wer nicht eigenständig denkt, wer nicht spontan in Übereinstimmung mit seiner Vernunft und kraft eigener Anstrengung handelt.«

Die moralische Emanzipation bedeutet demnach die Einforderung des Rechtes auf Gleichheit, auf eine gesicherte materielle Existenz, die die individuelle Aktion in gleichberechtigter Zusammenarbeit, also in Freiheit ermöglicht. Das aber deckt sich mit den Formulierungen, die in den vorhin zitierten Passagen der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung verwendet worden sind. Und diese sind nichts anderes als die erste positive Formulierung der Menschenrechte.

4. Probleme und Fragen einer libertären Menschenrechtspolitik

Man mag nun einwenden, daß die Berufung auf die Menschenrechte heute nicht nur wegen der Diskreditierung ihrer Begrifflichkeit durch die herrschenden Mächte zahnlos und untauglich geworden ist. Ist nicht vielmehr durch den von Marx und Engels entwickelten





»wissenschaftlichen Sozialismus« mit seiner Kritik der politischen Ökonomie und der Darstellung von Klasseninteressen und Klassenherrschaft ein viel schärferes Werkzeug zur Analyse der Wirklichkeit entwickelt worden? Ist nicht dadurch der Kampf gegen Kapital und Staat viel besser zu führen?

Ich glaube nicht. Gerade die Reduktion (Zurückführung) aller politischen und sozialen Theorien durch die Werkzeuge der materialistischen Geschichtsauffassung auf Ausdrücke von Klasseninteressen hat dazu geführt, daß die Frage nach der Wahrheit oder der Konsistenz solcher Theorien verdrängt worden ist. Es geht (nach Marx) nicht mehr darum, ob es »richtig« oder »falsch« ist, sondern von wem es gesagt und mit welcher Absicht es entwickelt worden ist. Zugespitzt bedeutete das: wenn ein Reaktionär sagt, daß zwei mal zwei vier sei, so wäre zuallererst sein Interesse an dieser Aussage zu prüfen – wäre es also eine reaktionäre Aussage. Das ist offenbar absurd – aber in der politischen Sphäre auch heutzutage noch gang und gäbe. Diese Logik führt auch für viele freiheitlich orientierte Linke zu dem Fehlschluß: »Die Feinde unserer Feinde müssen unsere Freunde sein!« Die Geschichte des russischen und spanischen Anarchismus müßten uns Warnung genug vor solchen Vereinfachungen sein – die Matrosen von Kronstadt, die Bauern der Machnowtschina und die Arbeitersyndikalisten von Barcelona wurden durch Marxisten umgebracht. Auf Kuba wurden und werden syndikalistische Arbeiter verfolgt und aus dem letzten Amnesty-Bericht über die Menschenrechtssituation ist auch zu entnehmen, daß in Nicaragua – wenn auch christdemokratische – Gewerkschafter inhaftiert und von Sicherheitsorganen drangsaliert werden. Demgegenüber ermöglicht eine Politik der Menschenrechte, die auf libertärer Grundlage entwickelt wird, daß der endgültige Ausbruch aus dem Gehäuse der Hörigkeit gegenüber den an der Macht befindlichen Ideologen gelingen kann. Die Konsequenzen einer solchen libertären Menschenrechtspolitik der libertären Linken sind sicherlich angesichts der politischen Orientierungen in Ost und West nur von Minderheiten zu tragen. Der Schweizer Anarchist Heiner Koechlin hat aber dazu m.E. etwas sehr richtiges gesagt: *»Oberflächlich betrachtet sind Minderheiten zur Erfolglosigkeit verurteilt. Und doch macht nur die zähe, geduldige und unerschütterliche Wirksamkeit von Minderheiten einen Fortschritt möglich. Die Stärke der Minderheit besteht darin, daß hier jeder einzelne in seiner inneren Unabhängigkeit zählt, die Schwäche der Masse besteht darin, daß sich der einzelne in ihr verliert.«*

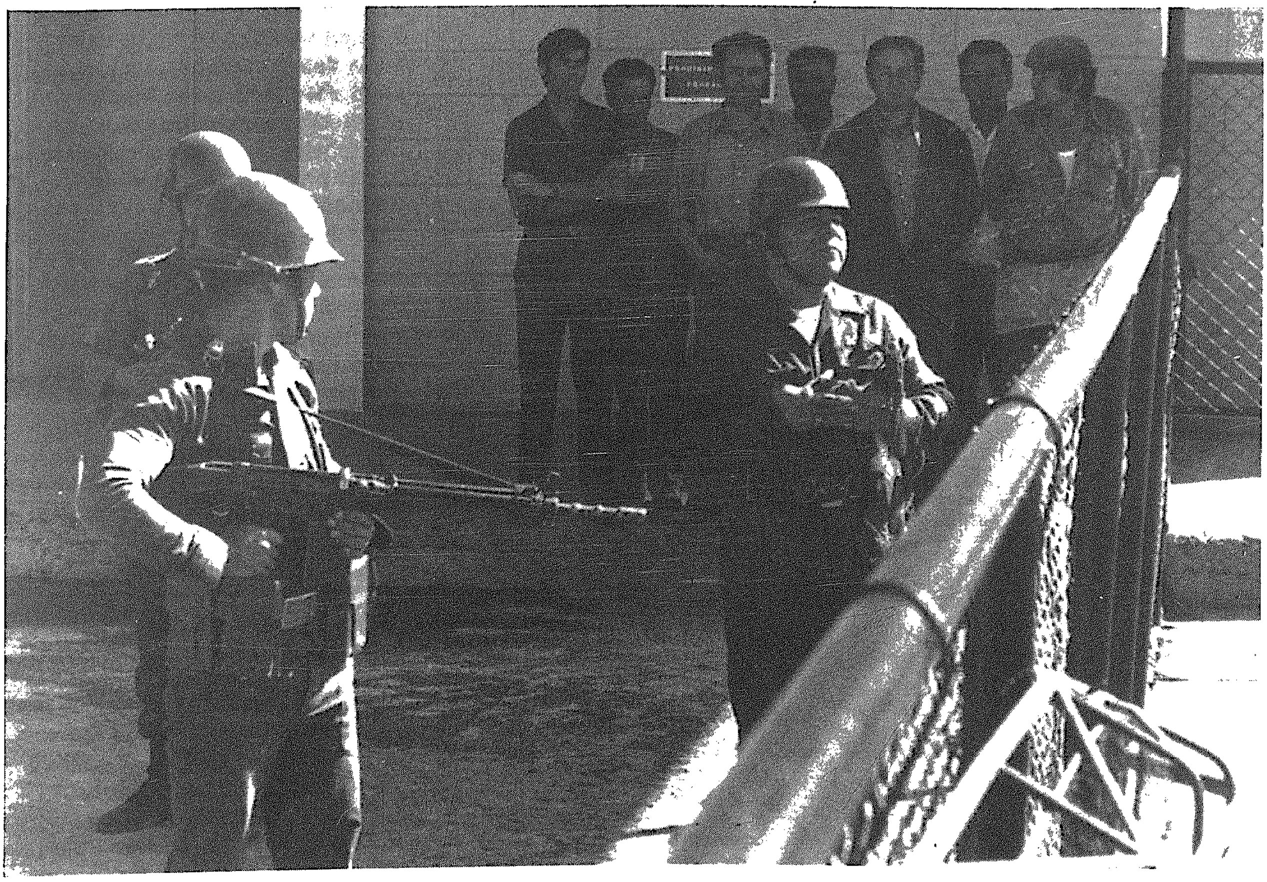
Zum Abschluß will ich nur noch einige Probleme anreissen, die bei der Grundlegung einer libertären Menschenrechtspolitik zu berücksichtigen und zu diskutieren wären:

1. Menschenrechte sind bisher immer als Männerrechte entwickelt und verstanden worden. Gibt es einen inneren Zusammenhang zwischen den Autonomie-und Individualismusvorstellungen der Menschenrechte und männlich-patriarchalischer Herrschaft?
2. Menschenrechte sind in Europa entwickelt und entdeckt worden. Sind sie daher wirklich universell und auch für und durch außereuropäische Kulturen rezipierbar – sind sie gleichsam nicht nur »klassen«- sondern auch »rassen«-neutral?
3. Menschenrechte werden begründet aus der rationalistischen europäischen Tradition mit einem spezifischen Wissenschaftsverständnis, das ich angerissen habe. Sind Menschen- daher Herrschaftsrechte im Verhältnis zur Natur? Konstituieren sie nicht gerade den (nach Bookchin) Anfang aller Herrschaft, nämlich des Menschen über die Natur? Ist daher auf ihrer Grundlage eine Versöhnung zwischen Mensch und Natur möglich?



Widerstandstage in Chile – ein Augenzeugenbericht

von Michael Wilk



Soldaten in der Kupfermine „El Teniente". Foto: Höpker/Stern

Der durch Mund-zu-Mund-Propaganda und illegale Flugblätter bekanntgewordene Aufruf des Nationalen Komitees zum ›Paro‹ (Stillstand) wurde am 28.November, also am 2. Tag in weit geringerem Maße befolgt, wie am vorhergegangenen, einem Dienstag, an dem sich ab ca. 14 Uhr die Straßen leerten, die Menschen sich in ihre Wohnungen zurückzogen und sich der Verkehr in der 4 Millionen Stadt Santiago merklich beruhigte. Die seit April '83 stattfindenden Protestaktionen, häufig an zwei aufeinanderfolgenden Tagen, in der letzten Woche des Monats, werden im allgemeinen von breitesten Kreisen der Bevölkerung getragen. Die sehr starke Beteiligung an dem »Paro Protesta« des Oktobers bewirkt durch die im September bekanntgegebene Abwertung des Chile-Peso gegenüber dem US-Dollar von 23%, was zu einer weiteren tiefgreifenden Verschlechterung der Lebensbedingungen führte, wurde vom Pinochet-Regime mit der Verhängung des Belagerungszustands ab 1. November 1984 beantwortet. Dieser ›estado sitio‹ bedeutet vor allem tägliche Ausgangssperre von 24 Uhr bis 5 Uhr und eine noch rigorosere Handhabung der Zensur der öffentlichen Medien. Nicht verwunderlich also, daß die stattgefundenen Aktionen keinen Niederschlag in Presse und Rundfunk fanden. Bis auf zwei kurze offizielle Erklärungen, die eine sprach von 51 Verhaftungen, die andere berichtete über Unruhen im Süden. Kein Wort über die Zerschlagung der Protestversammlungen in der Innenstadt und die einzelnen Stadtteilzentren, über die kurzfristige Lahmlegung des Verkehrs auf den Straßen des Zentrums durch Brandsätze. Auch keine Meldung betreffend die weitgehende Befolgung des Aufrufs zum Caseroleo, dem Geräusch klappernder Töpfe, das von 21.30 bis 22.30 Uhr über den Wohnvierteln, vor allem über den Poblaciones, den Elendsvierteln der Stadt zu hören war. Auch die Besetzung der Universität durch die Armee, da ein dort patroullierender Geheimbulle von aufgebarchten Studenten entwaffnet und nach Strich und Faden verprügelt wurde, erfuhr man nur durch das persönliche Gespräch. Keine Zeitung warf die Frage auf, wem die zahlreichen Schüsse galten, die abends in der Stadt fielen.

Die in den Straßen patroullierenden Streifen der paramilitärischen Polizei, die Wasserwerfer, die Hausdurchsuchungen, bei denen ganze Wohnsiedlungen durchkämmt wurden, und die mobilen Gruppen der Armee, die nicht zögerten bei Gottesdiensten die Kirchen der Poblaciones zu umstellen, all das dient der Einschüchterung der Bevölkerung.

Trotz aller Spaltungsversuche, vor allem über den seit August '83 von Pinochet eingesetzten, »zivilen« Innenminister Jarpa, gelang es dem organisierten Widerstand aufeinander zuzugehen. Das Ergebnis dieser Bemühungen zeigt sich seit Anfang November in dem Comite National por la Protesta, das aus den Einzelorganisationen CNT (Comando National de Trabajadores), Alianza Democratica (darunter die sehr starke Christdemokratische Partei), Movimento Democratica Popular, Bloque Sozialista und anderer wichtiger Gruppen besteht. Das Pinochet-Regime sieht sich einer Opposition gegenüber die von links über das Zentrum (Christdemokraten) bis hin zu Teilen der Rechten reicht (die Ratten verlassen das sinkende Schiff?). Eine Opposition die seit der radikalen wirtschaftlichen Verschlechterung, die nun schon drei Jahre andauert, auch die bürgerliche Mittelschicht einschließt, die in den Jahren vorher mit der Herrschaft Pinochets liebäugelte, brachte sie doch einen kurzen trügerischen Aufschwung und Wohlstand für wenige.

Analog zur Breite der Trägerschaft stehen die Aktionsformen, die gesamte denkbare Palette wird eingesetzt, um den Widerstand gegen das Militärregime voranzutreiben. Sabotageanschläge militanter Gruppen, wie MIR und Frente Manuel Rodriguez, kurze Proteststreiks und Massenaktionen, wie ›Paro‹ und ›Caseroleos‹, den offen arbeitenden Solidaritätskomitees der Kirche, die ebenfalls einen wichtigen Stützpfeiler im Kampf darstellt, kombinieren sich, wenn auch nicht immer pro-

blemlos, zu einer Front gegen das Regime.

Fraglich jedoch ob der Druck des Volkes ausreicht, die Militärs, die als Besatzer im eigenen Land empfunden werden, zum Rücktritt zu zwingen, bevor 1989 die offizielle Zeit Pinochets abläuft. Angesichts der Stärke der Militärs, die immer noch geschlossen hinter Pinochet stehen, erscheint eine Ausweitung des bewaffneten Kampfes, über Sabotage, Molotow-Cocktails, sowie Selbstschutz hinaus als unrealistisch, er würde mit Sicherheit mit einem Blutbad unter den Aufständischen enden. Auch die Hoffnung die Front der Militärs könne an inneren Auseinandersetzungen zerbrechen ist vergeblich. Nur einer der Generale »Matei« spricht vage von der Möglichkeit, daß die für den Putsch gegen den Volksfront-Präsidenten Allende Verantwortlichen, sprich vor allem der Nordamerikanische Machtblock, über die selben Kanäle Druck ausüben könnten, über die vor 11 Jahren am 11. September das Zeichen zum Losschlagen gegeben wurde. Müssen doch jene Kreise fürchten, daß die Anhängerschaft der Linken innerhalb des chilenischen Volkes desto breiter wird, sollte sich die Lage nicht ändern. Wieviel besser läßt sich an einem Land profitieren dessen Regierung gut kontrollierbar und steuerbar ist, gegenüber einem Land dessen Bevölkerung durch die Erfahrung des Widerstands in der eigenen Identität gestärkt wurde. Stark anzunehmen also, daß in der momentanen Lage, der kontrollierte Wechsel in die altbewährte parlamentarische Demokratie durchaus im Interesse des internationalen Kapitals liegt. Die Hoffnung, daß der vor allem von den Parteien angestrebte Wechsel in eine solche parlamentarische Demokratie, noch mehr bringt als die natürlich bitter notwendige Beendigung von dumpfer Diktatur und Folter, ist angesichts der Parteien und der ökonomischen Lage eben nicht mehr als eine Hoffnung.

Alle Gruppen einschließlich der moskautreuen KP, der starken Gruppe innerhalb der MDP (Moviment Dem. Popular) geben sich gemäßigt, um die breite Bürgerschicht nicht zu vergraulen.

Angesichts der wirtschaftlichen Lage des Landes, es steht mit ca. 20 Milliarden Dollar international in der Kreide und gehört damit faktisch ca. 600 Gläubiger-Banken und ist des weiteren total abhängig von dem guten Willen des Kreditgebers IWF (vgl. SF-16), ist davon auszugehen, daß jede Parteienkonstellation, egal ob ›links‹ oder ›Mitte‹ nach der Pfeife der Weltbank zu tanzen hat.

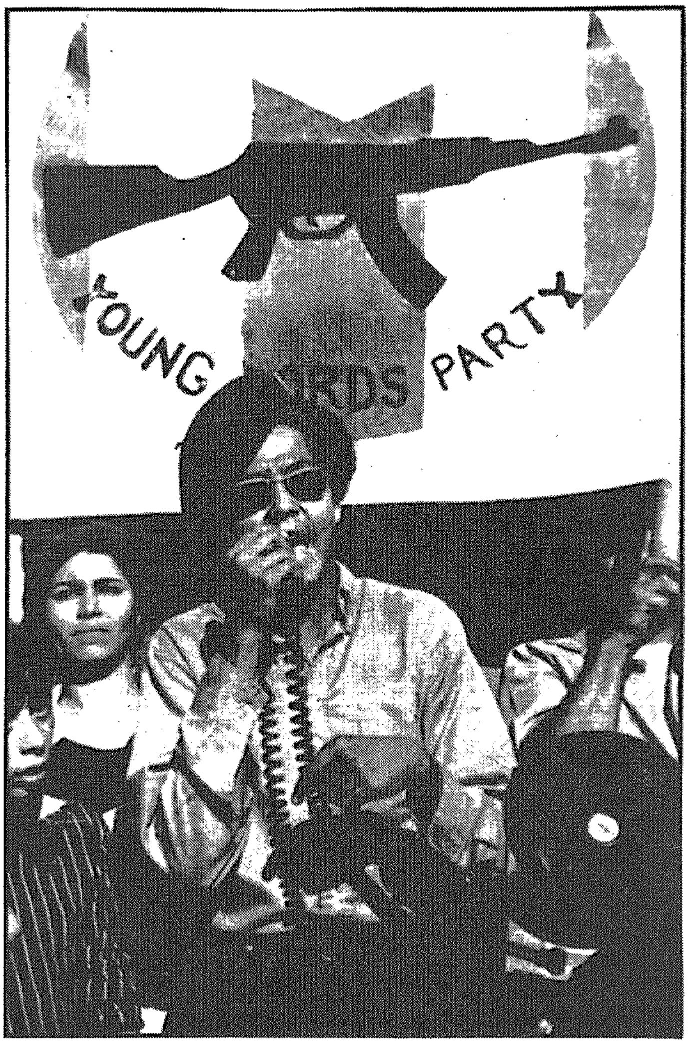
Die Interessen der Armen des Landes blieben wieder auf der Strecke, denn wirkliche soziale Verbesserungen sind nicht profitabel, ja was noch schlimmer ist, sie stellen die Machtverhältnisse in Frage. Düster zeichnet sich das Bild, denkt man also über das Ende des Pinochet-Regimes hinaus. Schwer wird es für die entschiedensten Träger des jetzigen Widerstands und das sind die Menschen in den Elendsvierteln und die Arbeiter, ihre Interessen auch gegenüber einer neuen Regierung zu behaupten, der in jedem Fall Daumenschrauben des internationalen Kapitals die Hände binden.

Bleibt zu hoffen, daß die selbstgeschaffenen Strukturen und Erfahrungen der Basis im momentanen Kampf auch für die Zukunft bestand haben.

In einem der Poblaciones, den Slums von Santiago.



»Stadt ohne Angst« – Sich das Land zu eigen machen



von Penny O'Reilly

(Übersetzung durch Wolfgang Lippel aus der amerikanischen «No Middle Ground – antiauthoritarian perspectives on Latin America and the Carribean«, Nr.3/4

Puerto Rico ist ein koloniales Besitztum der USA, aber die meisten Nordamerikaner wissen wenig über die Insel oder ihr Volk. Die Regierung der USA – und die 2500 US-Unternehmen, die ihre zweite Heimat in Puerto Rico haben – möchten nicht, daß unsere Ignoranz gestört wird, da wir so weniger gegen das Fortschreiten der Ausbeutung der Insel protestieren.

Das puertoricanische Volk ist ebenfalls Opfer eines Informationsloches, aber von einer anderen Art. Die Insel liegt genau in der Mitte der Karibik, näher an Lateinamerika als an den USA und teilt die spanische Sprache mit vielen seiner Nachbarstaaten. Trotzdem kann nur ein Rinnsal des reichen kulturellen und intellektuellen Lebens dieser naheliegenden Länder den Kommunikationswürgegriff, made in USA, durchdringen. Den stärksten Einfluß auf die puertoricanische Kultur hat der nordamerikanische Konsumlebensstil, der sich im Fernsehen, in Zeitschriften und Zeitungen widerspiegelt.

Trotz der repressiven nordamerikanischen Präsenz hat die Insel ihre eigene Besetzerbewegung entwickelt, in einigen Fällen ohne die Hilfe von Politikern oder radikalen Theoretikern. Die Besetzungen haben verschiedene Formen angenommen. Familien, die seit vielen Jahren auf dem Land eines Arbeitsgebers gelebt haben, lehnten es ab, ihre Heimat zu verlassen, als es ihnen vom Besitzer befohlen wurde. Als Antwort auf den Druck der vielen Arbeitslosen hat die Regierung Leuten erlaubt, gekennzeichnete Stücke Land zu besiedeln (aber ohne ihnen Rechtstitel für das Land zu geben). Andere Leute haben freies Land übernommen, ohne Regierung oder Landbesitzer zu konsultieren.

Da ich denke, daß es wichtig ist, die Informationsblokade zu beenden, möchte ich die Entwicklung der »Villa Sin Miedo« (Stadt ohne Angst) zusammenfassen; eine puertoricanische »Rescate« (Besetzung), die einen z.T. starken kommunitären Zusammenhalt besitzt. Und weil es wichtig ist, über die puertoricanischen Besetzungen innerhalb von Puerto Ricos kolonialem Status nachzudenken, möchte ich als erstes eine Zusammenfassung der wirtschaftlichen Entwicklung der Insel geben.

Puerto Rico kam als Teil der Beute des spanisch-amerikanischen Kriegs 1898 unter die Vorherrschaft der USA. Die USA hatten lange Puerto Rico als militärische Basis haben wollen, um ihre expandierenden ökonomischen Interessen in der westlichen Hemisphäre zu schützen. Schon vor dem Krieg haben US-Gesellschaften Puerto Ricos Zuckerplantagen monopolisiert. Nach dem Krieg eingeführte Zölle entmutigten jede Landwirtschaft, von der nicht die USA profitierte. Als die in einheimischem Besitz befindlichen Kaffee-, Tabak- und andere Farmen zu verschwinden begannen, wanderte die Masse der arbeitenden Bevölkerung zu den Zuckerrohrfeldern. Eine Insel, die sich einst durch einen Überschuß verschiedener Anbausorten selbst versorgte, begann nun, hauptsächlich Zuckerrohr anzubauen. Heute wird die meiste Nahrung, die auf dieser fruchtbaren Insel konsumiert wird, eingeführt.

In den fünfziger Jahren brach die Zuckerindustrie zusammen und machte einen großen Prozentsatz der Bevölkerung arbeitslos. Als der Druck der Arbeitslosigkeit wuchs, wuchs auch der Bedarf an billigen Arbeitskräften auf dem Festland. Puertoricaner wurden offiziell ermutigt, auszuwandern. Bis heute haben Tausende von Insulanern ihr Heimatland in Richtung der großen nordamerikanischen Städte verlassen.

Ungefähr zur selben Zeit des Zusammenbruchs der Zuckerindustrie begannen sich US-Manufakturen und später petrochemische und pharmazeutsche Industrie auf der Insel anzusiedeln. Sie wurden von dem steuerfreien Status, den sie genießen würden, und den vielen verzweifelt nach Arbeit suchenden Arbeitslosen angezogen. Viele Puertoricaner wurden gezwungen, vom Land in die städtischen Zentren zu ziehen, wo sie Jobs in den neuen Fabriken finden konnten.

Für eine Weile erfuhr Puerto Rico einen relativen ökonomischen Boom. Mitte der siebziger Jahre, gleichzeitig mit dem Ende des steuerfreien Status und der beginnenden Rezession, begann die Industrie in Länder abzuwandern, in denen sie noch niedrigere Löhne zahlen konnte.

Jetzt sind 40% der Puertoricaner arbeitslos und 65% erhalten Lebensmittelmarken. Da der größte Teil des Landes im Besitz der US-Gesellschaften und des US-Militärs ist, haben wenig Leute die legale Möglichkeit, aufs Land zurückzukehren, wo sie ihre eigenen Nahrungsmittel anbauen könnten. Die reichen Küstengebiete sind übervölkert, dazwischen



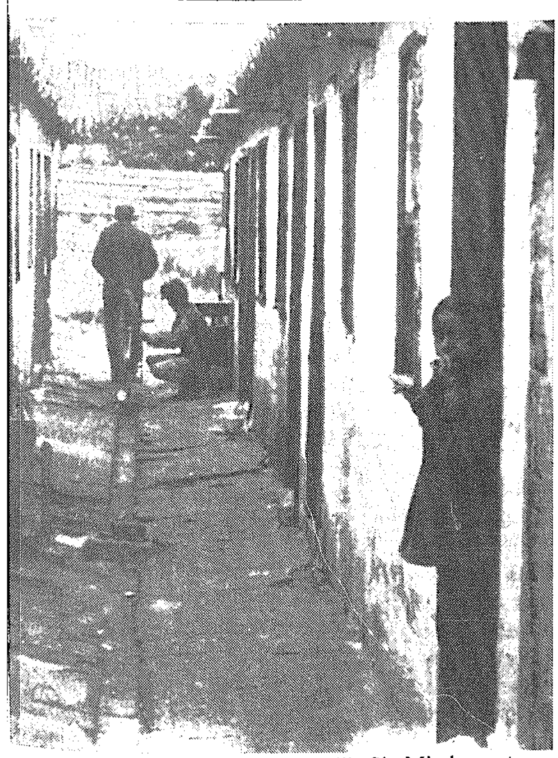
kahle Betonbauten nordamerikanischer Prägung und Einkaufszentren. Die ganz Armen leben in »caserios«, die eigentlich städtische Konzentrationslager sind. Die Mittelklasse sichert ihre Heime durch ein Labyrinth von Schlössern und Maschendraht. Die petrochemische und pharmazeutische Industrie haben das Küstenwasser verseucht und die Lebensgrundlage vieler örtlicher Fischer ruiniert. Inländische Gewässer wurden durch Entlaubungsmittel vergiftet, die in den Bergdschungeln vom US-Militär getestet worden waren. Es gibt wenige Jobs sowohl für die arbeitende Klasse als auch für die gebildeten, berufsorientierten Puertoricaner, was mit Arbeitslosigkeit, Armut, Abhängigkeit von nordamerikanischer Wohlfahrt, Gewalt und organisiertem Verbrechen einhergeht.

Die »Rescate« sind reine Überlebensbewegungen.

Weil manche Leute nicht einmal in den staatlichen Wohnblocks einen Platz zum Leben finden, schließen sie sich zusammen und besiedeln Land, das weder von der Regierung noch von privaten Landbesitzern genutzt wird. Im Fall der »Villa Sin Miedo« begannen Bewohner eine selbstversorgende Gemeinschaft aufzubauen. Andere Landbesetzungen sind nicht so revolutionär. Einige sind aus Leuten zusammengesetzt, die von der Regierung »parcelas« erhalten haben.

»Parcelas« sind kleine Stücke Land, die die Leute so lange als ihr Eigentum betrachten können, bis die Regierung ihnen sagt, daß sie gehen müssen. Die auf »parcelas« lebenden Leute (ebenso wie andere, weniger offizielle Landbesetzungen) zäunen oft ihr Land ein und bauen und pflanzen nicht zum gemeinschaftlichen Nutzen. »Parcelas« nutzen der Regierung, weil durch sie Frustration und Zorn abgeleitet werden können, die ansonsten bedrohlichere Entwicklungen wie »Villa Sin Miedo« nähren. Für die Armen können »parcelas« eine relative wirtschaftliche Unabhängigkeit schaffen. Die Bewohner von »parcelas« haben allerdings die Regierung als Landbesitzer und können letztendlich hinausgeworfen werden.

Am 1. Januar 1980 besetzte eine Gruppe Puertoricaner die 65 Morgen regierungseigenes Farmland, die später als »Villa Sin Miedo« bekannt wurden. Innerhalb der achtzehnmonatigen Existenz von »Villa Sin Miedo« legten seine Einwohner Gärten an, bauten Häuser, eröffneten einen Laden und zapften die reguläre Wasser- und Stromversorgung an. Anders als andere Besetzergemeinschaften waren die Bewohner von »Villa Sin Miedo« ausgesprochen darauf festgelegt, zusammen auf ihrem Land zu bleiben. Ende Januar 1981 wurde eine Räumungsdrohung an »Villa Sin Miedo« und zwei andere neugegründete Besetzergemeinschaften gerichtet. Die Drohung wurde nicht wahrgemacht, aber am Ende der dreißigtägigen Warnperiode erschien plötzlich derjenige, der legal das Land von »Villa Sin Miedo« gepachtet hatte. Er behauptete, das Land dringend zu brauchen und während der Monate der Besetzung eine Menge Geld verloren zu haben. Ein neuer Bescheid gegen die »Villa Sin Miedo«-Besetzer wurde sofort vom Gericht ausgestellt. Die Anwälte von »Villa Sin Miedo« bestritten die Rechtmäßigkeit des Bescheides. Während die Gerichte die Bescheide debattierten, brachten Repräsentanten der Volksdemokratischen Partei zwei Gesetzesvorlagen in die Legislative ein, die besagten,



den Bewohnern von »Villa Sin Miedo« entweder legale Titel für das Land zu geben oder das Land durch die Regierung den Besetzern als »parcelas« zu überlassen. Die Gerichte hielten den Bescheid aufrecht, und gegen das Landtitelgesetz, das die Legislative verabschiedet hatte, legte der Gouverneur sein Veto ein.

Die Anti-Aufruhr-Einheit wurde ausgesandt, um die Besetzer zu räumen, die ein altes Auto quer über die Straße stellten und Autoreifen in Brand setzten, um das Annähern der Polizei zu blockieren. Der Schutz, den diese Taktik gewährte, war mager, und schon bald wurden die Leute von der Polizei mit Knüppeln und gezogenen Waffen aus ihren Häusern zusammengetrieben. Gewehrfeuer während der Anfangskämpfe tötete einen Polizisten und verwundete zwei andere. Ein junger Einwohner, der selbst verwundet wurde, wurde dessen angeklagt. Er behauptete, daß nur Steine zur Verteidigung der Besetzer benutzt wurden. »Ich habe in meinem Leben nie eine Waffe abgefeuert, ich kann das nicht«, waren seine Worte. Die Polizei fand Waffen von einer Maschinenpistole bis zum Messer, und schnell wurden verschiedene »Verantwortliche« dafür verhaftet. Die Polizei betonte, daß sie untersuchen wolle, ob die Waffen mit anderen Verbrechen terroristischen Ursprungs in Verbindung stehen.

Die Behörden machten die Bewohner dafür verantwortlich, das Feuer, das den größten Teil der Siedlung zerstört hatte, selbst gelegt zu haben, aber die Beweise besagten, daß der Brand durch die Polizei verursacht worden war. Es ist schwer zu glauben, daß die Besetzer das Feuer gelegt haben sollen, das nicht nur ihre Häuser, sondern alles, was sie besaßen, vernichtete. Obwohl es vom Gesetz gefordert wird und gängige Praxis bei Räumungen ist, wurde kein Versuch gemacht, die Habe der Leute an einen sicheren Platz zu bringen. Die Regierungsunterkünfte, die vor der Räumung gebaut wurden, empfingen nur 16 der »Villa Sin Miedo«-Familien. Während der Monate, in denen die Gemeinschaft existierte, wurde keines der Versprechen, alternative Behausungen für die Besetzer zu finden, gehalten; nun aber wurden die Anträge dieser Familien auf Behausung schnell bearbeitet. Die Behörden kündigten an, daß Behausungen für alle »Villa Sin Miedo«-Bewohner gefunden werden würden, die sich »qualifizieren« können.

Die Masse der »Villa Sin Miedo«-Familien protestierte gegen ihre Räumung, indem sie in die Stadt San Juan marschierte und das Kongreßgebäude besetzte. Der Rest der Insel war gut über die Situation der Flüchtlinge informiert. Gewerkschaften, Berufsvereinigungen, Kirche und Einzelpersonen spendeten Nahrung, Kleidung, Matratzen, Windeln und Medikamente für die Flüchtlinge, die nur die Kleidung besaßen, die sie trugen. Die Volksdemokratische Partei, die die Mehrheit in der Legislative innehat, gab den Protestierenden die zeitweilige Erlaubnis, im Kongreßgebäude zu bleiben. Nachdem zwei Tage und eine Nacht mit den Politikern verhandelt worden war, erklärten sich die Flüchtlinge bereit, den Kongreß zu räumen, wenn ihnen zugesichert wird, daß die zeitweiligen Unterkünfte, die ihnen bei Hogan Crsa angeboten wurden (nicht die Regierungsunterkünfte) für alle ausreichend seien und sie sich nicht trennen müßten. Die Repräsentanten versprachen weiterhin, eine Resolution im Kongreß zu unterstützen, die die Forderungen der Gruppe enthielt:

1. Zurückgabe des Landes von »Villa Sin Miedo«;
2. Entschädigung durch die Regierung für den persönlichen Besitz, die Häuser und Gärten, die während der Räumung zerstört worden waren
3. Freilassung aller verhafteten »Villa Sin Miedo«-Bewohner;
4. Stop der polizeilichen Repressionsmaßnahmen

Die Bindung der Leute von »Villa Sin Miedo« aneinander und das Leben, das sie teilten, gab ihnen die Stärke, der Belästigung durch Bürokratie und Polizei zu widerstehen.

Einer ihrer Sprecher: *»Nie werden wir erlauben, daß die Gemeinschaft auseinandergerissen wird. Die Gemeinschaft ist intakt, sie ist nicht gestorben, egal wo sie sich befindet.«* Die breite öffentliche Unterstützung der Gemeinschaft kann teilweise dadurch erklärt werden, daß sich die wirtschaftliche Situation vieler Inselbewohner nicht sehr von der der Besetzer unterscheidet. Der Gouverneur und die Polizei waren darauf aus, »Villa Sin Miedo« mit terroristischen Gruppen und Aktivitäten in Verbindung zu bringen, zweifellos deshalb, um die Räumung und das Niederbrennen der Häuser besser rechtfertigen zu können. Die oppositionelle Volksdemokratische Partei erkannte auch »Villa Sin Miedos« potentielle politische Sprengkraft und zögerte nicht, sie sich zu eigen zu machen. Die Unterstützung der Partei mag die Flüchtlinge vor einer schwerwiegenderen Verfolgung geschützt haben, aber sie wird sich wahrscheinlich als Instrument dafür herausstellen, die Gemeinschaft durch den Wohlfahrtsstaat zu absorbieren.

Wir sollten verstehen, daß Puerto Rico einer der am strategisch wichtigsten militärischen US-Stützpunkte ist und dazu vorherbestimmt, ein Zentrum für die Produktion von nuklearer und anderer militärischer Bewaffnung zu werden. Die Bodenschätze in den Bergen der Insel und das Öl, das in den Küstengewässern gefunden wurde, sind für die USA wertvoller als das puertoricanische Volk. Dieses Volk mag nützlich sein als Konsumenten, als Versuchskaninchen für soziale und wissenschaftliche Experimente (z.B. wurden 40% der puertoricanischen Frauen innerhalb eines Sterilisierungsprogramms sterilisiert) und als Quelle billiger Arbeitskraft, aber grundsätzlich ist es entbehrlich. Wenn es diese Entbehrlichkeit ablehnt und einige Kontrolle über das eigene Leben fordert, dann wird es zu einer direkten Bedrohung der militärischen Sicherheit. Daher die Vergeltungsmaßnahmen der hochgerüsteten Polizei der Insel. Die Anstrengungen des Staates sind darauf ausgerichtet, die Gemeinschaft aufzusplittern und die einzelnen Mitglieder in verschiedene »caserios« zurückzuführen. Die USA ziehen es vor, ihre kolonialisierten Menschen gespalten und abhängig von sich verringernder Wohlfahrtsleistung zu halten.

Casas Viejas – fleischgewordene Bürgers vor dem



Abb. 1: »Spanien Links«, Linolschnitt von Gerd Arntz, 1936.

Eine Gegenkritik.

In den späten Abendstunden des 10. Januar 1933 bricht in Casas Viejas, einem Dorf in Andalusien, ein anarchistischer Aufstand aus. Die Telephonleitungen werden zerschnitten, die Ortsstraße unpassierbar gemacht, das Dorf von Männern des anarchistischen Syndikats von der Außenwelt abgeriegelt. Die Baracken des örtlichen Postens der Guardia Civil werden umzingelt, der Bürgermeister von dem Aufstand und der Einführung des »communismo libertario« in Kenntnis gesetzt. In den Straßen paradieren Anhänger der Anarchisten mit der schwarz-roten Fahne der CNT. Der Bürgermeister wird am frühen Morgen des 11. Januar mit der Forderung zur Guardia Civil geschickt, die Zivilgardisten sollten ihre Baracken nicht verlassen. Diese Forderung wird abgelehnt. Als drei der vier im Ort stationierten Zivilgardisten das Gebäude verlassen, kommt es zu einem Feuergefecht, in dessen Verlauf zwei Zivilgardisten tödlich verwundet werden. Inzwischen sind die Behörden von Medina Sidonia, dem nächstgelegenen größeren Ort, über die Vorkommnisse bereits unterrichtet. Ausgeschickt, um die unterbrochene Telephonleitung zu reparieren, hatte ein von Guardia Civil-Männern begleiteter Reparaturtrupp vier zur Außenüberwachung eingesetzte Männer des anarchistischen Syndikats gefangengenommen.

Gegen zwei Uhr rückt ein Trupp von 12 Zivilgardisten in Casas Viejas ein. Ohne daß eine Gegenwehr erfolgt, werden die zwei überlebenden Männer der örtlichen Guardia Civil befreit. Im Dorf ist es ruhig; niemand ist auf der Straße. Zwei Dorfbewohner, die sich aus ihren Häusern herauswagen, werden von den nervösen Zivilgardisten erschossen. Die Mehrzahl der Aufständischen ist in die Berge geflüchtet; einige, darunter die benachbarten Familien Cruz und Silva, die sich aktiv am Aufstand beteiligt hatten, bleiben in ihren Häusern.

Gegen 17 Uhr rückt weitere Verstärkung aus San Fernando an. Die 12 Sturmgardisten – eine Sonderpolizei, die zum Schutz der Republik geschaffen wurde – und vier Zivilgardisten sind nur mangelhaft, mit Pistolen und einem geringen Munitionsvorrat bewaffnet. Leutnant Artal, der Befehlshaber der Polizeitruppe, beginnt mit Hilfe der zwei überlebenden örtlichen Zivilgardisten die Durchsuchung der Häuser. Einer der Aufständischen, Manuel Quijada, wird gefunden und verhaftet. Nachdem er geschlagen wird, gibt er die Namen der Männer preis, die an der Belagerung des Polizeipostens beteiligt waren. Insbesondere die Familie von Francisco Cruz Gutiérrez, im Ort unter dem Namen Seisdedos bekannt, und von Jerònimo Silva wird durch seine Aussage schwer belastet. Leutnant Artal begibt sich mit seinen Sturm- und Zivilgardisten zur Hütte Seisdedos', in der sich auch die Familie Silva befindet. Da auf Anrufe nicht geantwortet wird, ergeht der Befehl, die Tür aufzubrechen. Der Sturmgardist Diaz, der sich anschickt, diesem Befehl Folge zu leisten, wird von Gewehrfeuer aus dem Haus tödlich getroffen. Ein heftiges Feuergefecht setzt ein, bei dem ein weiterer Sturmgardist verwundet wird. Durch den Lärm der Schüsse angelockte Freunde der beiden Familien besetzen die Dächer der umliegenden Häuser und eröffnen von dort das Feuer auf die Polizeitruppe.

In dieser Situation schickt Leutnant Artal den gefesselten Manuel Quijada in die Hütte; er soll die Belagerten zur freiwilligen Aufgabe überreden. Der Eindruck der von Schlägen schwer gezeichneten Polizeigeißel versteift jedoch den Widerstand der Insassen der Hütte. Da der Gefangene die Hütte nicht mehr verläßt und die Belagerten keine Anstalten machen sich zu ergeben, ruft Leutnant Artal gegen 20 Uhr den Zivilgouverneur um Verstärkung an. Gegen 22 Uhr treffen weitere Mannschaften der Polizei in Casas Viejas ein. Trotz der Verstärkung und des Einsatzes von Handgranaten bleibt jeder Angriff auf die Hütte erfolglos.

In der Zwischenzeit setzt der Sicherheits-Generaldirektor der Regierung, Arturo Menendéz, eine Truppe von 40 Gardisten unter der Führung von Hauptmann Manuel Rojas nach Casas Viejas mit dem Auftrag in Marsch, den Aufstand mit allen Mitteln zu unterdrücken. Die Truppe von Hauptmann Rojas erreicht das Dorf in der Nacht zum 12. Januar gegen zwei Uhr morgens. Der Angriff wird nun wieder aufgenommen und vor allem der Einsatz eines Maschinengewehrs zeigt Wirkung, da nun kein Beschuß mehr von den Dächern erfolgt. Ein Befehl des Innenministers trifft ein, der die sofortige Eroberung der Hüte verlangt. Daraufhin erteilt Hauptmann Rojas die Anordnung, die Hütte in Brand zu setzen. Die beiden in der Hütte belagerten Familien haben keine Möglichkeit zur Flucht; wer nicht in der Hütte verbrennt, wird von den Polizeitruppen beim Verlassen des Gebäudes erschossen. Es gibt nur zwei Überlebende, darunter Maria Silva, die die Dorfbewohner La Libertaria nennen.

Mit dem Fall der Hütte erlischt jeder weitere Widerstand in Casas Viejas. Die auf über 100 Mann angewachsene Polizeitruppe durchkämmt nun systematisch das Dorf auf der Suche nach Mitgliedern und Sympathisanten des anarchistischen Syndikats. Schließlich sind es 12 Männer des Dorfes, die gefangengenommen werden. Auf Weisung von Hauptmann Rojas werden sie zu der Hütte von Seisdedos gebracht und dort erschossen. Der Aufstand kostet 22 Bauern das Leben; die Zivil- und Sturmgardisten verlieren drei Mann, mindestens vier weitere sind verwundet.

oder die Angst des Anarchismus



»Spanien rechts«, Linolschnitt von Gerd Arntz, 1936.

von Egon Meusel

Zur literar-historischen Verarbeitung

Der Aufstand von Casas Viejas ist ein in der Literatur zur Geschichte Spaniens vielbeschriebenes Ereignis. Auch und gerade die Anarchismusforschung, die sich um das Verständnis des sogenannten Agraranarchismus in Spanien bemüht, hat Casas Viejas in das Zentrum ihres theoretischen Interpretationsrahmens gerückt. Es ist also davon auszugehen, daß der Aufstand in jeder Hinsicht hinlänglich beschrieben, die Fakten gesichtet und die zu stellenden Fragen beantwortet sind. Die Durchsicht der diesen Gegenstand behandelnden Literatur erweist indes das Gegenteil. Überrascht muß man feststellen, daß *jeder Autor eine eigene Version* des Geschehens entwickelt und daraus je eigene Schlüsse zieht. Eine erste Erklärung ist in der Verschiedenheit des jeweiligen Erkenntnisinteresses gegeben: Die Autoren von allgemein geschichtlichen Darstellungen stellen den Aufstand von Casas Viejas in den Rahmen der politischen Situation Spaniens und fragen nach Auswirkungen auf die Regierung von Ministerpräsident Azaña. Dem Geschehen selbst, der Chronologie der Ereignisse, kommt dabei wenig Aufmerksamkeit zu. Gerade diesen wenigen Sätzen aber soll die besondere Aufmerksamkeit gelten: denn die Art und Weise *wie* sie über Anarchismus reden, Casas Viejas als Regelfall eines anarchistischen Aufstandes behandeln, gibt uns Aufschluß über den Anarchismusbegriff, der dieser Rede zugrundeliegt.

Die Anarchismusforschung befaßt sich extensiver mit Casas Viejas, weil sie am Beispiel dieses Aufstandes glaubt belegen zu können, daß der Agraranarchismus – der Frage der Triftigkeit dieses Begriffes werde ich mich in einem anderen Beitrag zuwenden – Spaniens fundamental von millenaristischen und chiliastischen Elementen gespeist ist. [d.h. von der Erwartung des tausendjährigen Reiches Christi auf Erden nach Christus Wiederkehr, folgt der Offenbarung des Johannes; Anm. der SF-Red.] Das Gebot größter Sorgfalt bei der Darstellung und der Analyse der Ereignisse wird indes – wie noch zu zeigen sein wird – grob mißachtet. Gerade die Fahrlässigkeit, in der mit dem geschichtlichen Stoff umgegangen wird, gibt dem Verdacht Nahrung, daß dem theoretischen Konstrukt auch um den Preis der Geschichtsklitterung Triftigkeit zukommen soll.

Gabriel Jackson, Salvador de Madariaga und Hugh Thomas besprechen den Aufstand in Casas Viejas im Hinblick auf die Folgen, die er für die politische Situation Spaniens hatte. Sie stimmen darüber überein, daß die Regierung von Ministerpräsident Azaña durch diesen Vorfall schwer belastet wurde und der Sieg der republik-feindlichen rechten Gruppierungen in den Parlamentswahlen vom September 1933 damit in unmittelbarem Zusammenhang steht. Uneins und widersprüchlich sind sie sich in der Darstellung des Aufstandes und der Ereignisse, die ihn auslösten.

Gabriel Jackson verzichtet auf eine Erörterung der Ursachen des Aufstandes und berichtet lapidar: »Im Januar 1933 erklärte in dem andalusischen Dorf Casas Viejas eine Gruppe von Bauern den comunismo libertario und versuchte erfolglos, den Posten der Guardia Civil zu umzingeln.« Diese Information, die keine ist, sticht allenfalls dadurch ins Auge, daß sie in ihrem konkreten Teil falsch ist. Salvador de Madariaga befleißigt sich größerer Genauigkeit und unternimmt zumindest den Versuch, den Aufstand im Rahmen der allgemeinen politischen Lage zu verorten, wenn er berichtet: »In vielen Gegenden, hauptsächlich im Bogen Barcelona-Valencia-Sevilla, jenem östlichen und südöstlichen Teil Spaniens, in dem der alte iberische Anarchismus beheimatet war, gärten Auflehnung und Gewalt. Freiheitsbesessene kommunistische Parolen, Angriffe auf die Guardia Civil, Wegnahme von Land und Häusern und das Anzetteln von Streiks waren Anzeichen nahenden Aufruhrs, die Regierung und Nation in Atem hielten und das Parlament daran hinderten, zu Ruhe und positiver Arbeit zu gelangen.Die Unruhe erreichte ihren Höhepunkt am 11. Januar 1933, als ein besonders temperamentvoller Aufstand in dem Dorf Casas Viejas, in der Nähe einer Besitzung des Herzogs von Medinacelli ausbrach und im Begriff stand, die Bauernschaftzu ergreifen. Die Bauern hatten zunächst nicht an der Erhebung teilgenommen, die von gut bewaffneten Syndikalisten inspiriert war. Die kleine Garnison der Guardia Civil wurde belagert; der kommandierende Feldwebel verweigerte die Übergabe; drei seiner Kameraden wurden tödlich verletzt;...« Diese vergleichsweise differenzierten Angaben Madariagas machen deutlich, daß der Aufstand in Casas Viejas in den Zusammenhang einer allgemeinen politischen »Gärung« zu stellen ist, die Anfang des Jahres 1933 den Teil Spaniens erfaßte der traditionell anarchistisch war. Die Ursache des Gärungsprozesses wird zumindest angedeutet: die »Wegnahme von Land und Häusern« durch aufgebrachte Bauern geschieht als Folge einer von der Republik nur zögernd in Angriff genommenen Agrarreform.

Nach dem Sturz Primo de Riveras und der Abdankung Alfons XIII war die Regierung Azaña mit dem Versprechen angetreten, das gewichtigste Problem Spaniens, die Agrarfrage, unverzüglich einer Lösung zuzuführen. Die Dimension und Dringlichkeit dieses Problems wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß 50 000 Großgrundbesitzer über die Hälfte des spanischen Bodens verfügten. Ihnen stand ein Heer von zwei Millionen Landarbeitern ohne Bodenbesitz [dürfte der heutigen Situation in Andalusien etc. recht genau entsprechen, Anm. der SF-Red.] und anderthalb Millionen Parzellenbauern mit Landanteilen von weniger als einem Hektar gegenüber. In Andalusien, dem klassischen Land der Latifundien, gehörte fast der ganze Boden den Großgrundbesitzern. In unbeabsichtigter Ironie macht dies Madariaga deutlich, wenn

er Casas Viejas »in der Nähe einer Besitzung des Herzogs von Mediñacelli« ansiedelt: der Grundbesitz des Herzogs von Medinacelli belief sich immerhin auf 79 000 Hektar. Drei Viertel der Bevölkerung Andalusiens waren ›braceros‹, d.h. Landarbeiter ohne Bodenbesitz. ihre soziale Lage war unerträglich – in der einen Hälfte des Jahres arbeitslos verdienten sie in der anderen Hälfte auch nicht annähernd genug, um sich und ihre Familien zu ernähren. »Es war«, wie Brenan schreibt, »tatsächlich so, daß sie unter chronischem Hunger litten, und Todesfälle infolge von Unterernährung, die in nahezu jedem Teil der Halbinsel



häufig waren, waren hier besonders zahlreich.« Die Großgrundbesitzer kümmerten sich wenig um ihr Land und die Arbeiter, die ihren Boden bestellten. Die Verwaltung ihres Besitzes überließen sie einem örtlichen Bauftragten, dem »cacique«; sie selbst wohnten in den Städten, sahen ihre Güter als eine Art ferner Kolonien an und besuchten sie selten. Die Regierung Azaña, die im wesentlichen von



kleinbürgerlichen Kräften getragen wurde, den Grundsatz des Eigentums mithin auch nie ernsthaft antasten wollte, war nie in der Lage, theoretische und praktische Vorschläge zu unterbreiten, die dieses Problem hätten lösen können. Auch unter der Voraussetzung der »Ruhe im Land«, die nach Madariagas Meinung die Bedingung einer »positiven Arbeit« des Parlamants gewesen wäre, wäre die Regierung allenfalls in der Lage gewesen, die schlimmsten Auswüchse des Systems zu mildern.

Deutet Madariaga die Ursachen der Gärung zumindest an, so greift er, um den Aufstand in Casas Viejas zu erklären, auf eine Verschwörertheorie zurück. Die Bauern, die ungeachtet ihrer drückenden sozialen Lage den Aufstand zunächst nicht mittragen, werden von einer Gruppe »gut bewaffneter Syndikalisten« agitiert, und lassen sich schließlich zum Mitmachen »überreden«. Mit dieser Wendung gelingt es ihm, einen Keil zwischen Bauernschaft und Syndikalisten zu treiben, – *zwischen manipulierter Masse und Berufsrevolutionären zu unterscheiden*. Die Betonung der guten Bewaffnung der Aufwiegler unterstellt, daß der Anschluß der Bauern an die Aufstandsbewegung kein freiwilliger war. Gleichzeitig drängt sich die Frage auf, woher die Anarchisten ihre Waffen bezogen, wo die Bauern doch keine besaßen.

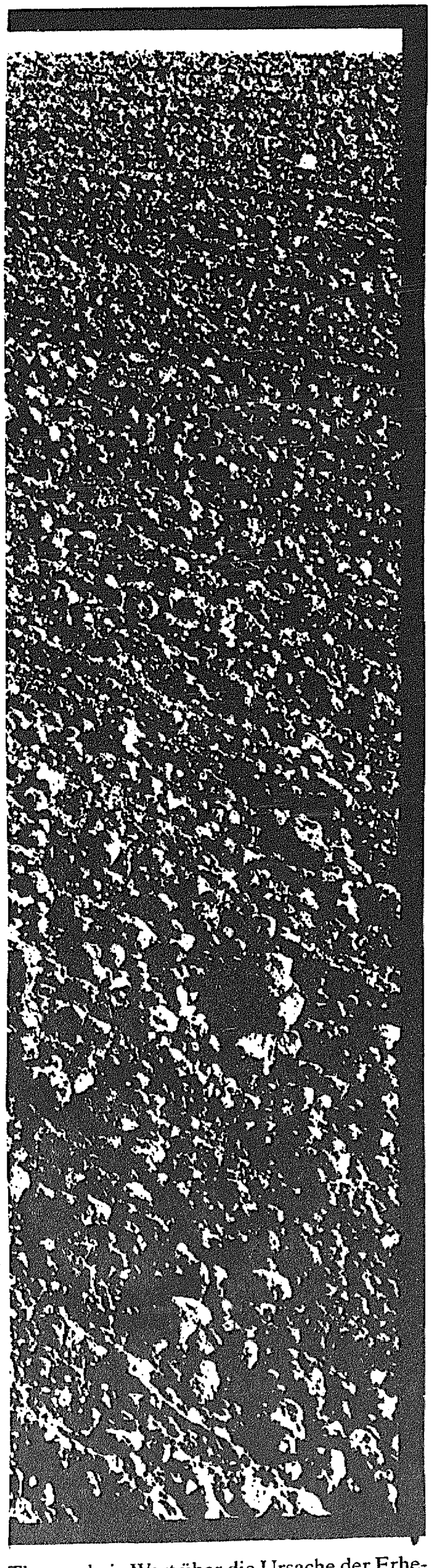
Vor dem Aufstand war das anarchistische Syndikat von Casas Viejas keineswegs für seinen Aktionismus und seine Militanz bekannt. Im Gegenteil: 1932 beklagt sich die CNT über dessen Passivität und Mangel an politischer Aufklärungsarbeit. Das anarchistische Syndikat von Casas Viejas wurde 1914 organisiert; die treibende Kraft war José Olmo. Als dieser 1920 an TB starb, blieb die Organisation zwar erhalten, verlor aber spürbar an Kraft zu weitergehender Aktion. Unter der Diktatur von Primo de Rivera wurde das Syndikat verboten. Einige wenige ›obreros conscientes‹ [bewußte Arbeiter] trafen sich im Geheimen weiter und bildeten den Kern des neuen Syndikats, das mit der Errichtung der neuen Republik wieder zugelassen wurde.Die Männer, die sich dem im Juli 1932 wieder gegründeten Syndikat anschlossen, waren Bauern und kleine Handwerker, Schuster und Maurer. Jose Monroy, der erste Präsident des Syndikats war Ziegenhirt; Juan Estudillo, der Verbindungsmann zur Gesamtorganisation, war Schuster; der Sekretär Jose Villarubia Gutierrez war Bauer. Ihre Zielsezung war begrenzt; eigene Aktionen waren nicht geplant, vielmehr sollten Aktionen größerer Syndikate in benachbarten Städten unterstützt werden. Die Anarchisten waren bewaffnet – sie besaßen, wie jeder andere Bewohner von Casas Viejas auch, Schrot- und Vogelflinten. Die Jagd war eine unerläßliche Notwendigkeit, um die spärliche Kost gelegentlich – es gab nicht viel jagdbares Wild – etwas aufzubessern.

Vermehrt Madariaga die Zahl der bei der Umzingelung der Baracken getöteten Zivilgardisten von zwei auf drei, so läßt es Hugh Thomas in seinem Bericht gar nicht erst zu einem Schußwechsel kommen. Er faßt die Geschehnisse bis zu diesem Zeitpunkt in drei Sätzen zusammen: »Am 11. Januar kam es in dem Dorf Casas Viejas in der Provinz Cadiz zu einem anarchistischen Aufstand. Unter den Anstiftern waren zum Teil Ortsfremde. Der Dorfvorsteher ergab sich, nicht jedoch die Zivilgarde, die in das nahegelegene Medina Sidonia um Hilfe telefonierte.« Die Linie Madariagas, der in seinem Bericht die Aufständischen von den Bauern abzugrenzen sucht, ist hier konsequent fortgeführt: die Aufständischen haben

mit den Bauern kaum mehr etwas gemein, es sind meist Elemente von außerhalb. Thomas verweigert sich offenkundig der Vorstellung, Bauern seien zu selbständigem Handeln fähig. Kurz zuvor hatte er über die soziale Notla-



ge der Bauern geschrieben und die Stärke des spanischen Anarchismus damit in kausalen Zusammenhang gebracht. Gleichwohl verweigert er sich auch der Denkmöglichkeit, der Aufstand der Bauern könne die Folge eines Übermaßes an Leiden sein. Das Verschwörungs- und Führerkonstrukt ist Thomas die Denkprothese, die allein den ›aufrechten Gang der Bauern‹ erklären kann. Auch bei



Thomas kein Wort über die Ursache der Erhebung. Er bescheidet sich in seinem einleitenden Satz mit der kargen Information: »Der Friede im Lande wurde jedoch im Januar wieder gestört, diesmal durch einen gefährlichen Stoß von links.«

Der ›gefährliche Stoß von links‹, über dessen Ursprünge sich Thomas nicht weiter ausläßt, geht von Barcelona aus. Dort glaubt die militanteste Gruppe der spanischen FAI, Los Indomables, der Garcia Oliver, Ascaso und Durruti angehören, in einem drohenden Streik der Eisenbahnarbeiter einen Hebel zu sehen, der die republikanische Regierung und mit ihr das ganze kapitalistische System zum Kippen bringen könnte. Sie gehen bei ihrer Überlegung davon aus, daß bei einem Streik der Eisenbahnarbeiter nicht nur beträchtliche wirtschaftliche Verwirrung entsteht, sondern vor allem das ganze Transportsystem lahmgelegt wird. Und dieser letzte Aspekt ist es, der ihnen vor allem ins Auge sticht. Ihr Plan ist, den Aufstand zuerst in Barcelona auszulösen, um dort zunächst die Regierungskräfte niederzukämpfen. Durch eine Kette von lokalen Aufständen in näherem Umkreis sollen Regierungskräfte gebunden und somit daran gehindert werden, wesentliche Verstärkung nach Barcelona zu schicken. Durch die Paralyse der Transportmittel wäre die Zentralregierung in Madrid daran gehindert, schnell zu reagieren und Truppen zu entsenden. Die dadurch gewonnene Zeit sollte genutzt werden, um die Bevölkerung und die Streitkräfte, die ihnen unmittelbar gegenüber stehen, für die eigene Sache zu gewinnen. Ein vorher schon zu führender propagandistischer Werbefeldzug sollte die Bevölkerung und die Soldaten für die Annahme anarchistischen Gedakenguts vorbereiten.

Los Indomables gewannen mit diesem Plan die Unterstützung des anarchistischen Regionalkomitees von Katalonien. Der Zeitpunkt des Aufstandes wurde auf den Ausbruch des Eisenbahnerstreiks festgelegt. Die FAI begann ungeachtet der Tatsache, daß von einer revolutionären Situation nicht die Rede sein konnte, im Sinne ihres Vorhabens Druck auf die von ihr beherrschten Komitees der CNT auszuüben. Auf Anordnung des nationalen Komitees der CNT begann das nationale und das katalanische Verteidigungskomitee damit Waffenlager anzulegen. Die anarchistische Presse, insbesondere die ›CNT‹, das täglich erscheinende Organ der nationalen Organisation, und die wöchentlich erscheinende ›Tierra y Libertad‹ begannen einen Propagandafeldzug gegen die Regierung und forderten die Massen zum Kampf gegen die Republik auf. In ähnlicher Weise wurden die Bauern angesprochen und propagandistisch auf einen kommenden Aufstand vorbereitet.

Juan Sopas, ein Mitglied des Verteidigungskomitees von Casas Viejas, wurde Ende des Jahres 1932 zu einer Versammlung nach Jerez entsandt, wo der Delegierte des Bezirksverteidigungskomitees von Jerez über die Vorbereitungen zum Aufstand berichtete. Er ließ keinen Zweifel daran, daß der Aufstand, der in der Nacht zum 8. Januar zuerst in Barcelona losbrechen sollte, erfolgreich verlaufen würde. Alle Syndikate und anarchistischen Gruppen sollten mit eigenen Aktionen erst dann beginnen, wenn sie im Nationalen Rundfunk die Nachricht hörten, der Kampf in Barrcelona sei gewonnen. Sollte diese Nachricht nicht eintreffen, so müsse jede Aktion unterbleiben. Den Dörfern, die noch kaum über Elektrizität verfügten, soll das Signal zum Aufstand auf andere Weise gegeben werden. Casas Viejas sollte von Medina Sidonia aus durch ein Feuer auf einer Bergkuppe alarmiert werden.

Wie geplant, begann der Aufstand im Norden am Abend des 8. Januar. In Barcelona und anderen katalanischen Städten und Dörfern, in Lerida und selbst in Madrid wurden Guardia Civil und Militär angegriffen. Aber von vornherein hatte die Aktion wenig Aussicht auf Erfolg. Die Regierung war vorgewarnt, reagierte dementsprechend schnell und muß-



te auch auf die Eisenbahn kein besonderes Augenmerk richten, weil die Bahnarbeiter gar nicht erst in Streik getreten waren. Die Regierung verhängte das Kriegsrecht über die betroffenen Gebiete und ging mit äußerster Härte gegen die Aufständischen vor. Obwohl die Erhebung schnell unterdrückt werden konnte, flackerten in Valencia, Zaragoza, Cuenca und Oviedo Aufstände auf. Am Abend des 9. Januar war die Kraft des Aufstandes im Norden gebrochen, aber nun schwappte die Welle der Gewalt nach der Provinz Cadiz über. Am 10. Januar erhoben sich die Anarchisten in Jerez, Cadiz und einer Reihe weiterer Städte. Die Regierung schickte Truppen in den Süden. Am Abend des 10. Januar erhoben sich die Anarchisten von Casas Viejas.

Der ›gefährliche Stoß von links‹ geht also nicht, wie Thomas glauben macht, allein von Casas Viejas aus. Es ist ein erstaunliches Phänomen, daß kaum ein Buch zur Geschichte Spaniens auf eine – zumindest knappe – Schilderung des Aufstandes in Casas Viejas verzichtet, die Ereignisse, die zu ihm führen, aber nur in den seltensten Fällen beschrieben werden. Das erklärt sich zum einen daraus, daß *den Anarchisten selbst daran gelegen war, den Mantel des Schweigens über eine schlecht geplante, mangelhaft durchgeführte und unrühmlich zu Ende gegangene Insurrektion zu hüllen.* Casas Viejas dagegen bot die Möglichkeit, die Regierung wegen ihres brutalen Vorgehens an den Pranger zu stellen und gleichzeitig einen Heroenkult aufzubauen. Die antiparlamentarische Rechte, die noch mit den Folgen des mißlungenen Pronunciamentos von General Sanjurio zu kämpfen hatte, nutzte diese Gelegenheit, um sich selbst als Partei der Ordnung und des Rechts zu profilieren und die republikanische Regierung öffentlich in Mißkredit zu bringen. Insbesondere die falsche Behauptung von Manuel Rojas, Premierminister Azaña habe in seiner Gegenwart den Befehl erteilt: »tiros a la barriga« (schießt sie in den Bauch), war geeignet, eine heuchlerische Pressekampagne zu entfalten.

Die bürgerliche Geschichtsschreibung ist an Casas Viejas interessiert, weil der Aufstand zur Schwächung der Regierung Azaña beitrug und somit als eine der Ursachen des Siegs der Rechten im September 1933 gelten kann. Die Anarchismusforschung wiederum übergeht die Ursachen des Aufstandes, um ihre Theorie, der spanische Anarchismus sei eine millenaristische Erscheinung, nicht in Gefahr zu bringen. Diese These ist dann erschüttert, wenn der Aufstand nicht mehr spontan und letztlich nicht mehr mit dem Etikett des »Unbegreiflichen« zu versehen ist.

Wollte man an dieser Stelle ein erstes Fazit ziehen, so könnte man allenfalls die fahrlässige Behandlung eines geschichtlichen Ereignisses beklagen. Zwar wurde auch deutlich, daß der jeweilige politische Standort der Autoren

die Weise der Darstellung maßgeblich bestimmt, aber das ist eine Binsenweisheit, der kein heuristischer Wert zukommt. Das ändert sich mit der Schilderung des Fortgangs der Berichte – eine seltsame Gestalt tritt auf, die im Mittelpunkt aller Berichte über Casas Viejas steht: Seisdedos. Übereinstimmend wird er als Protagonist des Aufstandes beschrieben.

Seisdedos
Vorstellung und Entlarvung eines Mythos

Gabriel Jackson läßt ihn in seiner Version der Ereignisse im Anschluß an die angeblich erfolglose Belagerung des Postens der Guardia Civil auf die Bühne treten: »Die Guardia Civil, verstärkt von einem Kommando von Stoßtruppen (Guardia de Asalto), belagerte sie dann und tötete schließlich sechs Anarchisten, die im Haus ihres Anführers, ›Seisdedos‹ (Sechsfinger), Zuflucht gesucht hatten.« Eine ähnlich geraffte Darstellung der Vorgänge, in der allein die Zahl der getöteten Anarchisten und der merkwürdige Name des Anführers erwähnenswert scheinen, findet sich auch bei Madariaga und Hugh Thomas. Madariaga führt weiter aus: ›...nach Eintreffen von Verstärkungen wurde die Rebellion aber niedergeschlagen, und nur in einem einzigen Haus kämpfte noch ein alter Anarchist, Seisdedos, mit seiner Tochter Libertaria und sechs Anhängern bis zum bitteren Ende. Hauptmann Rojas von den Sturmtruppen ließ das Haus in Brand setzen, und alle Rebellen kamen nach heldenhaftem Kampf ums Leben.« Hugh Thomas bereichert seine Version um einige Details; insbesondere zeigt er eine auffällige Vorliebe für Hügel: »Alsbald trafen Verstärkungen ein, eine Abteilung der Guardia de Asalto, der Sturmgarde... Die Sturmgarde verjagte die Anarchisten, die sich auf einem Hügel außerhalb des Ortes verschanzten. Inzwischen durchsuchten Zivilgarde und Sturmgarde jedes Haus nach Waffen. Ein alter Veteran des Anarchismus namens Seisdedos (›Sechsfinger‹) weigerte sich zu öffnen. Es begann eine Belagerung. Seisdedos und fünf Gefährten weigerten sich die Waffen zu strecken. Seine Tochter Libertaria lud die Gewehre. Die Sturmgardisten rasten; sie hatten schon mehrere Tote zu beklagen. Das Innenministerium drahtete die Ermächtigung zu den schärftsten Maßnahmen. Ein Dutzend Gefangener wurde erschossen. Ein Flugzeug warf Bomben auf die belagerte Anarchistenfestung. Seisdedos, Libertaria und die anderen Verteidiger kamen um. Am nächsten Morgen ergaben sich die Anarchisten auf dem Hügel. Ein Teil wurde ›auf der Flucht erschossen‹.

Der eingangs dieses Beitrags gegebene Bericht über den Ablauf der Ereignisse enthebt mich der Aufgabe, der Fülle falscher Angaben im einzelnen nachzugehen. Immerhin verdient es, festgehalten zu werden, daß die anarchistische »Festung« eine Lehmhütte war, ein Flugzeug nur in der Phantasie des Autors fliegt, und auch der Anarchistenhügel eine Fiktion ist. Größere Aufmerksamkeit verdient die Person ›Seisdedos‹, der, wie schon erwähnt, in den meisten Darstellungen als Führer der Aufständischen genannt ist. Die in den drei vorgestellten Berichten gegebenen Informationen über Seisdedos sind allerdings spärlich. Außer der Tatsache seines Namens und seiner Führungsposition ist noch zu erfahren, daß er ein »alter Anarchist« (Madariaga) bzw. ein »alter Veteran des Anarchismus« (H. Thomas) ist und eine Tochter namens Libertaria hat. Wie er zu dem Spitznamen »Sechsfinger« kommt bleibt unklar. Auch andere Darstellungen tragen wenig zur Erhellung dieser obskuren Persönlichkeit bei. Robert W. Kern, der die Darstellung des Aufstandes um einige weitere phantasievolle Aspekte bereichert, behauptet im Anschluß an Gabriel Jackson, der Name Seisdedos sei der traditionelle Spitzname für einen Dieb. Als Pointe muß man hier anfügen, daß er im Anschluß an diese erhellende These Seisdedos mit seinem wirklichen Namen vorstellt, dieser Name aber falsch ist. Von Paul Preston erfährt man das Alter Seisdedos, er sei in den siebzigern und er allein sei verantwortlich für den Aufstand gewesen. Er schreibt: When the FAI [...] declaration of libertarian communism reached the local leader of the braceros – the septuagenarian Curro Cruz, known as Seisdedos – he decided to support it.« Der Aufstand ist also das Werk eines einzelnen alten Mannes. Antony Beever schließlich teilt uns in einer der neuesten Publikationen zur spanischen Geschichte den »militanten« Charakter Seisdedos mit.

Faßt man die hier gegebenen Informationen zusammen, so war Seisdedos ein etwa 70 Jahre alter anarchistischer Veteran, der in früheren Zeiten wohl auch als Dieb von sich reden machte. Im anarchistischen Syndikat ist er der unbestrittene Führer; auf seinen alleinigen Entschluß hin wird der Aufstand in Szene gesetzt. Nach dem Eintreffen der Truppen verbarrikadiert er sich mit einer kleinen Anhängerschar in seinem Haus und kämpft dort heldenmütig bis zum Tod.

Und nun zur Wirklichkeit

Tatsächlich war Seisdedos ein Köhler, ein arbeitsamer im Dorf beliebter Mann, der sich zeitlebens kaum um Politik kümmerte. Mit dem anarchistischen Syndikat hatte er nur insofern etwas zu tun, als seine Söhne und sein Schwiegersohn Mitglieder waren. Man rief ihn »Sechsfinger«, weil er einen verkümmerten sechsten Finger am Daumen hatte. Am Aufstand beteiligte er sich nicht; er blieb – was bei einem 73 Jahre alten Mann auch kaum verwunderlich ist – in seiner Hütte. Seine Söhne Pedro und Paco Cruz und sein Schwiegersohn Jeronimo Silva beteiligten sich aktiv an der Belagerung des Polizeipostens. Nach dem Eintreffen der Einheiten von Zivil- und Sturmgardisten flüchteten sie sich in die Hütte von Seisdedos, wo sich auch Maria Silva (La Libertaria), die Enkelin von Seisdedos, Pepa und Francisco Franca und Manuel Lago befanden. Die erbitterte Verteidigung der Hütte ist insofern erklärlich, als bei der Belagerung des Postens der Guardia Civil zwei tödliche Schüsse fielen; die zwei Söhne von Seisdedos, sein Schwiegersohn und auch La Libertaria, die nie ein Hehl aus ihrem aktiven Eintreten für das anarchistische Syndikat gemacht hatte, mußten damit rechnen, für den Tod der zwei Zivilgardisten verantwortlich gemacht zu werden. Sie mußten sich in ihren Befürchtungen bestätigt sehen, als der blutüberströmte Manuel Quijada zu ihnen in die Hütte gelassen wurde. Berücksichtigt man die Ermordung der 12 Gefangenen, so ist diese unnachgiebige Haltung im Nachhinein gerechtfertigt.

Zu dem Mythos Seisdedos haben viele Instanzen beigetragen. Er ist entstanden, weil die Regierung einen Hauptschuldigen namhaft machen mußte, dem man die Verantwortung für das brutale Vorgehen der eigenen Kräfte anlasten konnte. Ihr Sprecher, Antonio de la Villa, wandte diese Taktik in der Cortes-Debatte vom 1. Februar 1933 auch an und sparte dabei nicht mit phantasievollen Ausschmückungen. Seisdedos wurde auch von den Bauern von Casas Viejas als der Hauptverantwortliche genannt. Dies ist wenig erstaunlich: Seisdedos und seine Söhne waren tot, sie konnten nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden – wohl aber die überlebenden Dorfbewohner selbst und ihre Kinder... Die Beschuldigung des Seisdedos war allein eine Frage der Opportunität.

Die Literatur zur Geschichte Spaniens befaßt sich mit Casas Viejas nur am Rande; sie übernahm daher die amtliche Version, ohne diese genauer nachzuprüfen. Diese Vorgehensweise ist allgemein üblich und muß daher nicht sonderlich beklagt werden. Dennoch ist die Lust auffällig, mit der die Autoren dieses für sie so unbedeutende Ereignis auszuschmücken wissen. Warum läßt Hugh Thomas imaginäre Flugzeuge fliegen und Bomben werfen? Auf einem Hügel Schanzen bauen, hinter denen flüchtige Anarchisten kauern? La Libertaria – die von den Dorfbewohnern aus dem einzigen Grund so genannt wurde, weil sie ein Halstuch in den Farben der CNT trug – lädt bei Thomas die Gewehre, die dieser unablässig auf die draußen lauernden Polizisten abfeuert. Es ist die Szenerie eines Kriegsfilmes a la Hollywood.



Auf den verkrüppelten anarchistischen Bösewicht leistete kein Autor Verzicht. Hätte es Seisdedos nicht gegeben, so hätte man ihn erfinden müssen und gerade in der Paradoxie dieser Aussage liegt ihre Wahrheit. *Seisdedos ist in erster Linie eine Projektion der Autoren, eine Figur, die die Kausalität der Ereignisse sichert und Sinn stiftet*; unter Verzicht auf eine Erörterung der objektiven Bedingungen des Aufstandews kann die Kette von Ursache und Wirkungsverhältnissen aus der Subjektivität eines einzelnen heraus entwickelt werden. Die Bedingung der Möglichkeit der Erzählung der Autoren ist die »erfundene« Figur des Seisdedos. Die Erkenntnis der logischen Wertigkeit dieser »Erfindung« macht die Suche nach dem Ort, nach der Stelle in der Denkbewegung der Autoren, an der sich die Notwendigkeit der Einführung dieser imaginären Figur in den Erzähltext entscheidet, notwendig.

Der Aufstand in Casas Viejas steht, wie wir gesehen haben, im Zusammenhang einer Aufstandsbewegung, die, von Barcelona ausgehend, nahezu die ganze Halbinsel erfaßt und ein klares Ziel, die Zerschlagung der Republik und die Einführung des libertären Kommunismus, verfolgt. Das anarchistische Syndikat von Casas Viejas ist in den Plan eingeweiht und führt ihn in seinen lokalen Grenzen in der Absicht aus, Regierungskräfte zu binden, um sie von den Zentren der Erhebung fernzuhalten. In dieser Perspektive des Aufstandes, dem eine durchgängig logische Struktur zugrundeliegt, kann der Figur des Seisdedos keine zentrale Wertigkeit zukommen.

Versteht man *Erfinden* als den Akt, einer Idee einen Körper zu geben (E. Claparèdes), dann wird die Motivation der Autoren, Seisdedos auftreten zu lassen, deutlicher. Die in Frage stehende Idee ist, dies bezeugt die Figur des Seisdedos, die Idee des Anarchismus. Diese – ihre – Idee des Anarchismus konstituiert diese Figur, in ihr wird manifest, was die Autoren unter Anarchismus verstehen. Der landesweite Aufstand der CNT/FAI bot zu karges Material, um damit ihre Vorstellung explizieren zu können. Er war schlecht geplant und durchgeführt; zudem unterläuft er in mancher Hinsicht die noch heute gängige Definition des Anarchismus in der bspw. festgestellt wird, der Anarchismus sei organisationsscheu. Die Auflistung der verschiedenen Komitees der CNT kann hinreichend illustrieren, daß diesem Argument kaum Triftigkeit zuerkannt werden kann. Auch die Planung des Aufstandes steht im Widerspruch zur bürgerlichen Theorie des Anarchismus: diese postuliert, ein von Anarchisten inszenierter Aufstand habe spontan zu sein. Auch Führerpersönlichkeiten fehlten, wenngleich es berühmte Männer des spanischen Anarchismus, Durruti, Ascaso und Oliver waren, die den Plan ausheckten. Da aber nicht sie, sonden die Massen in Erscheinung traten, die Bewegung mithin unter das Hierachiepostulat bürgerlicher Revolutionsvorstellung nicht zu subsumieren war, bot sich der landesweite Aufstand zur Explikation ihres Anarchismusverständnisses nicht an.

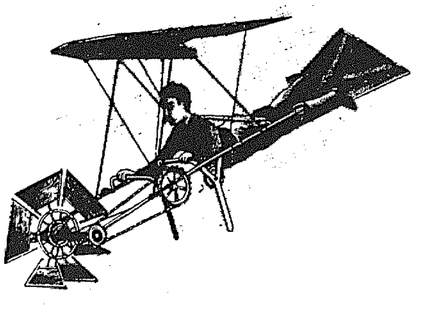
Casas Viejas und Seisdedos – Ort und Person stehen in einem Identitäsverhältnis – bot jedem der Autoren die Möglichkeit der subjektiven Aussprache seines Anarchismusverständnisses. H. Thomas, der den Anarchismus grundsätzlich von einem romantischen Gefühlswirrwarr inspiriert sieht, baut sich für seine Erzählung romantische Kulissen auf: seine Akteure handeln in Festungen, seine Sturmgarden »rasen«. Salvador de Madariaga, nach dessen Auffassung der Anarchismus auf dem »heillosen Optimismus Jacques Rousseaus« beruht, der den »blinden Enthusiasmus des Mittelmeerromantikers« aufwühlt, läßt seine Anarchisten heldenmütig bis zum Tod kämpfen. G. Jackson begnügt sich in seiner Kennzeichnung des Anarchismus mit spröden Urteilen wie: »infantil«, »utopisch« und »fehlgeleitet« und in diesem Sinn handeln auch seine Akteure. In der Figur des Seisdedos fließen die Anarchismusbegriffe und -phantasien der Autoren zusammen. Das Verdikt, das sie über den Anarchismus gefällt haben, materialisiert sich in der mißgestalteten Körperlichkeit ihres Protagonisten. Seine Bewegungen sind sowohl koordiniert wie planlos. Seisdedos ist ein janusköpfiges Zwitterwesen, zwischen Rationalität und Irrationalität pendelnd und gerade diese Gespaltenheit ist es, die die Analyse der Autorphantasien so reizvoll macht. Bei der Auflistung der diesem Wesen zugeschriebenen Fähigkeiten und Eigenschaften stößt man zunächst auf ein offensichtliches Paradoxon: In allen Erzählungen wird Seisdedos eine unumschränkte Autorität und Befehlsgewalt zuerkannt. Der Anarchismus definiert sich aber gerade daurch, daß jegliche Form von Autorität, sei es die Autorität von Menschen oder die von Institutionen, kategorisch abgelehnt wird. Auch der Hinweis auf große Führerpersönlichkeiten des spanischen Anarchismus wie etwa Durruti oder Abad de Santillan verfängt hier nicht, weil ohne weiteres der Nachweis zu führen ist, daß auch sie in Entscheidungssituationen sich dem Widerspruch anarchistischer ›Gefolgs-‹Leute beugen mußten. Führerpersönlichkeiten wie Bebel oder Liebknecht gab es nicht, weil es keine vergleichbare hierarchisch gegeliederte Parteiorganisation gab, die das »Gesetz der Oligarchie« [d.i. ›Herrschaft einer kleinen Gruppe‹, Anm. der



SF-Red.] hätte zur Wirkung bringen können. Die Kenntnis des spanischen Anarchismus hätte die Autoren lehren müssen, daß sie, welcher Quellen sie sich auch bedient haben, einer offensichtlichen Finte aufsitzen. Daß sie dessen ungeachtet auf der Führergewalt von Seisdedos beharren, läßt den Schluß zu, daß solche Qualität notwendiger Bestandteil ihrer Revolutionsvorstellung ist und tatsächlich ist die Schlüssigkeit ihrer Erzählungen von der Gegenwart einer Führerfigur abhängig. Diese Führerfigur allein verbürgt die Sinnhaftgkeit des Aufstandes ihrer Erzählung, der selbst dann noch rätselhaft bleibt. ...Man sieht sich genötigt, die (...) Entdeckungsfahrt in die Tiefen der Seele des Helden zu wagen. Dieser Weg ist vorgezeichnet, denn die Irrationalität des Geschehens und die Attribute, die Seisdedos zugeschrieben werden, zwingen einen Interpreten zu dieser Verfahrensweise. (...) Eine Aura des Unheimlichen umgibt diese Figur und schon allein sein Name evoziert solche Empfindungen. »Sechsfinger« verweist auf eine körperliche Mißbildung, einen Mangel, der hier ein zuviel an Gliedmaßen ist. Mißgebildete Menschen sind, wie unser Alltag beweist, nur schwer in die Gemeinschaft der »Normalen« zu integrieren; es gibt Berührungsängste, die einen Kontakt nicht wünschenswert erscheinen lassen. Ein Krüppel als unumstrittene Autorität eines Gemeinwesens – das erweckt Assoziationen, die sich nicht im Staunen über ein solches Phänomen erschöpfen. Auch wenn »Sechsfinger« nur eine Metapher oder, wie Kern behauptet, ein üblicher Spitzname für einen Dieb ist, bleibt das Unbehagen, ja verstärkt sich noch. In unserer Gesellschaft wird Diebstahl nicht als Kavaliersdelikt betrachtet, sondern ist, seitdem die bürgerliche Klasse ihre Interessen mit denen des Gemeinwohls identisch gesetzt hat, ein schweres Vergehen, das drakonische Strafen nach sich zieht und den Delinquenten aus der Gesellschaft ausstößt. Ein Dieb als Träger absoluter Autorität ist uns nur schwer vorstellbar. Da immer zu unterstellen ist, daß eine Übertretung – des Gesetzes oder einer gesellschaftlichen Norm – immer auch ein psychischer Akt ist, hat die Übertragung zu tun mit Subversion und der Rückschluß auf die Psyche verankert dort den subversiven Antrieb. Diese »Seelen« fürchtet man, stattet sie aber nicht mit unumschränkter Gewalt aus. Die Figur des Seisdedos hat, um hier ein Fazit zu ziehen, etwas monströses. Er ist die fleischgewordene Angst des Bürgers vor dem Anarchismus.

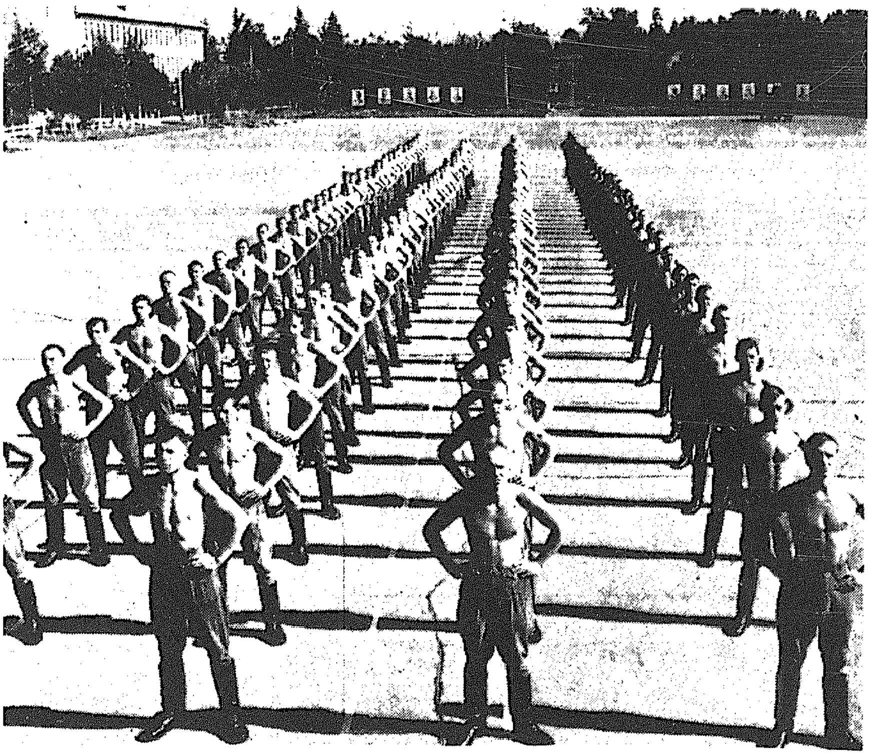
Angst ist auch der Effekt, der sich bei der Betrachtung seiner »positiven Leistungen«, seines Organisationsvermögens etc. produziert. (...) Er ist der Führer, der Kopf, der Organisator, der es versteht, die Leiber der Bauern zu funktionalisieren, ihre Kräfte zu einer funktionierenden Maschine zusammenzufassen. Geschmiert mit dem Öl des Leidens – (die Bereitschaft der Bauern mitzumachen muß auch einen materiellen Grund haben und der kann kein anderer als ihre elende materielle Situation sein) – produziert diese Revolutionsmaschine den Exzeß, der sich an die Bewußtheit ihres Baumeisters zurückbindet. Diesem Exzess fallen die Zivilgardisten zum Opfer, und dieses Opfer ist der einzige Sinn, den die Erzählung der Autoren als möglichen zuläßt. Die anarchische, entgrenzte Bewußtheit des Baumeisters, die wie ein Stück wilde Natur ist, vermag diese Maschine zwar zusammenzusetzen und funktionsfähig zu machen, kann sie im produktiven Sinn bürgerlicher Ökonomie aber nicht einsetzen. Statt des Mangels produziert sie die Verschwendung, setzt zügellose Energien frei, die im Leeren verpuffen, um so aller kalkulierenden Vernunft Hohn zu sprechen. Das Unheimliche dieser die Verschwendung produzierenden anarchistischen Maschine ist ihre Anti-Ökonomie...das Irrationale, das Unfaßbare.(...) Ist das Kalkulations-, das Erkenntnisvermögen des Seisdedos groß genug, um eine funktionsfähige Maschine zu konstruieren, so muß er nicht nur um die Gesetze der Ökonomie wissen, er muß vor allem zur Erkenntnis des unausweichlichen Effekts, den diese Maschinerie produziert, fähig sein. Läßt er den Effekt als den gewünschten zu, so kann sein Denken nach den Maßstäben der bürgerlichen Vernunft nur als Ver-rücktes bewertet werden – Seisdedos ist wahnsinnig.

Die Eingrenzung des Wahns, seine Verortung im Raster psychoanalytischer Begrifflichkeit scheint dabei keine Rolle zu spielen. Und doch: Seisdedos ist kein Individuum, wird als solches in den Texten der Autoren nicht beschrieben. Seisdedos ist der Name für eine Idee, ist ihr Repräsentant: die Idee des Anarchismus. Der Anarchismus produziert den Effekt, den die Autoren am Beispiel des Aufstandes in Casas Viejas als wahnsinnigen enthüllt sehen wollen. Casas Viejas ist für die bürgerliche Geschichtsschreibung ein Modell, das Kriterien für eine Ätiologie [d.i. Lehre von der Gesamtheit der Faktoren, die zu einer bestehenden Krankheit geführt haben, Anm. der SF-Red.] des Anarchismus liefern soll. Als Inszenierung einer Schmierentragödie, die sich der Geschichte bedient, um in sie die eigene Moral hineinzulesen, soll sie der Abschreckung dienen; insofern ist sie auch ein Loblied auf die eigene Kraft und Herrlichkeit.



Das Thema »Entlarvung bürgerlicher und marxistischer Geschichtsschreibung« wird in einem der nächsten SF-Nummern mit einer kritischen Analyse von Brenans und Hobsbawms »Millenarismus-Thesen« fortgesetzt. Beides wird Bestandteil einer umfangreichen Arbeit sein, die Egon Meusel zur Zeit über die Literatur zum Spanischen Bürgerkrieg schreibt.

Zur hier erwähnten Literatur:
Das Buch, das den Aufstand wahrheitsgemäß schildert ist von Jerome R. Mintz: The Anarchists of Casas Viejas, Chicago 1982. Mintz hat für seine Recherchen drei Jahre lang in Casas Viejas gelebt. Besprochen wurden: Gabriel Jackson: Annäherung an Spanien 1898-1975, Frankfurt 1982; Salvador de Madariaga: Spanien. Land, Volk und Geschichte, München 1983; Robert W. Kern: Red Years/Black Years. A Political History of Spanish Anarchism 1911-1937, Philadelphia 1978; Paul Preston: The Coming of the Spanish Civil War. Reform, Reaction and Revolution in the Second Republic 1931-1936, London and Basingstoke 1978; Antony Beever: The Spanish Civil War, London 1982; Hugh Thomas: Der Spanische Bürgerkrieg, Frankfurt 1961.



Für die Abschaffung der Armeen...

In der Schweiz hat sich eine Volksinitiative zur Abschaffung der Armee unter dem Namen »Gruppe für eine Schweiz ohne Armee« (GSoA) gebildet. Schnell hatte ein Teil der Friedensbewegung mit dem Vorwurf der »Spaltung« gegen diese Initiativgruppe Position bezogen. Es wird befürchtet – so die Kritiker –, daß diese Initiative den radikalsten Teil der Friedensbewegung für Diskussionen und Unterschriftssammlungen – anstatt für Aktionen – vereinnahmt oder daß die zu erwartende Niederlage in einer Volksabstimmung sich negativ auf die Friedensbewegten auswirken wird.

Diese Argumentationen scheinen uns recht vordergründig und theoretisch, wir verhehlen nicht, unsere Sympathie mit der Schweizer Aktion, die in ihren Forderungen endlich an einen Punkt kommt, an den sich die gesamte Friedensbewegung nicht heranwagte. Was nützt denn die schönste »Massenbewegung« gegen ein paar Raketen, wenn diese Massen nur zu aktivieren sind, solange es nur um ein »Zuviel« und »zu Bedrohlich« geht – während die Militarisierung von Staat, Wirtschaft und Denken außerhalb jeder Diskussion bleibt. Eine »angemessene Verteidigung« im Bewußtsein eben dieser »Massen« nach wie vor Grundlage zu bleiben scheint. Wer jetzt den Initiativen »Spaltung« vorwirft, verdeutlicht, daß er selbst – trotz jahrelanger pazifistischer Arbeit – sich die Funktion und die Grundlagen des Militarismus nicht völlig klargemacht hat und deshalb mit seinen massenmobilisierenden kurzfristigen Initiativen immer wieder scheitern muß. Wir übernehmen ein Interview der schweizer *»Friedenszeitung«* mit Mitgliedern der GSoA, darunter *Hans A. Pestalozzi, Esther Steinacher* und *Jürg Hagmann*.

Interview mit der schweizer Initiative ›Zur Abschaffung der Armee‹(GSoA)

Friedenszeitung: Sind wir uns einig darin, daß die Abschaffung der Armee, eine »Schweiz ohne Armee« eine Utopie ist?

Pestalozzi: Nein, das ist nicht meine Utopie. Meine ist eine grundlegend andere Gesellschaft. Das ist eine Utopie, die wir alle zusammen haben. Die Frage ist nur, welchen Weg wir einschlagen sollen, um uns endlich einmal dieser Utopie zu nähern. Nicht die ›Schweiz ohne Armee‹ ist die Utopie, das ist nicht unser Ziel, nur der Weg dorthin.

Steinacher: Ich würde aber doch meinen, daß die Abschaffung der Armee ein wirklicher Schritt ist zu dieser Utopie. Angenommen, uns gelänge die Abschaffung der Armee, so wäre diese Gesellschaft der utopischen um einen großen Schritt näher.

Pestalozzi: Ja, man kann sagen, es ist sogar die Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Utopie, aber die Utopie ist nicht die ›Schweiz ohne Armee‹, das ist nur ein Mittel dazu. Die Abschaffung der Armee reicht solange nicht, als noch die heutigen Wirtschaftsprinzipien bestehen oder solange wir noch eine Schule haben. Solange wir noch all das haben wie heute, verändert sich überhaupt nichts in unserer Gesellschaft. Das Ziel ist eine menschliche Gemeinschaft, aber die Abschaffung der Armee kann niemals die Utopie selber sein.

Ihr wollt eine Volksinitiative lancieren als ein ganz konkretes Mittel zur Verwirklichung dieser Teil-Utopie. Ist jedoch utopisches Denken überhaupt sinnvoll? Bisher sind doch sämtliche rechten wie linken Utopien – von einer voll beglückenden kapitalistischen Konsumgesellschaft bis hin zu derjenigen eines selbstbestimmten, aufrechten Ganges im Sozialismus – völlig gescheitert. Der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen und der Entwicklung zu Kriegsgesellschaften haben sie nichts entgegenzusetzen. Kann es überhaupt noch darum gehen, an einer idealen Gesellschaft herumzustudieren, wenn wir nur froh sein können, daß es nicht noch viel schlimmer wird?

Steinacher: Mir scheint, unter einer Utopie verstehst Du eine Theorie, eine ausgefeilte Vorstellung, wie das im Detail aussehen muß. Es stimmt, daß diese Vorstellungen im Unterschied zum Jahre 1968 nicht mehr so stark vorhanden sind, aber wir haben doch noch Utopien, sie sind vielleicht nicht mehr so rational begründbar. Ein Beispiel ist die Friedensbewegung: Es fällt auf, wie die Leute in Ost und West ähnliche Vorstellungen und Problemstellungen haben – daß sie nicht mehr so weit auseinander sind wie auch schon. Es sind eher praktische Utopien im Sinne einer Bewegung. Wir bewegen uns auf etwas zu und versuchen, Ernst zu machen damit. Die Frage ist nur, wie können wir das umsetzen, wie sind wir erfolgreich damit?

Pestalozzi: Bisher haben wir auf der ganzen Linie verloren, überall dort, wo wir geglaubt haben, irgend etwas übers System verändern zu können. Auf der anderen Seite aber haben wir unendlich viel gewonnen an ganz konkreter Realisation eines anderen Lebens. Ihr sprecht noch immer ideologisch, von linken und rechten Utopien, aber heute laufen doch die ganzen Auseinandersetzungen völlig anders. Es ist die Rebellion des Menschen gegen das System.

Die Auseinandersetzung verläuft zwischen oben und unten, oben das System mit der Hierarchie, dem Patriarchat; auf der anderen Seite die Rebellion von unten, die es so noch nie gegeben hat in der Menschheitsgeschichte: Daß Hunderttausende von Menschen sagen, sie machen nicht mehr mit, sie leben grundsätzlich anders aus einem anderen Bewußtsein heraus. Da stellt sich doch nicht mehr die Frage, wie sich das System verändern läßt, sondern wie wir diese Rebellion von unten stärken können, welche etwas grundlegend anderes will als dieses System.

Hagmann: In den letzten zwanzig Jahren sind doch einige Leute von weitergerichteten Utopien mobilisiert worden. Jungk bezeichnet das als »Menschenbeben«. So finden sich heute beispielsweise in Hainburg Leute über alle ideologischen Lager hinweg.

★ **Im Rahmen der langjährigen Arbeit der Gefangeneninitiative e.V. Dortmund** mit Strafgefangenen wurden wir in der Vergangenheit sehr oft seitens der Inhaftierten mit Bücherwünschen angegangen. Zwar verfügt jede größere JVA über eine interne Bücherei, doch können diese nicht alle Wünsche und Bedürfnisse ihrer Leserschaft befriedigen.(...) Versuchte die GI in der Vergangenheit, Bücherwünsche der Gefangenen individuell zu befriedigen, so begannen wir vor ca. 2 1/2 Jahren mit dem Aufbau einer Bücherei mit den Schwerpunkten fremdsprachige Literatur, Fach-, Sach- und Schulbücher. Über Fachzeitschriften [vgl. alte Nummern des SF] und Tagespresse riefen wir öffentlich zu Buchspenden auf. Wir kontaktierten Verlage, gesellschaftliche Gruppen wie Kirche, Gewerkschaften und baten um Bücher. Das Ergebnis zeigt sich respektabel: insgesamt gingen per Spende ca. 8000 Bücher bislang ein. Nach positiver Anlaufzeit, d.h. Kontakte in über 30 Haftanstalten in der gesamten BRD treten in der letzten Zeit gehäuft Schwierigkeiten auf. Inzwischen werden in sechs Haftanstalten (...ab hier zensieren wir selbst, weil das folgende lediglich ein Grund wäre, daß unsere Knast(frei)exemplare nicht durchgelassen werden; SF-Red.) unsere Bücher nicht mehr an die Gefangenen ausgehändigt. (...) Die notwendigen Anträge auf Aushändigung gegen die Anstaltsbeschlüsse kosten Geld. Das Grundrecht auf Meinungs- und Informationsfreiheit muß in westdeutschen Gefängnissen teuer erkämpft werden. Diesen Kampf können die Gefangenen nicht alleine führen. Die Büchertauschzentrale hat hier ihren Stellenwert. Kontakt: GI e.V., Brunnenstr. 8-10, 4600 Dortmund; Konto: Stadtsparkasse Dortmund, BLZ 44050199, Kontonr.: 292048068.



★ **Persönliche Beurteilungen im Betrieb.** Die Beurteilungsaktion bei den gewerblichen Kolleginnen und Kollegen dürfte inzwischen abgeschlossen sein. Die Beurteilungsbögen haben ihren Weg in die Personalabteilung gefunden und sind dort in der Personalakte der Beurteilten abgeheftet worden. Kommt es in Zukunft, aus welchem Grund auch immer, über irgendeinen Kollegen zu einem Vorgang in der Personalabteilung, greift sich der zuständige Sachbearbeiter die Personalakte des Betroffenen. Sein erster Blick fällt auf die letzte Beurteilung und alles was folgt ist dann beeinflußt davon, was der Sachbearbeiter aus dieser Beurteilung herausliest. Der Sachbearbeiter bewertet die Beurteilung nach der Logik des Beurteilungssystems. D.h., die Kolleginnen und Kollegen, die bei der 9-stufigen Beurteilung unter der Stufe 5 (erfüllt die Anforderungen in vollem Umfang) eingruppiert sind, erfüllen die ihnen gestellten Aufgaben nicht in vollem Umfang. Sie gehören für den Sachbearbeiter also zu den negativ Beurteilten, was dann entsprechend negative Folgen für die Beurteilten haben kann. (...) Wer schon lange im Betrieb ist, wird hoch eingestuft, wer das erste Mal bewertet wird, liegt am niedrigsten. Folge: Junge Kollegen stehen als Leute da, die den Anforderungen ihres Arbeitsplatzes nicht voll gewachsen sind.(...)
Was ist also zu tun? Kolleginnen und Kollegen, die überzeugt sind, die ihnen aufgetragene Arbeit voll zu erfüllen, aber unterhalb der Beurteilungsstufe 5 eingruppiert sind, sollten sich zur Wehr setzen. Sie sollten sich beim Vorgesetzten oder bei der Personalabteilung beschweren. Man kann auch eine schriftliche Gegendarstellung verfassen und sie zur Ablage in der Personalakte an die PA schicken. Oder man beschwert sich beim Betriebsrat. Langfristig müssen wir darauf hinarbeiten, daß die ständigen Beurteilungen und Differenzierungen aufhören. Kontakt: Kollegen für durchschaubare Betriebsratarbeit, Hans-Werner Krauß, Kurmainzerstr. 84, 6230 F.-Sossenheim-80

kurz & knapp

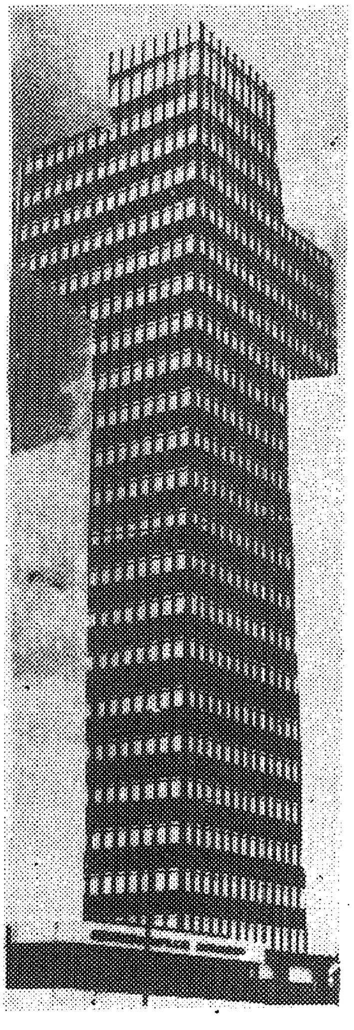
★ **Unterstützt Marie and Noel!** Marie and Noel Murray sind zwei irische Anarchisten, die bereits seit 1975 im Gefängnis sitzen, da sie angeblich einen Polizisten erschossen haben sollen. Von einem Spezialgericht (ohne Geschworene) wurden sie zum Tode verurteilt. Durch den nationalen und internationalen Druck, der auf die damalige irische Regierung ausgeübt wurde, entkamen sie knapp dem Schicksal, vom Staat durch Erhängen ermordet zu werden. Unter scharfen Sicherheitsbedingungen sitzen sie ihre Haftstrafe momentan im Gefängnis von Limerick ab. Marie und Noel sind verheiratet und lebten schon zusammen, bevor sie verhaftet wurden. Pro Woche hat man ihnen gemeinsam einen 1-Stunden-Besuch zugestanden. Dieser wird die ganze Zeit über von den »screws« (Gefängnisbullen) überwacht. Die Behörden betrachten dies als Privileg und keinesfalls etwa als ein Recht und können den Besuch jederzeit wieder rückgängig machen. Die Murrays haben sich entschlossen, einen Prozeß gegen den irischen Staat anzustrengen, um »conjugal rights« (eheliche Rechte) durchzufechten. Dies wird ein Musterprozeß sein, dem insbesondere im stockkatholischen Irland, wo die katholische Kirche über einen außergewöhnlich starken gesellschaftlichen Einfluß verfügt, eine enorme Bedeutung zukommt. Wenn die Murrays ihren Prozeß gewinnen, werden auch alle anderen verheirateten Gefangenen in irischen Gefängnissen davon profitieren können. Nach Aussagen unserer Rechtsberater hat der Fall als internationaler Präzedenzfall (evtl. vor dem Europäischen Gerichtshof in Straßburg) eine Gewinnchance, doch wie gewöhnlich wird er Geld verschlingen. Es gibt in Irland für verfassungsmäßige Prozeßfälle (da die irische Verfassung die »Unversehrtheit der Familie« garantiert, wird der Prozeß auch auf dieser Grundlage geführt werden) keinen freien Rechtsbeistand und unsere Anwälte schätzen, daß sich die zu erwartenden Kosten auf mindestens 5.000 irische Pfund belaufen werden. Spenden werden also dringend benötigt. Wir bitten euch, so großzügig zu geben, wie ihr nur könnt, um diese Kampagne zur Durchsetzung von »conjugal rights« für Gefangene zu unterstützen. Bitte schickt die Spenden entweder direkt an uns: Bank of Ireland, Baggot St., Dublin 2. Account No. 48034387.
oder in der BRD auf das Konto: KSK Göttingen (Inh. Winand Ehls – Stichwort Marie und Noel – Nr. 100148888.

Bei Winand Ehls, Bühlstr. 28a, 3400 Göttingen gibt es auch **Informationen über die Geschichte und Tradition irischer Anarchisten**; zur Zeit reorganisieren sich die verschiedenen irischen Anarchistengruppen als »Workers Solidarity Movement (WSM)« mit der gleichnamigen achtseitigen Zeitung »Workers Solidarity«; d.h. sie beziehen sich bewußt auf die Tradition des Anarchosyndikalismus. In ihrer ersten Nummer fanden sich neben Artikeln zum ›Nationalen Plan‹ der sozialdemokratischen Fitzgerald-Regierung, einem Bericht über einen Streik in der Supermarktkette Dunne's Stores auch ausführliche über den britischen Bergarbeiterstreik und die SMOT, einer Organisation russischer Anarchisten in der UdSSR.

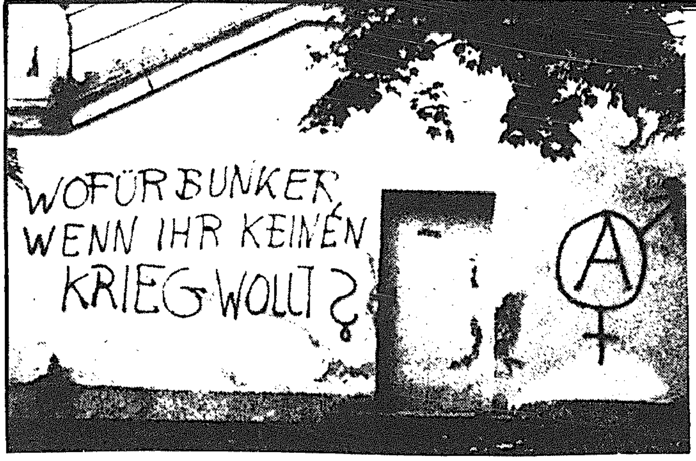


Satan und Beelzebub

★ Initiative zur Gründung einer **westeuropäischen Dissidentenbewegung.** In Westeuropa besteht die Illusion, daß es in diesem Teil der Welt keine politischen Flüchtlinge bzw. keine politischen Gefangenen gibt. Wir wollen vor allem – aber nicht ausschließlich – das Problem der Totalverweigerer aufgreifen, weil es derzeit die am meisten verbreitete Form von Dissidententum in West-Europa ist. Die zu gründende Organisation richtet sich direkt an die Betroffenen, um ihnen ein internationales Forum zu bieten. Die Möglichkeiten einer solchen Organisation sind groß: sie könnte Probleme internationalisieren (wie z.B. in den Fällen Negri, RADIKAL, Croissant etc.) und somit eine Gegenmacht stellen gegen die internationale Repression; darüber hinaus könnte sie helfen bei der Koordination gleichartiger Fälle, etwa Pressezensur und Wehrpflicht. Unsere Adresse ist vorläufiger Kontaktpunkt: Guust Lagolfe, c/o West-europäische Dissidentengroep, PB 546, B-9000 Gent.



★ **Totalverweigerung.** Am 11.2.85 sprach Richter Braun vom Amtsgericht Stuttgart das Urteil gegen den Totalverweigerer Christian Alberter (21) aus Bayreuth: sechs Monate Jugendstrafe (weil die Persönlichkeit noch nicht ausgereift sei!) ohne Bewährung. Christian hatte seinen Zivildienst in einem Stuttgarter Altenheim am 9.4.84 nach neun Monaten abgebrochen. Der anerkannte Kriegsdienstverweigerer erklärte vor Gericht, daß seine Totalverweigerung ein Teil seines eigenen Befreiungs- und Emanzipationsprozesses sei, der auf dem Weg zu einer neuen Gesellschaft, in der Menschen offen und ehrlich miteinander umgehen, für jeden einzelnen Menschen nötig sei. Opportunismus und Apathie, das Einfügen in vorhandene Zwänge und Normen, den allgegenwärtigen »destruktiven« Egoismus macht er verantwortlich für politische Miseren: Christian versuchte die globalen Zusammenhänge zwischen Hunger, Rüstung und Umweltverschmutzung aufzuzeigen... Christians Friedensbegriff schließt jegliche Einplanung in Kriegsvorbereitungen aus, auch eine zivile Einplanung, die durch den Zivildienst gegeben ist. Kontakt: Chr. A., Wasgenstr. 75/25, 1000 Berlin-38



★ **Betr. Atomschutzbunker.** Da in letzter Zeit auffällig viele Anstrengungen unternommen werden, den Bürgern einerseits »ihre« Atombunker schmackhaft zu machen und andererseits konsequente Verschleierungstaktik betrieben wird, fühlen wir uns verpflichtet, die Augenwischerei und den bislang seichten Informationsfluß der zuständigen Stellen auf's Schärfste zu kritisieren. Wer Bunker baut, nährt die Illusion, es gäbe einen Schutz im Atomkrieg. Das Vernichtungspotential atomarer Waffen beträgt zur Zeit ungefähr 13 500 Megatonnen, damit läßt sich täglich über 30 Jahre lang das Ausmaß aller Verwüstungen des 2. Weltkriegs herbeiführen.
Menschen in Bunkern ersticken. Wer nicht sofort durch die direkte Strahlenwirkung stribt, ist der langfristigen Belastung durch radioaktiven Fallout ausgesetzt. Erde, Wasser, Pflanzen und Tiere sind verstrahlt, die schützende Ozonschicht ist zerstört, die Temperaturen sinken in Minus-Bereiche. Auch bei der unrealistischen Annahme, es werde »nur« ein konventioneller Krieg geführt, gibt es keinen Schutz im Bunker. Über ganz Europa breitet sich ein friedlicher Atombombenteppich: Rund 150 Kernkraftwerke sind installiert und bereits gezündet; ein Unterbrechen der Kühlung der Brennstäbe durch Kriegseinwirkungen, etwa Stromausfall, führt zum Überhitzen, zur Zerstörung der Anlage. Radioaktive Strahlung, die noch sehr viel langsamer abklingt als der Fallout einer Atombombe wird frei. Schutzbunker sind – wie die Absurdität der weltweiten Hochrüstung – Ausdruck eines geradezu krankhaften Sicherheitsdenkens. Aber nicht nur dies: Das natürliche Schutzbedürfnis des Menschen wird mißbraucht, um das Widerstandpotential gegen den Einsatz von Massenvernichtungswaffen, gegen Atomkraftwerke und andere Risikoherde zu schwächen, indem man Überlebenschancen vortäuscht.(...) Es gibt zur Zeit keine Verpflichtung zur Erstellung öffentlicher Schutzbauten, auch wenn gerne das Gegenteil behauptet wird. Das **Anti-Atom-Büro** fordert die Verantwortlichen auf, ab sofort sämtliche Investitionen für Atombunker zu streichen und die freiwerdenden Gelder vor allem demokratischen Projekten, wie der Förderung alternativer Energien, Entschwefelung von Kohlekraftwerken etc. zukommen zu lassen. Kontakt: Auf dem Ort 10; 3549 Diemelsatdt-Wethen



Peter-Paul Zahl
nachtvorstellung

auf vielfachen wunsch
altgewordener
rocker & cineasten
zeigen die filmkunsttheater
unserer städte
um 23.00 uhr
nur noch horrorfilme

letzten samstag
ging ich hin
mit meiner alten flamme
wir sahen
die wochenschau
kauften uns eiskrem
und lehnten uns richtig
zurück

als hauptfilm
zeigten sie
in panavision
16-kanal stereo
den freiheitlichsten staat
den wir je
auf deutschem boden besaßen

au mann
war dasn schocker
die ganze nacht
konnten wir
vor furcht
nicht mehr schlafen

★ **NEUERSCHEINUNGEN**, die dem SF zugesandt wurden. Eine ausführlichere Rezension behalten wir uns teilweise vor.

* Die konventionelle Aufrüstung für die 90er Jahre – Analysen und Dokumente aus den Schubladen des Bundesverteidigungsministeriums. Verlag Weber, Zucht und Co. 1984, Steinbruchweg 14, 3500 Kassel-Bettenhausen, 7.80DM

* Andreas Bohl: Revolution in Spanien; ab-Verlag München 1984, Weißenburgerstr. 17, 8000 München-80; 16.-DM

* Joanna Russ: Wir, die wir geweiht sind... (Science Fiction der allerdings das Niveau der vorausgegangenen ›Frauenstehlerin‹ nicht erreicht); übersetzt von Alexandra Bartoszko, 18.-, Medea-Verlag; Vertrieb: FLV, Schloßstr. 94, 6000 Frankfurt-90

* Roger Knobelspiess: QHS – Der langsame Tod; Rhizom-Commune Verlag 1984, Schlosserstr. 28a, 7000 Stuttgart

* HOSI Wien: Rosa Liebe unterm roten Stern; Frühlings Erwachen im Verlag Libertäre Assoziation, Ottenser Hauptstr. 35, 2000 Hamburg-50, 13,80DM

* Ulrich Klemm: Die libertäre Reformpädagogik Leo Tolstois und ihre Rezeption in Deutschland, Trotzdem-Verlag, Dätzingerstr. 130, 7031 Grafenau-1; Reihe Libertäre Wissenschaft; 152 S.,20.-

* Heinz Jacobi: Basta (Gedichte), Bräuer Verlag, Prinzregentenstraße 13, 8000 München

* Bernt Engelmann: Die Freiheit! Das Recht! – Johann Jacoby und die Anfänge der Demokratie; J.H.W.Dietz Nachf. Verlag, Godesberger Allee 143, 5300 Bonn-2

* Lily Braun: Memoiren einer Sozialistin. Geschrieben im Stil eines zeitgenössischen Unterhaltungsromans. 1909 erschienen. Der Roman vermittelt Eindrücke in die sozialen Verhältnisse, in die Arbeit der proletarischen Frauenbewegung und deren Schwierigkeiten mit der bürgerlichen Frauenbewegung. Verlag Dietz Nachf., Godesberger Allee 143, 5300 Bonn-2; 820 S., 19,80DM

* Die ›Machtergreifung‹, Tagebuch einer Wende – nach Presseberichten vom 1. Januar bis 6. März 1933; hrsg. v. Wieland Eschenhagen, Luchterhand-Verlag, Donnersbergring 18a, 6100 Darmstadt, 232 S., 12,80DM

* Sie machen uns langsam tot. Zeugnisse politischer Gefangener in Deutschland 1780-1980; hrsg. v. Kurt Kreiler, Luchterhand-Verlag, Donnersbergring 18a, 61 Darmstadt, 279 S., 15,80DM



★ 30 Jahre NATO-Mitgliedschaft – das reicht! Im Mai 1985 jährt sich zum 30. mal der Eintritt der BRD in die NATO, fast gleichzeitig mit dem 40. Jahrestag der Niederlage Nazi-Deutschlands. Aus diesem Anlaß schlagen wir Anfang Mai eine dezentrale **Anti-NATO-Woche** vor.(...) Der Austritt der BRD aus der NATO würde das „Bündnis" seiner Aufmarschbasis gegen die Länder des Warschauer Paktes und zugleich einer wichtigen Drehscheibe für Interventionen in der 3. Welt berauben. Auf der anderen Seite ist die BRD ohne die NATO zu eigenständiger Großmachtpolitik kaum mehr in der Lage. Die Forderung nach einseitigem und bedingungslosem NATO-Austritt setzt somit genau dort an, wo sich die zum Krieg treibenden Kräfte bündeln. Die SPD und einige Friedensforscher propagieren demgegenüber eine NATO-Reform, hin zu konventioneller, »defensiver« Bewaffnung. Die SPD rechnet selbst mit Zeiträumen von bis zu 15 Jahren! Abgesehen davon ist eine Umorientierung der NATO auf konventionelle Kriegsführung überhaupt nicht defensiv: Das beweisen die konventionellen Kriege von NATO-Staaten gegen die 3. Welt, das beweist der »konventionelle« Rogers-Plan, der in der Frage der offensiven Kriegsführung (»deep strike«) mit der Airland-Battle-Doktrin deckungsgleich ist. Die Verabschiedung des Rogers-Planes als offizielle NATO-Doktrin demonstriert drastisch, wie illusionär das Hoffen auf eine Reform der NATO von innen heraus ist. Dies ist kein »Aktionsvorschlag«. Nach einem hektischen und überladenen Friedensherbst brauchen wir jetzt vorrangig die inhaltlichen Debatten und zwar mit der Bevölkerung. Für eine Anti-NATO-Woche gibt es vor Ort mannigfache Ansatzpunkte... Wovon wir nichts halten, ist statt einer solchen Woche zum x-ten Mal »Friedenswochen« durchzuführen, die als mittlerweile bloße Traditionsveranstaltung ohne klare inhaltliche Stoßrichtung zu verpuffen drohen. Die Forderung nach NATO-Austritt ist im Augenblick in der Bevölkerung genausowenig mehrheitsfähig, wie es das NEIN zur Stationierung etwa 1979 war....Ermutigend ist immerhin, daß nach einer Umfrage des SPIEGEL ein Drittel der Bundesbürger für eine Neutralität der BRD eintreten...
Kontakt: Büro Volksbegehren, z.Hd. Stefan Kurz, Kissingerstr. 66a, 7000 Stuttgart 50 (Unterstützer u.a. Thilo Weichert,(MdL); Bernd Ulrich Jung, BHA-Vertreter der GRÜNEN BaWüs, usw.)

Vorankündigung:
Ende April erscheint:
★Franz Pfemfert: Ich setze diese Zeitschrift wider diese Zeit; hrsg. v. Wolfgang Haug. Ziel dieser Aufgabe ist es das »Phänomen Pfemfert« – so Franz Jung – vorzustellen. Das Buch enthält neben einem ausführlichen biographischen Vorwort, sozialpolitische und kulturkritische Texte Pfemferts zwischen 1909-1932 und umfaßt sein Engagement für den Expressionismus genauso wie für Anarchismus und Rätekommunismus. Luchterhand-Verlag, Donnersbergring 18a, 61 Darmstadt; 240 S., 14,80DM

REZENSION

Spuren der Besiegten

Die »Spuren der Besiegten« heißt ein dreibändiges (Anti-) Geschichtsbuch, das im November 84 bei Rowohlt erschienen ist. Der Autor *Hellmut G. Haasis* (vgl. seinen Beitrag in SF-Nr.7 zum ›Hambacher Fest‹) sammelte die Quellentexte aus schwer zugänglichen Archivbeständen unter dem Gesichtspunkt, die Verlierer der Geschichte ins Gedächtnis zu rufen. »Die verdrängte Überlieferung nicht aufzugeben, stellt eine Sympathieerklärung dar, wir selbst wollten die uneingelösten Freiheitssehnsüchte nicht vermodern lassen«. (S.1117, Bd.3)

Daß der Versuch – den ›schwarzen Faden‹ der Geschichte aufzustöbern – gelungen ist, beweist uns schon der säuerlich-beleidigte Ton, mit dem der Chefredakteur des ötv-magazins, Dieter Schneider, auf die 3 Bände reagiert hat: »Unvereinbares miteinander vergleichend, will der Autor ganz offensichtlich Munition liefern für außerparlamentarische (oder muß es heißen antiparlamentarische ?) Aktionen (...) Wirre kleinbürgerliche Träume von einer Revolution mögen da hineinspielen.« (ötv-magazin, 1/85). Eine wahrhaft bezeichnende Rezension für einen gut bezahlten Vertreter der Staats-»diener«. Erschrekken kann der Vorwurf des »Antiparlamentarismus« höchstens einige »verschlafene Biederfrauen und Biedermänner« (so Haasis), für den Autor und Herausgeber selbst dürfte es eher ein verquer daherkommendes Lob sein, wenn sich die »Richtigen« ärgern.

Die drei Bände enthalten viel interessantes Material und sind auch einzeln zu erwerben. Ein auszugsweiser Überblick: Band 1 setzt zur Zeit der Römer ein und berichtet u.a. von einem Soldatenaufstand in Köln im Jahre 14; Bauern-Aufstände bestimmen den weiteren Charakter dieses Buches und man erlebt Überraschungen – so z.B. wenn man feststellen muß, daß die Kreuzzüge bisweilen in Worms oder Mainz und nicht etwa im »Heiligen Land« stattfanden. Ein Kreuzritterheer tötete 1096 ›im Vorüberziehen‹ die jüdischen Einwohner dieser Städte.

Stadtgeschichte, die Schweizer Eidgenossen, die Hussitten – aber auch unscheinbarere Bewegungen – die Banditen z.B. – komplettieren die lange Reihe von Gruppen, die sich gegen Herrschaft empörten.

Band 2 erweitert diesen Kreis der Bauern, Frauen und Juden zunächst um die Zigeuner. Haasis druckt einen Brief eines Zigeuners an seine Frau (ca. 1755) mit der Bemerkung ab: »Texte von Zigeunern, dazu noch in ihrer eigenen Sprache, sind von größter Seltenheit; todgeweihtes Freiwild brauchte nicht zu schreiben, sondern nur zu sterben.« (S.492, Bd.2) Mit Gesellenstreiks 1726-29 in Augsburg beginnen die Kämpfe der Arbeiterbewegung; mit dem Widerstand gegen den 7-jährigen Krieg finden wir ein frühes Beispiel von breiten Verweigerungsaktionen der Bevölkerung gegenüber den militärischen Interessen ihrer Fürsten und Könige. Kein weiter Schritt bis zur »Untergrundliteratur aus Stuttgart« (1790-94), die sich gegen den Hunger des Volkes und die Verschwendungssucht des Hofes wandte.

Band 3 beginnt mit der in Deutschland ab 1848 üblich werdenden »Emigration« und »Flucht« und würdigt das für Deutschland neuartige Bruchsaler Männerzuchthaus mit Einzelhaftzellen (nach USA-Vorbild) als »Stammheim der 48er« (der Rowohlt-Lektor dürfte ›Holtzbrinck sei Dank‹ einen Schweißausbruch bekommen haben).

Arbeiterwiderstand, Anti-AKW-Bewegung, der 17. Juni 1953 und die Überzeugungstaten, die seit 1850 Berufsverbote nachsichziehen, finden ihren Platz. Und die Anarchisten?

Wir finden sie (wie es sich gehört?) zusammen mit der Polizeistaatsentwicklung unter den Sozialistengesetzen (ab Seite 846, Band 3). Angesichts des 100. Jahrestages der Hinrichtung von August Reinsdorf (im Februar 1885), zitieren wir hier ausführlicher:

»Die politische Polizei Preußens wurde in eine bisher ungeahnte Konjunktur hineingezogen. Sie mauserte sich zu einem eigenen, riesigen Apparat, konnte ihren Etat von 1877 bis 1881 um das Fünfzehnfache steigern. Hunderte von Agenten verbreiteten Mißtrauen, lieferten allein im Jahr 1881 rund 3100 Berichte ab. Lockspitzel provozierten oder schufen erst strafbare Tatbestände – ein Mittel, das bis heute nicht aussterben will. Verdächtigte wurden überwacht.

Die österreichische Monarchie machte da keine Ausnahme. Wenn es sich um die Beobachtung von Sozialisten oder gar Anarchisten handelte, stellte sich das beste Einvernehmen mit dem Deutschen Kaiserreich ein. Davon zeugt ein Beschluß des bayrischen Innenministeriums vom 1. Oktober 1880, als ›vertraulich‹ bezeichnet. Es ging um Rivalitäten in der Arbeiterbewegung, zwischen den Gemäßigten um die Zeitung »Sozialdemokrat« (Zürich) und den Anarchisten um Johann Mosts Zeitung »Freiheit« (London).

›*Der Wiener Polizei fiel ein Individuum, welches am 17. September mit der Westbahn in Wien eintraf, aus dem Grunde auf, weil dasselbe mit notorischen Anhängern der sozialdemokratischen Partei in Verkehr trat. Die Überwachung ergab, daß der Angekommene vorzugsweise mit dem im 3. Bezirk Hauptstraße Nr. 32 wohnhaften Herausgeber der Schneiderfachzeitung Anton Wehl verkehrte und mit dem aus Budapest signalisierten Andreas Essl identisch ist. Derselbe hielt sich durch zwei Nächte unangemeldet bei Anton Wehl auf. Am 18. September fand sich Essl in einem Konventikel von Parteigenossen ein und erklärte daselbst, daß es seine Aufgabe sein werde, von nun an die Parteigenossen in das Lager Most's hinüberzuführen. Am 19. September morgens wurde Essl aus dem unangemeldeten Unterstandsorte zum Amte gestellt und einer eindringlichen Perlustrierung (Untersuchung) unterzogen. Andreas Essl ist zu Windischeschenbach in Bayern geboren und heimatberechtigt, 46 Jahre alt, katholisch, verheiratet, Herrenschneider und seit dem Jahre 1857 in Budapest domilizierend. Er scheint daselbst ein hervorragendes Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion zu sein; denn er gehört dem Redaktionskomitee der dortigen sozialistischen Journale an, ist Controllor der Arbeiterkranken- und Invalidenkasse sowie Funktionär im Fachvereine der Schneider.(...)*‹

Von London, wohin Most nach längerer Verfolgung emigriert war, hielten Abgesandte die Verbindungen der illegalen Gruppen aufrecht. Sie erfreuten sich der besonderen Aufmerksamkeit der Überwachungsorgane. Am 2. Februar 1881 erließ die pfälzische Regierung folgende Anordnung:

›*Eine gewisse Marie Roth, etwa 30 Jahre alt, dunkelbraunes Haar, dunkle Augen, blasse Gesichtsfarbe, häßlich, etwa 5 Fuß 2-3 Zoll groß, geborene Schweizerin, aus der Gegend am Bodensee, bis vor kurzem Erzieherin bei einem englischen Prediger, fertig deutsch, französisch und englisch sprechend, intime Freundin Most's, ist soeben zu agitatorischen Zwekken nach Deutschland abgereist. Most entsendet überhaupt anstelle der Verhafteten neue Agitatoren nach Deutschland, deren Namen ich indes noch nicht angeben kann.(...)*‹

Neben Most entwickelte sich der am 31.1.1849 in Pegau (Sachsen) geborene Schriftsetzer August Reinsdorf (1849-85) zu einem der energischsten deutschen Arbeiteranarchisten. Am 2.6.1881 wurde er aus Berlin ausgewiesen, am 28.6. aus Leipzig. Unheilbar an der Schwindsucht leidend, einer verbreite-

ten Berufskrankheit der Schriftsetzer, wollte er noch Rache nehmen an den Herrschenden, bevor er sterben mußte. Aber schon 1881, lange bevor Reinsdorf aus Verzweiflung über die staatliche Unterdrükkungsmaschinerie zu Dynamitattentaten griff, kursierte auf den Ämtern vertraulich sein Steckbrief, hier in der pfälzischen Fassung vom 24. Oktober 1881:

›Vertraulichen Nachrichten zufolge ist der bereits bekannte Freund Hödels (Max Hödel verübte 1878 ein fehlgeschlagenes Attentat auf den Kaiser) und Anarchist, Schriftsetzer Friedrich August Reinsdorf, alias Gfeller, alias Steinberg, am 31. Januar 1849 in Pegau (Königreich Sachsen) geboren, 1,79 Meter groß, kräftige Statur, krauses Haar, hohe breite Stirn, braune Augen, breite Nase, zurückstehender Kinn, dicke Lippen, blonder Bart, gesunde Gesichtsfrabe, breites Gesicht, Leberflecken auf der rechten Brust und dem linken Schulterblatt, Narben am linken Schienbein, von Freiburg i.d. Schweiz mit revolutionären Flugschriften nach Deutschland abgereist. Dem Vernehmen nach will er auf Umwegen nach Berlin. (Speyer, Landesarchiv, H 46, Nr.403).‹

Am 28. September 1883 versuchte eine anarchistische Arbeitergruppe aus Elberfeld und Barmen (heute Wuppertal), bei der Einweihung des Niederwalddenkmals (bei Rüdesheim/Rhein) den Kaiser samt dem Denkmal in die Luft zu sprengen. Die Zündschnur erlosch immer wieder. Danach wurde neben einem anderen auch Reinsdorf hingerichtet, obwohl er am Versuch gar nicht teilgenommen hatte. Gegen Sozialisten wie Anarchisten brauchte es die Justiz nicht so genau zu nehmen. (...) In einer ›Übersicht über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und revolutionären Bewegung‹ vom 6. Juli 1885 schrieb der Berliner Polizeipräsident, praktisch der Chef der deutschen Geheimpolizei ... über die Anarchisten:

›Der Prozeß Reinsdorf und Genossen hat einiges Licht über die im Wuppertal befindlichen Anarchisten verbreitet und Anhaltspunkte für deren fernere Beobachtung gegeben; aus anderen Wahrnehmungen geht hervor, daß auch in Berlin. Magdeburg, Brandenburg, Breslau, Mannheim und einigen anderen Orten am Mittelrhein Anarchisten in größerer Zahl vorhanden sind. Ihre Tätigkeit scheint sich aber hauptsächlich auf den Bezug und die Verbreitung der »Freiheit« zu beschränken, während in der Umgegend von Elberfeld im Winter wiederholt aufrührerische Plakate mit der Aufschrift: »Hoch die Anarchie, hoch die Most'sche Freiheit! Nur Dynamit kann uns helfen« während der Nachtzeit an Häusern und Bäumen angeklebt worden sind. Die Berliner Anarchisten halten sich, natürlich ohne sich als solche förmlich zu erkennen zu geben, noch immer zur Sozialdemokratie, aus der sie hervorgegangen sind, um im Fall der Ausweisung ihr Anrecht auf die Unterstützung seitens der Partei zu behalten.

Das Organ der Anarchisten, die »Freiheit«, wird dem Vernehmen nach in 5000 Exemplaren gedruckt, von denen 500 in Amerika bleiben und die ganzen Kosten decken müssen, während 4500 meistens ohne jede Aussicht auf Bezahlung nach Europa kommen, um auf verschiedenen Wegen nach Deutschland und Österreich eingeführt zu werden. Früher wurde dieser Schmuggel von England und der Schweiz aus, teils direkt, teils auf Umwegen über Belgien oder Italien betrieben. Infolge der jüngsten, in der Schweiz stattgehabten Ausweisungen dürfte, wenigstens bis sich die Verhältnisse dort wieder konsolidiert haben, die Schweiz außer Betracht bleiben und die Einführung allein von England aus stattfinden.‹«

Anmerkungen:
Hellmut G. Haasis
Spuren der Besiegten
I. Freiheitsbewegungen von den Germanenkämpfen bis zu den Bauernaufständen im Dreißigjährigen Krieg, 404 S., 16,80 DM
II. Von den Erhebungen gegen den Absolutismus bis zu den republikanischen Freischärlern 1848/49; 360 S., 16,80 DM
III. Freiheitsbewegungen vom demokratischen Untergrund nach 1848 bis zu den Atomkraftwerken, 382 S., 16,80 DM

Band 3 enthält ein Namens- und Stichwortregister für alle drei Bände; jedes einzelne Kapitel beschließt eine im Durchschnitt 1-seitige Literatur- und Quellenliste.

Wolfgang Haug



Soziale Kämpfe im Frankreich der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts: 1831 und dann wieder 1834 erhoben sich die Lyoner Seidenweber. Über den Aufstand von 1831 schreibt Louis Héritier: »Da, als die Not immer höher stieg, beschlossen am 20. November die Arbeiter der auf einem Hügel gelegenen Vorstadt Croix Rousse den Aufstand. Sie setzten sich in den Besitz einer beträchtlichen Anzahl von Gewehren und zweier Kanonen und marschierten am Morgen des 21. November nach Lyon hinunter. Ihnen voran flatterte eine schwarze Fahne, die der hier zuerst öffentlich auftretende Arbeiter Albert mit der inhaltschweren Devise versehen hatte: Vivre en travaillant ou mourir en combattant! Arbeitend lebend oder kämpfend sterben! Dem Zug trat ein Bataillon Nationalgarde entgegen, welches sich durch die neuen Tuchuniformen und Grenadier-Bärenmützen sofort als Feind, weil aus reichen Bürgern und Bürgersöhnen bestehend, kenntlich machte. Es kam zum Kampf, das Bataillon wurde zurückgeschlagen. Die arbeiterfreundliche Nationalgarde in ihrer alten Uniform schloß sich jetzt den Arbeitern an ...« (Geschichte der Französischen Revolution von 1848 und der Zweiten Republik.)

Sind diese Leute wirklich durch positive Utopien mobilisiert worden? Sind sie für eine friedliche Welt oder für eine ›Schweiz ohne Armee‹ auf die Strasse gegangen? Nicht eher darum, weil sie vom Rüstungswahnsinn endlich genug haben, sie keine weitere Aufrüstung wollen, keine Zerstörung der Lebensgrundlagen? Weil sie gegen die sich abzeichnenden tödlichen Utopien der Sicherheitsfanatiker sind?

Hagmann: Vielleicht ist doch noch bei jedem Einzelnen, im subjektiven Denken, eine Utopie oder zumindest Vorstellungen von Gerechtigkeit, Demokratie usw. vorhanden. Das bestimmte Ereignis ist dann der Auslöser, um etwas zu tun.

Wir haben den Eindruck, daß Ihr mit Eurer direkten Stoßrichtung gegen die Armee noch einer Vorstellung des preußischen Militarismus huldigt; die Armee als Staat im Staate. Ist das heute noch gerechtfertigt? Haben wir nicht eine ganz andere, moderne Form des Militarismus, der sich nach und nach sämtlicher ›zivilen‹ Restbereiche der Gesellschaft bemächtigt? Beispiel Wissenschaft und Forschung: Es gibt hier kaum einen Bereich, der nicht militärischen Zwecken dient oder sogar von militärischen Zielen bestimmt ist. Eine Unterscheidung in militärische und zivile Forschung ist nicht möglich – sei dies nun in der Grundlagenforschung wie beim CERN in Genf oder bei der Entwicklung von Satellitensystemen. .

Ebenso bedenklich ist die Entwicklung des Gesamtverteidigungs-Staates – der Versuch, die letzten Zitadellen des Zivilen militärischen Prioritäten unterzuordnen. Das geht weiter als beispielsweise die offenkundigen Versuche zum Einbezug der noch weitgehend zivilisierten Frauen in die Gesamtverteidigung. Wir denken da u.a. an den Aufbau eines Zivilschutz-Apparates und einer -Organisation als Instrument einer umfassenden Kontrolle der Menschen in ›Krisensituationen‹.

VERWEIGERE DIE TEILNAHME AN DEN

WINTEX-CIMEX

-MANÖVERN!



ENTZIEHE DICH DER KRIEGSVORBEREITUNG!

Pestalozzi: Da sind wir völlig einverstanden.

Das glauben wir Euch schon. Die Frage ist eher, ob Eure Forderung nicht von den realen Entwicklungen des modernen Militarismus ablenken könnte?

Pestalozzi: Wir greifen doch nicht nur die Armee an, wir greifen auch AKW's, Autobahnen, die Schule, alles an, was uns unterdrückt. Ihr könnt die GSoA nicht isoliert sehen, Ihr sagt ja auch nicht: Ihr Idioten in Kaiseraugst, das AKW ist doch nur ein Symptom einer gewaltsamen, zentralisierten Gesellschaft. Nein, die einen gehen auf Kaiseraugst los, die GSoA geht auf die Armee los, das alles ist doch ein Teil dieser Gesamtrebellion, die nötig ist. Man kann nicht sagen, wir setzten am falschen Ort an, es gibt nirgends einen falschen Ort.

Steinacher: Natürlich ist der Militarismus mehr als nur die Armee, aber dort können wir den Hebel ansetzen. Die militärische Forschung bezieht ihre Legitimation aus der Armee, wenn die Armee abgeschafft wäre, gäbe es auch keine militärische Forschung mehr.

Hagmannn: Wir klammern ja all die anderen Aspekte nicht aus, die unter dem Eisberg sind, dessen Spitze die Armee ist. Wir betrachten die Armee nur als äußersten Widersinn militaristischer Logik und als sichtbarsten Kristallisationspunkt von Herrschaftsinteressen. Alle Verflechtungsphänomene, die Gesamtverteidigung – wir klammern sie nicht einfach aus. Wir postulieren ja eine umfassende Friedenspolitik.

Ihr argumentiert, daß die Armee heute völlig überholt, ein Fossil und überhaupt widersinnig sei. Das stimmt in verschiedener Hinsicht, aber das haben nicht nur die Pazifisten gemerkt – der Ausbau der Gesamtverteidigung geht zügig voran. Euer Argument heißt für uns etwas anderes, nämlich, daß nicht in erster Linie die Armee abgeschafft werden muß, sondern daß sich andere Formen des Militarismus ausbreiten, die vordringlicher bekämpft werden sollen.

Steinacher: Wer doch die Armee will, geht immer noch davon aus, daß wir sie tatsächlich brauchen. Man kann höchstens sagen, daß sie nicht mehr genug daran glauben und sie deshalb ausbauen wollen. Die Gesamtverteidigung ist eine ständige Erweiterung der bewaffneten Verteidigung. Es kommt mir vor wie ein Krebsgeschwür, die Armee ist einfach die Spitze, wie eine Pflanze mit unterirdischen Wurzeln, wo überall wieder etwas hervorkommt. Wenn man das Herz packt, so kann doch der Rest nicht einfach weiterleben. Wenn wir klarmachen, daß die Armee sinnlos ist, dann hat das eine Hebelwirkung und nachher können wir das Ganze in Frage stellen.

Pestalozzi: Mit allem, was du gegen das System machst, leistest du Widerstand, der Widerstand gegen die Gesamtverteidigung kommt dann automatisch.

Der Unterschied ist, daß bei der Gesamtverteidigung vieles noch nicht konkret realisiert ist, das blüht uns erst noch. Widerstand ist hier doch eher möglich als gegen die Armee, die noch sehr verankert ist. Ist es nicht wichtiger, daß es konkret gelingt, daß die Frauen nicht dienstpflichtig werden, der Zivilschutzausbau seine Grenzen findet, der Waffenplatz in Rothenturm nicht gebaut werden kann? In diesen Bereichen findet ein Widerstand der direkt Betroffenen statt und konkrete Erfolge sind dabei nicht ausgeschlossen.

Pestalozzi: Dann glaubt Ihr aber noch ans System. Doch stimmt es, daß vielleicht im Moment die konkreten Schritte zur Abschaffung der Armee, was Militärverweigerer oder Rothenthurmer machen, wichtiger sind als die Initiative zur Abschaffung der Armee.

Steinacher: Ich bin doch genauso direkt betroffen von der Armee wie ein Rothenthurmer vom Waffenplatz. Das Militär streckt seine Klauen nach meinen Söhnen aus, die ich doch anders erzogen habe.

Die Proteste der letzten Jahre gegen die atomare Aufrüstung und die Aktivitäten gegen Militarisierung und Aufrüstung der Schweiz waren, ob mehr symbolischer oder direkter Art, aus naheliegenden Gründen meist außerinstitutionelle Widerstandsformen. Bedeutet demgegenüber die GSoA-Volksinitiative nicht einen Rückschritt auf ein traditionelles, kaum wirksames Mittel, wo es genügt, einmal eine Unterschrift unter den Bogen und ein zweites mal ein Kreuzchen an der Urne zu setzen?

Steinacher: Das kann man überhaupt nicht gegeneinander auspielen.

In Euren neuesten Inseraten tönts aber unmißverständlich danach, als sei die GSoA-Initiative die historische Tat des Jahrhunderts:

»Es mag heute viele taktische Gründe geben, ›realistischer‹ zu sein, sich mit Tagespolitik und Privatismus abzufinden, sich mit Kleinstreförmchen zu begnügen, längerfristige und gesellschaftliche Fragen zu verschieben – und zu scheitern. Wir können mehr als nur warten auf ›bessere Zeiten‹, die nie kommen, wenn die meisten nur auf sie warten. Deshalb tun wir's.«

Hagmann: Wir legen ja das Schwergewicht auf die ganze Kampagne gegen die Armee. Die Volksinitiative ist nicht mehr als ein Vehikel. Dazu kommt, daß für viele die Initiative eine Brücke in die Legalität darstellt. Man kann aber ohne Heroismus behaupten, daß dies, historisch gesehen, die erste Bewegung in dieser Breite ist, welche diese Frage in die öffentliche Diskussion wirft und so eine große Organisation aufgebaut hat.

Steinacher: Wir wollen die Frage der Armeeabschaffung damit gesellschaftsfähig machen. Bei einem Menschenteppich beispielsweise gewinnst du nur wenige Leute, die sich dazu getrauen. Hingegen ist das Unterschreiben einer Volksinitiative legal, da gefährdet sich niemand. Ein Rückschritt ist es nur für gewisse Leute, die das gar nicht mehr nötig haben, den anderen aber ermöglicht es noch einen Einstieg.

Zu dieser Hoffnung paßt die Beschwörung der Radikalität der GSoA-Initiative jedoch nicht so recht.

Hagmann: Mit ihr wird aber eine Schranke zur Armeeabschaffungsfrage durchbrochen, zum ersten Mal wird in der Schweiz eine so breite Diskussion um die Armee entstehen.

Vielleicht, doch abgeschafft wird sie dadurch noch nicht, eher doch durch einen gesellschaftlichen Prozeß – beispielsweise die von den 70er Jahren bis heute andauernde Zunahme der Militärverweigerer (die u.a. die Zivildienstdiskussion ausgelöst haben). Ihr sagt, man müsse sich überall dem System radikal entziehen – mit dem Stimmzettel?

Hagmann: Uns geht es nicht nur um das Sammeln von Unterschriften, wir möchten mit der Volksinitiative eine Diskussion auslösen und diese mit weiteren begleitenden Aktionen bereichern.

Steinacher: Man kann doch nicht sagen, daß die Menschen, die die Armee abgeschafft haben, danach noch die gleichen sind. Schon wenn wir die Initiative zustande bringen, ist das bereits sehr konkret, denn diese Leute, die unterschrieben haben, haben für sich die Armee abschaffen müssen. Und das ist schon ein rechtes Stück Veränderung.

Pestalozzi: Es glaubt bei uns doch kein Mensch, daß wir die Armee abschaffen können. In der GSoA hat es bestimmt keinen einzigen Spinner, der sagt, wir wollten die Armee abschaffen. Wir können sie auch in zehn Jahren nicht abschaffen, mit aller Garantie nicht. Aber die Initiative ist ein Teil dieses Widerstandes, ein Teil dieser Gesamtrebellion. Über das System schaffen wir jedoch das System nicht ab. Es geht darum das System zu benutzen, um ein Bewußtsein zu schaffen, damit wir nachher durch direkte Aktionen etwas verändern können. Und genau das passiert doch. Es muß das Bewußtsein geschaffen werden, daß man sich dem System nur noch entziehen kann, daß es nicht veränderbar ist.

Wieso lanciert Ihr dann nicht eine Volksinitiative zur Abschaffung des ganzen Systems, wenn es ja nur darum geht, Bewußtsein zu schaffen. Oder andersherum: Wieso haben die Sozialisten um die Jahrhundertwende keine Volksinitiative zur Abschaffung des Kapitalismus lanciert?

Pestalozzi: Weil das nicht funktioniert. Du kannst nicht das Bewußtsein schaffen, der Kapitalismus müsse abgeschafft werden, sondern du mußt aufzeigen, welches die Säulen des Kapitalismus sind. Diese Säulen sind Schule, die Armee und die Wirtschaft.

Ein Hauptargument der GSoA ist die Behauptung, die Infragestellung der Armee sei ein Tabu. Zu Recht, die Abschaffung der Armee dürfte beim allergrößten Teil der Bevölkerung kein Thema sein, eine ernsthafte Diskussion darüber gibt es nicht. Deshalb wird auch jede Ablehnung einzelner Bereiche des Militarismus immer und überall mit der Ablehnung der Armee gleichgesetzt und jede Diskussion auf die Grundsatzfrage Armee Ja oder Nein reduziert. Das muß nicht unbedingt so bleiben. Der GRÜNE Nationalrat Arnold Müller beispielsweise hat die Leopard-Vorlage abgelehnt – zwar nicht gerade mit lupenreinen pazifistischen Argumenten, doch ohne daß er sich gezwungen sah, ein riesiges Bekenntnis zur Landesverteidigung abzulegen. Wirft uns die von der GSoA aufgebrachte grundsätzliche Fragestellung nicht zurück?

Steinacher: Das Gegenbeispiel ist die Zivildienstinitiative: Die armen Zivildienst-Leute mussten ja dauernd Bekenntnisse für die Armee ablegen, um überhaupt etwas Raum zu schaffen für ihr Anliegen. Wenn wir nun aber einmal sagen, ja, ich bin gegen die Armee, alles was sie schwächt, unterstütze ich, können wir das sagen, was wir denken.

Die andere Seite verwirklicht die Militarisierung ja gerade dadurch, daß wir immer wieder zähneknirschend sagen müssen, wir seien nicht gegen die Armee. Ich habe das Gefühl, daß wir damit eine gewisse Offenheit schaffen können – das ist allerdings eine Spekulation, ich weiß.

Anmerkungen:
Das Interview führten Marianne Rychner und Peter Weishaupt von der Friedenszeitung (41/42 – Jan./Febr. 1985), Postfach 6386, CH- 8023 Zürich
Informationen zur GSoA sind erhältlich unter der Adresse: GSoA, Postfach 152, CH-4005 Basel



»Nährbodenforschung«

Die »Nationalelf« als geistiges Umfeld des Neonazismus – einige Zitate zum besseren Verständnis des »wendigen Zeitgeists«.

Vor einigen Jahren suchten Franz Josef Strauß u.a. verzweifelt den »geistigen Nährboden« für den Terrorismus. Wir wissen sie fanden Heinrich Böll und andere. Drehen wir den Spieß einmal um und suchen *denselben* für den Neonazismus... Wobei wir jedoch nicht die gleiche Vereinheitlichung wie Strauß und Konsorten anstreben:

Von welcher Quelle stammen die folgenden 15 Zitate? Die Auflösung findet sich bei den Kleinanzeigen, aber es lohnt sich, erst ›hinterher‹ nachzuschlagen. Diese »Nährbodenforschung« wurde von **Hans Peter Hellermann** zusammengestellt.

1. »Erklärt man fremde Kulturen nicht für minderwertig, wenn deren Erhaltung als schädlich und hinderlich für die Integration dargestellt wird? Ist die Eindeutschung und damit verbunden die Zerstörung der nationalen Identität der Ausländer nicht Ausdruck einer verdammenswerten Herrenmenschen-Ideologie?...Die Erkenntnis der Verschiedenartigkeit der Völker...(darf) nicht zur Schlußfolgerung führen, andere Lebensarten seien minderwertig und könnten bedenkenlos in Frage gestellt werden.«

2. »Das Verbrechen des kulturellen Völkermordes zielt auf die kulturelle, sprachliche und ethnische ›Auslöschung‹ oder die Zwangsassimilierung einer Volksgruppe, also auf die Zerstörung der nationalen Identität.«

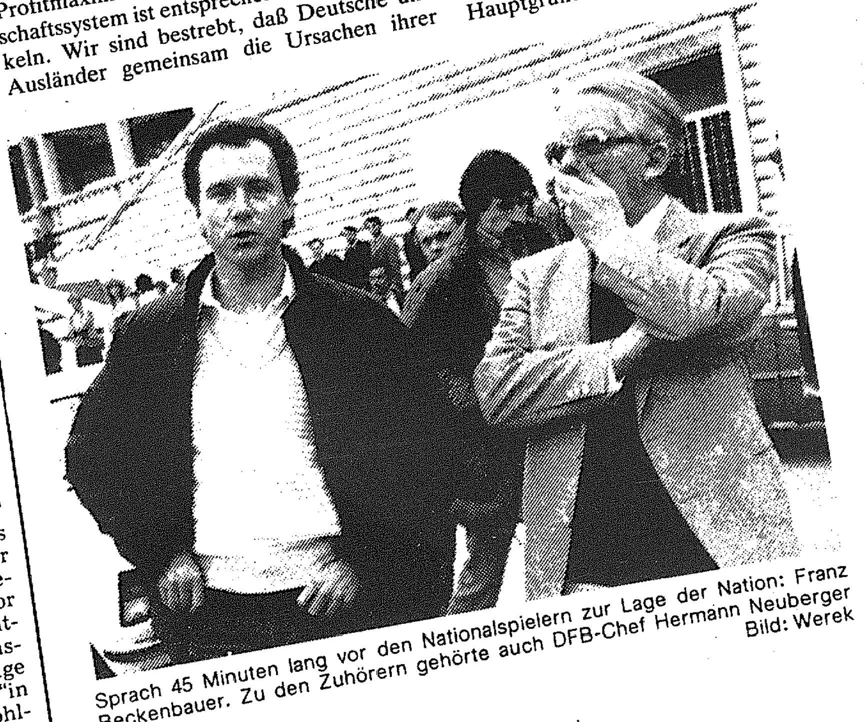
3. »Der Aufbau von Slavenarbeiter (Gastarbeiter) benötigenden Überkapazitäten zur Profitmaximierung wird abgelehnt. Das Wirtschaftssystem ist entsprechend neu zu entwikkeln. Wir sind bestrebt, daß Deutsche und Ausländer gemeinsam die Ursachen ihrer Heimatlosigkeit und Verproletarisierung beseitigen. Unsere Solidarität gehört denjenigen, die sich in ihrem eigenen Land für die notwendigen Änderungen einsetzen.«

4. »Allen integrationsfähigen Ausländern, die bereits mehrere Jahre in Deutschland leben, sollte ihre volle Integration samt Einbürgerung erleichtert werden. Diejenigen Ausländer, die zum völlig fremden Kulturkreis (z.B. Islam) gehören und die nicht integrationsfähig sind, sollten im Laufe von höchstens einem Jahr in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.«

5. »Soweit die Tätigkeit von Gastarbeitern in gewissen Wirtschaftsbereichen unverzichtbar ist, sollten Menschen verwandter Kulturkreise solchen aus fernen oder gar außereuropäischen Ländern schon im Interesse eines unproblematischen Zusammenlebens und -arbeitens vorgezogen werden.«

6. »In vielen Schulklassen sind die deutschen Kinder durch einen hohen Ausländeranteil in ihren Bildungschancen beeinträchtigt. Diese Beeinträchtigung soll durch die Entflechtung der Nationalitäten mittels Einführung muttersprachlicher Klassen als Regel beseitigt werden.«

7. Die »verschiedenen Völker- und Bevölkerungsgruppen kommen aus unterschiedlichen Kulturkreisen, mit unterschiedlichem ethnologischen Hintergrund, und sprechen verschiedene Sprachen. Es ist eine inzwischen pädagogisch gesicherte Erkenntnis, daß zumindest in der Grundschule der Unterricht in der Muttersprache eines Kindes eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche schulische Erziehung ist. Hierin liegt einer der Hauptgründe für getrennte Schulen.«



Sprach 45 Minuten lang vor den Nationalspielern zur Lage der Nation: Franz Beckenbauer. Zu den Zuhörern gehörte auch DFB-Chef Hermann Neuberger (links). Bild: Werek



Gesang aus voller Brust: Toni Schumacher bei der Hymne.

Auf höchste Empfehlung:

Mit Gesang geht alles besser

(ak) Die in Köln-Müngersdorf eingeleitete Fußball-Wende bahnte sich schon beim Zeremoniell vor dem Anstoß an. DFB-Chef Hermann Neuberger hatte für kaum geahntes Aufsehen gesorgt, als er den bundesdeutschen Kicker-Profis nahelegte, bereits beim Abspielen der Nationalhymne aktiv zu werden und entsprechend dem Beispiel anderer Nationen gefälligst mitzusingen – so gut es eben ginge. Kein Zwang natürlich, aber eben eine Empfehlung von höchster Warte. Die auserwählten Ball-Treter ließen den Appell ihres Oberfunktionärs dann auch nicht ungehört verhallen und mühten sich vor den Augen von Bundeskanzler Kohl redlich, den Text von „Einigkeit und Recht und Freiheit" mitzusingen oder wenigstens mitzusummen – wie's sich für rechte Deutsche nun mal geziemt. Sogar Lokalmatador Toni Schumacher riskierte entgegen sonstigen Meditationsgewohnheiten eine kräftige Lippe. Bei den „Vorsängern" in der Ehrenloge ward's mit Wohlgefallen registriert.



8. »Und wenn jemand nun glaubt, die fehlenden Arbeitskräfte aus deutschem Blut seien deshalb nicht auf dem wirtschaftlichen Schachbrett, weil sie etwa ausgewandert seien, so muß man dies richtigstellen: Nein, sie wären da; aber man hat sie ermordet... Sie wurden ermordet, noch ehe sie das Licht erblickten: Durch Abtreibung vor der Geburt... so haben wir das wirksamste Mittel erfunden, uns zu entrechten, zu enteignen, uns auszurotten.«
9. »Unsere Familienpolitik läuft darauf hinaus: Wir adoptieren fremde und verstoßen die eigenen Kinder. Eine gesunde Politik geht dahin, daß wir zunächst eigene Kinder aufziehen, ehe wir uns mit der Adoption fremder Völker überfordern.«
10. »Staatsbürger kann nur sein,... wer deutschen Blutes ist... Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können... Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten der Staatsbürger zu sorgen... Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern.«
11. »Deutschland ist kein Einwanderungsland! ... Rückwanderung der Gastarbeiter! Keine Eingliederung (Integration). Ausländer bleiben mit allen Rechten und Pflichten (...) Staatsbürger ihrer Heimatländer.... Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer!«
12. »Man muß auch den Mut haben zu sagen: ›Ich bin für den Ausländerstop‹. Deutschland und Europa sind nicht in der Lage, Millionen von Menschen einzugliedern. Politische, ökonomische, persönliche, gesellschaftliche, kulturelle Gründe sprechen dagegen.«
13. »Die menschliche und kulturelle Gleichwertigkeit unserer ausländischen Arbeitnehmer muß für jedermann außer Frage stehen, zumal Fremdenfeindlichkeit und Rassismus nicht nur den Opfern des gigantischen Menschentransfers schadet, sondern auf die Propagandisten zurückfällt. Opfer einer menschenverachtenden Profitideologie sind wir alle, die wir noch von den Werten ethnischer und kultureller Pluralität überzeugt sind... Umso stärker sollten wir uns bemühen, gemeinsam mit den hier lebenden Ausländern, zur Identität mit und im jeweils eigenen Volk zurückzufinden.«

14. »Wenn es uns nicht gelingt, den weißen Geburtenrückgang aufzuhalten, die Adoption asiatischer und negrider Kinder zu unterbinden, der Einwanderung und Ansiedlung Menschen fremder Rasse ein Ende zu bereiten, die steigende Zahl von Mischehen einzudämmen, werden alle Opfer der früheren Generationen für eine starke weiße Rasse, für ein erneuertes, großes und starkes Europa, für unsere Kulturen umsonst, nutz- und wertlos gewesen sein!«

15. »Die Wirtschaft der Herkunftsländer ist auf das Geld der im Ausland lebenden Staatsbürger angewiesen, weshalb die Forderung, sie zu bundesdeutschen Staatsbürgern zu machen nicht vertretbar ist... Die meisten ausländischen Arbeitnehmer wollen auch keine Deutschen werden... Wer in größerer Zahl einbürgern will, muß sagen, ob er ›eindeutschen‹ will... Integration darf nicht zur Entwurzelung aus dem Herkommen, Erhaltung der Bindungen an das eigene Volk, nicht zur Deklassierung führen. Auf lange Sicht lassen sich diese Fragen, die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Heimatländern, die Finanzierung, die Grenze der Ausländerbeschäftigung nicht ohne eine gesamteuropäische Arbeitsmarkt-, Regional- und Strukturpolitik regeln.«
Die SF-Redaktion wartet auf Leserzuschriften!

LIBERTÄRE PÄDAGOGIK / ARBEIT



Die Konkurrenz der Vereinnahmer schläft nicht
– Ein Diskussionsbeitrag zu den Themen »Arbeit« und »Libertäre Pädagogik«
– oder: Beschleunigt die Angst vor dem ›Überflüssigwerden‹ den von uns gewünschten Umdenkungsprozeß bei den berufsmäßigen Integrationsspezialisten?

Im Frühjahr 1984 fand in Kiel der 9. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft statt. Die Mehrzahl der Beiträge stand in Beziehung zur derzeitigen »Krise der Arbeitsgesellschaft«. Wiederkehrendes Thema war der Problemzusammenhang Arbeit-, Bildung- und Arbeitslosigkeit. Angesichts gesellschaftlich produzierter Arbeitslosigkeit wurde die bisherige Rolle der Pädagogik in Frage gestellt. Die Themen reichten über die „Bedeutung der Arbeit für Sozialisations- und Bildungsprozesse" und die „Zukunft der Lehrerausbildung" bis zum „Abbau des Sozialstaats" und zur „Friedens- und Ökopädagogik". Die Erziehungswissenschaft, die ihr Anliegen seit der Aufklärung eng mit der pädagogischen Bedeutung von (Lohn-)Arbeit verknüpft hat, steht nun plötzlich vor einer prekären Situation: die gesellschaftliche Anwendung neuer Technologien raffte in Kürze eine Unzahl von Arbeitsplätzen hinweg und stellte die berufsmäßigen Erzieher vor die Frage, wie denn Kinder und Jugendliche für ein Leben im Arbeitsprozeß vorzubereiten seien, wenn zu Recht zu befürchten steht, daß diese nach Abschluß der Ausbildung ohne Arbeitsplatz auf der Straße stehen. (sic!) Außerdem „ständen alle pädagogischen Bemühungen längst vor der idiotischen Situation, den Einzelnen so zu qualifizieren, daß er/sie in die Lage versetzt wird im Wettstreit um rare Ausbildungsplätze den Anderen auszustechen. Der Zugang des Einzelnen zur Erwerbsarbeit sei zudem abhängig von der Ausbildungs- und Beschäftigungsbereitschaft jener, die aus Konkurrenzgründen **an kostengünstigem Einkauf und rentabler Verwendung von Arbeitskraft interessiert seien. Die Reduktion des Subjekts auf die Dimension der – marktgängigen – Arbeitskraft** macht jedoch das pädagogische Ziel hinfällig, nachdem freie Entscheidungs- und selbstbestimmte Handlungsfähigkeit gelernt werden soll; es fördert ausschließlich individuelle Integrations- und Anpassungsleistungen, die der einzelne angesichts des Konkurrenzdrucks einer „industriellen Reservearmee" immer notwendiger bringen muß. Jener angebliche Anspruch, Arbeitslosigkeit durch Bildungsmaßnahmen abzubauen, führe letztlich nur dazu, »Erwerbslose zu qualifizieren, [...] aktuell Erwerbstätigen den Arbeitsplatz wegzunehmen. Der Erfolg einzelner ist insofern an die Bedingungen des Mißerfolgs anderer geknüpft«. Gleichzeitig schafft dieser Ansatz die pädagogische Legitimation dafür, daß die Richtung von Wirtschaft und Politik beibehalten werden kann. Letztlich gehe es darum, stärker als bisher über den Sinn der Arbeit nachzudenken. »Unsere Gesellschaft, in der wir als Pädagogen den Gesichtspunkt der Bildung und Erziehung geltend zu machen haben, muß ihre Arbeit so organisieren, daß möglichst viele Menschen die Chance erhalten, etwas zu leisten, das sie auch selbst erfüllt und begeistert«. Natürlich würden wir eine solche Schlußfolgerung nicht ziehen, aber sie macht deutlich, daß die traditionellen Vorstellungen einer engen Verknüpfung von Erziehung und Beruf nicht mehr ausreichen. Ein Sprecher ergänzte, daß das traditionelle System der Berufsausbildung in der Bundesrepublik offensichtlich den Herausforderungen durch die geburtenstarken Jahrgänge und den technischen Wandel nicht mehr gerecht werde. Man solle die Form beruflicher Qualifizierung zugunsten von Alternativen wie »Übungsfirmen« (das hört sich allerdings sehr nach »Scheinfirmen«, »ABM-Maßnahmen zur sozialen Kontrolle an und ist auch wohl gemeint) und selbstorganisierter Ausbildungs- und Arbeitsformen aufgeben (Wenn sie das ernst meinen, beschreiten sie den verdienstvollen ersten Schritt zu ihrer eigenen Abschaffung als »Sozialklempner«). Gerade angesichts der allgemeinen Arbeitslosigkeit, die mittlerweile zu einem gesellschaftlichen Dauerproblem geworden sei, wächst das Bewußtsein um die Bedeutung der Arbeit als Grundlage für die menschliche Identität und Bildung. Es sei an der Zeit, so betonte die Kommission Erwachsenenbildung, neue *Berufsziele* wie etwa *Solidarität und eine neue Zeitsouveränität* zu verfolgen. Den Aspekt der „Selbsthilfe" hob ein Sprecher hervor: Um Jugendlichen den staatlich verordneten »Arbeitsdienst« – so klassifizierte er die kostensparenden sozialen Dienste (Zivildienst, freiwilliges soziales Jahr, THW) – zu ersparen, sollten die Jugendlichen ihrerseits durch alternative Ausbildungs- und Arbeitsangebote ermuntert werden, eine eigene (!) Lebens- und Arbeitsperspektive zu entwickeln. Die Vertreter der „Freizeitpädagogik" verlangten sogar einen neuen Orientierungsrahmen, damit den bislang am Arbeitsethos orientierten Erziehungszielen andere mit Freizeitorientierungen hinzugefügt werden könnten. „Neue Berufsfelder" (auch für Pädagogen) werden gefordert (da ist die Katze aus dem Sack), um die durch Arbeitslosigkeit und/oder eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit bedingte „Freizeit" sinnvoll auszugestalten. Freizeit soll zukünftig über die Zeit der Reproduktion und des Konsums hinaus als Lern- und Bildungszeit, als Zeit für soziales Engagement und schöpferische Muße angesehen werden; – dagegen gibt es wenig einzuwenden, außer, daß wir dazu die Pädagogen nicht brauchen dürfen, soll es wirklich schöpferisch werden. – Immerhin stießen die Pädagogen damit auf krassen Widerspruch bei Bundesbildungsministerin Dr. Dorothee Wilms (CDU) und dem schleswig-holsteinischen Kultusminister Dr. Peter Bendixen, die **für die Beibehaltung der engen Verknüpfung von Bildung und Berufsanforderungen eintraten.** Frau Wilms *warnte* davor, Arbeitslosigkeit „als pädagogische Chance" zu begreifen, gar allgemeine Menschenbildung jenseits von Arbeit und Leistung zu etablieren. Bei aller Unsicherheit über die Zukunftsentwicklung in einer technisierten Berufswelt sei es nicht akzeptabel, junge Menschen durch eine Neuformulierung von Lernzielen auf ein Leben mit erzwungener Passivität oder zu ausschließlicher Freizeit vorzubereiten.

„Arbeit gehöre, in welcher Form auch immer, zum menschlichen Sein" (ob sie sich darin einschließt?); eine Berufsausbildung habe daher einen für alle Lebensbereiche exemplarischen Charakter.

Auch die Sozialpädagogen sahen nur Einschränkungen ihres eigenen Wirkens. Selbstkritisch stellten sie fest, daß sie lediglich staatlich verordnete Ordnungspolitik betreiben; zu einer „offensiven Sozialpolitik" habe man längst keine Chance mehr. So sei eine zunehmende „Reprivatisierung" sozialer Probleme und Erziehungsaufgaben zu beklagen, die letztlich jedoch nur eine Verlagerung von sozialen Lasten auf die ohnehin schon arg strapazierten Familien, vor allem auf die Frauen, bedeute. Einher damit gehe neuerdings die politisch motivierte „Familienfreundlichkeit", die die Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen wieder einschränke. So gebe es heute ja nicht weniger Arbeit, sondern nur weniger Erwerbsarbeit. Dafür steige der Anteil der „unbezahlten Reproduktionsarbeit", die, wenn sie weiterhin nur von Frauen allein geleistet würde, für diese eine Zerstörung aller Hoffnungen auf Selbständigkeit und ein eigenes Auskommen bedeute.

Allgemein stellte man fest, daß die in den letzten Jahren auftretenden Versuche einer „Pädagogisierung sozialer Probleme", d.h. die Ansprüche an die Erziehungswissenschaften, sich um die Lösung von sozialen und politischen Problemen zu bemühen, abzulehnen seien. Es komme wieder stärker darauf an, eine radikale Neubesinnung auf die eigene Bestimmung vorzunehmen: eine neue Form der eigentlichen Bestimmung pädagogischen Handelns vor allen gesellschaftlichen und politischen Ansprüchen sei nötig, diese solle den Gedanken einer umfassenden Menschenbildung wieder aufgreifen und Vorstellungen für eine humane Lebensverwirklichung gemeinsam mit den Betroffenen formulieren. Die Neubesinnung auf die eigentlichen Inhalte pädagogischen Denkens und Handelns sollte daran ansetzen, daß nicht mehr nach den Wünschen des (Sozial-)Staats gefragt wird.

Alexander Celso, z.Zt. Kiel



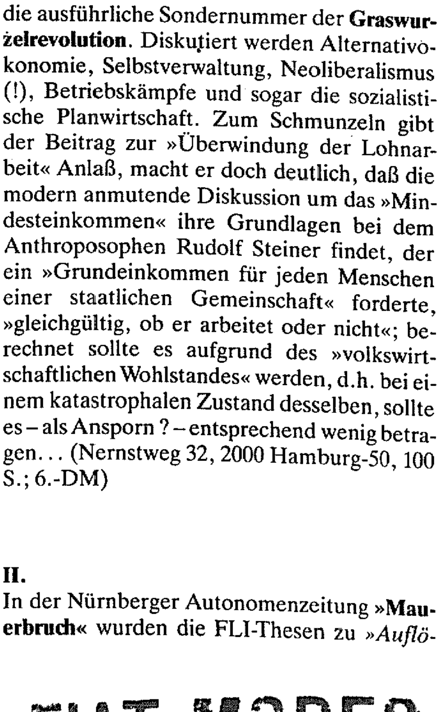
Was sich zu lesen lohnt
Kurze Zeitschriftenschau

I.

Zwei theoretische Zeitschriften, die anarchistische **»Die Freie Gesellschaft« und die surrealistischen »Anschläge«** stellten ihr Erscheinen ein. Wir bieten den (Ex-)Herausgebern an, im SF ihre Gründe und Probleme darzulegen. Dagegen wird die Frankfurter **»Aktion«**, die aus finanziellen Gründen ein Jahr pausieren mußte, nun wieder regelmäßig herauskommen. Die erste Nummer enthält Beiträge zur Sozialen Kontrolle, zu Nicaragua, zum Stowasser-Prozeß, Hungerstreik sowie Internationales z.B. aus dem polnischen Untergrund und dem Tschad. (Postlagerkarte 031 301 B / 6000 Frankfurt-17; Nr.1/85; 2,50DM). Die ehemaligen KBW'ler werden in ihrer Zeitschrift **»Kommune«** immer offener für libertäres (wenn auch manchmal noch für schein- oder „öko"-libertäres) Gedankengut: In der Januarnummer wurden Murray Bookchin gleich acht Seiten eingeräumt für seinen Beitrag »Parteipolitik oder populistische Politik«. Lesenswert auch der Abdruck von Rudolf Bahros Rede auf der Bundesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN, der auch jene Teile enthält, die nicht gesprochen wurden. Hinzukommt ein Beitrag des Rätesozialisten (und Ernst Friedrich-Freundes) Henry Jacoby »Von den konservativen Motiven revolutionärer Bewegungen«, der insbesondere die Rolle der Handwerker in der französischen Revolution beleuchtet (PF 11 11 62, 6000 Frankfurt-1; 1/85; 6.-DM; 100S.). Seit längerem diskutieren die Autonomen der **»Karlsruher Stadtzeitung«** zum Thema »Arbeit«. In der Januarnummer wird der SF kritisiert, daß er das André Gorz Interview (Nr.15) unkommentiert abgedruckt hat, weil Gorz nur den Kapitalismus hochproduktiv machen wolle. Zur Klarstellung: wir stellen mitunter auch Texte zur Diskussion, die nicht unser politisches Ideal widerspiegeln; zu unserem Redaktionsverständnis gehört es auch, daß wir zuerst den Lesern die Möglichkeit zur Reaktion geben wollen und nicht sofort durch einschätzende Kommentare alles an »seinen« (?) Platz verweisen. Der Gorz-Text steht im Zusammenhang mit einer länger andauernden »Arbeit«-Diskussion, trägt zur eigenen Standortbestimmung bei und ist in unserer Einschätzung nicht so *eindeutig »kapitalistisch«*, wie dies behauptet wird. Es finden sich auch 7 Thesen gegen das »Mindesteinkommen« (gegen das wir aus anderen Gründen auch Bedenken haben; z.B. vergrößerte Abhängigkeit vom verteilenden Staat usw.), die allerdings in der antiquierten Forderung ›von der Klassenzusammensetzung auszugehen, um Organisationsprozesse von unten zu fördern‹ enden. Das letztere unterstützen wir selbstverständlich, von der klassenspezifischen Organisation zu reden, gerade bei Jobbern (und das sind wir auch), die alles und nichts machen (zu machen haben), halten wir für die Neuauflage eines 1933 zwangsbeerdigten Mythos'! Organisationsprozesse von unten gegen jede Form von Herrschaft, ob in Betrieben, Schulen, im Alltag, im Stadtteil etc. (und im Hinterfragen des eigenen Verhaltens) reichen als Grundlage für aktives politisches Handeln; – solange man keine Klassenmacht anstrebt... (PF 3644, 7500 Karlsruhe, 1/85, 2,50DM). »Anders Arbeiten« will die ausführliche Sondernummer der **Graswurzelrevolution**. Diskutiert werden Alternativökonomie, Selbstverwaltung, Neoliberalismus (!), Betriebskämpfe und sogar die sozialistische Planwirtschaft. Zum Schmunzeln gibt der Beitrag zur »Überwindung der Lohnarbeit« Anlaß, macht er doch deutlich, daß die modern anmutende Diskussion um das »Mindesteinkommen« ihre Grundlagen bei dem Anthroposophen Rudolf Steiner findet, der ein »Grundeinkommen für jeden Menschen einer staatlichen Gemeinschaft« forderte, »gleichgültig, ob er arbeitet oder nicht«; berechnet sollte es aufgrund des »volkswirtschaftlichen Wohlstandes« werden, d.h. bei einem katastrophalen Zustand desselben, sollte es – als Ansporn ? – entsprechend wenig betragen... (Nernstweg 32, 2000 Hamburg-50, 100 S.; 6.-DM)

II.

In der Nürnberger Autonomenzeitung **»Mauerbruch«** wurden die FLI-Thesen zu *»Auflösung und Verfall der Arbeit«* abgedruckt und kritisiert. Dabei fällt allerdings auf, daß die Thesen (und mit ihnen der SF) unserer Meinung nach zu Unrecht mit der Position von André Gorz identifiziert werden; – um anschließend, weil Gorz reformistisch sei, beiseite geschoben zu werden. Wir haben uns in der Diskussion zwar auf Gorz bezogen – wie wir in dieser Nummer Toffler heranziehen – doch ausnahmslos kritisch (Diskussionen auf den FLI-Treffen!). So wurde *nie* behauptet (und es findet sich auch keine Stelle in den »Thesen«, die so ausgelegt werden könnte), daß wir glauben, die Kapitalisten würden auf die Kapitalanhäufung freiwillig verzichten oder in ihrer Mehrheit eine Systemveränderung, gar noch eine in unserem Sinne, anstreben; die uns *»die Kohle in den Arsch (schiebt), wenn das soziale Netz nicht mehr hält«* (Mauerbruch, S.14). Wer so kritisiert, macht sich sein Geschäft allzu leicht.



«Fiat Modes», 1920.

Dennoch gibt es Unterschiede in den Einschätzungen: sie betreffen allerdings zwei andere Punkte. Die Autonomen-These, daß *»eben nur aus lebendiger Arbeit der Mehrwert entsteht, aus dem der Kapitalist den Profit schöpft«*, ist so platt eben nicht mehr richtig, wenn aufgrund der Automatisierung im Produktionsbereich nur noch ein Bruchteil der Menschen beschäftigt werden müssen, die heute noch nötig sind; – während die Gewinne geradezu explodieren. [Dabei ist die Ausbeutung der Arbeitskraft der in andere Bereiche (Wieder-)Abgedrängten, z.B. Dienstleistungen, Freizeitanimateure, Hausfrauen, Sozialarbeiter, Polizisten, Soldaten etc. etc.) natürlich auf anderer Ebene nach wie vor gegeben.]

Zum zweiten und wohl wesentlichsten Unterschied: *»Klassenzusammengehörigkeit, Klassenbewußtsein, Organisierung stehen mehr denn je auf der Tagesordnung, (...) Und das sagen wir nicht deswegen, wie das Thesenpapier glauben machen will, weil andernfalls die Grundlage unserer Politik flöten geht, sondern weil es wirklich eine objektive und subjektive Forderung der Situation ist, in der wir stekken. Die Krise der Linken liegt nicht darin, daß sie sich auf die Kämpfe einer zugrunde gehenden Klasse versteift, sondern im Gegenteil darin, daß sie in den vergangenen Jahren der ›Sozialpartnerschaft‹ die Klassenfrage als theoretisches Problem abgehandelt hat, weil die Linke bis dato nicht Arbeitnehmer war (...) Die Situation ist im Begriff sich zu verändern!(...)*

Zeitarbeiter, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Jobber bilden eine neue Schicht unterhalb der Schichten aus Facharbeitern...« (S.15)

Die Autonomen kommen zum »Klassenkampf«, weil sie inzwischen zu den ausgebeuteten Subjekten dazugehören; – wie wenn sie dazu nicht schon immer, auch aüßerhalb der Betriebe, gehört hätten. Die sich hier andeutende theoretische Sackgasse entstand aus der Perspektivlosigkeit der Autonomenbewegung seit den Zerfallserscheinungen nach 1983. Bis dahin hatten die konkreten Aktionen die Theoriefeindlichkeit und -schwäche überdeckt. AKW's, Häuser, Startbahn usw. waren Schwachstellen des Systems, wo sich dessen Infragestellung in Praxis umsetzen ließ. Doch nur die Aktionen brachten Gemeinsamkeit; organisatorisch und theoretisch war keine wirkliche Basis vorhanden. Die Anarchisten, die in dem Mauerbruch-Artikel pauschal *»als geschichtsverändernde Theoretiker ausgespielt«* (S.13) haben, wurden z.B. noch beim Berliner Kronstadt-Kongreß 1981 (vgl. SF-4) als »Theoriewichser« abgetan; was allein zählte war doch die »Straße«... Dabei machen wir *dieselben Erfahrungen* bereits einige Jahre länger und sind – was die Notwendigkeit verbindlicher Zusammenarbeit/Organisierung anbetrifft – (allerdings viel zu lasch) dabei, uns Theorien und Strukturen zu schaffen – ohne Wasserköpfe und Luftblasen zu erzeugen. Das Thesenpapier ist Bestandteil dieses Diskussionsprozesses und versucht die derzeitigen Veränderungen im Kapitalismus zu analysieren um »Knackpunkte« für unser Eingreifen (ohne das sich selbstverständlich garnichts in unserem Sinne verändert!) zu finden.

Wenn wir unterstellen, daß das Ziel der Autonomen mit unserem Ziel, nämlich der Überwindung des Kapitalismus zugunsten einer herrschaftsfreien Gesellschaft übereinstimmt, halten wir das jetzt von den Autonomen wiederentdeckte Mittel – den Klassenkampf – – für die Erreichung dieses Ziels im besten Fall für eine Selbstreduzierung der Widerstandsmöglichkeiten in dieser Industrie- und Konsumgesellschaft. Wenn wir wir Widerstand leisten wollen, so gegen Herrschaft in *allen* Lebens-, Arbeits- und sonstigen Zusammenhängen, die uns erreichbar sind. Eine Analyse, ob dabei ein potentieller Mitkämpfer zu unserer Klasse oder Schicht gehört, ist solange überflüssig, wie sich theoretische und praktische Gemeinsamkeiten ergeben. Eine Analyse, ob ein faschistischer Jungarbeiter zu meiner Klasse gehört und deshalb anders behandelt werden muß, als sein ideologischer Wortführer in der ›Deutschen Nationalzeitung‹ (oder was diese Analyse auch immer bringen soll), halten wir für eine der typischen Fallen, die das Klassenstandpunkts-Denken mit sich bringen kann und an deren Vermeidung sich bereits die KPD'ler vergeblich den Kopf zerbrachen [– schließlich um den Preis der Übernahme nationalistischer Parolen etc.].

Wir stellen deshalb fest, daß der Theoriefeindlichkeit vieler Autonomer nun, nachdem das Defizit erkannt wurde, die Flucht in eine überholte Klassenkampftheorie folgt, die in den Sackgassen zu landen droht, in denen sich die K-Gruppen bereits totgelaufen haben. Schaut man sich die Ex-Maoisten heute an, so stellt sich die Frage, wann die ehemaligen Autonomen und heutigen Sozialrevolutionäre eine herkömmliche K-(ampf)Partei gründen, die nach einigen Jahren ihre Organisationserfahrungen in eine – dann gerade auf »frisches Blut« erpichte – Grüne Partei einbringen wird. Doch das ist bittere Zukunftsmusik, die der antiautoritäre Teil der Autonomen, so hoffen wir, nicht mitspielen wird. (c/o KOMM, Königstr.93, 8500 Nürnberg; Nr.7; 3.-)

wh



(pro Zeile 1.-DM)

★ Zur **Solidaritätskampagne »Freiheit für Omori«** (SF, Nr.15, S.53) gibt es beim libertären Forum Neuwied vorgedruckte Postkarten. – Zum Verschicken an japanische Repräsentanten in der BRD. (z.B. Japanische Botschaft, Bonn-Center H 1-701, Bundeskanzlerplatz, 5300 Bonn u.v.a.) Diese brauchen nur noch adressiert und franquiert zu werden – und ab geht die Post. Interessierten schicken wir die Karten (gewünschte Anzahl bitte angeben) und eine Adressenliste gegen eine Briefmarkenspende gerne zu.
Libertäres Forum Neuwied, c/o Theo Baczewski, Herrmannstr. 21, 545 Neuwied 1.

★**Anarchismusseminar der Gewerkschaftsjugend in Oberursel vom 1.12. bis 6.12.85.**

Erfreulicherweise ist in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit die Beschäftigung mit dem Anarchismus kein absolutes Tabu mehr. In der Reihe »Ideengeschichte der Arbeiterbewegung« beschäftigt sich die Gewerkschaftsjugend in dem Seminar mit folgenden Fragen und Problemen:
*Welches ist die grundsätzliche Idee des Anarchismus? *Wie wird das Ziel Herrschaftslosigkeit zum Bestandteil des politischen Handelns? *Inwieweit gibt es eine ausgearbeitete Theorie des Anarchismus? *Überblick über die Geschichte der anarchistischen Gruppen und Bewegungen in Deutschland. * Welches sind die Unterschiede zwischen kommunistischen und anarchistischen Gesellschaftsvorstellungen? *Welchen Einfluß, welche Spuren hat die anarchistische Theorie in der Arbeiterbewegung hinterlassen? *Warum haben nicht nur bürgerliche Kreise ein Interesse an einer negativen Beschreibung des Anarchismus?
Seminarleiter ist Wolfgang Günther. Teilnehmen kann jeder, der Mitglied einer DGB-Gewerkschaft und nicht älter als 25 Jahre ist. **Kontakt**: Haus der Gewerkschaftsjugend, Königsteiner Straße 29, 6370 Oberursel.

★Das Bildungswerk für Friedensarbeit in Bonn veranstaltet **Seminare und Kurse zum Thema »Libertärer Sozialismus: Theorie und Praxis des Anarchismus«**. Konkret angekündigt ist ein Wochenendseminar in der Eifel (7.6.-9.6.85) und vier Kursabende ab 9.5.85. Kontakte unter: Bildungswerk für Friedensarbeit, Berliner Platz 33, 5300 Bonn 1, verantwortlich: Chr. Conrad).

★**Organisatorisches**An alle norddeutschen anarchistischen Gruppen: Was haltet ihr von einem Treffen über Pfingsten zum gegenseitigen Kennenlernen und Erfahrungsaustausch? Kontakt und Themenvorschläge: Anarchistische Gruppe, c/o Guten Morgen Buchladen, Geysostr. 9, 3300 Braunschweig.

★Der **SF** wird mit einem Stand auf der Mainzer Minipressenmesse vom 5.6. bis 9.6. im Elzer Hof vertreten sein. Für alle, die Interesse an Gesprächen haben...

★Zur Vorfinanzierung der beiden Sondernummern »Kultur« und »Nostalgie« benötigen wir noch Geld. Wir haben bereits zwei Direktkredite von Lesern bekommen, so daß die Nummern sicher erscheinen werden. Der **SF** sucht noch weitere zinslose **Direktkredite** für mindestens 12 Monate, rückzahlbar in Monatsraten vom vereinbarten Zeitpunkt an. Wer uns also die Zeit bis zum Verkauf der Nummern überbrücken helfen kann, wende sich an unsere neue Redaktionsanschrift.

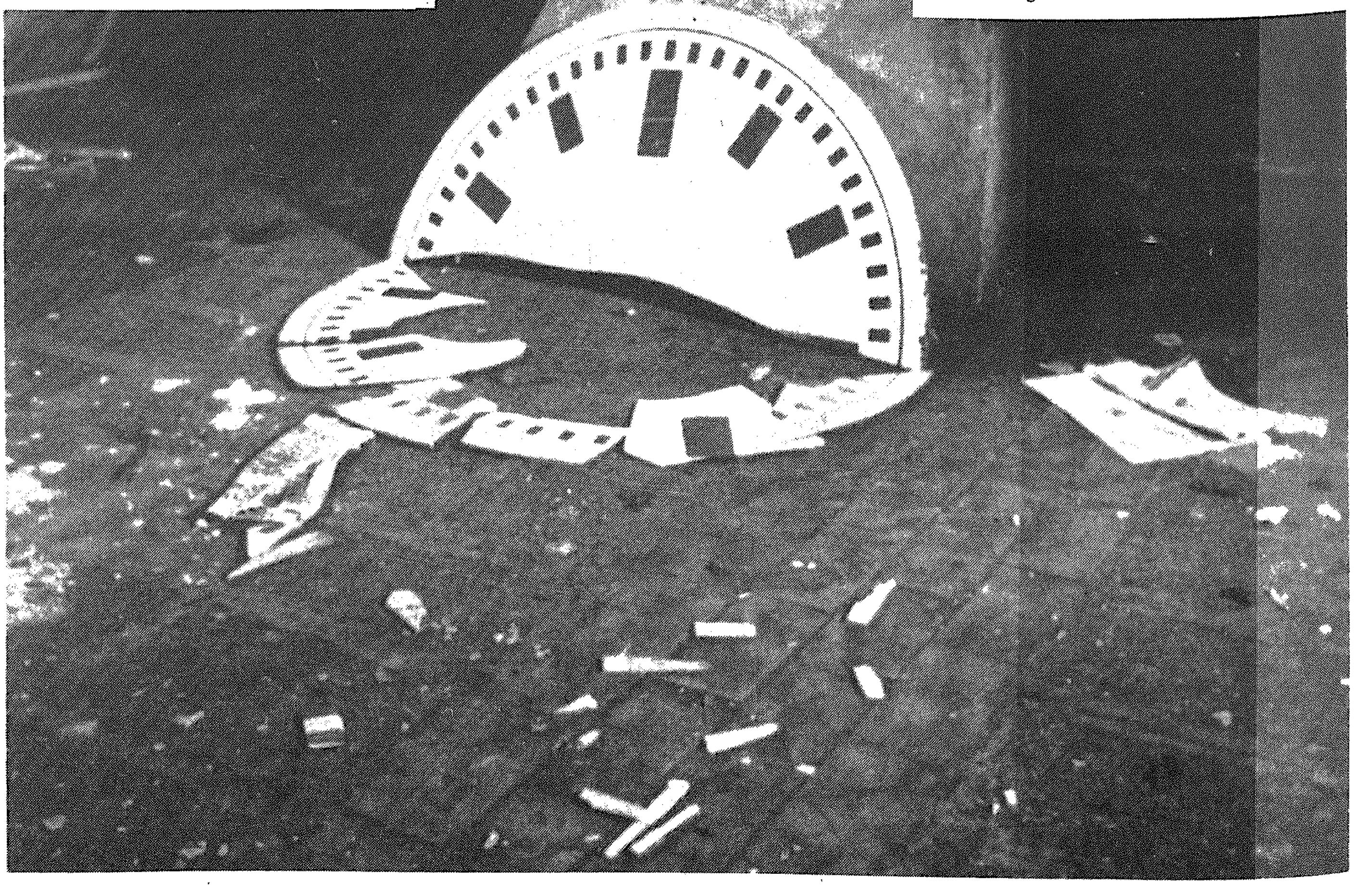
★Verkaufe **»Die Freie Gesellschaft« (Neue Folge, Marburg)**. Anarchistsche Theoriezeitschrift. Alle neu erschienen Nummern (außer Nr.7) 15.-DM zzgl. Porto. Mirijam, c/o SF. Vorauskasse an SF-Konto, Lieferung durch den SF.

★**Selbstverwaltung heute – die Katios**: Der Beitrag, der in SF-16 abgedruckt war und noch vieles mehr an Hintergrundsinformation zu Kolumbien findet sich in einer Broschüre der Kolumbiengruppen Tübingen/Nürtingen/Hofgeismar: »Wir wollen nicht Gewalt – wir wollen nur unser Land.« Beziehbar bei: Albrecht Bühler, Marienstr. 56, 7400 Nürtingen, 2,50 DM davon 1.- DM Solidaritätsspende an die Katios

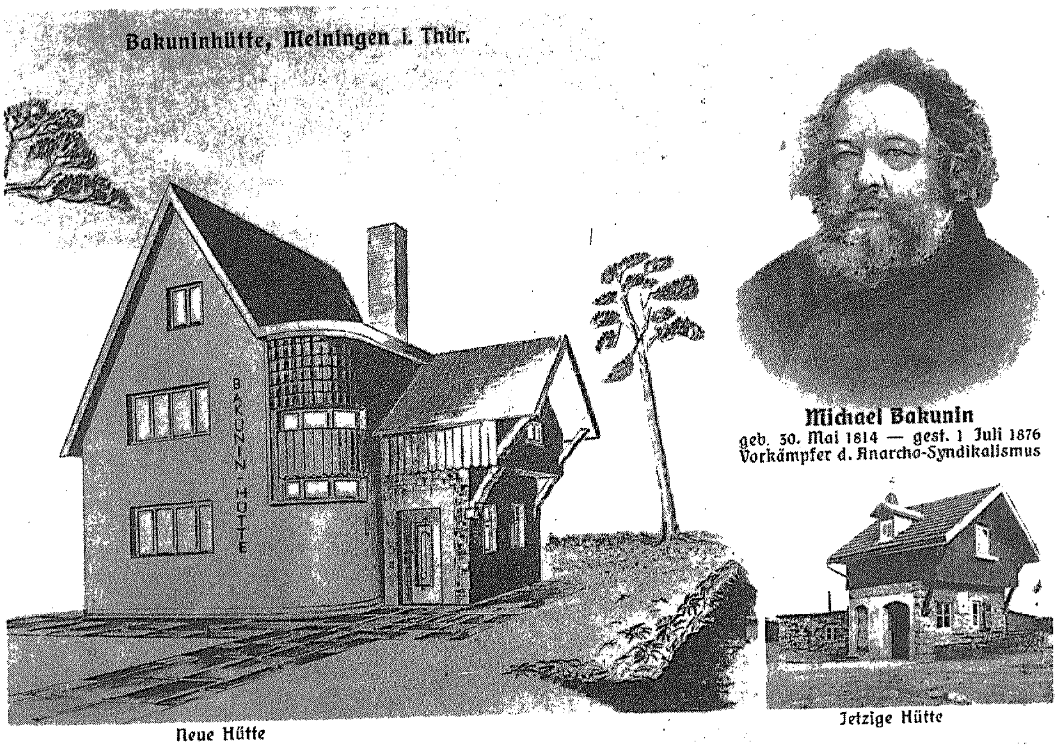
★Auflösung der Fragen nach den **Quellen neonazistischer und »verwandter« Töne.**

1. Bernhard Barkhold (das ist Bernd Dröse aus dem Bundesvorstand der NPD): Ausländerprobleme eine Zeitbombe? (Vowinckel: Berg am See 1981) S. 76f
2. Gesellschaft für bedrohte Völker: Broschüre zur Selbstdarstellung (Göttingen o.J.)
3. Bund Deutscher Solidaristen: Resolution zum Menschenhandel mit Gastarbeitern. In: Nation Europa 7/8 – 1981
4. Konservative Aktion: Beschäftigungsprogramm (Hamburg 1982)
5. Initiative für Ausländer-Begrenzung (Deutsche Volksunion), Programm 1980
6. Bürgerinitiative Ausländerstopp (NPD): Unterschriftenliste 1981
7. Südafrikanische Botschaft: Südafrika kontrovers (Bonn o.J.)
8. Katholischer Pressebund: Fünf Wunden Europas (Köln o.J.)
9. Theodor Schmidt-Kaler (CDU, Heidelberger Manifest): Was kostet es ein Volk zu zerstören? Vortrag am 9.10.1981 vor dem Rhein-Ruhr-Klub im Hilton-Düsseldorf
10. NSDAP-Programm 1920.
11. NPD-Flugblatt 1982.
12. Die Tageszeitung (2.8.1982), »Linke diskutieren Ausländerstop«.
13. Hans-Günther Petschat (Nationalrevolutionäres Koordinationsbüro): Gegeneinander leben? In: Unitarische Blätter 1/82
14. H. E. J. Bruggen: Bevölkerungsentwicklung in Belgien. In: Nordische Zukunft (Zeitschrift des Nordischen Ringes e.V.) 1/1981
15. Josef Stingl: Les travailleurs étrangers ne forment pas immediatement des groupes ethniques. In: Europa Ethnica, 30.Jg. 1973

Anmerkung: Wir wollen bewußt nicht den gleichen Fehler machen, den Strauß vorsätzlich begeht, und alle Zitierten gleich setzen. Ganz im Gegenteil geht es uns darum, wie schon mit der NR-Diskussion in Nr. 9 und 10, die Unterschiede klar zu machen um gerade dadurch auf jede rassistische oder in Ansätzen dazu ausnutzbare Position eine Antwort zu finden. Dazu gehört die genaue Kenntnis –; der alles niederschmetternde »Faschismus-Vorwurf« scheint uns angesichts der zunehmenden Verbreitung solcher deutschtümelnden Thesen gerade unter Arbeiterjugendlichen als ungeeignetes Mittel der Auseinandersetzung und sollte nur noch für die neonazistischen Gruppen a la Marx/Kühnen/Hofmann &Co. Anwendung finden.



BRIEFE



»Anbei eine alte Postkarte von der Bakuninhütte. Rechts die Hütte wie sie 1933 aussah. Links der geplante Neubau. Was mich gewundert hat ist, daß in dem Artikel über die Bakuninhütte, Fritz Scherer kein Wort über die Ferienlager der anarchistischen Jugend und der Kindergruppen, die dort abgehalten wurden, verloren hat.«

Georg Hepp, Nauheim

Von Georg Hepp fanden wir in dem Buch »Arbeiterjugendbewegung in Frankfurt 1904-1945«, Anabas-Verlag, 1978, 9.80DM eine Schilderung der syndikalistisch-anarchistischen Jugendgruppe Frankfurt, die wir hier als Ergänzung abdrucken wollen; SF-Red.

Die Gruppe der syndikalistisch-anarchistischen Jugend in Frankfurt am Main wurde im Jahr 1926 von einigen jungen Arbeitern gegründet. Sie schloß sich der syndikalistisch-anarchistischen Jugend Deutschlands (SAJD) an und war zugleich dem Landesverband des Rhein-Main-Gebiets angegliedert. Was die anarchistische Jugend grundsätzlich neben ihrer antiautoritären Gesellschaftsauffassung von den übrigen sozialistischen Jugendverbänden unterschied, war ihre Unabhängigkeit von einer Altersorganisation. Während alle anderen Jugendgruppen in die politischen Parteien oder die Gewerkschaften eingegliedert waren, verstand sich die anarchistische Jugend als selbständige und unabhängige Jugendbewegung. Zu der damals bestehenden anarchosyndikalistischen Gewerkschaft, der Freien Arbeiter Union Deutschlands (FAUD), bestand nur ein loses Verhältnis.

In ihrem Programm bekannte sich die anarchistische Jugend zu einem konsequenten Antimilitarismus und zum Atheismus. Sie war für die Freiheit in Erziehung und Bildung und für eine freiheitlich-sozialistische (anarchistische) Gesellschaftsordnung. Bei dieser antiautoritären Einstellung war es nur natürlich, daß das Verhältnis zu der sozialistischen Arbeiterjugend und der kommunistischen Jugend gespannt war, und wo immer sich die Gruppen begegneten, kam es zu lebhaften Diskussionen, die immerhin das Gute hatten, daß hierbei die Gegensätze der einzelnen sozialistischen Richtungen und ihre Einstellung auch zu den tagespolitischen Ereignissen deutlich wurden.

Von den Gegnern der anarchistischen Jugend, die sich auf ihre zahlenmäßige Überlegenheit berufen konnten, wurde die anarchistische Jugend wegen ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit oft als Sektierer abqualifiziert. Obwohl die Frankfurter Gruppe nie über 20 Mitglieder hinausgekommen war, fühlte sie sich nie als Sekte, sondern lediglich als eine Minderheit, die unangenehme Tabus, auch im sozialistischen Lager, antastete. Es bestanden zwar zu der Jugend der politischen Parteien keine engeren Beziehungen, doch das bedeutete keineswegs ein Abgleiten in die Isolation. Die meisten Gruppenmitglieder waren zugleich Mitglied einer anderen Organisation, zum Beispiel bei den Naturfreunden, den proletarischen Freidenkern oder auch den Esperantisten.

Was die eigenen Aktivitäten betrifft, so waren diese von der zahlenmäßigen und somit auch von der finanziellen Seite her beschränkt. Als Hauptagitationsmittel stand der Gruppe die monatlich erscheinende Zeitung »Junge Anarchisten« zur Verfügung, die, wo immer sich Gelegenehit bot, besonders bei öffentlichen Veranstaltungen, vertrieben wurde. Darüber hinaus wurde auch zu besonderen Anlässen mit eigenen Flugblättern Stellung genommen.

Das Gruppenleben selbst wurde weitgehend durch die Zusammensetzung der Gruppe bestimmt. Die Gruppe bestand ausschließlich aus jungen Arbeitern, angefangen beim Fürsorgezögling über den Lehrling und den jugendlichen Arbeitslosen bis zum Jungarbeiter.

Die Gruppe bestand bis 1933. Mit dem Verbot aller sozialistischen Gruppen durch das Hitlerregime wurde auch das legale Weiterbestehen der anarchistischen Jugend unterbunden. Von den Gruppenmitgliedern, die sich der Widerstandsbewegung anschlossen, kamen zwei in den Konzentrationslagern ums Leben. Ein Mitglied wurde zu sechs Jahren Zuchthaus und anschließend 20 Monaten Konzentrationslager verurteilt. Ein Jugendlicher, der ins Ausland geflohen war, kämpfte in der französischen Armee und kam in deutsche Gefangenschaft.

Liebe Genossen,
wie ihr an meinem neuen Absender sehen könnt bin ich nun im römischen Zentralgefängnis »Rebibbia G.8« und eben nicht mehr – wie noch bis zum 26.1.85 – im letzten Zipfel Italiens, genauer in Trani »untergebracht«. Sicherlich hatte unser Aufstand dazu beigetragen aus Trani ein kurioses Touristen-Städtchen werden zu lassen; nachdem sie die Gefängnisinsel »Asinara« schließen mußten (das war unsere Hauptforderung) die bis dahin als der tropische Garten Sardiniens bekannt war (das heißt/hieß u.a., daß die Genossen dort schlimmer behandelt wurden als man sich's an Tieren vorzustellen vermag!). Der Preis war allerdings hoch oder wie man so schön sagt »staatspolitisch« (18 Jahre und 8 Monate für mich: Schleuderpreise!) und vielleicht in der Absicht die ökonomischen Verluste mit der Schließung der Blut-Insel auszugleichen. Mein gegenwärtiges Strafende hab' ich nun im Jahre 2022! Da ich aber Realist bin und eben keiner Utopie nachrechnen will und werde möchte ich euch dennoch bitten mir den Schwarzen Faden (und sofern ihr auch andere Schriften habt, mein Interesse ist groß um den deutschen Wind zu fühlen) weiterhin zu schicken – wenigstens bis zu dem Zeitpunkt bis ich euch davon unterrichtet haben werde, warum man bestimmte Zeitrechnungen übertreten und abschaffen muß.
Eine feste Umarmung,

Willy Piroch, Rom

Eine konkrete Fortsetzung der Kritik des Neoliberalismus

Eines der gerade auch für Anarchisten interessantesten und politisch wichtigsten Ereignisse der letzten Zeit auf internationaler Ebene, der 12 Monate andauernde militante und entbehrungsreiche Streik der britischen Bergarbeiter, hat bisher in den Spalten des SF keine Erwähnung gefunden.

»Die lassen sich da doch in einem von doktrinär-marxistischen Bürokraten um politischer Profilierung willen geführten Streik verheizen« – winkt manche anarchistische Stimme hierzulande müde ab. »Die haben sich das doch alles von oben aufdrängen lassen müssen, konnten noch nicht mal in einer Urabstimmung selbst darüber entscheiden, ob sie streiken wollen oder nicht«, heißt es an anderer Stelle.



Und schließlich heißt es in den FLI-»Thesen zu Auflösung und Verfall der Arbeit und zur Rekonstruktion linker Politik aus anarchistischer Sicht«, vorgetragen auf dem Internationalen Anarchistentreffen in Venedig diesen September, unter Punkt 2: »Eine durch ökonomische Bestimmungen determinierte Linke verfällt mit diesen und das Ausmaß des bereits vonstatten gegangenen Verfalls zeigt sich am deutlichsten an der *zunehmenden Wirkungslosigkeit ihrer Kämpfe (Streiks, insbesondere um die 35-Stunden-Woche, England-Bergarbeiterstreiks etc.*; Hervorheb. v. Vert.)

In Wirklichkeit zeigt dieser längste Streik der britischen Geschichte jedoch, daß das Proletariat dort nicht im entferntesten daran denkt, sich vom politischen Kampf zu verabschieden, und daß die radikale britische Linke – einschließlich der Anarchisten – keinesfalls ihren Abschied vom Proletariat nimmt, sondern ganz im Gegenteil den Streik nach besten Kräften unterstützt.

Es ist zweifellos wichtig die Diskussion um die Rolle der Arbeit zu führen und voranzutreiben, doch macht gerade das Beispiel des britischen Bergarbeiterstreiks deutlich, wie fatal es wäre, sich über eine solche Diskussion von den Arbeitern und ihren Kämpfern zu entfernen und zu verkennen, daß mit dem ›gegenreformatorischen‹ Angriff auf die Arbeit im Sinne eines »effektivierten Kapitalismus« gleichzeitig auch ein umfassender Schlag auf alle elementaren Bereiche des menschlichen Lebens geführt wird. Die »positive Rekonstruktion der sozialen Beziehungen«, die in den »Thesen« stattdessen angestrebt wird, hat in dem gegenwärtigen Streik der britischen Bergarbeiter bereits stattgefunden. Und dies führt gerade uns Anarchisten vor Augen, wie wichtig es bleibt, bei allen auftretenden gesellschaftlichen Konflikten – und dies sind in erster Linie immer noch Streiks von Arbeitern – eindeutig Stellung zu beziehen und solidarisch aktiv zu werden. Erst dadurch wird die Bedeutsamkeit anarchistischer Aktionsformen und Ziele erkennbar. Zwischen dem Klassenkampf, der zur Zeit in GB tobt und der Situation hier in der BRD lassen sich keine direkten Parallelen ziehen. So hatte in GB – im Gegensatz zu unserer Nachkriegsrepublik – die reformistische Sozialpartnerschaft nie eine wirkliche Chance. Auch die »vielschichtige Krise« – wie es treffend in den »Thesen« genannt wird – setzte dort wesentlich früher ein als bei uns. Dennoch ist diese Krise inzwischen auch bei uns angekommen und konservative »Wender« läuteten auch hierzulande die »Wiederaufbereitung« alter Werte und Abhängigkeitsverhältnisse ein; die Arbeitslosenschlangen werden länger, die Gewerkschaften geraten immer mehr in die Defensive, Studenten büßen ihre letzten Freiräume ein. Eine neue soziale Gruppe, die ›Jobber‹, die sprunghaft anwächst, ist entstanden. Sie zeichnet oft eine sozialrevolutionäre Explosivkraft aus, die nicht zuletzt aus den entwürdigenden Erfahrungen ihrer Arbeit herrühren mag – wie oft gibt es keine Betriebsräte, werden Pausen verweigert, genau darauf geachtet, daß unter dem Sozialbeitragssatz geblieben wird. . .Für sie ist die 20-Stunden-Woche sicher nicht so schön. Auch bei uns ist der Angriff von oben eröffnet worden und schafft von dort über die »Effektivierung« der Arbeit mehr und mehr Betroffene. Bei allen zukünftigen Kämpfen, die sich daran entzünden werden, ist es notwendig, daß wir als Anarchisten Unterstützungs- und Mitarbeitsstrukturen entwickeln. Und da die vorrangig Betroffenen immer noch Arbeiter sein werden, gilt dies besonders für Streiks, in denen über entsprechende Aktionen genügend Gelegenheit sein wird, unsere freiheitlichen Prinzipien und alternativen Formen sozialer Zusammenarbeit zu verbreiten.

Winand Ehls. Göttingen



★ALTE AUSGABEN DES SF:
Um neueren Abonennten die Gelegenheit zu geben, ihre Sammlung zu vervollständigen und bei Bekannten und Interessierten zu einem günstigen Preis für den SF zu werben, machten wir folgendes Angebot: »Für 4 alte Ausgaben schickt ihr uns 10 DM (Schein, Überweisung, Briefmarken). Welche Nummern ihr haben wollt, schreibt ihr dabei. Zur besseren Orientierung hier die Inhaltsangaben der noch lieferbaren Ausgaben. Die Anzahl der noch lieferbaren Nummern ist inzwischen sehr dünn geworden; über das Interesse haben wir uns natürlich sehr gefreut und zur finanziellen Stabilisierung des Blattes hat diese Aktion ebenfalls einiges beigetragen. Inzwischen sind allerdings nur noch vier Nummern greifbar; dafür bereiten wir ein **»Nostalgie«-Auswahlnummer«** vor, die ausgewählte Beiträge aus den Nummern O bis 12 enthalten wird und zu unserem 5-jährigen Bestehen (!) am 1. Mai 1985 erscheint. Zum Inhalt siehe unten. Von den alten Nummern bleiben (alle vier für 10.-DM) lieferbar:

Nr.13: (64 Seiten)
★ Zeit-Echo ★ Anarcho-Organisierung (FLI etc.) ★ Kabelfernsehen ★ »Containment...« ★ Bakteriologische Kriegsanfänge ★ Thoreau ★ Libertäre Pädagogik ★ Interview mit Johannes Agnoli ★ Kritik an S. Gesell ★ Hochzinspolitik der USA ★ Projektemesse ★ Landauers Aktualität ★ Ausbildungsverbot ★ Nachruf ★ IAA-Geschichte ★DAS in Spanien, II.Teil ★ Zeitschriftenschau ★ Buchbesprechungen ★ Repression mit §129a ★ Kleinanzeigen, hautnah etc.

Nr.14: (64 Seiten)
★ Arbeit, Entropie, Apokalypse und 35-Stunden-woche ★ Geheimer NATO-Stützpunkt auf den Färörn ★ Cruise auf U-Boote - NATO-Pläne ★ Europawahlboykott ★ Antipädagogik contra Libertäre Pädagogik ★ Gesell-Diskussion ★ Das letzte Interview mit Augustin Souchy; + Filmbesprechung Die lange Hoffnung ★ Aufruf an Anarcha-Feministinnen ★ Kritik an den Ökolibertären u.v.a.m.

Nr.15: (64 Seiten)
★ Kulturnummer? ★ FLI-Treffen (Lutter) ★ Automatisierungsdebatte ★ Interview mit A. Gorz ★ Frau-Mann-Maschine ★ Hacker ★ Pädagogik-Diskussion ★ F. Ferrer ★ Anti-Kriegs-Museum, ein Interview ★ Europawahlnachschlag ★ Migros-Opposition ★ Projektemesse ★ Souchy: Mexiko ★ Reimers: Oskar Kanehl ★ Faschismus – Antifaschismus ★ S.Gesell-Diskussion ★ Omori ★ Libertäre Comics ★ Venedig Veranstaltungsplan ★ u.v.a.



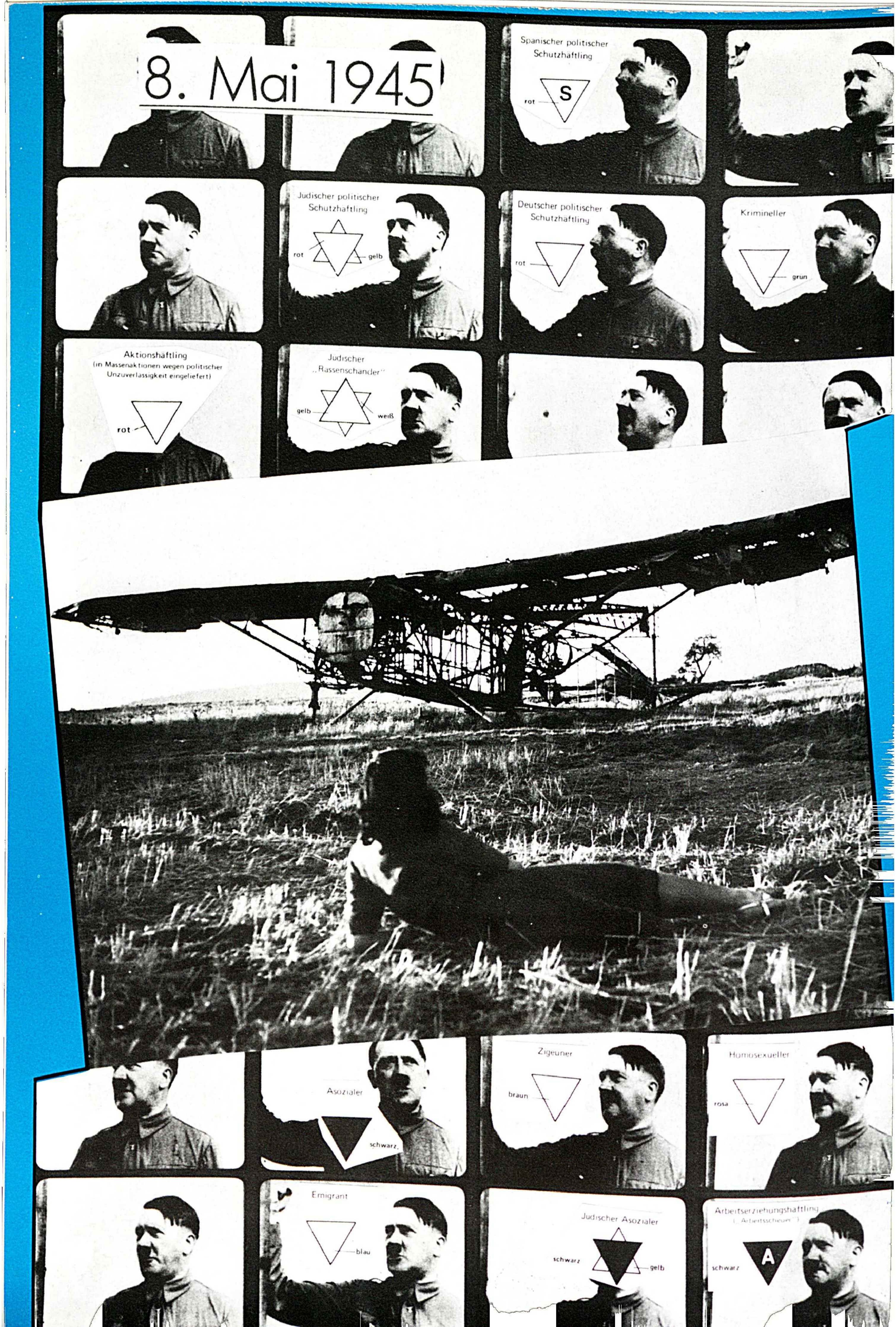
Nr.16: (64 Seiten)
★Venedig-Berichte (5 Teile) ★ Feminismus und Anarchismus (Vortrag aus Venedig) ★ 1984 = Die Ware (J. Clark-Vortrag aus Venedig) ★ Zur Wende ★ IWF-Kritik ★ Kolumbien/Selbstverwaltung ★ »Atommüllpriester« ★ Buko-Bericht ★ Oskar M. Graf ★ »Bakuninhütte« – Erinnerungen von Fritz Scherer ★ Nachruf auf Otto Reimers ★ Stowasser-Prozeß ★ u.v.a.

»Nostalgienummer« (100 Seiten: 10.-DM)
★ Für und wider den Anarcho-Syndikalismus (Nr.0) ★ Patty Hearst – Sozialkritisches am Beispiel der SLA (0)★ Die Freiheit der Frauen (3) ★ Anarchistisches Subjekt (3) ★ Interview mit Augustin Souchy (8) ★ 100 Jahre Marx (12) ★ Nadge und Awacs (5) ★ Wer war B. Traven wirklich? (4) ★ Nationalrevolutionäre (9) ★ Zur Notwendigkeit der sozialen Bewegungen (11) ★ Utopie und Exil (10) ★ Anmerkungen zum Staat (10) ★ Hambacher Fest (7) ★ u.v.a., Register aller SF-Beiträge, kurze Geschichte der Zeitung...

Für die **Kultur-Sondernummer** (sie muß nicht extra bestellt werden, wir liefern sie als Nr. 18 2/85 an alle Abonennten) stehen bereits folgende Beiträge fest:
- Anarchistische Kunst ja oder nein (3 Diskussionsbeiträge)
- Theater im Zeitalter neuer Medien
- Kulturkritik-Beiträge
- Jean Vigo (anarchistischer Filmemacher)
- Carl Einstein;

Endgültiger Redaktionsschluß am 1.5.85; wir warten auch auf Photos, Grafiken, Holzschnitte u.ä.

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach
7031 Grafenau-1
(Neue Adresse !)


8. Mai 1945
Spanischer politischer Schutzhäftling
rot
S
Judischer politischer Schutzhäftling
rot
gelb
Deutscher politischer Schutzhäftling
rot
Krimineller
grun
Aktionshäftling
(in Massenaktionen wegen politischer Unzuverlassigkeit eingeliefert)
rot
Judischer „Rassenschander"
gelb
weiß
Asozialer
schwarz
Zigeuner
braun
Homosexueller
rosa
Emigrant
blau
Judischer Asozialer
schwarz
gelb
Arbeitserziehungshäftling
schwarz
A